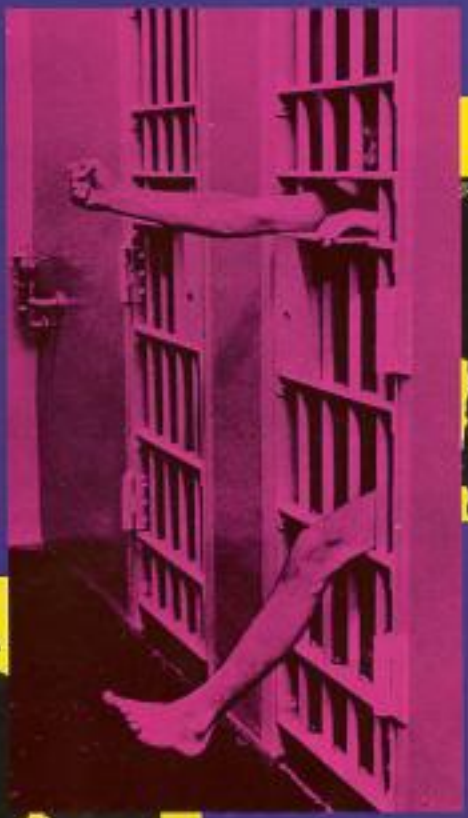
Heft 2 Februar 1991 6,80 DM

C 12027 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Absolute Herrschaft: Folter von Staats wegen
- Schalck, ein deutscher Revolutionär
- Golfkrieg: Deutschland, Israel, PLO
- Streit: Leben wir auf Kosten der Dritten Welt?
- Der Ball ist deutsch
- Hamburgs Hafenstrafe



in konkret Februar 1991

von konkret

an konkret

Von den Übeln von Hermann L. Gremliza

Morgen ist Krieg von Detlef zum Winkel
Und »wir sind friedlich, wir sind harmlos und leben gut mit unseren Lügen, bis die niemand mehr hören kann«

Hoffen auf Hussein von Abdallah Franghi; Oliver Tolmein
Die Golfkrise und der Palästinakonflikt lassen sich nach Auffassung von Abdallah Franghi, dem Vertreter der PLO in der BRD, nur gemeinsam lösenKONKRET-Interview

Israel und die Golfkrise von Lea Fleischmann
Weil die PLO die Politik des irakischen Diktators unterstützt, ist das Mißtrauen der Israelis gegen Verträge mit den arabischen Staaten wieder gewachsen

»Die Türkei ist gescheitert« von Claudia Roth
Der Anti-Irak-Kurs des türkischen Ministerpräsidenten Özal, den dieser sich von der EG mit der vollständigen Öffnung des europäischen Marktes für türkische Textil- und Agrarexporte bezahlen lassen möchte, stößt beim Militär auf schroffe Ablehnung

Buch des Monats: Die Schwachheiten der Negation von Georg Fülberth
Reinhold Andert, Wolfgang Herzberg: Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör. Berlin und Weimar: Aufbau-Verlag 1990, 455 Seiten, 29,80 Mark

Sex ohne Verpflichtung von Claudia Burgsmüller

»Zufügung körperl. Schmerzen zur...« von Jan Philipp Reemtsma
Überlegungen zur politischen Semantik des Begriffs »Folter«Am 26. Februar 1973 konnte, wer Zeit und Interesse hatte, in der TV-Magazin-Sendung »Panorama« einen Beitrag über das Problem der Rechtmäßigkeit der Untersuchungshaftbedingungen von mutmaßlichen Mitgliedern der damals so genannten »Baader-Meinhof-Gruppe« und in diesem Beitrag den Rechtsanwalt Heinrich Hannover sehen, der gerade von einem Mandantenbesuch kommend vor den Toren einer Hamburger Strafanstalt diesen Satz sagte: »Sicher sind die Maßnahmen formal gedeckt durch die Untersuchungshaftvollzugsordnung, aber sie sind nicht notwendig und auch nicht geeignet, um den Zwecken der Untersuchungshaft zu dienen, also eine Flucht zu verhindern und eine Verdunkelung zu erschweren, sondern sie haben hier offensichtlich die Funktion, die Persönlichkeit unserer Mandanten zu zermürben, und stellen sich damit als verfassungswidrige Folter dar.« Dieser Satz erzeugte durch die Reaktionen, die er hervorrief, exemplarische Materialien zur Analyse der Herrschaftslegitimationsstrategien der bürgerlichen Gesellschaft.

»Das Universum ist eine Kaserne« von M. Rosencof; E. F. Huidobro
Erinnerungen aus den Kerkern der uruguayischen Militärdiktatur

Der Weg zur inneren Einheit VIII von Wolfgang Pohrt
In Anlehnung an die Arbeit »The Authoritarian Personality« (AP), in der Theodor W. Adorno und andere die Zusammenhänge zwischen Charakterstudien und der Empfänglichkeit für faschistische Propaganda untersucht hatten, erstellt Wolfgang Pohrt für die »Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur« eine Studie über den »autoritätsgebundenen Charakter BRD 1990«, die KONKRET als

work in progress dokumentiert. Nach dem Einleitungsessay, Überlegungen zur empirischen Methode und den Ergebnissen eines ersten Fragebogendurchlaufs (s. KONKRET 5-7/90) sowie drei Interviews mit rechtsradikalen Aktivisten, durch die ermittelt werden sollte, »wohin das gängige Alltagsbewußtsein kraft eigener Immanenz fortschreiten kann« (s. KONKRET 8-9+11/90), folgt nach dem Abdruck einiger empirischer Daten der Pohrtschen Erhebung (s. KONKRET 1/91) die Interpretation ihrer Ergebnisse

Geiseln der Diktatur von Maria Puschner

Demokratie in Chile: Noch im Jahr nach den ersten freien Wahlen sitzen Pinochets Folteropfer in den Gefängnissen und Pinochets Folterknechte in ihren Ämtern. Das Spiel heißt »nationale Versöhnung«

Asylrecht verwirkt von Oliver Tolmein

Da Armutsflüchtlinge nicht asylberechtigt sind, werden die meisten der 200.000 Flüchtlinge, die im letzten Jahr in die BRD gelangten, abgeschoben. Eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts macht es jetzt möglich, auch dem Großteil der anerkannten vier Prozent das Asylrecht zu verweigern

»Alles Lügen« von Heike Kleffner

Am 10. Dezember 1990 wurde die US-Regierung von einem Tribunal internationaler Juristinnen und Juristen schwerer Menschenrechtsverletzungen für schuldig befunden

Leben auf Kosten der Dritten Welt? von Jörg Goldberg

»Wir sind arm, weil ihr reich seid«, sagen viele Bewohner der Dritten Welt. »Wir sind reich, weil ihr arm seid«, sagen Antiimps und Dritte-Welt-Bewegte. Der Kerngedanke ist einfach: Die Erste Welt eignet sich - gewaltsam und/oder über den Markt - Reichtümer an, die die Menschen der Dritten Welt erzeugen. Leben wir auf Kosten der Dritten Welt? Die beiden Ökonomen Jörg Goldberg und Kurt Hübner haben versucht, diese Frage zu beantworten. Sie sind dabei zu kontroversen Ergebnissen gekommen

Leben auf Kosten der Dritten Welt? von Kurt Hübner

»Wir sind arm, weil ihr reich seid«, sagen viele Bewohner der Dritten Welt. »Wir sind reich, weil ihr arm seid«, sagen Antiimps und Dritte-Welt-Bewegte. Der Kerngedanke ist einfach: Die Erste Welt eignet sich - gewaltsam und/oder über den Markt - Reichtümer an, die die Menschen der Dritten Welt erzeugen. Leben wir auf Kosten der Dritten Welt? Die beiden Ökonomen Jörg Goldberg und Kurt Hübner haben versucht, diese Frage zu beantworten. Sie sind dabei zu kontroversen Ergebnissen gekommen

Nette Chaoten von nebenan? von Oliver Tolmein

Die Hafenstraße nach dem Kündigungsurteil

Literaturtratsch - Theaterklatsch - Zeitungsquatsch von Michael Scharang

Der Ball ist deutsch von Dietrich Schulze-Marmeling

Der Deutsche Fußball-Bund (DFB), gegründet 1900, hat ein bemerkenswertes Gespür für historische Ereignisse und Traditionen. Umso betrüblicher, daß das »Anschlußspiel« der BRD gegen die DDR den »Hooligans« geopfert wurde. Es wäre nicht das erste Spiel dieser Art in der Geschichte des deutschen Fußballs gewesen. Auch der Anschluß Österreichs wurde 1938 mit einem letzten Länderspiel gegen die Mannschaft des annektierten Staats gefeiert - allerdings unplanmäßig: mit einer Niederlage der Deutschen

»Ham Sie nicht den kleinen Cohn gesehn?« von Karl Anton & Vororth

Sage niemand, die Deutschen seien kein fröhliches Volk: Vor noch nicht einmal fünfzig Jahren gab es Kabarett reichlich und gut nur in den Gettos, Internierungs-,

Konzentrations- und Vernichtungslagern. Es wurden Tränen gelacht

Wie läßt sich »Rassismus« erklären?Herrschaft und Identität von Nora Räthzel

Daß anti-rassistische Arbeit notwendig sei, wird von Podien herab und auf Transparenten gern und zumeist einmütig verkündet. In der Regel bleibt es beim wohlklingenden Appell, denn was »Rassismus« überhaupt ist, welche Ursachen er hat und wie er folglich zu bekämpfen sein könnte, ist umstritten. In KONKRET 11/90 (»Die Falle des Anti-Rassismus») hatte Jan Philipp Reemtsma »rassistische Einstellungen« als Resultat einer Verfolgungspraxis interpretiert, die das verfolgende Kollektiv selbst nicht mehr begreift, weil ihm seine ursprüngliche Motivation abhandengekommen ist. Reemtsma hielt den »Anti-Rassisten« vor, sie beschäftigten sich »letztlich doch nur mit dem Bild, das der Rassist von sich und der Geschichte entwirft«. In einer Replik auf Reemtsmas Thesen betont Nora Räthzel die durch die Geschichte sich gleichbleibende herrschaftsstabilisierende und identitätsstiftende Funktion rassistischer Verfolgung. Darauf antwortet Reemtsma

Wie läßt sich »Rassismus« erklären?Das »Argument« der Dauer von Jan Philipp Reemtsma

Daß anti-rassistische Arbeit notwendig sei, wird von Podien herab und auf Transparenten gern und zumeist einmütig verkündet. In der Regel bleibt es beim wohlklingenden Appell, denn was »Rassismus« überhaupt ist, welche Ursachen er hat und wie er folglich zu bekämpfen sein könnte, ist umstritten. In KONKRET 11/90 (»Die Falle des Anti-Rassismus») hatte Jan Philipp Reemtsma »rassistische Einstellungen« als Resultat einer Verfolgungspraxis interpretiert, die das verfolgende Kollektiv selbst nicht mehr begreift, weil ihm seine ursprüngliche Motivation abhandengekommen ist. Reemtsma hielt den »Anti-Rassisten« vor, sie beschäftigten sich »letztlich doch nur mit dem Bild, das der Rassist von sich und der Geschichte entwirft«. In einer Replik auf Reemtsmas Thesen betont Nora Räthzel die durch die Geschichte sich gleichbleibende herrschaftsstabilisierende und identitätsstiftende Funktion rassistischer Verfolgung. Darauf antwortet Reemtsma

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 02/91, S. 4

von konkret

Wenn einen Tag nach Redaktionsschluß der Angriff der US-Truppen auf den Irak erwartet werden muß, kurz vorher die Rote Armee in Litauen aktiv und der sowjetische Staatspräsident deshalb von seinen alternativen Freunden im Westen plötzlich »Pinochetow« tituliert wird, kann die Themenplanung einer Monatszeitschrift schon mal durcheinanderkommen. Statt der auf dem Titelblatt angekündigten Kolumne »Schalck, ein deutscher Revolutionär« hat Hermann L. Gremliza aus gegebenem Anlaß daher über »die Liebe zu Gorbimausi« geschrieben. Aus Platzgründen dagegen mußte der für dieses Heft angekündigte Beitrag von Wolfgang Schneider über neue Ergebnisse der Antisemitismus-Forschung auf das nächste Heft verschoben werden.

Ein Artikel des Berliner »Prowo«-Redakteurs Detlef Schulze erreichte uns unangekündigt, und mit den darin formulierten »Überlegungen für eine Linke Konferenz im Frühjahr/Sommer 1991« wollen wir unsere Leserinnen und Leser auch gar nicht erst belästigen. Nicht etwa, weil an dieser Konferenz nur jene »Teile der Radikalen Linken und deren Umfeldes, die sich nicht am Wahlboykott beteiligt haben«, teilnehmen sollen. Schon eher, weil als Referentinnen KONKRET-Autorinnen angekündigt werden, die, wie z.B. Theresia Degener, gar nicht gefragt wurden, ob sie mit einem solchen ausdrücklich »nicht-sektiererischen« Projekt in Verbindung gebracht werden wollen. Vor allem aber wegen der Begründung, die plausibel machen soll, warum Herrn Schulze eine »Abgrenzung von der Radikalen Linken notwendig« erscheint. Besonders verwerflich nämlich findet er, daß »von deren Exponenten ... die traditionelle ArbeiterInnenklasse als ‘integriert’ abgestempelt und als ‘Pack’ beschimpft (wird); stattdessen soll eine Bündnisperspektive mit - **auch konservativen!** (fett im Orginal) - JüdInnen und WesteuropäerInnen gesucht werden«. Daß jemandem die deutsche Arbeiterklasse sehr lieb, Ausländerinnen und Ausländer, Jüdinnen und Juden als Mitstreiter dagegen gänzlich unwillkommen sind, ist in Deutschland nicht weiter erstaunlich - aber was haben wir falsch gemacht, daß er glaubt, das in KONKRET publizieren zu können?

Ein vergleichbares Problem gibt es mit dem Veranstaltungskalender »Hamburger Rundschau«, der nicht nur mit der Zeit nicht Schritt halten kann, wie folgender Briefwechsel zeigt:

konkret - z.Hd. H.L. Gremliza, 14.01.1990

Hallo, schönen guten Tag,

im Herbst 1987 unterstützte die Hamburger Prominenz aus Politik und Kultur zahlreich die Hafenstraße. Die Hamburger Rundschau fragte bereits vor einigen Monaten bei den damaligen Unterstützerinnen und Unterstützern nach und will die Nachfrage jetzt noch einmal aus naheliegendem Anlaß wiederholen. Auch Sie, Herr Gremliza, gehörten zu den Unterstützern. Auch bei der Nachfrage war für Sie klar: »Ich liebe alles, was sozialdemokratische Polizeisenatoren hassen.« Unterstützen Sie die Hafenstraße immer noch? Wenn ja: Warum? Wenn nein: Warum nicht?

Über eine Antwort würden wir uns freuen, tschüssUta Boll... (unleserlich)

Per Fax an: Hamburger Rundschau

z.Hd. Uta Boll... (unleserlich)

Sehr geehrte Frau Boll... (?),

wie Sie richtig bemerken, hat Ihre Redaktion »bereits vor einigen Monaten« den KONKRET-Herausgeber gefragt, ob er die Hafenstraße noch immer unterstütze. Sie hat darauf eine unmißverständliche Antwort erhalten.

Wiewohl diese Antwort also seit »einigen Monaten« bei Ihnen vorlag und kein Grund bestand, Herrn Gremliza erneut zu belästigen, da doch bekannt ist, daß die Haltbarkeit seiner politischen Ansichten nicht nur die der Meinungen von SchriftleiterInnen der Bürgerkinderpresse, sondern sogar die von Demeters rechtsdrehendem Joghurt übertrifft, wollten wir Ihnen doch keinen Anlaß geben, das Ausbleiben einer Antwort zu mißdeuten, und haben Herrn Gremliza gefragt, ob er uns erlauben wolle, seine bereits erteilte Antwort durch Übersendung einer Kopie an Sie zu bestätigen.

Wir bedauern außerordentlich, Ihnen mitteilen zu müssen, daß Herr Gremliza dies abgelehnt hat, und zwar mit der Bemerkung: »Das Pack soll doch schreiben, was es will.«

Es tut uns leid, für heute keine Ihnen günstigere Auskunft geben zu können.

KONKRET

Büro des Herausgebers

Potentielle und tatsächliche KONKRET-Autorinnen und -Autoren bitten wir sehr herzlich, von den Segnungen der modernen Technik noch mehr Gebrauch zu machen. Wer uns Beiträge auf MS-DOS formatierten Disketten sendet, erleichtert uns das Redigieren und erspart es uns, die Texte setzen zu lassen. Wordperfect- und Word-Texte können als solche an uns geschickt werden, bei anderen Textverarbeitungssystemen sollten die Texte nach Möglichkeit im ASCII-Code abgespeichert werden. 5 1/4 Zoll und 3 1/2 Zoll-Disketten sind uns gleichermaßen lieb. Wir können auch auf einem MacIntosh-Computer geschriebene Texte weiterverarbeiten; wer einen Atari benutzt, kann seine Artikel problemlos auf einer MS-DOS formatierten 3 1/2 Zoll-Diskette schreiben.

Kleinverlage gibt es viele. Jetzt hat Ingrid Klein, Redakteurin der Zeitschrift »Sexualität Konkret«, den KleinVerlag gegründet. Sie bleibt beim Thema: Veröffentlicht werden literarische, wissenschaftliche, essayistische Bücher über die Sexualität von Frauen und Männern. Die ersten beiden Bände erscheinen im Frühjahr: Andrea Dworkins erster Roman, »Eis & Feuer«, und Martin Danneckers Auswertung seiner Aids-Studie, »Der homosexuelle Mann im Zeichen von Aids«.

Konkret 02/91, S. 6

an konkret

Richtigstellung

KONKRET 1/91 »Enttabuisiert« von Michi Dietiker, Ali Jansen und Bernd Rosenkötter

Liebe KONKRET-Redaktion,

die erste Freude über den Abdruck unseres Manuskripts ist schnell dem Ärger über die massiven Kürzungen und Veränderungen gewichen, die die Aussage des gesamten Beitrags erheblich verzerren und teils sogar ins Gegenteil verkehren. Wie sich inzwischen herausgestellt hat, hat ein Vermittlungsfehler dazu geführt, daß die Redaktion von unserem Einverständnis mit den Kürzungen ausgehen mußte, während uns die Rückfrage in Wirklichkeit gar nicht erreicht hatte. Wir möchten deshalb auf einige wesentliche Punkte hinweisen:

Bei den Überlegungen zur Analyse der Bedeutung des Antisemitismus in der faschistischen Massenvernichtung wie auch bezüglich der Situation in der Ex-DDR sind gerade die zentralen Passagen gekürzt, so daß der gemeinte Sinn kaum oder gar nicht mehr nachvollzogen werden kann. Weitaus tiefgreifender aber ist die Streichung sämtlicher politisch relevanter Aussagen und das Fehlen des gesamten Schlußteils.

Angesichts der seit Jahren laufenden Auseinandersetzung um die Behauptung, Antizionismus sei grundsätzlich eine Form von »linkem Antisemitismus«, haben wir im Manuskript neben der Erwähnung der verschiedenen Formen von Verdrängung, in denen antisemitische Strukturen seit dem Nazifaschismus konserviert wurden, den Hinweis angeführt, daß »hier nicht nur der staatlich verordnete Antifaschismus der ehemaligen DDR gemeint ist, sondern – aktuell weitaus bedeutsamer – hiesige Formen eines zwanghaften Philosemitissus wie auch die Freundschaft zum zionistischen Israel. Eine Verbindung, in der tatsächlich die ungebrochenen autoritären und rassistischen Strukturen das Gemeinsame darstellen, erfüllt doch Israel all diejenigen Kriterien, die im Gegensatz zum 'jüdischen' als 'typisch deutsch' angesehen waren.«

Unser Beitrag steht so in zentralen Punkten im Widerspruch etwa zu dem vorangestellten Beitrag W. Schneiders »Judeus ex machina I«. Die Kürzungen, das Weglassen sämtlicher Literaturverweise und die von Euch gewählte Überschrift aber machen das unkenntlich und führen dazu, unseren Beitrag für eine unserer formulierten Position entgegengesetzte Auffassung zu vereinnahmen.

Es gibt die verbreitete Tendenz, die Auseinandersetzung mit Antisemitismus als unvereinbar mit einer antizionistischen Palästina-Solidarität zu begrifen. Uns geht es darum, zu zeigen, daß eine differenziertere Auseinandersetzung mit Antisemitismus sehr wohl aus einer strikt antizionistischen Position möglich und theoretisch wie praktisch begründet ist.

Mindestens genauso schwerwiegend sind die Veränderungen und Streichungen der Passagen, die sich auf die Situation der Linken und die politischen Konsequenzen der beschriebenen Entwicklung beziehen. Wo wir von dem Bedürfnis nach einem Feindbild schreiben, das »eine handlungsmächtigere Kraft darstellen muß als die realen Linken der DDR und der BRD (gegen die sich der Haß selbstverständlich auch richtet, die aber zu minoritär sind, um das Feindbild-Bedürfnis ausfüllen zu können)«, steht in der Druckfassung, das reinste Feindbild müsse »eine handlungsmächtigere Kraft darstellen als die paar realen Linken der DDR und der BRD.«

Dieser abfällige Ton widerspricht diametral der politischen Aussage, die im komplett fehlenden Schlußteil entwickelt wird. Der Beitrag richtet sich gerade gegen die modische Katzenjammer-Haltung, die in dem vielbeschworenen Schreckgespenst vom »Vierten Reich«, dem angeblichen »Verlust des Bezugsrahmens« (Reemtsma) und ähnlichen Äußerungen zum Tragen kommt. Derartige Tendenzen halten wir nicht nur für inhaltlich falsch, sie fördern auch Rückzug und Ratlosigkeit; also den Hintergrund, vor dem nicht zuletzt die Verschärfungen in den Knästen stattfinden können.

Die (zurecht) geforderte Nachdenklichkeit und das Eingeständnis des vorläufigen Fehlens von klar umrissenen Perspektiven linker Politik müssen keineswegs in solchem Defätismus münden – auch das ist ein zentrales Anliegen unseres Beitrags.

Das Mißverständnis, das zu den Kürzungen geführt hat, zeigt einen kleinen Ausschnitt der Schwierigkeiten, mit denen die Teilnahme an der politischen Diskussion aus den Knästen heraus konfrontiert ist. Trotzdem halten wir sie für notwendig, um unseren Teil zur Überwindung der Zersplitterung und zum Erkämpfen von (wenn auch zunächst nur begrenzten) gemeinsamen Perspektiven für radikale linke Politik beizutragen. In diesem Sinn hoffen wir auf solidarischen und fruchtbaren Streit.

Wer im übrigen Interesse an der Originalfassung unseres Beitrags hat, kann sie gegen Beilage von DM 1,40 Rückporto bestellen bei: L. Rosenkötter, Schweizer Str. 8, 6 Frankfurt 70.

Bernhard Rosenkötter

Michi Dietiker

Ali Jansen

Wir bedauern dieses der Zensur im Knast geschuldete Mißverständnis – d. Red.

Kein deutscher Patriot

KONKRET12/90 Leserbrief zum Artikel »Wenn ich Oberhuber heißen würde« von Kaufhold/Rügemer in KONKRET 10/90

Wir haben gegenüber Bernd Nitzschkes Bemühungen in der »Zeit« festgestellt, daß Freud kein deutscher Patriot gewesen ist. Wenn Ernst Falzeder dagegen anführt, Freud habe sich verschiedentlich als Patriot bezeichnet, so bezog Freud das ja gerade, wie Falzeder selbst anführt, nicht auf Deutschland, sondern auf Österreich. Wir argumentieren gegen die Stilisierung zum deutschen Patrioten. Bernd Nitzschke nimmt in seinem Leserbrief erneut nicht zur Kenntnis, daß Freud von den »siegreichen deutschen Soldaten« im 1. Weltkrieg nicht bewundernd oder als deutscher Patriot spricht, sondern kritisch im Sinne seiner 1913 veröffentlichten Grundsatzschrift »Totem und Tabu«: Die deutschen Soldaten sind Blinde, die nicht wissen, auf wen sie geschossen haben und daß sie selbst in Todesgefahr gewesen sind. Wir wollten im übrigen kein ausgewogenes Bild des widersprüchlichen Verhältnisses zwischen Judentum und Deutschtum bei Freud geben; wir haben auf einen gelehrt daherkommenden Versuch aufmerksam gemacht, mit Zitatverfälschungen und aus Widersprüchen bei Freud eine eindeutige (deutsche) Tendenz zusammenzuschustern.

Roland Kaufhold/Werner Rügemer,

Köln

Abgang

KONKRET 1/91 »Von KONKRET – Zur Geschäftsordnung «

Als langjähriger KONKRET-Leser habe ich in den achtziger Jahren öfters (besonders an Wahlabenden) an Gremlizas 82er Prophezeihung des grünen Untergangs gedacht. Nach den rot-grünen Koalitionen in Berlin und Niedersachsen und der Funkstille bei Hermann L. war mir eigentlich klar, daß er die Sache totschweigen würde.

Doch dann die Nachrichten nach der »Schicksalswahl«: Abgang der Grünen! – Und Gremliza ...? – Würde er einen ebensolchen haben? – Spannende Wochen bis zur nächsten KONKRET und endlich die persönliche Erklärung auf Seite 4: Er hatte einen! ! !

Karl Johé,

Croß-Umstadt

Geistreich Vögeln

KONKRET 1/91 »Die Schwärze der Welt am Eingang der Tunnels« von Peter Hacks

Lieber Herr Hacks,

Sie denken über einen möglichen »Weltuntergang« so, wie ich über mich, wenn ich behaupte: Meine 30-jährige Lebenserfahrung sagt mir, daß ich unsterblich bin. Unsachlichkeiten dieser Art sind höchst unterhaltend, ebenso wie ein überzeugend vorgebrachter Opportunismus, dessen einziges Problem zu sein scheint, daß ihm jemand auf die Schliche kommt, weshalb Sie behaupten, die Welt bestünde ewig: Falls Sie sich irren, gibt es niemanden, der Sie auslacht.

Entschieden betroffen machte mich dann Ihre Erkenntnis, im weiblichen Hirn befänden sich Eierstöcke, während man im zwangsläufig männlichen Hodensack auf Gehirnmasse stoßen kann. Das erklärt natürlich, weshalb Frauen, wenn sie sich schon mal zum Denken durchgerungen haben, nicht über Kinder, Küche etc. heraus kommen, während Männer selbst beim Vögeln geistreich sind.

Dorothee Busse,

Lübeck

Leave Germany!

Opon letter to the »Radical Left«

Oh you »Radical left« ! You are all so awful nationalists! Not only that you still live in Germany, you also still speak german! This makes us shiver, because it is so very oppurtunistic! We are not so. Since the »Reunification«, we don't speak german any longer (our english is not so good, but we hope this will pass). We decided to live on the Bahamas and to make very anti-german and anti-nationalist politics. We tell you: don't speak german! Leave Germany! Don't buy at germans! Don't read german newspapers and monthly's (f.e. KONKRET)! We think it's the duty of every upright left to hate Germany!

We just bought our tickets, because IT'S MUCH BETTER ON THE BAHAMAS!

Coodbye, Roland Crimm, Ingemar Jochem

(still) Marburg/Bonn

Konkret 02/91, S. 8

Hermann L. Gremliza

Von den Übeln

Alle Mensche kenn ich freue,
däß ois Gott bewahrt sei Treue.
Gott dout Weltgeschichte leinke
ian ois gruße Männer scheinke.

Gorbatschow zur Zeit der Mann,
dem mer danke sa doch kann.
Gorbatschow hot wohl erkaat,
däß viel Leid ian Weg iam Laad.

Deshalb dert zour Tat er schreire
ian e Buchzoum Friere schreiwe.
Unterdrückung fann ähr Ende,
Gorbatschow der brocht die Wende.

Ost ian West wonn lang verfeind,
nu sei Mensche frouh vereint.
Alle Völker schoarz ian weiß,
Gorbatschow gebührt ian Preis.
Oberhessische Presse vom 13.12.1990

Pinochetow ante portas
Westberliner Kinder-FAZ vom 14.1.1991

Lenin hatte schließlich einen Nachfolger gefunden, der sich eignete, von dumpfdeutschen Provinzblättern in mundartlichen Reimen angehimmelt zu werden, weil er die Wende *brocht* und *Mensche frouh vereint hot*, und zwar insbesondere solche, die *lang verfeind wonn*, nämlich den Kohl mit dem Brandt und den Genscher mit der Vollmer, den Weizsäcker mit dem Gysi und den Murrmann mit dem Steinkühler Franz. (Daß die Beispiele äußerster Differenz nicht recht zünden wollen, muß in der Natur der Sache bzw. des Landes liegen.) Alle, alle waren sich einig, daß *Unterdrückung ähr Ende fann* und dafür dem Michail Gorbatschow Lob, Dank und *ian Preis gebührt*, am besten Nobels Friedenspreis, denn der Präsident der Sowjetunion habe »den Frieden sicherer gemacht« (Brandt/Kohl).

Man sieht`s, allenthalben. Schon fragen die Eltern in der »FAZ«, »ob der Friedensnobelpreisträger im Kreml, der nun als Vollstrecker der Niederwerfung Litauens dasteht, auch der Initiator jener Gewalttätigkeiten ist«, und ihre Rasselbande prophezeit in der »Tageszeitung« einen Putsch nach chilenischem Vorbild: »Die Frage ist nur noch, wer die Rolle von General Pinochetow spielen wird.« In den nächsten Wochen wird die ganze Gorbi-Gemeinde entdecken, daß ihr Idol von gestern leider einen seltsamen Wandel zum Bösen durchlaufe oder von finsteren Dämonen wider seinen Willen zu schrecklichen Taten getrieben werde. Viel wird geschrieben werden vom Scheitern der Perestrojka, der Reform-, der Demokratie-, der Friedenspolitik. Schuldige werden gesucht und gefunden werden, aber nur, wenn er im Amt bleibt, wird Gorbatschow zu ihnen gezählt werden.

Einer besonders in Deutschland beliebten Vorstellung zufolge nämlich ist Politik das, was einer will oder gewollt hat. Und kein Gedanke ist den Landsleuten fremder als der, den ihr Kanzler, der ihn in einem lichten Augenblick hatte, darum so unbeholfen formulierte: daß es darauf ankomme, was hinten herauskommt. Tritt Gorbatschow bald zurück und läßt Karten drucken, auf denen in Arabisch, Lettisch, Ukrainisch und in all den anderen Sprachen der künftigen Kriegsregionen steht: »Ich habe esnicht gewollt«, wird ihm sogar der Paderborner Fürbittzirkel Mutter Theresa treu bleiben.

Es kann Gorbatschow unterstellt werden, daß er mit Perestrojka und Glasnost die Sowjetunion, Osteuropa und die Welt schöner, reicher, freier und friedlicher hat machen wollen. Auch ich, der ich das keineswegs glaube sondern ganz etwas anderes, will es hier gerne unterstellen - denn darauf kommt es, wie Kohl richtig meint, nicht an. Hinten herausgekommen ist, daß Gorbatschows Politik innerhalb weniger Jahre die Sowjetunion zu einem hungernden, frierenden, wimmernden Konglomerat von Volksstämmen hat verkommen lassen, die sich gegenseitig mit Pogromen, Kriegen und Verbrechen aller Art überziehen oder, wo sie das noch nicht tun, sich darauf vorbereiten. Es reichte aus zur Bewertung dieser Politik, daß Juden heute in der Sowjetunion um ihr Leben bangen müssen wie nie zuvor, aber es reicht natürlich nur aus zur Bewertung einer deutschen Intelligenz, der dieses Faktum nicht nur nicht ausreicht, sondern der es nichts bedeutet, daß Freiheit des russischen Volkes immer auch die Freiheit war, Juden totzuschlagen, und daß die antisemitischen Phasen der stalinistischen Politik ihre demokratischsten, dem Willen des Volkes nächsten waren.

Hinten herausgekommen ist bei der Befreiung der osteuropäischen Staaten, daß Polen heute einen Präsidenten hat, der das Elend, in das seine, ebenfalls mit einem Friedensnobelpreis bedachte Politik das Land geführt hat, dem Treiben »von Intellektuellen und Juden« zuschreibt; daß der tschechoslowakische Marsch in Armut und Chauvinismus von einem schlechten Dramatiker und Schwätzer angeführt wird, der die östliche Grenze des Landes zum Schutz vor Flüchtlingen mit Stacheldrahtverhauen sichern läßt.

Hinten herausgekommen bei Gorbatschows Politik ist auch das Vierte Reich der Deutschen, und wie das geschah, dazu hat der Alexander Schalck-Golodkowski im deutschen Fernsehen die erste plausible Erklärung geliefert: Bereits Mitte der achtziger Jahre, zuletzt aber und unmißverständlich zum Jahreswechsel 1987/88 sei der Bundesregierung mitgeteilt worden, daß die DDR ohne größere Hilfe wirtschaftlich am Ende sei. Es sei der Bundesregierung von einem Kreis um Schalck vorgeschlagen worden, mit Gorbatschow über den Preis der sowjetischen Zustimmung zur Bildung einer deutschen Konföderation zu verhandeln. Die Verhandlungen waren erfolgreich. Unbekannt ist nur, was die erste echt deutsche Revolution gekostet hat, und unentschieden, wer als ihr Georges Danton oder ihr Ernesto Guevara in die Geschichtsbücher eingehen wird, Kohl oder Schalck-Golodkowski. (Die Helden der Heldenstädte haben das Tor zur Einheit und Freiheit aufgebrochen wie Gunvald Larsson die Tür zum Versteck der Bankräuber Malm und Morén...)

Hinten herausgekommen ist eine Welt, die jeden Tag in einen neuen Krieg stürzen kann. Das Gleichgewicht des Schreckens mag schrecklich gewesen sein, schrecklicher der Schrecken, der aus der Balance geraten ist. Nichts und niemand mehr hält die Saddams zurück, nichts und niemand hindert die Imperialisten, immer neue Saddams zu produzieren. Den Völkern der Dritten Welt und ihren Führern ist die Fähigkeit, Politik zu machen, enteignet worden: zu optieren zwischen zwei Weltmächten, zu wählen zwischen zwei Übeln, einem großen und einem größeren vielleicht nur, einen Preis für die eigene schwache Stimme auszuhandeln. Größer waren ihren Chancen nie, und wenn sie größere suchten, ausbrachen aus der politischen Kleinhandelszone, endeten sie als Idi Amins und Pol Pots. Erst Gorbatschows Politik hat sie alle miteinander dem Diktat des einen kapitalistischen Imperiums ausgeliefert, das sie nur noch anbetteln können oder mit selbstmörderischem Terror herausfordern.

Hinten herausgekommen, schließlich, ist ein Präsident der Sowjetunion, der das von ihm angerichtete Chaos entweder selber als *Initiator jener Gewalttätigkeiten* beseitigen oder zurück(ge)treten wird, um Gastprofessor für Fragen des Weltfriedens am Londoner Institut für Strategische Studien zu werden und das blutige Geschäft daheim denen zu überlassen, die von deutschen Freiheitsschreibern bereits auf den Namen »Pinochetow« getauft sind. Daß es ein blutiges Geschäft wird, und erst recht, wenn es jetzt unterbleibt, darf ein deutscher Linksintellektueller natürlich nicht wahrhaben wollen. Er müßte sonst anfangen, in Kategorien politischer Verantwortung zu denken, deren erste die für die Folgen von Taten ist, und daß sie durch Umstände wie Ignoranz und gute Absichten nicht gemildert wird, weder im Falle Gorbatschow noch im Falle seiner deutschen Claqueure und -eusen.

Konkret 02/91, S. 10

Detlef zum Winkel

Morgen ist Krieg

Und »wir sind friedlich, wir sind harmlos und leben gut mit unseren Lügen, bis die niemand mehr hören kann«

Morgen ist Krieg. Aus Gründen des Redaktionsschlusses und der technischen Erstellung kann diese Zeitschrift, um darüber zu schreiben, nicht abwarten, bis gekämpft wird. Ein Nachteil, gewiß, aber wie schwerwiegend? Welche Erkenntnisse werden die ersten Gefechte bescheren? Klärt ein militärischer Verlauf auf? Tagesberichte über Gewinne an Gelände und Verluste an Menschen , Bilder von funktionierenden Maschinen und abgerissenen Gliedern, Explosionsgeräusche aller Waffengattungen, Rauchwolken über den Städten, sonnenglänzendes Metall der Geschütze, Bugwellen der Schlachtschiffe, über die Flügel abkippende Düsenjäger, Kommuniques im Generalszelt, redaktionelle Hintergrundinformationen vor Landkarten, mit Zeigestab und verschiebbaren farbigen Pfeilen, Politiker, die ihren Männerkomplexen freien Lauf lassen wer es braucht, kann ja hinsehen.

Krieg ist das Verbrechen, das sich mit sprachlichen Mitteln nicht angemessen beschreiben und mit juristischen Mitteln nicht angemessen bestrafen läßt. Wie jeder Krieg ist dieser Krieg verbrecherisch, sinnlos und dumm. Da der Ost-West-Konflikt entfallen ist, ist er kaum zu verhindern und kaum zu begründen. Nur noch nackte ökonomische Argumente, Kapitalismus pur, können zur Erklärung dienen. Dieser Krieg wird aber nicht um den Besitz eines Rohstoffes geführt, wie die Parole »Kein Blut für Öl« glauben machen kann. Die USA beherrschen den Ölmarkt, und die Zeiten, als die OPEC noch hoffte, allmählich Einfluß auf diesen Markt zu gewinnen, sind längst vorbei. Die Kontrolle des Weltmarkts, die bekanntlich den Besitztitel an den Rohstoffen zu einem manchmal störenden, aber nie entscheidenden Faktor degradiert, wird den USA auch vom Irak nicht streitig gemacht. Der Krieg wird also höchstens um den Öl*preis* geführt. Die USA wollen ihn hochsetzen, um ihre wirtschaftliche Vormachtstellung für die nächsten Jahrzehnte abzusichern. Der Irak fordert einen größeren Anteil am Geschäft, freilich nur innerhalb der arabischen Welt.

Auch solche ökonomischen Erklärungen sind nur zum Schein rational. Die Unsummen, die für den Krieg aufgewandt werden, würden sicher ausreichen, um einen für alle Seiten profitablen Frieden zu erkaufen. Es ist nicht wahr, daß der Imperialismus Krieg braucht. Es ist wahr, daß er Krieg will, oder wem das zu subjektivistisch ist: daß er ihn produziert. Vermutlich geht unseren neuen Mitbürgerinnen und Mitbürgern im Osten wieder alles zu schnell, aber das ist die Marktwirtschaft, von der sie geträumt haben und die nun auch die ihre ist. Harte Währung und intelligente Geschosse, wunderbare Waren und das blöde Sterben im Staub. Und die Freiheit, Nein zum Krieg zu sagen, aber Ja zu dem System, dem er nutzt.

Dem Argument, man sähe am Golf immer noch lieber die staatliche und soziale Ordnung der USA als jene des Saddam, kann sich nur anschließen, wer leugnet, daß der Westen die Situation geschaffen hat, die er jetzt bekämpft. Mindestens zwanzig Jahre sind die Szenarien alt, nach denen sich der amerikanische Truppenaufmarsch jetzt vollzieht. Noch vom demokratischen Präsidenten Carter stammt die offizielle Militärdoktrin, wonach die Beeinträchtigung der amerikanischen Ölinteressen als Kriegsgrund definiert wird. Für den Einsatz am Golf wurde die sogenannte Schnelle Eingreiftruppe gebildet, das weltweite Transport- und Nachschubsystem entsprechend ausgebaut.

Mit den Ländern, in denen sich die zentralen Stützpunkte dieses Systems befinden, wurden Verträge über ihre Unterstützung im Kriegsfall geschlossen. So sind die aktuellen militärischen Aktivitäten der USA in der Bundesrepublik durch ein *wartime host nation support*-Abkommen gedeckt, welches aber nicht von konservativen Kriegstreibern unterzeichnet wurde, sondern von den notorischen Entspannungspolitikern der Regierung Schmidt. Während dieser ganzen Zeit haben die arabischen Länder nie den Ölhahn zugedreht, wie sich Politiker auszudrücken pflegen, oder auch nur ernsthaft damit gedroht. Es ging und geht nur um den Extraprofit, der den Wert des gedruckten Papiers mit Namen Dollar ausmacht.

Für diesen Zweck leistet ihnen Hussein unschätzbare Dienste, heute als Feind, gestern als Freund. Nach dem Sturz des Schah war der Diktator zehn Jahre lang der Statthalter des Westens in der Region, ein Mann mit üblen Methoden, aber ein Freund, der dem Teufel Chomeini Einhalt gebot. Im Krieg mit dem Iran, der für unsere Zivilisation ebenfalls schon sehr nützlich war, erhielt der Irak Geld, Waffen und publizistische Unterstützung nach Bedarf. Diejenigen, die mit dem damaligen Krieg hochzufrieden waren, können der Region heute nichts versprechen, außer noch mehr Krieg. Ein Sieg der von den USA geführten Allianz über den Irak legt schon die Grundlagen für den nächsten Krieg: Er einigt die arabische Welt gegen die fremden Besetzer. Da man gegen die USA nichts ausrichten kann, einigt er sie vor allem gegen Israel, vielleicht eine ungewollte, aber keine unvorhersehbare Folge der amerikanischen Politik.

Krieg ist Hochkonjunktur für alles Rückständige, Reaktionäre, Primitive, für den Verrat an allen Werten, mit denen man in Friedenszeiten angestrengt den Anschein von Humanität aufrechterhält. Weltweit nehmen die Scharfmacher die Gunst der Stunde wahr jene, die das Massaker am Jerusalemer Tempelberg veranstalteten, jene, die in Wilna Feuerbefehl gaben, und jene hier, die die Restriktionen abschütteln möchten, welche das Grundgesetz dem Einsatz deutscher Truppen auferlegt. Sie

werden natürlich erfolgreich sein, nachdem diesem Land die Souveränität gegeben worden ist. Entsprechend lau fällt der Protest gegen den Einsatz der Alpha-Jets im türkisch-irakischen Grenzgebiet aus. Damit sind die Fakten geschaffen, die ein weiteres Relikt von 1945 beseitigen.

Für die EG und besonders für die Bundesrepublik fügt es sich günstig, daß sowohl der Militarismus als auch die Diplomatie zur Geltung kommen. Mit maßvollen Reden und dringenden Vermittlungsversuchen profilieren sich Bonn und Paris bei den arabischen Ländern. Sie demonstrieren ein wenig Distanz zu Washington und Jerusalem, haben sich den Vorschlag einer internationalen Nahost-Konferenz zueigen gemacht und unterstreichen dadurch ihre Ansprüche auf der Bühne der Weltpolitik. Leicht wird darüber vergessen, daß es den Europäern und Japanern möglich wäre, durch ein Ausscheiden aus der Allianz den Krieg zu stoppen, mindestens aber seinen Ausbruch hinauszuzögern und dem Weißen Haus enorme Schwierigkeiten zu bereiten. Aber man möchte unter den militärischen Siegern vertreten sein, um bei der Aufteilung des Nahen Ostens mitzureden. Ebenso wie die Rüstungsproduzenten, ebenso wie die Unternehmen, die das Embargo gegen den Irak brechen und für lukrative Geschäfte nutzen, verdienen diese Regierungen das Prädikat Kriegsgewinnler.

Schön, daß wenigstens die Friedensbewegung ihre Wiedergeburt feiert. Das erleichtert unser Gewissen und die Hessenwahl. Rot-grün ist wieder ein Thema für gewaltfreie Blockaden, Menschenketten und Friedensgebete. »Sagt Nein« fordern die einen, »Keine deutschen Soldaten an den Golf« lassen die anderen drucken. Name und Anschrift der Firmen, die dem Irak deutsche Giftgastechnologie lieferten, haben wir vergessen. Bestrafen wollen wir die Waffen- und übrigens auch Nuklearexporteure nicht, die Schließung ihrer Betriebe wäre wohl unwirtschaftlich, und vermutlich sind sie wie alle Deutschen guten Willens und werden es nicht wieder tun.

Es war einmal ein Wald, den verteidigten seine Anrainer gegen einen Flughafen, und die Linken hatten ihre Oberlektion gelernt und waren solidarisch. Einige fanden heraus, daß die geplante Startbahn, genannt West 18, nicht nur ungeheuer lang werden, sondern auch eine Betondecke nach Nato-Normen erhalten sollte. Weitere Mosaiksteine paßten maßstabsgerecht ins Bild: das wartime support-Abkommen, amerikanische Pläne zum Ausbau aller möglichen Flughäfen, ich glaube, es waren vierzehn, quer über den Globus. Damals gaben Holger Börner als Ministerpräsident, Willy Brandt als SPD-Vorsitzender, Volker Hauff als Verkehrsminister und die hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung als unabhängige wissenschaftliche Institution ihr Wort, daß der Ausbau des Frankfurter Flughafens nicht von militärischen Motiven bestimmt sei. Heute reicht der Blick nach oben, um sich davon zu überzeugen, welche Rolle die Startbahn und die US-Air Base spielen. Stunde für Stunde, oft Minute für Minute starten die Galaxys und Starlifter, hunderte, tausende von Flügen, alle voll mit Kriegsgerät, alles vor unseren Augen. Stört das jemanden? Bewirkt es mehr als ein paar Flüche über den nächtlichen Lärm? Bereut einer der genannten seine feierlichen Versicherungen? Gedenkt etwa die rot-grün verwaltete Stadt Frankfurt, die ein Drittel der Flughafenaktien besitzt, etwas zu unternehmen?

Wir sind friedlich, wir sind harmlos und leben gut mit unseren Lügen, bis die niemand mehr hören kann. Bliebe also die antiimperialistische Position, heftig vor dem Baath-Regime die Augen zu schließen und seinen Kampf gegen die westliche Übermacht als gerecht zu definieren. Daran hindert mich endgültig die Tatsache, daß Saddam Hussein einen soll man sagen: den? Sündenbock für das Scheitern seiner Ambitionen gesucht und in Israel gefunden hat. Und daß er mit dieser vom Faschismus bekannten Methode nicht nur unter arabischen Massen, sondern international Erfolge verbuchen kann. Dieser Weg hat mit antiimperialistischer Befreiung nichts zu tun, auf diesem Weg wird es sie auch niemals geben. Das Resultat ist nur die fortwährende Reproduktion der imperialistischen Ordnung, der einen Welt: ohne Sinn, ohne Perspektive, ohne Konkurrenz.

Und die Palästinenser? Die PLO-Führung muß sich sagen lassen, daß sie ein falsches Spiel gespielt hat. Man kann nicht für einen friedlichen Ausgleich mit Israel eintreten, aber die erste kriegerische Gelegenheit ergreifen, um einem Demagogen zur Seite zu springen, der die Volkswut gegen die Juden aufstachelt, die am Golf bekanntermaßen nichts zu bestellen haben. Wenn man mich fragt, werde ich also versuchen, solidarisch mit Israel zu sein, ohne deshalb aufzuhören, seine gegenwärtige Regierung anzuklagen und jene linken Kräfte zu unterstützen, die die Idee einer Versöhnung mit den Palästinensern noch nicht aufgegeben haben. Aber die kritische Auseinandersetzung mit der israelischen Regierungspolitik gehört nicht hierher, denn hier geht es um etwas vielFundamentaleres. Die PLO hat westdeutsche Linke immer wieder kritisiert, sie würden aus Schuldgefühlen über den Nationalsozialismus einseitig, wie sie meint: proisraelisch, über den Palästina-Konflikt urteilen. Es wäre nicht schlecht, wenn diese Kritik wenigstens zutreffend gewesen wäre. Wie dem auch sei: Die realen Kritisierten hatten oder die imaginären Kritisierten hätten recht mit der Annahme gehabt, daß die von den Nazis perfektionierten Methoden leider nicht der Vergangenheit angehören.

Detlef zum Winkel schrieb in KONKRET 11/90 über Gorbatschows Hoffnung auf »Deutschland«

Konkret 02/91, S. 12

Abdallah Franghi; Oliver Tolmein

Hoffen auf Hussein

Die Golfkrise und der Palästinakonflikt lassen sich nach Auffassung von Abdallah Franghi, dem Vertreter der PLO in der BRD, nur gemeinsam lösen
KONKRET-Interview

KONKRET: Die PLO hat zuerst den irakischen Überfall auf Kuweit verurteilt und versucht, in der Golfkrise zu vermitteln. Doch jetzt erklärt Yassir Arafat, die PLO werde im Kriegsfall an der Seite des Irak kämpfen. Wie ist es zu diesem Wandel gekommen?

Franghi: Nicht die Haltung der PLO hat sich verändert - verändert haben sich die Bedingungen in der Golfkrise: Wir wollten das Problem innerhalb der arabischen Liga lösen. Das ist gescheitert, und es haben sich, wie wir es befürchtet haben, ausländische Mächte, vor allem die USA, eingemischt. Die PLO wollte auch nie eine militärische Lösung des Konflikts, weil wir wissen, daß ein Krieg für alle Beteiligten in der Region vernichtend wäre: für den Irak, für Israel, für die in Israel lebenden Palästinenser...

Heraufbeschworen wurde die Krise aber doch durch den Einmarsch des irakischen Militärs nach Kuweit.

Franghi: Der Konflikt zwischen dem Irak und Kuweit ist alt. Die Irakis sind schon lange der Auffassung, daß Kuweit eine arabische Kronkolonie Englands, in der Art von Hongkong, ist und eigentlich zum Irak gehört. Und wir Palästinenser haben mehrfach, zuletzt 1972, zwischen dem Irak und Kuweit vermittelt und stets eine friedliche Lösung erreicht - diesmal ist uns das nicht gelungen. Wir hatten diesmal aber auch keine Zeit, weil innerhalb kürzester Frist die US-Invasionstruppen und die Nato-Staaten intervenierten.

Warum haben sie so schnell reagiert? Die offizielle Version lautet: Die internationale Völkergemeinschaft könne den Überfall eines starken und großen arabischen Landes auf ein kleines und schwaches, aber auch sehr reiches arabisches Land nicht hinnehmen. Wenn ich als Palästinenser das höre, frage ich mich, wo das Engagement dieser Nationen bezüglich der Rechte der Palästinenser blieb: Seit 1947 gibt es einen UNO-Beschluß, demzufolge es zwei Staaten, einen palästinensischen und einen israelischen, geben soll - Israel weigert sich, das zuzulassen, und besteht seit 1967 darauf, auch die Westbank und den Gazastreifen unter seiner Kontrolle zu behalten. Insgesamt hat der Weltsicherheitsrat in 143 Beschlüssen Israel aufgefordert, sich aus den besetzten und annektierten Gebieten zurückzuziehen - keine israelische Reaktion. Und weder die Annektion Ostjerusalems, noch die Besetzung von einem Viertel des libanesischen Staatsgebiets durch Israel haben etwas an dieser Situation geändert.

Es wird in der Nahostregion also mit zweierlei Maß gemessen - und deswegen sagen die Palästinenser in dieser Region: Wir haben so viele Jahre darauf gewartet, unser Recht zu bekommen, wir sind immer vertröstet worden, daß friedliche Lösungen Zeit brauchen, und jetzt sind mit einemmal 450.000 US-amerikanische Soldaten in der Region und eine friedliche Lösung soll in wenigen Wochen oder garnicht erreicht werden. Ich habe im Fernsehen ein Interview mit einer Palästinenserin gesehen, die gesagt hat: »Saddam Hussein soll Israel vernichten, auch wenn wir selber dabei getötet werden.« Das heißt: Die Menschen dort sind verzweifelt, und die Politik des Irak macht ihnen Hoffnung, sich von der israelischen Besatzung befreien zu können. Deswegen ist der eine Konflikt von dem anderen auch nicht zu trennen - wie wäre das auch zu begründen?

Die Golfkrise läuft auf eine Konfrontation der imperialistischen Weltmacht USA mit der imperialistischen Regionalmacht Irak hinaus. Die PLO und Israel sind zwar Bündnispartner der jeweiligen Kontrahenten, haben aber beide keinen entscheidenden Einfluß auf die jeweilige Großmacht ob es Krieg gibt oder nicht, entscheiden nicht sie. Der Irak hat Kuweit nicht besetzt, um die Palästinenser zu unterstützen, und die USA intervenieren nicht, um den Kuweitis zu helfen. Wäre es für eine Organisation wie die PLO, die behauptet, an einer politischen Lösung interessiert zu sein und auf gar keinen Fall Krieg zu wollen, nicht äußerst wichtig, zu Hussein auf Distanz zu gehen oder zumindest die unterschiedlichen Interessen deutlich zu machen? Würde das nicht auch eine Politik gegen die US-Intervention erleichtern?

Franghi: Ihre Darstellung des Konflikts und der Interessen finde ich nicht korrekt. Israel und die PLO haben einen ganz unterschiedlichen Charakter. Wir haben im November 1988 eine Friedensinitiative gestartet und Israel Verhandlungen vorgeschlagen, deren Ergebnis sein sollte, daß wir die Existenz Israels und die Israelis einen palästinensischen Staat anerkennen. Das war für uns ein großer Schritt, denn in unserem Verständnis gehört uns ganz Palästina. Die israelische Regierung hat diesen Friedensplan zurückgewiesen, bis zum heutigen Tag sagt Israel Nein zu Verhandlungen mit der PLO, und in ihrer Politik behandeln sie die besetzten Gebiete wie israelisches Territorium, indem sie z.B. immer mehr Emigranten ins Land holen, 1990 allein 200.000, und 1991 werden es wahrscheinlich 500.000 sein.

In dieser Situation, in der Israel keine Bereitschaft zu einer friedlichen Lösung mit uns zeigt, kommt der Irak und sagt: Wir sind bereit, über eine Lösung der Probleme, die die Kuweit-Besetzung aufgeworfen hat, zu verhandeln, wenn es

Verhandlungen für eine Lösung des Palästina-Problems gibt. Da ist es selbstverständlich, daß die arabischen Massen sich hinter ihn stellen und daß auch die PLO diese Politik unterstützt. Sicher: Wir machen uns Gedanken, ob die Verknüpfung der beiden Probleme Saddam Husseins Überzeugung oder nur ein taktischer Schachzug ist - aber solange unser Volk unter israelischer Besatzung lebt und jeden Tag welche von uns erschossen und gefangengenommen werden, nehmen wir erstmal die Fakten als Grundlage für unser Vorgehen.

Außerdem müssen Sie noch etwas anderes bedenken: Der Irak ist 1981 von Israel angegriffen worden, obwohl der Irak damals Krieg mit dem Iran führte. Die Israelis wollten damals verhindern, daß der Irak Produktionsstätten für Atomwaffen bekommt - das mag verständlich sein, ist aber auch gleichzeitig der Anfang des irakisch-israelischen Konflikts gewesen. Und damals habe ich in einem Interview gesagt: Der Irak wird irgendwann, wenn er die Gelegenheit dazu hat, zurückschlagen.

Der Irak ist dann doch eine äußerst fragwürdige Garantiemacht für die Palästinenser, er ist ja immerhin bereit, einen Krieg zu führen, dem auch Tausende von Palästinensern zum Opfer fallen würden.

Franghi: Der Irak ist für uns keine Garantiemacht, und es stimmt auch nicht, daß wir keinen Einfluß auf die irakische Politik haben. Die Palästinenser stellen einen der wichtigsten politischen Faktoren im Nahen Osten dar, weil es uns und den Konflikt mit Israel dauerhaft gibt - egal, ob es zu einem Krieg kommt oder nicht. Und den Krieg wird es nur geben, wenn die USA den Irak angreifen.

Die einzige Lösung des Palästinenser-Problems, die angesichts der aggressiven Rhetorik Husseins vorstellbar scheint, ist eine, die Israel auslöscht. Andere Lösungen, wie z.B. die im PLO-Friedensplan von 1988 vorgeschlagene, werden durch die aktuelle Entwicklung erheblich erschwert, weil selbst die mit den Palästinensern sympathisierenden Israelis jetzt keine Grundlage für Verhandlungen mehr sehen.

Franghi: Das ist eine Fehleinschätzung von Saddam Husseins Politik. Wir hatten vor kurzem ein Gespräch mit ihm, und es war ganz klar, daß auch Saddam Hussein eine politische Klärung und keinen Krieg will. Das geht aber nicht auf Grundlage der »entweder-oder«-Erpressungsmanöver der USA. Das braucht Zeit und Geduld - eine Geduld, die es nach anderen Invasionen immer gab: z.B. Afghanistan, Zypern, Tibet, West-Sahara ...

Aber die Möglichkeiten, die Konflikte im Nahen Osten zu entschärfen, werden doch im Augenblick durch die Drohungen Husseins gegen Israel systematisch zugeschüttet. Selbst Israelis, die bisher bereit waren, mit den Palästinensern zu verhandeln, halten das heute kaum mehr für möglich.

Franghi: Manchmal habe ich das Gefühl, daß sich auch die Linken in der BRD nur Gedanken über das Wohlergehen der Israelis machen. Es sind aber die Palästinenser, die seit 43 Jahren unter unmenschlichen Bedingungen leben und die von einer Besatzungsmacht terrorisiert werden. Die Israelis sind wesentlich verantwortlich für die aktuelle Situation, weil sie sich jahrzehntelang jeder Verhandlungslösung verweigert haben. Sie haben ihre Politik mit dem Schwert durchgesetzt - und jetzt, als Reaktion, ist ein arabischer Staat bereit, darauf mit dem Schwert zu antworten. Damit das nicht passiert, sind die Israelis jetzt gefordert. Sie müssen erklären, daß sie sich von der Westbank und aus dem Gazastreifen zurückziehen und daß sie bereit sind, mit der PLO zu verhandeln. Das ist auch eine der Aufgaben für die Linke in Europa: Sie muß Israel unter Druck setzen, damit es an diesen Punkten nachgibt.

Und zu den Israelis, die mit uns verhandeln wollten und sich jetzt zurückziehen: Das finde ich das Dümmste, was sie machen können. Es ist ja auch Quatsch zu behaupten, daß die PLO Israel vernichten oder die Juden ins Meer treiben wolle, und es ist bekannt, daß der arabische Gipfel 1983 in Algier die Bereitschaft erklärte, Israel anzuerkennen, wenn Israel seinerseits bereit wäre, einen Palästinenserstaat zu akzeptieren.

Die Existenz Israels wird also von der PLO nicht in Frage gestellt?

Franghi: Wenn ein Krieg stattfindet, dann weiß nichtmal der liebe Gott, wie es danach aussieht, dann haben wir alle eine düstere Zukunft vor uns. Die Bestandsgarantie, die für die übrigen arabischen Staaten gilt, wird auch für Israel gelten und umgekehrt: Wenn es die anderen arabischen Staaten nicht mehr gibt, wird es auch Israel nicht mehr geben - wir sind alle aufgefordert, Araber, Europäer, Amerikaner, Israelis, alles zu tun, damit keine militärische Konfrontation am Golf stattfindet, damit die Chance für eine friedliche Lösung erhalten bleibt.

Das Gespräch führte Oliver Tolmein

Konkret 02/91, S. 13

Lea Fleischmann

Israel und die Golfkrise

Weil die PLO die Politik des irakischen Diktators unterstützt, ist das Mißtrauen der Israelis gegen Verträge mit den arabischen Staaten wieder gewachsen

Vor kurzem besuchte mich eine Freundin aus Frankfurt in Jerusalem. Trotz aller Warnungen und des Widerstands ihrer Familie hatte sie beschlossen, den Weihnachtsurlaub in Israel zu verbringen. Nach einigen Tagen sagte sie mir: »Weißt du, ich habe mir alles viel schlimmer vorgestellt. Hier im Land merkt man ja kaum etwas von der Golfkrise.« Das Leben pulsiert hier tatsächlich wie eh und je, die Straßencafes sind voll besetzt, die Supermärkte gefüllt, die Menschen machen keinen panisch verschreckten Eindruck, und wenn man keine Nachrichten hören und den Fernseher nicht anschalten würde, merkte man gar nicht, daß man in einem Krisengebiet lebt. Aber der erste Eindruck täuscht, Saddam Hussein beschäftigt uns alle.

Saddam Husseins Drohung, Israel mit Giftgasraketen zu beschießen, wird hier sehr ernst genommen. Dieser Mensch ist unberechenbar und hat keine Hemmungen, das Gas gegen die Zivilbevölkerung einzusetzen. Die entsetzlichen Bilder von den Toten in den kurdischen Dörfern, die Leichen von Männern, Frauen und Kindern, die er mit dem Gas umgebracht hat, sind in Israel mehr als eine Nachrichtensensation. Dieser Mann kennt keine Skrupel, und diesem skrupellosen Verbrecher hat der Westen jahrelang geholfen, sein giftiges Potential aufzubauen. Auch deutsche Firmen haben ihren Beitrag geleistet, mit Gas haben die Deutschen ja traditionelle Erfahrungen, und die deutsche Presse, die über jeden Zusammenstoß zwischen Palästinensern und Israelis außer Rand und Band gerät, hat die Tausende von Kurden, die von Saddam Husseins Giftgas umgebracht wurden, nahezu ignoriert. Nicht nur die Deutschen, die westliche Welt insgesamt hat die Gefährlichkeit dieses Mannes übersehen, und erst jetzt, wo er seine Waffen gegen die Amerikaner und ihre Verbündeten richtet, wachen sie auf.

Vorsorglich hat die israelische Regierung Gasmasken zum Schutz der Bevölkerung ausgegeben, und vor einigen Wochen holte ich sie für meine Familie ab. Es kam mir vor, als würde ich an einem absurden Theater teilnehmen. Die Masken wurden in einer Schule verteilt und in einem Klassenraum ihre Handhabung erklärt. Jetzt stehen sie bei mir im Schrank, und ich kann mir nicht vorstellen, daß wir sie brauchen werden. Vielleicht will ich es mir auch nicht vorstellen. Ich habe ein Gefühl wie einer, der in der Nähe eines Atommeilers wohnt, von dem er weiß, daß er keine Radioaktivität ausströmt, aber in der Tiefe seines Herzens ist er nicht sicher, ob nicht doch ein Unglück geschehen wird. Hier in Israel glaubt der größte Teil der Bevölkerung nicht, daß Saddam Hussein uns mit seinen Giftgasraketen angreifen wird, zu deutlich sind die Drohungen unserer Politiker bezüglich eines Vergeltungsschlages, aber man weiß es nicht.

Die Golfkrise hat auch die politische Position der kompromißbereiten Israelis ins Wanken gebracht. Nachdem wir gesehen haben, mit welcher Kritiklosigkeit die PLO und ihr Führer Jassir Arafat sich Saddam Hussein in die Arme geworfen haben, nur weil er versprochen hat, Israel mit seinen Gasraketen anzugreifen, ist uns sehr bange geworden vor diesem möglichen Verhandlungspartner. Die Erklärung der PLO, an Israels Seite leben zu wollen, erscheint mir heute wie ein taktischer Trick. Die Zivilbevölkerung mit Giftgas anzugreifen, scheint der PLO ein legitimes Kampfmittel zu sein, kein sich distanzierendes und kein warnendes Wort war von ihr zu hören. Schon alleine, weil ihre eigenen Leute bei einem möglichen Angriff gefährdet sind, Gas unterscheidet nicht zwischen Palästinensern und Juden, hätte die PLO eine kritische Position beziehen müssen, aber jubelnd tauscht Arafat mit Saddam Hussein die Bruderküsse aus. Und geradezu geekelt habe ich mich bei der Nachrichtensendung, als Willy Brandt, den ich sehr schätzte, in Bagdad sich mit Jassir Arafat brüderlich küßte.

Gespannt verfolgen wir hier in Israel die Zuspitzung der Krise. Wer vermag schon zu sagen, ob die Amerikaner nach dem 15. Januar den Irak angreifen werden oder nicht? Wenn Saddam Hussein einen Funken Verstand hätte, würde er sich aus Kuwait zurückziehen, um seinem eigenen Volk einen Krieg und damit ein furchtbares Unglück zu ersparen. Aber mit so einem Schritt verliert er sein Gesicht bei seinen Anhängern. Ein Mann, der acht Jahre lang für nichts und wieder nichts Krieg mit dem Iran geführt und Hunderttausende von Soldaten geopfert hat, so ein Mensch hat kein Mitleid mit seinem Volk. Ein bedauernswertes Volk sind die Iraker, die mit solch einem Diktator geschlagen sind.

Wir in Israel und sicherlich auch die anderen Völker des Nahen Ostens hoffen, daß dieser Spuk so schnell wie möglich ein Ende hat. Wenn wir sehen werden, daß Amerika und die westliche Welt es nicht zulassen, daß ein Land von einem anderen einfach okkupiert und vereinnahmt wird, wenn wir sehen, daß gegebene Garantien wirklich eingehalten werden, dann wird vielleicht auch Israels Angst vor Verträgen mit den Arabern geringer werden, wenn die USA und die Europäer als Garanten auftreten. Der größte Teil der israelischen Bevölkerung hat kein Interesse an der Westbank und dem Gazastreifen, wir haben jedoch Angst, daß die Schaffung eines Palästinenserstaates Israels Sicherheit noch mehr gefährden wird. Tief steckt in uns das Mißtrauen gegen Verträge mit den arabischen Ländern, zu oft haben wir gesehen, wie schnell in der arabischen Welt aus einem Vertrag ein Fetzen Papier geworden ist. Aber vielleicht lernen die arabischen Diktatoren aus der Golfkrise,

daß gegebene Worte und Versprechen nicht ohne weiteres gebrochen werden können, dann wird das Ende dieser Krise vielleicht ein Schritt in Richtung Frieden im Nahen Osten sein.

Lea Fleischmann hat 1979 die BRD verlassen und lebt seitdem als Autorin in Israel

Konkret 02/91, S. 14

Claudia Roth

»Die Türkei ist gescheitert«

Der Anti-Irak-Kurs des türkischen Ministerpräsidenten Özal, den dieser sich von der EG mit der vollständigen Öffnung des europäischen Marktes für türkische Textil- und Agrarexporte bezahlen lassen möchte, stößt beim Militär auf schroffe Ablehnung

Einige Tage lang hatte der türkische Staatspräsident Turgut Özal gezögert. Sollte er eine neutrale Haltung einnehmen und sich den Forderungen nach internationalen Sanktionen gegen den irakischen Nachbarn Saddam Hussein verschließen? Die Befürworter einer türkischen Neutralität im Golf-Konflikt, wie Prof. Cubkcu, Ökonom der Hacethepe-Universität, prognostizierten für diesen Fall »big business«. Türkische Waren würden für den Irak - neben der Bundesrepublik und Italien der wichtigste Handelspartner der Türkei - noch attraktiver werden als bisher.

Oder sollte Özal versuchen, unter Inkaufnahme wirtschaftlicher Einbußen den für ihn größtmöglichen politischen Nutzen aus dem Konflikt zu ziehen? Soll die Türkei nach der Ablehnung des türkischen Beitrittgesuches durch die Europäische Gemeinschaft nicht die Chance nutzen, dem Westen klarzumachen, daß das Land auch nach dem Ende des Kalten Krieges enorme geopolitische Bedeutung habe? Daß es immer noch als einziger Staat der OECD und des Europarates auch Mitglied der islamischen Konferenz ist und deshalb eine »Brücke« zur islamischen Welt darstelle? Daß die Türkei mit der zweitstärksten Armee der Nato und der Region die einzige Macht im Nahen Osten sei, die fähig wäre, den Irak auf Dauer unter Kontrolle zu halten?

Das Treffen vom 5. August 1990 zwischen Özal und Take Jassin Ramadan, dem ersten stellvertretenden Premierminister Iraks, brachte die Entscheidung. Noch am gleichen Tag verkündete der türkische Staatspräsident die Unterstützung der internationalen Sanktionen gegen den Irak. Dieser unterbrach daraufhin sofort den Ölfluß durch die Pipelines, die über türkisches Gebiet verlaufen. Am 8. August erklärte die Nato auf ihrer Sondersitzung zur Golfkrise, daß sie im Falle eines irakischen Angriffs auf die Türkei ihrer Pflicht zur kollektiven Verteidigung nachkommen werde.

Turgut Özal, nach Ansicht der »FAZ« die einzige politische Begabung, die die Türkei im letzten Jahrzehnt hervorgebracht habe, hat es geschafft. Er hat für sich und seine Politik die volle Rückendeckung des Westens. Eine Rückendeckung, die mit dem Nato-Manöver ‘Display Determination 90’, das am 18. Oktober beendet war, noch einmal unterstrichen wurde. An diesem Manöver beteiligten sich acht Nationen; darunter auch Frankreich, das kein Mitglied des integrierten Verbundes der Nato-Kommandos ist. Schwerpunkte der Übung, die u.a. mit sechs maritimen Kampfgruppen im zentralen und im östlichen Mittelmeer durchgeführt wurde, waren die Koordinierung multinationaler amphibischer Landeoperationen, die Integration externer Luftstreitkräfte in die Militärstrukturen auf der Südflanke und die Zusammenarbeit von Landstreitkräften mit zugeführten Verstärkungstruppen.

Gegen den erbitterten Widerstand einer breiten innertürkischen Opposition, die Özal vorwarf, er wolle sich lediglich im Westen beliebt machen, um den Beitritt der Türkei zur EG doch noch zu erreichen, brachte er in der ersten Septemberwoche das Parlament dazu, der Regierung eine Blankovollmacht auszustellen. Die Regierung wurde ermächtigt, dem Einsatz fremder Truppen von türkischem Gebiet aus zuzustimmen und selbst türkische Soldaten außer Landes in der Golfregion zum Einsatz zu bringen. Am 30. November befahl Özal dem Generalstab, die mobile Eingreiftruppe der Nato zur Stationierung an der türkisch-irakischen Grenze anzufordern.

Die auf ca. drei Milliarden US-Dollar veranschlagten wirtschaftlichen Einbußen - das Aussetzen des Warenaustausches mit dem Irak und Kuweit, Einbrüche im Tourismusgeschäft, eine Verringerung des spärlichen Zuflusses von ausländischem Privat-Kapital - schienen verkraftbar. Aus der Bundesrepublik, Frankreich, Italien und Japan kamen Zusagen über wirtschaftliche Hilfen in Höhe von zwei Milliarden US-Dollar. Saudi-Arabien versprach kostenlose Öllieferungen im Wert von 1,1 Milliarden US-Dollar. Die EG will die nach dem Putsch von 1980 eingefrorenen Mittel aus dem Vierten Finanzprotokoll endlich freigeben. Zusätzlich wird die Türkei Militärhilfe, z.B. Panzer aus den Beständen der ehemaligen NVA der Ex-DDR, bekommen.

Mit seiner Politik brüskiert Özal die türkische Generalität, die sich gegen eine Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak stellt und nach Informationen der Zeitschrift ‘2000 ‘e Dogru’ entschlossen ist, sich einem Kriegsbefehl des Präsidenten zu verweigern. Dementsprechend verbreitet der den Generälen unterstehende türkische Geheimdienst MIT, daß Özal von Morton Abramowicz, dem US-Botschafter in Ankara, gelenkt und beraten werde. Der MIT zieht auch Parallelen zwischen Özal, Marcos und dem Schah von Persien, die alle von den USA benutzt und dann fallengelassen worden seien.

Die Militärs, die sich auf eine überwältigende Ablehnung des özal’schen Kriegskurses in der türkischen Bevölkerung stützen können, wollen nicht in einen Krieg hineingezogen werden. Die technische Ausstattung der Armee ist veraltet. Ihre Modernisierung mangels ausreichender finanzieller Ressourcen des türkischen Staates bei weitem noch nicht abgeschlossen. Die Generalität fürchtet den Falkland-Effekt. Ein Krieg, aus dem sie nicht mit Glanz und Gloria

hervorgehen kann, birgt große Risiken für die zukünftige innenpolitische Machtstellung der Militärs. Sie verstehen sich als Hüter der Nation und sehen sich demzufolge als berechtigt an, zivile Regierungen zur Not auch abzusetzen.

Es läßt sich ein ganzes Bündel an Gründen ausmachen, warum sich Özal für die Anti-Irak-Option entschieden hat.

Dabei dürften die von ägyptischen Zeitungen wieder aufgewärmten und von westlichen Medien kolportierten Spekulationen über territoriale Expansionsbestrebungen der türkischen Staatsspitze nur eine untergeordnete Rolle im politischen Kalkül spielen. Seit 1986, während des irakisch-iranischen Krieges, gibt es insgeheim Diskussionen über die Möglichkeit einer türkischen Intervention, falls der Irak in kriegerischen Auseinandersetzungen mit seinen Nachbarn unterliegen sollte. Damals wie heute wird behauptet, daß die Türkei den Irak bis zur Linie Mossul- Kirkuk annektieren wolle. Hauptziel sei dabei, zu verhindern, daß entlang der türkischen Grenze ein kurdischer Rumpfstaat entsteht, der zudem über Erdölvorkommen verfügen könnte.

Es ist zwar offensichtlich, daß eines der wichtigsten, von jeder türkischen Regierung verfolgten Ziele die brutale Unterdrückung kurdischer Autonomiebestrebungen ist. Dennoch bestimmen andere Faktoren das Verhalten der türkischen Staatsspitze in der jetzigen Golfkrise.

Der Wandel in Osteuropa und die angekündigte Transformation der Nato in eine eher politische Organisation mit neudefinierten Zielsetzungen ließ in der türkischen Regierung die Furcht vor einer regionalen Isolation entstehen. Ohne Unterstützung des Westens sieht sie sich einer instabilen Lage in den sowjetischen Grenzgebieten gegenüber (Armenien, Aserbeidschan, Georgien) und Infiltrationsversuchen des iranischen Schiismus ausgesetzt. Zudem schwelen Konflikte um Wasserressourcen mit Syrien und dem Irak, die sich sehr schnell zu kriegerischen Auseinandersetzungen ausweiten können. Sie sind Folge großdimensionierter Staudammprojekte an Euphrat und Tigris, durch deren Errichtung die Türkei in der Lage ist, den beiden arabischen Nachbarn den Wasserhahn zuzudrehen.

Die Furcht, vom Westen vergessen zu werden, wurde genährt, als Präsident Bush eine Resolution des US-Kongresses unterstützte, die den staatlichen Massenmord an Armeniern anprangerte, und als zwischen Griechenland und den Vereinigten Staaten im ersten Halbjahr 1990 ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit geschlossen wurde, das nach Ansicht der Türkei den Griechen in der Ägäis freie Hand läßt.

Die Regierung Özal ist auch innenpolitisch isoliert. Seit 1988 verstärken sich die Tendenzen einer Loslösung der Armee von der politischen Führung. Özal - ehemaliger Kandidat der islamisch-fundamentalistischen Nationalen Heilspartei, seit 1980 als Staatssekretär verantwortlich für die türkische Wirtschaftspolitik, ab 1983 Ministerpräsident und seit 1989 Staatspräsident - bemüht sich um eine stärkere Islamisierung des türkischen Staates. Dies zeigt sich in seiner Personalpolitik. Gegen heftigen Widerstand konnte er das Erziehungs- und das Kulturministerium fest in islamische Hand übergehen lassen. Auch die Polizei wird auf seine Initiative hin von einer sog. »islamischen Junta« geleitet.

Großes Aufsehen erregte Özal, als er im Januar 1989 erklärte, die Bedrängnisse der Aseris im armenisch-aserbeidschanischen Konflikt beträfen in erster Linie den schiitischen Iran, nicht die sunnitischen Türken. Die türkische Öffentlichkeit reagierte empört, weil die Aseris ethnisch ein Turkvolk sind, um das sich die Türkei kümmern müsse. Mit seiner Politik, in der gelegentlich religiöser Fundamentalismus über nationale Interessen gestellt wird, verstößt Özal gegen dieinsbesondere vom Militär verfochtene »Raison d'etre« des türkischen Staates als eines strikt laizistischen. Der Rücktritt des Chefs des türkischen Generalstabes, Torumtay, im November 1990 wird als Warnung an Özal gewertet: Vor dem Putsch von 1980 war ebenfalls der Generalstabschef zurückgetreten und hatte so deutlich gemacht, daß die Generalität kein Vertrauen mehr in die zivile Regierung setzte.

Zudem häuft sich die Kritik an der Wirtschaftspolitik Özals. Obwohl er als Verfechter des wirtschaftlichen Liberalismus auftritt, geht türkischen Unternehmern seine Privatisierungspolitik nicht weit genug. Özal, kritisieren sie, habe in Wirklichkeit die staatlichen Unternehmen gestärkt. Ein Istanbuler Bankier meint dazu: »Es gibt in Ankara eine mächtige Gruppe, die sich dem Schutz staatlicher Wirtschaftskontrolle verpflichtet fühlt.« Die mächtige Gruppe ist natürlich das Militär, das ein ausgeprägtes Interesse am Fortbestand der staatlichen Unternehmen besitzt, die ca. 40 Prozent der im verarbeitenden Gewerbe hergestellten Güter produzieren und rund ein Drittel aller Arbeitskräfte beschäftigen. Soweit diese Unternehmen nicht direkt dem militärisch-industriellen Komplex zuzuordnen sind, fließt ein großer Teil der mit ihnen erzielten Gewinne in den Defense Industry Fund, der von der Defense Industries Development and Support Administration verwaltet wird und direkt dem Verteidigungsministerium untersteht. Die einfließenden Mittel werden für die Modernisierung der Streitkräfte und zur Stützung der heimischen Rüstungsindustrie verwendet.

Diese Praxis wird von den 'supervisory-teams' des Internationalen Währungsfonds zunehmend kritisiert. Der türkischen Regierung sei es nicht gelungen, die Haushaltspolitik unter Kontrolle zu bringen. Sie laufe in Folge umfangreicher Verteidigungsprojekte und hoher Ausgaben für ehrgeizige staatliche Infrastrukturprogramme aus dem Ruder. Das Ergebnis sind steigende Inflationsraten von bis zu 70 Prozent im Jahr. Bisher wurde die Türkei vom IWF immer wieder als Beispiel eines Landes angeführt, das mit einem erfolgreichen Strategiewechsel - von einer binnenorientierten importsubstituierenden Industrialisierung zu einer exportorientierten Strategie - unter Anwendung der Rezepte von IWF

und Weltbank den Weg aus seiner Schuldenkrise gefunden habe. Mit der Trias einer harten Austeritätspolitik, Währungsabwertungen und einer umfangreichen Exportförderung habe die Türkei ihre Ende der 70er Jahre verlorengegangene internationale Kreditwürdigkeit wiedergewinnen, die Inflation bekämpfen und überdurchschnittliche Wachstumsraten realisieren können. Deshalb gilt: »If Turkey fails, much of current orthodoxy regarding adjustment via liberalization will be regarded as having failed as well«, wie Torsun Aricanli, Ökonom der Harvard University, betont.

Und die Türkei ist gescheitert. Die Staatsverschuldung ist seit 1980 von 22 Mrd. US-Dollar auf inzwischen 50 Mrd. US-Dollar angestiegen. Die Realeinkommen der Arbeitnehmer haben sich im gleichen Zeitraum halbiert. Die internen Terms of Trade der Landwirtschaft, in der 56 Prozent der türkischen Bevölkerung ihr Auskommen finden müssen, wurden drastisch verschlechtert. Ausdruck des Scheiterns ist die zunehmende Streikbereitschaft der türkischen Arbeitnehmerschaft. Seit November 1990 befinden sich türkische Bergarbeiter in einem Ausstand, dem sich in der ersten Januarwoche ein eintägiger Generalstreik der Beschäftigten des öffentlichen Sektors anschloß. Ihr Ziel: »Nein zum Krieg. Weg mit dem Dicken. 1991 soll ein Jahr der Demokratie und Freiheit werden.« Turgut Özal ist es nicht gelungen, das Ziel des Putsches von 1980, die dauerhafte Niederhaltung der Arbeiterschaft, zu garantieren. Damit ist er für die Militärs nicht mehr brauchbar.

Die Erfolge der ersten Jahre nach dem Putsch von 1980, die sich in überdurchschnittlichen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts, zurückgehender Inflation und Exporterfolgen manifestierten, beruhten auf den Finanzspritzen von IWF, Weltbank und Nato, die gewährt wurden, weil nach dem Sturz des Schah die Türkei zum Bollwerk gegen den fundamentalistischen Iran ausgebaut werden und als Gegengewicht zur 1981 in Griechenland gewählten sozialistischen Regierung dienen sollte. Dieser Kapitalzufluß ist in den letzten Jahren versiegt und konnte nicht durch den Zufluß von privaten Direktinvestitionen ausgeglichen werden.

In dieser Situation bedarf Özal dringend der weiteren Unterstützung des Westens. Von der Europäischen Gemeinschaft, mit der die Türkei 43 Prozent ihres Außenhandels abwickelt, fordert er deshalb nur einen niedrigen Preis für seine Unterstützung der Anti-Irak-Politik: die vollständige Öffnung des EG-Marktes für türkische Textil-, Bekleidungs- und Agrarexporte. Dafür ist er bereit, die Freizügigkeit für türkische Arbeiterinnen und Arbeiter zur Disposition zu stellen.

Für die EG ist die Türkei, trotz Nato-Mitgliedschaft und EG-Assoziierung nur ein Mittelmeeranrainer unter anderen. Zielsetzung ihrer Mittelmeerpolitik ist die Sicherung des Zugangs zum Öl, die politische und wirtschaftliche Stabilisierung der arabischen Länder und die vollständige Öffnung der Märkte dieser Länder für EG-Waren. Die Angst der EG als Hort des christlichen Abendlandes vor einer Islamisierung bleibt der zentrale Punkt einer türkischen EG-Mitgliedschaft. Andere Gründe, wie Menschenrechtsverletzungen, sind nur vorgeschoben.

Deshalb ist es der EG relativ gleichgültig, ob sie ihre Interessen mit oder ohne Özal realisiert. Sein Kalkül muß nicht aufgehen.

Claudia Roth, Europaabgeordnete der Grünen, ist Mitglied des gemischten Ausschusses EG-Türkei

Konkret 02/91, S. 16

Georg Fülberth

Buch des Monats: Die Schwachheiten der Negation

Reinhold Andert, Wolfgang Herzberg: Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör. Berlin und Weimar: Aufbau-Verlag 1990, 455 Seiten, 29,80 Mark

In den siebziger Jahren haben ein paar linke Intellektuelle der BRD romanhaft geschildert, wie sie Kommunisten wurden. Am Ende tauchte dann immer ein alter KP-Mann auf, der sie überzeugte. Man kennt ihn auch aus einem Lied von Degenhardt. In der DDR-Belletristik war es der gute Kreissekretär, vielleicht ein ehemaliger Spanienkämpfer, der unten reparierte, was oben verdorben worden war.

Solche roten Väter und Großväter gab es wirklich. Sie waren noch nicht einmal besonders selten. In jeder Stadt, wo ein linker Zirkel bestand, zog er sie irgendwann an (wenn sie ihn nicht selbst gründeten). Sie saßen in der letzten Reihe des Republikanischen Clubs oder des Clubs Voltaire und waren immer pünktlich, wodurch sie ganz schnell identifiziert werden konnten.

Es fällt auf, daß in diesen Erinnerungen allemal ältere Männer zu Leitfiguren für jüngere werden. Nach kurzem Nachdenken komme ich auch auf die Namen von ein paar Frauen. Ich weiß aber nicht, was sie damals jungen Sozialistinnen bedeutet haben.

Die Biografien dieser Alten erscheinen stimmig. Sie kamen von unten und sind auch nicht viel weiter hinaufgelangt. Im Faschismus wurden sie hart gepackt, aber eine gute geistige und körperliche Konstitution, wohl auch der Zufall halfen ihnen durchzukommen. Ihnen blieben Situationen erspart, in denen sie unausweichlich untergehen oder das Gesicht verlieren mußten. Soweit sie ab 1945 im Westen lebten, gestalteten sich ihre Lebensverhältnisse oft dank beruflicher Tüchtigkeit und einer lange Zeit günstigen Wirtschaftsentwicklung so, daß sie jetzt, im Alter, trotz vieler früherer Bedrängnisse und Benachteiligungen ihr Auskommen haben. Das gilt aber nur, wenn sie nicht durchgehend oder überwiegend im hauptamtlichen Parteiapparat tätig waren. Sonst stünden sie nun schlecht da. Berufsfunktionäre wollten sie zumeist nicht werden. Da sehe man, so sagen sie, bald nur noch den Apparat drinnen, nicht mehr die Gesellschaft draußen.

Erich Honecker könnte jetzt auch so ein roter Großvater sein, wäre er nicht 1945 zum Sieger der Geschichte ernannt worden, während seine Klasse dies keineswegs werden konnte.

Seit über fünfundfünfzig Jahren lebt er nun in - untereinander allerdings höchst verschiedenartigen - geschlossenen Anstalten: erst zehn Jahre Zuchthaus, dann streng nach außen abgeschirmter Spitzenkader, Wandlitz, jetzt Beelitz. Das Volk, welches er achtzehn Jahre regierte, kennt er kaum. Da hat er nicht viel versäumt, aber solche Erfahrungen hätten wohl seine Amtsführung entweder qualifiziert oder sie ihm sehr bald verleidet. Daß er nach seiner Entmachtung aus einem Dorf vertrieben wurde, kommentiert er so: »Das war, so möchte ich ausdrücklich betonen, nicht die Lindower Bevölkerung, die den Aufenthalt in diesem Heim verhindert hat, sondern die Organisation von Provokateuren.« Dies ist nachzulesen in einem Buch mit dem Titel »Der Sturz«, das ein langes Interview mit Erich und Margot Honecker wiedergibt und hier besprochen werden soll.

Das Mißverständnis beruhte lange Zeit sogar auf Gegenseitigkeit. Solange die Leute in der DDR zunächst gar keine, dann nur beschränkte Möglichkeiten sahen, da herauszukommen (bis August 1989), haben sie Erich Honecker zumindest nicht gehaßt, er war eine fast schon beliebte Serenissimus-Figur. Ihm fehlte erkennbar der Zynismus, der offensichtlich in seiner Umgebung und in der Etage darunter verbreitet war. Er hat gewiß alles geglaubt, was im »Neuen Deutschland« stand und dort schon so hineingeschrieben war, als wär's ein Stück von ihm.

»Halt,« sagt plötzlich der rote Großvater aus dem Westen. »Ich protestiere dagegen, daß Honecker zum Opfer gemacht wird. Auch wird hier fälschlich unterstellt, daß all dies auch mir hätte passieren können. Kein Mensch muß müssen. Privilegien, Staatskarossen, Macht: Wer das hat, der hat es auch gewollt.«

Er hat recht. Für Erich Honeckers Weg war nicht jeder geeignet. Manche mögen ausgefallen sein: durch Alkohol, Weigerung oder auch nur, weil sie nicht rechtzeitig »Hier!« gerufen haben. Neben Aufgewecktheit, Eifer, Bewährung in Widerstand und Haft brachte Erich Honecker auch eine schnelle Zustimmungsbereitschaft mit. Die wichtigsten Stationen in seiner Laufbahn scheinen Ernennungen gewesen zu sein, bei denen er nicht lange fragte. Den Beginn seiner Funktionärstätigkeit an der Saar, gegen Ende der Weimarer Republik, schildert er so: »Das ergab sich daraus, daß ich eine besondere Aktivität zeigte. Dann wurde ich von den Genossen der Partei gefördert und mit größerer Verantwortung beauftragt. Das war auffällig, auch im Bezirk. Aber es war kein persönlicher Ehrgeiz meinerseits, sondern es handelte sich sozusagen um die Durchführung der Aufträge der Partei. Ich hatte nicht nur ein besonderes Interesse daran, ich war dazu talentiert. Man ging davon aus, daß ich charakterlich und geistig dazu geeignet war.«

Nach dem Machtantritt der Faschisten wurde er in Berlin Leiter des Kommunistischen Jugendverbandes, eine gefährliche Arbeit. »Man hat mich offenbar genommen aufgrund meiner großen Erfahrungen in der Illegalität in den Bezirken Hessen, Baden, Württemberg und auch an der Saar. Ich wurde gar nicht gefragt. Das war damals üblich. Man hat einfach gesagt, es sei erforderlich, daß ich in Berlin diese Funktion übernehme und den Gaubezirk Berlin-Brandenburg leite.«

Nach Kriegsende passierte ihm dann folgendes: »Ich möchte sagen, daß wir in unserer Jugendzeit groß geworden sind durch die freie Rede. Uns kam niemals in den Sinn, nach Manuskripten Vorträge zu halten. Das kam erst nach 1945, auf Verlangen der Sowjetischen Militäradministration. Es gab eine bestimmte Periode der Zensur. Da hat man sich angewöhnt, aufgrund von schriftlichen Dokumenten zu reden. Aber das ist ja nicht entscheidend. Bischof Leich bringt das auch nicht. Der kam an, hat sein Manuskript hervorgezogen und vorgelesen. Die Predigten werden auch so gehalten. Die sind sogar schon gedruckt.«

Hier wird der schlimme Minderwertigkeitskomplex hörbar, der zumindest das letzte Jahrzehnt seiner Amtszeit prägte: Was man selber tut, ist dadurch gerechtfertigt, daß die andere Seite das ebenso macht oder es doch billigt.

Jede Beförderung, so scheint es, war mit einem Stück Persönlichkeitsverlust verbunden, aber Honecker war offensichtlich auch bereit dazu. Am Schluß blieb nur noch übrig: der Generalsekretär, der Staatsratsvorsitzende, der Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates. Diese Ämter wurden jeweils durch seine Person verkörpert, und da er offensichtlich der Meinung war, seine Omnipräsenz sei partei- und republikdienlich, entstand eine Variante des Personenkults.

Was trieb, zog, ernannte ihn? Die Arbeiterklasse war zuletzt nicht viel mehr als ein Zitat: »Karl Liebknecht hat ja bekanntlich mit anderen die Kriegskredite verweigert. Deshalb trat mein Vater in die KPD ein, und weil er der tiefsten Überzeugung war und auch bis zum Schluß geblieben ist, daß sie die einzige Partei ist, die konsequent die Interessen des Proletariats vertritt. Ein Begriff, den es heute offensichtlich nicht mehr gibt. Man sagt heute Arbeitnehmer und so weiter. Aber Marx und Engels schrieben vom Proletariat, und von ihnen stammt ja auch die Losung: ‘Proletarier aller Länder, vereinigt euch!’«

Der Sozialismus war für Erich Honecker identisch mit der DDR, der Sowjetunion, den anderen Staaten dieses Typus und mit dem Frieden. Letzteres hatte je länger desto weniger etwas mit Lenins Imperialismustheorie zu tun, umso mehr mit dem internationalen Kräfteverhältnis sowie mit Ruhe und Ordnung im Innern. Solange angenommen werden konnte, daß die Sowjetunion einen Versuch, die DDR zu beseitigen, notfalls auch militärisch verhindern werde, wobei es zum Weltkrieg kommen könne, war präventiver Schutz der Deutschen Demokratischen Republik - und sei es mit den Mitteln des Ministeriums für Staatssicherheit sowie mit Mauer und Stacheldraht - zugleich Arbeit für den Frieden. Seit Gorbatschow wurde das anders. Jetzt zeigte sich der Friede als das, was er immer schon war: als eine Herrschaftsform, welche das Ergebnis vorangegangener Konflikte fixiert und in der sich neue - nicht unbedingt kriegerische - Auseinandersetzungen teils vorbereiten, teils vollziehen.

Sozialismus ist für Erich Honecker aber auch das, was er in seiner Kindheit und Jugend so sehr gewollt hatte: die Abwendung unmittelbarer materieller Not. In der DDR war das erreicht, und deshalb konnte er nicht begreifen, daß, wer kein Ausbeuter war, etwas dagegen haben könne. Er erzählt sehr anschaulich von seinen jungen Jahren: von der kommunistischen Kinderorganisation, der Schalmeienkapelle, zwei Jahren als Knecht in Pommern, der Dachdeckerei. Sozialismus bedeutete die Aufhebung des miesen Alltags der kleinen Leute, der am Küchentisch erfahren wurde. Die Politik war Familiensache, und daß die Kinder mitmachten, kam nicht nur aus der täglichen Erfahrung, sondern auch durch autoritäre und patriarchale - und als solche: selbstverständliche - Einbeziehung.Wer sich davon später lossagte, dem war vielleicht sein Leben lang mulmig zumute.

(In einigen - sehr wenigen, dort wird schon lange ausgestorben - Arbeiterwohngemeinden der BRD gibt es noch kommunistische Fraktionen im Ortsparlament. Das ist ein älteres Phänomen als der kurze Boom in zwei, drei Universitätsstädten. Wer genau hinschaut, entdeckt die Familie als innersten Kader.)

Aus einem kommunistischen Elternhaus - es war aber nur eine kleine Wohnung - kam auch Margot Feist, jetzt Honecker. Sie ist Jahrgang 1927, gehört also zur sogenannten »FDJ-Generation«. Der Vater kehrte 1940 nach sieben Jahren Zuchtthaus und Konzentrationslager zurück und setzte seine Widerstandstätigkeit fort. Die vierzehn-, fünfzehnjährige Tochter organisierte Kurierdienste und Treffs. 1945 waren Kader knapp, und Margot, die lieber Lehrerin geworden wäre, wurde Leiterin der Jungen Pioniere in der SBZ. »Ja, man hat immer gemacht, was notwendig war«, sagt sie heute.

Zweifellos ein gerader Charakter - ohne jene Doppelbödigkeit, die aber just dadurch gefördert wurde, daß solche Führungspersönlichkeiten den Teil der Wirklichkeit, den sie selbst bewerkstelligten, für das ganze Leben hielten. Noch heute will sie nicht wahrhaben, daß man vor ihr buckelte. Auf ihre Landsleute läßt sie nichts kommen, und da verfällt sie auf ein närrisches Argument: »Ich würde sagen: so selbstbewußt, wie das Volk jetzt aufgetreten ist! Vielleicht ist inzwischen manches wieder verschüttet worden, momentan, angesichts dieser großen, mächtigen BRD-Einflüsse. Aber so selbstbewußt, wie dieses Volk aufgetreten ist, da kann man doch nicht behaupten, daß die Leute nicht selbstbewußt seien.«

Erich Honeckers Aussagen zur DDR-Innenpolitik sind häufig von erschreckender Inkompetenz. Es entsteht der Eindruck, er habe wenig Ahnung gehabt. Das mag bei BRD-Politikern ebenso sein, doch solange die Ausbeutungs-Ökonomie und das Verhältnis von Stäben und Linien funktioniert, fällt es kaum auf. Honecker dagegen verweist hilflos auf die kollektive Verantwortung des Politbüros und versteht darunter zuweilen nur noch, daß jeder seinen eigenen Kram machte. Peinlich wird es, wenn er Übereinstimmung mit kapitalistischen Größen sucht. Zum Schluß erscheint Franz Josef Strauß als verläßlicher, guter Freund.

Bekanntlich wurde Erich Honecker vor mehreren Jahren von Udo Lindenberg angesungen. Das war dessen Selbstvermarktung, gewiß, aber der Staatsrats-Vorsitzende eignete sich dabei immerhin als Charge, so wie Blüm bei Rudi Carell und wie Brandt und Gorbatschow in Reklamen für Keks und Schnaps. »Genossinnen und Genossen aus dem Tübinger ‘Infobüro’ und der ‘Tübinger Initiative für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen - jetzt’« haben Erich Honecker ihre Solidarität mitgeteilt (KONKRET 1/1991). Er selbst allerdings wollte am Ende nur ein Staatsmann wie andere sein. »Regierung ist Regierung!« Weil er aber der Feind aus dem Reich des Bösen blieb, war er für einige Linke der Widerpart der hiesigen Zustände - eine Negation nicht in ihrer Kraft, sondern in ihrer Schwäche, mehr noch: mit ihren und seinen Schwachheiten.

Reinhold Andert und Wolfgang Herzberg haben das Interview geführt. Das Buch, welches daraus entstand, enthält wüste Fehler. Der vielleicht tollste steht auf Seite 149. Honecker spricht über den Blutmai 1929 und erklärt: »Diese Polizei stand unter Befehl von Simmering.« Wer mag das wohl gewesen sein? Herr Simmering taucht auch im Register auf (mit falscher Seitenzahl). Der Berliner Polizeipräsident Zörgibel ist wohl nicht gemeint, wahrscheinlich aber der Innenminister Severing, welcher dieses Amt 1929 jedoch gerade mal nicht in Preußen, sondern im Reich wahrnahm. Der Fehler ist wahrscheinlich bei der Abschrift des Tonbands entstanden. Auch über den sozialdemokratischen Phantom-Politiker »Palm«, der auf Seite 221 in die Geschichte der Arbeiterbewegung eingeführt wird, hätte ich gern mehr gewußt. Offenbar hat man dem Ehepaar Honecker nicht die Möglichkeit zu einer gründlichen abschließenden Durchsicht gegeben. Die schnelle Mark war für den Verlag wohl wichtiger.

Dies zeigt sich auch an der reißerischen Präsentation. Es beginnt schon mit dem Titel: »Der Sturz«. In Wirklichkeit handelt es sich um eine ganze Biografie. Der Untertitel »Erich Honecker im Kreuzverhör« ist ebenfalls falsch. Es geht um ein ganz normales lebensgeschichtliches Interview. Wenn Andert und Herzberg hart fragen, kontert Honecker gut. Sobald er vergißt, den Staatsmann zu spielen und sich über das Volk etwas vorzumachen, erweist er sich als klarblickender, zuweilen sarkastisch urteilender alter Kommunist. Sollte er vor Gericht gestellt werden, wird er sich gewiß, falls er gesund genug ist, gut schlagen. Ihm wünsche ich diese Komödie nicht, wohl aber der Justiz des neuen Reiches. Schon gibt es, mit Sitz in Dortmund und Essen, ein Solidaritätskomitee für Erich Honecker.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 1/91 über das Ende des Kommunistischen Bundes (KB)??

Konkret 02/91, S. 19

Claudia Burgsmüller

Sex ohne Verpflichtung

Wer beobachtet nicht die Schlangen von Wartenden - in der Mehrzahl männlichen Geschlechts , die sich neuerdings, seitdemaus der DDR die »fünf neuen Länder« geworden sind, dort vor den Sex-Shops und den Live-Shows drängeln, um drinnen endlich für harte Währung präsentiert zu bekommen, was bislang den Menschen im »freien Westen« vorbehalten war: nackte Tänzerinnen und Pornos. Männern und Frauen aus der alten BRD ist dieses triste Bild - jedenfalls soweit sie eine linke und/oder feministische Geschichte der »sexuellen Befreiung« in den 60er und 70er Jahren erlebt haben - ein Anlaß mehr, mitleidig und herablassend, als Feministin auch entnervt, über die »primitiven« Bedürfnisse der »Ossis« zu räsonnieren.

Zuersteinmal machen die Schlangen aber sichtbar, daß die Schließung der Peep-Shows aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, das 1981 behauptete, die Menschenwürde der sich präsentierenden Frauen verletzt zu sehen, gerademal zur Umbenennung der vielgefragten Läden in »Live-Shows« und zu ein paar geringfügig veränderten Arrangements zwischen Tänzerin und Kabine geführt hat. Der Verdacht von damals, daß es den Bundesrichtern eher darum gegangen sei, die Manneswürde zu schützen als die der Frauen, die dort als Sexarbeiterinnen eine für sie angenehmere Alternative zur Prostitution gewählt hatten, bestätigt sich: Wer mag sich schon einen der Voyeure, der dort mit der anderen Hand das Markstück festhält, während die Hose schon längst zu den Knöcheln heruntergerutscht ist, als ordentlichen Bank-, Büro- oder Postangestellten vorstellen ...?

Während im Osten jetzt von allen gekauft werden kann (und bedenkenlos gekauft wird), was dort zu Zeiten des realexistierenden Sozialismus nur für privilegierte Devisenbesitzer käuflich war, Sex, werden im Westen verfeinerte Legitimations-Praktiken für anspruchsvollere Kundenschichten etabliert. Die Westler, die, ihre Aktentasche, die »taz« oder ähnliche Lektüre in der Hand (KONKRET habe ich tatsächlich noch bei keinem von ihnen gesehen), die Etablissements verlassen, in denen sie sich von ihren wichtigen oder weniger wichtigen Tätigkeiten kurz »erholt« haben, schauen meistens selbstbewußt oder aggressiv, sehen sie sich mit dem verächtlichen Blick einer Frau konfrontiert. Die Freier aus der linken und alternativen Szene haben, das scheint ein wesentlicher emanzipatorischer (?) Aspekt männlicher Sexualkultur Anfang der neunziger Jahre zu sein, ein halböffentliches coming-out, seitdem es bei den Prostituierten Ansätze der Selbstorganisierung gibt (z.B. Hydra, Berlin; Huren wehren sich gemeinsam, Frankfurt a.M.; Straps und Grips, Münster). Mit diesen Frauen nehmen sie Kontakt auf, geben sich auch schon mal öffentlich auf einer Podiumsdiskussion als Freier zu erkennen und gestatten (in der Winterausgabe von »Hydra Nachtexpress«), wie der Priesteranwärter oder der Mann, der sich einen Alternativ-Puff wünscht, einen Einblick in ihre Motivation, Huren aufzusuchen. Sie beginnen sogar, eine aus den Niederlanden kommende Idee aufgreifend, sich in Freiergruppen zu organisieren, um sich dann mit den rechtspolitischen Forderungen der Prostituierten zu solidarisieren: Anerkennung der sexuellen Dienstleistung als Beruf mit Ansprüchen an die Sozial- und Arbeitslosenversicherung, oder die Möglichkeit, den »Dirnenlohn« einzuklagen, was bisher wegen »Sittenwidrigkeit« derartiger Verträge nicht möglich ist; auch die Abschaffung der ausschließlich den Frauen schadenden Sperrbezirke und des Gesetzes zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten, das der Polizei und den Gesundheitsämtern ermöglicht, umfangreiche Datensammlungen anzulegen, ist Teil des Forderungskatalogs.

Mindestens genauso wichtig wie die Unterstützung der Forderungen der Prostituierten ist den Freiern allerdings ihre eigene Be-Freiung: Sie wollen, erklären sie in ihrer Selbstdarstellung, nicht mehr länger Schuldgefühle haben müssen oder sich gar schämen, wenn sie Sex kaufen. Aus den Erzählungen und Berichten von Prostituierten läßt sich auch ein anderes Bild zusammensetzen: das des alternativen Freiers, der seinen Spaß nur haben kann, wenn er besonders billig zu haben ist - er erwartet Rabatt dafür, daß er die Prostituierte als Frau, mit der er auch diskutieren will, ernstnimmt und, in seinem Verständnis, respektvoll behandelt - und ihm zusätzlich noch ermöglicht, als Be-Freier zu erscheinen. Angebote, beim Aufbau einer bürgerlichen oder alternativen Existenz behilflich sein zu wollen, begleiten diesen »Sex ohne Verpflichtung«.

Während so das Verhältnis Freier - Prostituierte auf eigentümliche Art und Weise enttabuisiert wird, wird über die westdeutschen Sextouristen, die zu Zehntausenden nach Thailand oder Kenia fliegen, nach wie vor geschwiegen. Was diese Männerarmada, die mit Sicherheit bald östliche Verstärkung bekommt, im Innersten bewegt, hat bisher kaum jemand gründlich untersucht, Erklärungsansätze gibt es wenige. Fest steht nur, daß sich Sextourismus nicht als »Randgruppenphänomen mit pathologischen Implikationen« abtun läßt. Und auch die Beschreibungen des Hamburger Instituts für Interdisziplinäre Sexualforschung, die die in die Ferne schweifenden Freier als »analsadistische« und »schizoide« Männer etikettiert und darauf hinweist, daß darunter besonders viele Rucksacktouristen seien, sind wenig zufriedenstellend. Mehr leuchten mir Erklärungen ein, die auf das rassistische Interesse am Überlegenheitsgefühl, das sich auch der weniger finanzstarke deutsche Mann (ob Student oder Arbeiter scheint keinen großen Unterschied zu machen)

dort kaufen kann, verweisen. Das wird bestätigt durch den offen artikulierten Anspruch »einmal ganz groß rauszukommen« und durch Großmann-Prahlereien, die von befriedigten Sextouristen zu hören sind: »Ein Mann - neun Prostituierte exklusiv für ihn«. Die armseligen Verhältnisse in den Ziel-Ländern werden wahr- und als Legitimation des eigenen Verhaltens hergenommen: Die Sextouristen fühlen sich als Entwicklungshelfer, als Be-Freier der Prostituierten von materieller Not. Daß sie dafür Sex fordern, scheint ihnen normal und nicht verwerflich: Schließlich soll »für Thaimädchen die Prostitution das Natürlichste auf der Welt sein«. Und den deutschen Freiern erfüllen sie den weitverbreiteten Wunsch nach der stummen Sexualpartnerin. Der Rucksacktourist variiert diese Projektionen, indem er wahre Erfüllung sucht und dafür natürlich am liebsten nichts bezahlen möchte - was sich trefflich ins Bild vom »linken« Freier in der BRD einfügt.

Die Folgen der Geschichte der »sexuellen Befreiung« werden kaum thematisiert, geschweige denn diskutiert, weil parallel zur allgegenwärtigen »Erotisierung« unseres West-Alltags das Verhältnis zur Politik wieder routinierter wurde: Die Überzeugung, daß das Private politisch sei, wurde, noch bevor sie sich richtig durchsetzen konnte, wieder verworfen. Das Nicht-Öffentliche in die politische Diskussion einzubeziehen ist aber notwendig, soll die Reduzierung von Frauen darauf, Produktanreize zu liefern oder sexuelle Befriedigung zu verkaufen, soll die Mißachtung ihres Lebens als Erwerbstätige überwunden werden. Zur Zeit erscheint diese Diskussion nur möglich, wenn die Geschlechter sie jeweils für sich führen. Ein Plädoyer für den Separatismus (auch der Männer, z.B. in den oben erwähnten Freiergruppen) stößt aber zusätzlich zu den bekannten auf neue Widerstände: Gerade die Frauen aus den politischen Organisationen in den »fünf neuen Bundesländern« (Grüne, Bündnis 90, PDS, Unabhängiger Frauenverband), wehren sich vehement dagegen, wohl aus Sorge darum, verdächtigt zu werden, dem plötzlich als Maßstab gesetzten westlichen Konsum-Allround-Weiblichkeitsideal (tags Karriere, abends Straps) nicht zu genügen. Bestätigte sich dieser Eindruck, wäre der Sieg des westlichen Sexismus ein doppelter: Er prägte weiterhin den gesellschaftlichen Alltag und gleichzeitig die Opposition dagegen.

Konkret 02/91, S. 20

Jan Philipp Reemtsma

»Zufügung körperl. Schmerzen zur...«

Überlegungen zur politischen Semantik des Begriffs »Folter«Am 26. Februar 1973 konnte, wer Zeit und Interesse hatte, in der TV-Magazin-Sendung »Panorama« einen Beitrag über das Problem der Rechtmäßigkeit der Untersuchungshaftbedingungen von mutmaßlichen Mitgliedern der damals so genannten »Baader-Meinhof-Gruppe« und in diesem Beitrag den Rechtsanwalt Heinrich Hannover sehen, der gerade von einem Mandantenbesuch kommend vor den Toren einer Hamburger Strafanstalt diesen Satz sagte: »Sicher sind die Maßnahmen formal gedeckt durch die Untersuchungshaftvollzugsordnung, aber sie sind nicht notwendig und auch nicht geeignet, um den Zwecken der Untersuchungshaft zu dienen, also eine Flucht zu verhindern und eine Verdunkelung zu erschweren, sondern sie haben hier offensichtlich die Funktion, die Persönlichkeit unserer Mandanten zu zermürben, und stellen sich damit als verfassungswidrige Folter dar.« Dieser Satz erzeugte durch die Reaktionen, die er hervorrief, exemplarische Materialien zur Analyse der Herrschaftslegitimationsstrategien der bürgerlichen Gesellschaft.

Am 19. September 1975 erteilte die Zweite Kammer des Ehrengerichts für Rechtsanwälte in Bremen für diesen Satz nämlich einen Verweis. Das Ehrengericht wertete den Satz Heinrich Hannovers als »Pflichtwidrigkeit«, denn mit ihm sei »das Maß der erlaubten Kritik« überschritten worden, weil er nicht nur »eine falsche Anwendung des Gesetzes« (über Bedingungen der Untersuchungshaft) »bemängele, sondern an der Entscheidung beteiligten Richtern unterstelle, mit formal richtigen Entscheidungen in Wirklichkeit grausame und unmenschliche Absichten zu verfolgen«. Nicht also »in formal zulässigem« Rahmen Grausames und Unmenschliches zu *tun*, sondern grausame und unmenschliche *Absichten* zu verfolgen. Da in Hannovers Satz von Absichten nicht die Rede ist, kann es sich nur um eine bestimmte semantische Normierung des Begriffes »Folter« handeln. Und zwar um eine, die darauf abzielt, die richtige Anwendung des Wortes auf Handlungen und Zustände davon unabhängig zu machen, welcher Art diese Zustände *sind*, und was die Handlungen *bewirken*.

Daß es dem Ehrengericht wirklich darum ging, wird aus der in der Urteilsbegründung ausgeführten Argumentation deutlich, die ihrerseits begründen soll, warum das Gericht dem Begehren der Verteidigung Hannovers, einen Gutachter beizuziehen, der sich zu der Frage äußern sollte, ob die Haftbedingungen seiner Mandantinnen und Mandanten dazu geeignet seien, deren Persönlichkeit zu zerstören, nicht nachgekommen war: Der von der Verteidigung gestellte Antrag, »die Professoren Teuns und Gross als Sachverständige zu hören, daß die Art der Unterbringung von Frau Meinhof in der JVA Ossendorf zu tiefgreifenden physischen und psychischen Schädigungen führen mußte und geführt hat und daß die Unterbringung in der ‘stillen Abteilung’ eine Form von Folter darstellt«, sei abzulehnen gewesen. Denn die »Tatsache« dieser Schädigungen sei für die Entscheidung des Ehrengerichts ohne Belang. »Entscheidend« sei »nicht das objektive Ergebnis der Haftbedingungen, sondern ob diese Haftbedingungen subjektiv darauf gerichtet waren, Aussagen oder Geständnisse zu erzwingen. ... Denn der Begriff der Folter erschöpft sich nicht in der Zufügung körperlicher oder seelischer Qualen, sondern schließt die Absicht, Aussagen oder Geständnisse zu erzwingen, ein.«

Man muß gar nicht auf die Folgen hinweisen, die eine so begrenzte Definition hätte, etwa die, daß, da es um das Erpressen von Geständnissen nur in Ausnahmefällen gegangen ist, in deutschen Konzentrationslagern kaum gefoltert worden wäre. Eine Folge übrigens, die auch die Definition des »Großen Meyer« zuließe: »Folter (Tortur), Zufügung körperl. Schmerzen zur Erzwingung einer Aussage«. Das dieser Lexikon-Definition zugrundeliegende Verständnis des Begriffes »Folter« nimmt das Ehrengericht nicht nur auf, sondern gibt es als semantische Norm für in die Öffentlichkeit gerichtete Äußerungen vor. Zwar nimmt es die Erläuterung Hannovers zur Kenntnis, er habe mit dem Begriff der »Funktion« auf das notwendige Resultat der Haftbedingungen verweisen wollen, und den Begriff »Folter« verwende er, abweichend vom überholten »klassischen« der »Schmerzzufügung zur Erzwingung von Aussagen« in dem Sinne, wie etwa in der Bundesrepublik die Einweisung von Dissidenten in sowjetische psychiatrische Kliniken als Folter bezeichnet werde. Und das Gericht bestritt nicht, daß man den Begriff der »Funktion« durchaus in dem von Hannover reklamierten Sinne verwenden könne und vielleicht im vorliegenden Falle sogar zurecht, dennoch sei dieser nicht der der Öffentlichkeit vertraute. Für diese gelte der »allgemeine Sprachgebrauch«, und der sei nicht der der Soziologie, sondern einer, in dem »Funktion« zweckbezogen, also gleichgesetzt mit »Aufgabe« verwendet und verstanden werde. Wer sich an die Öffentlichkeit wende, müsse sicherstellen, von ihr im Rahmen des allgemeinen Sprachgebrauchs verstanden zu werden.

Die semantische Normierung des Wortes »Funktion« dient demselben Ziel wie die nach Maßgabe des »allgemeinen Sprachgebrauchs« erfolgende und eben damit diesen regelnde des Wortes »Folter«: »Im allgemeinen Sprachgebrauch beinhaltet Folter ... noch immer die Zufügung körperlicher oder seelischer Qualen zur Erzwingung von Aussagen oder Geständnissen. Dieser klassische Begriff der Folter ist keineswegs überholt, wie die vorstehende Definition zeigt, die der Entscheidung der europäischen Kommission für Menschenrechte des Europarats über die Zulässigkeit der Individualbeschwerde von Baader, Meins, Meinhof und Grundmann gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 30. Mai 1975 entnommen ist.«

Nun leiden juristische Konstrukte wie das »allgemeine Rechtsempfinden«, die »allgemeine Moralauffassung« und eben auch der »allgemeine Sprachgebrauch« an ihrer Nähe zur Tautologie, denn feststellbar ist ja weder, wie beschaffen das allgemeine Wasauchimmer ist, noch ob es das überhaupt gibt. Es ist letztlich immer der Sprachgebrauch des Gerichts, den es als den allgemeinen unterstellt, um ihn dann zur Begründung dafür heranzuziehen, daß es die Sprache in der Weise verwendet, in der es das tut. Deutlich wird das am sprachlichen Lapsus, das Nicht-Überholtsein des klassischen Folterbegriffes zeige sich in der »vorstehenden Definition«, die doch das Gericht selbst dorthin gestellt hatte.

Obwohl sich das Gericht seiner Definitionsmacht wenigstens halbbewußt zu sein scheint, bleibt seine Selbstdarstellung als ideelle Öffentlichkeit wichtig. Nicht nur, um eine Norm besonders nachdrücklich vertreten zu können, sondern um über die Forderung, wer sich an die Öffentlichkeit wende, habe die Sprache der Richter zu sprechen, hinaus dekretieren zu können, die Explikation des eigenen Sprachgebrauchs durch den Sprecher sei vernachlässigbar. Wer sich, so das Gericht, mit der Öffentlichkeit häufig befasse und sich in ihr auskenne wie der Rechtsanwalt Hannover, der gebrauche die Sprache der Öffentlichkeit. Ergo habe sich Hannover dieser Sprache und der sie bildenden Normen bedient. Und damit Vorwürfe erhoben, die das Gericht mit einem Verweis zu beantworten habe.

Das nicht, weil das bloße Erheben von Vorwürfen etwa gesetzwidrig sei; *der* »Vorwurf wäre rechtlich unerheblich, wenn er der Wahrheit entspräche«. Wenn also die seelischen und körperlichen Zustände der Mandantinnen und Mandanten Heinrich Hannovers, unterstellt, sie seien so, wie er behauptet, gekennzeichnet nämlich von der Zermürbung ihrer Persönlichkeit, Resultat der Absicht wären, ebendiese Zustände herbeizuführen, und zwar mit der weiteren Absicht, Geständnisse und Aussagen zu erpressen - dann würde Hannover kein Vorwurf aus der Behauptung erwachsen, seine Mandantinnen und Mandanten würden gefoltert. Aber wie kann ein solcher Vorwurf verifiziert werden? Ersichtlich nur durch eine Aussage oder ein Geständnis aus dem Kreise derjenigen, die die Haftbedingungen angeordnet oder bei der Prüfung für rechtmäßig und geboten erachtet haben, oder durch Dokumente, die eine solche Absicht zweifelsfrei nachweisen ließen. Wie müßte eine dementsprechende Beweisführung aussehen?

Nun, das Gericht *hat* »über die Art der Unterbringung der Frau Meinhof in der Justizvollzugsanstalt Köln-Ossendorf und darüber Beweis erhoben, daß diese Art der Unterbringung gewählt worden sei, *um* Frau Meinhof zu zermürben *und* sie zu einer Aussage zur Sache zu bewegen« (Hervorhebung von mir, JPR). Aussagen über die Haftbedingungen vom Leiter der Justizvollzugsanstalt werden referiert, vom Arzt der Haftanstalt, vom Justizminister des Landes Hessen und einem weiteren Anwalt Ulrike Meinhofs. Mit Ausnahme des Letzteren sagen alle Befragten, Frau Meinhof sei es den Umständen entsprechend gut gegangen, und daß, wo diese Umstände von den haftüblichen abwichen, es notwendig gewesen sei, sie so zu gestalten. Diese Aussagen tragen nach dem gerichtlich geäußerten Verständnis des in Verhandlung stehenden Problems gar nichts zur Sache bei. Denn Gegenstand eines Vorwurfs, es werde gefoltert, ist ja nach Ansicht des Gerichtes nicht, wie ein Mensch behandelt werde, auch nicht, wie es ihm bei einer bestimmten Behandlung ergehe. Und also müßte doch, wie es denn tatsächlich zugeht in den Zellen, unerheblich sein.

Nur jeweils am Ende der Schilderungen wird im Sinne des Gerichtes zur Sache gesprochen. Der Leiter der Vollzugsanstalt sagt, »nach seiner Kenntnis seien die Haftbedingungen lediglich aus Sicherungsgründen angeordnet worden. Von einer Zielrichtung, durch diese Haftbedingungen Frau Meinhof zu zermürben und zu Aussagen zu bewegen, sei ihm nichts bekannt und auch nichts zu Ohren gekommen.« Ebenso äußern sich Arzt und Minister. Der Anwalt sagt, über Absichten vermöge er nichts zu sagen, wohl aber sei ein Zusammenhang zwischen Haftbedingungen und Wesensänderung und Schwächungder Widerstandskraft und Zunahme der Aussagebereitschaft der Angeklagten erkennbar;auf diese Wirkungen hingewiesen, hätten die Verantwortlichen an den Zuständen nichts geändert; im übrigen seien die Argumente, die Haftbedingungen seien der Sicherheit wegen notwendig, nicht stichhaltig. Dieses zusammengenommen, sei es nicht unplausibel, wenn »für die Verteidiger dieser Häftlinge subjektiv der Eindruck« sich habe »verdichten können, daß die Wirkungen der Haft auf Absicht der Verantwortlichen beruhten«.

Die Frage, ob es für die von einer Maßnahme Betroffenen einen Unterschied mache, ob die Folgen dieser Maßnahme Ziel und Absicht der Anordnenden waren oder nur so »passierten«, läßt sich kaum unsarkastisch stellen. Aber auch eine reine Täter-Sicht der Dinge muß keineswegs, auch juristisch nicht, auf die Absichten rekurrieren, denn schließlich gibt es die Konstruktion der »billigenden Inkaufnahme«, die nicht ein intendiertes Resultat einer Handlung meint, sondern ein Nebenresultat, das allerdings mit ihr so verbunden ist, daß es nur vermieden werden könnte, gäbe man auch die eigentliche Handlungsabsicht auf. Aber es ist wohl müßig zu überlegen, wie das Ehrengericht denn bei Wahrung seines Weltbildes Hannover hätte recht geben können, wenn es gewollt hätte, denn es hat ja nicht gewollt. Daß die Befragung von potentiellen Mittätern als Sachverständige wenig für die Klärung irgendeines Vorwurfes beiträgt, sollte einem Gericht geläufig sein.

Aber das ist gewiß nicht der einzige Grund, warum der Vorwurf der Folter semantisch so gedreht wurde, daß eine sinnvolle Beweiserhebung gar nicht mehr möglich war. Denn das Gericht hat diese Definition ja nicht erfunden, sondern nur vorgefunden. Und, wenn man so will, hat es sich selbst zur Funktion dieser Definition gemacht. Akzeptiert man diese

Definition der Folter, gibt es überall dort, wo sich Menschen nicht zur Ausübung der Folter bekennen, die Folter nicht, und zwar definitionsgemäß.

Warum war der Hannoversche Vorwurf überhaupt Gegenstand eines Ehrengerichtsverfahrens geworden? Warum überhaupt irgendeines Verfahrens? Es ist uns, das beweist zwar nicht die Höhe unserer Zivilisation, aber die unserer Meinung über sie, der Vorwurf der Folter fast eine solche Ungeheuerlichkeit wie die Folter selbst. Der Vorwurf, es werde gefoltert, ist qualitativ unterschieden von dem, Menschen werde auf beliebige andere Weise Leid angetan. »Der Vorwurf .... ist geeignet, die Richter, die die Maßnahmen angeordnet, und die Beamten, die sie ausgeführt haben, in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen«, denn nicht nur würden Richtern wie Beamten strafbare Handlungen, sondern darüber hinaus würde den Richtern Rechtsbeugung vorgeworfen, und »die Behauptung der Rechtsbeugung stellt den schwersten Vorwurf gegen einen Richter dar«, einen schwereren als den, Richter hätten Maßnahmen angeordnet, an denen Menschen zu Grunde gehen.

Es geht nicht darum, daß die Gefangenen unter den Folgen richterlicher Erlasse leiden, sondern darum, daß diese Erlasse und ihre Folgen nicht mit einem bestimmten Wort benannt werden dürfen. Nicht, daß man nicht fordern dürfte, diese richterlichen Erlasse zu unterlassen - man darf nur bei dieser Forderung ein bestimmtes Wort nicht benützen. »Zur Kritik der beanstandeten Haftbedingungen hätte es ausgereicht, die objektiven Folgen dieser Haftbedingungen zu erwähnen und darzutun, daß die angeordneten Maßnahmen durch weniger einschneidende und für die Untersuchungshäftlinge weniger belastende Maßnahmen ersetzt werden könnten. Dann wäre das Maß sachlicher Kritik nicht überschritten worden.« Auch daß Hannover seine Kritik an den Haftbedingungen »in der Sache scharf« äußere, damit sie Wirkung habe, sei nicht tadelnswert, auch nicht, daß er sich an die Öffentlichkeit gewandt habe, denn schließlich habe er mit prozessualen Mitteln »eine wesentliche Verbesserung der Haftbedingungen« nicht erreichen können, und schließlich sei es seine Aufgabe als Anwalt, sich für die Verbesserung der Haftbedingungen seiner Mandantinnen und Mandanten einzusetzen: »An ihnen erlebte er die negativen Folgen lang andauernder Untersuchungshaft unter verschärften Sicherheitsbedingungen und erkannte, daß hierdurch objektiv die Gefahr einer Zermürbung drohte. Weil die so lang andauernde Haft zu einer Persönlichkeitsveränderung seiner Mandanten führen mußte, war es auch seine Aufgabe als Verteidiger, alles rechtlich Zulässige zu ihren Gunsten vorzunehmen.« Das Gericht akzeptiert also ausdrücklich den Inhalt der Vorwürfe Heinrich Hannovers. Es ahndet allein die Verwendung des Wortes »Folter«. »Denn mit dem Vorwurf gegen die Richter eines Bundesgerichts, formal zulässige Haftbedingungen zu mißbrauchen, um Aussagen und Geständnisse zu erzwingen, also verfassungswidrige Folter anzuordnen und zu dulden, wurde die Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland in Frage gestellt.« Es sei vom Rechtsanwalt Hannover zu »verlangen« gewesen, »seine Worte so zu wählen, daß derartige schwerwiegende Vorwürfe vermieden würden«.

Das ist natürlich Unfug. Hannover hatte allenfalls Richtern, Justizministern, Strafvollzugsbeamten vorgeworfen, Gesetze, die den Rechtsstaat garantieren sollen, zu beugen oder zu brechen. Aber diese Gesetze sind ja gerade dazu da, jene Handlungen, die als Übertretungen definiert sind, zu ahnden, und der Rechtsstaat bewiese sich in der Anwendung dieser Gesetze gegen die, die sie zuvor beugten oder brachen. Die Vorstellung, Gesetze dienten dazu, Handlungen definitionsgemäß unmöglich zu machen, ist reinlichster Palmström. Aber dennoch steckt etwas Wahres in der Haltung des Gerichtes. Mit dem Vorwurf der Folter ist tatsächlich mehr gesagt, als daß einer oder mehrere, und seien sie höchste Staatsbeamte, gegen spezifische Gesetze verstoßen hätten. Der Vorwurf der Folter zielt aufs Ganze der staatlichen und gesellschaftlichen Verfaßtheit. Kann man einigen Repräsentanten eines Staates vorwerfen, sie bedienten sich der Folter, so ist ihr Staat einer, in dem gefoltert wird, und es hat sich nicht nur der Repräsentant als Individuum, sondern der Repräsentant als Repräsentant etwas zu Schulden kommen lassen und mit ihm, was er repräsentiert. Das würde zwar den Vorwurf, in einem Staat werde gefoltert, zu einem gravierenden machen, erklärt aber noch nicht zur Gänze, warum das Ehrengericht, dessen Haltung wir mit Fug für typisch erklären können, weshalb wir sie hier in extenso vorgestellt haben, in dieser Weise hermetisch argumentiert hat. Es hat ja genaugenommen nicht argumentiert, sondern ein Tabu aufgestellt, bzw. die Grenzen eines bestehenden Tabus beschrieben.

Das Tabu betrifft einmal die Folter selbst - es ist undenkbar, daß eine öffentliche Diskussion darüber geführt würde, die Folter in europäischen Gefängnissen wieder einzuführen. Das Tabu betrifft aber auch die Rede von der Folter: Die Folter darf so sehr nicht sein, daß sie in der Tat nicht sein kann, und die Behauptung sie sei da, ist verboten. Das gilt auch für Länder außerhalb des europäischen Raumes, und auch für solche, bei denen dieses Tabu einen außerordentlich lächerlichen oder zynischen Eindruck macht. Das Bekenntnis Pinochets zur Folter in den ersten Tagen seiner Diktatur, ist eine absolute Ausnahme und von ihm in dieser Form nicht wiederholt worden.

Dieses Tabu verhindert die Auseinandersetzung mit einer Frage, die wir der obigen Kontroverse Heinrich Hannovers mit dem Ehrengericht sonst ohne weiteres als Strukturierungsprinzip hätten unterstellen können: Soll mit »Folter« etwas historisch Abgeschlossenes, etwas räumlich und zeitlich genau Bestimmbares bezeichnet werden, oder soll »Folter« dasjenige genannt werden, was auf jeder historischen Stufe erneut von Menschen als unerträgliche Straf- und Repressionspraxis verstanden wird? Ferner: Verbinden wir mit »Folter« die Assoziation des »Unerträglichen schlechthin« oder die desjenigen, was gemessen an den sozialen Gesamtumständen untragbar erscheint? Deutlich hat das Ehrengericht einen in diesem Sinne »absoluten« Begriff der Folter und Heinrich Hannover einen »relativen«. Deutlich auch, daß der

»absolute« Begriff der Folter mit dem benannten Tabu engstens verbunden ist. Bevor man also für den einen oder den anderen Begriff der Folter argumentiert, sollte man die Quelle des Tabus aufsuchen.

Aufschlußreich ist hierbei die Betrachtung jener Zeiten und Zustände, in denen die Folter nicht nur kein Tabu, sondern anerkannte Praxis war sowie unumstritten, was man mit dem Wort »Folter« bezeichnen wollte. Nehmen wir also das, was unbestritten immer »Folter« genannt worden ist (und auch rückblickend so genannt wird), so ist die Folter die Zufügung vornehmlich körperlicher Schmerzen in speziellen Untersuchungs- und Strafverfahren. Solange dieses Verfahren existierte, war die Semantik des Wortes »Folter« (»Tortur«, »peinliche Frage«) unumstritten; mit der »Abschaffung der Folter« - d.i. der Beendigung dieses Verfahrens, entstand das beschriebene Tabu.

Jenen Prozeß, den man gerne die »Abschaffung der Folter« nennt (ob man ihn zurecht so nennt, wird später Gegenstand dieses Beitrages sein), haben Diskussionen begleitet; es gab eine Debatte über den sozialen Sinn der Folter, nicht weniger »rational« als etwa die Diskussion über die Abschaffung oder Beibehaltung der Todesstrafe, eine Diskussion, die übrigens nicht viel jüngeren Datums ist. So schreibt etwa ein Innsbrucker Professor der Jurisprudenz, Johann Christoph Frölich von Frölichsburg (1657- 1729): »Dann ob zwar die peinliche Frage gar eine gefährliche Sache / und eine Zubereitung zum Tode ist / wie Oldekoppius saget / wodurch so bald ein Unschuldiger wegen erleydender Schmertzen verdammet und hingerichtet / als ein Schuldiger wegen Härtigkeit des Gemüths der Ordinari-Straffe entlediget werden kan; So ist doch die Tortur eine dem gemeinen Besten sehr nützliche / ja nothwendige Sache; dann wann die Böszwichte wissen solten / daß sie im Fall nicht geschehender Überweisung / so mehrmalen gar schwer zu überkommen / anderwärts zu Erhaltung der Wahrheit nicht / gepeiniget würden / sondern als unschuldig entlassen werden müßten / würde die Welt mit unzahlbaren Böszwichtern und Delinquenten / dem gemeinen Wesen zum Nachteil höchsten / angefüllt werden. Zudeme ist fast unmöglich / daß / wann alle und jede Umstände / so zu Vorkehrung einer Tortur von rechtswegen erfordert werden / in fleißige Erweg- und Beobachtung recht gezogen werden / ein gantz Unschuldiger mit der Tortur geplaget werden solte« (zit. n. Franz Helbing/Max Bauer: Die Tortur, Berlin 1925).

Das Für und Wider der Anwendung der Folter wird in diesem Text abgewogen, also durchaus nicht geleugnet, daß es Gründe gibt, die gegen die Folter sprechen, aber doch für die Folter plädiert mit dem Hinweis auf ihre letztlich abschreckende Wirkung. Die mit ihr verbundenen Risiken ließen sich, wenn Umsicht walte und die - so würden wir heute sagen - Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens gewahrt bleibe, minimieren. Daß die Anwendung der Folter ein problematisches Mittel der sogenannten »Wahrheitsfindung« ist, ist also nicht etwa ein Argument, das nur denjenigen bewußt gewesen ist, die für die Abschaffung der Folter sich einsetzten. Daß die Abschaffung der Folter sich mit der plötzlichen Erkenntnis durchgesetzt habe, daß man mit ihr auch wahrheitswidrige Geständnisse produzieren kann, ist eine, wiewohl verbreitete, so doch sonderbare Legende. Natürlich hat man gerade dies immer gewußt (und schon in Aristoteles' »Rhetorik« findet man eine Argumentationshilfe für Anwälte, die Vorschläge für den unterschiedlichen Umgang mit durch Folter erpreßten Aussagen enthält - je nachdem sie der eigenen Sache abträglich oder förderlich sind). Auch wurde die Anwendung der Folter keineswegs, wie es unsere Assoziationen nahelegen, mit spezifischer Willkür in Zusammenhang gebracht, sondern mit einem Verfahren, genauer: einem rechtsstaatlichen Verfahren, das eben genau Willkür und Mißbrauch verhindern sollte. Gleichwohl sind in unserem Verständnis »Rechtsstaat« und »Folter« Begriffe, die einander ausschließen, hingegen entsprechen sich »Folter« und »Willkür«. Etwa dieses drückt der ehemalige Präsident des Bundeskriminalamtes, Horst Herold, aus, wenn er sagt: »Ich meine auch, daß viel von dem, was Amnesty International rügt, der Einfluß von Folter und Quälereien, Erpressung von Geständnissen usw. bei der Führung von Prozessen nicht nur zurückgeht auf den Willen zu quälen, sondern auf die Unfähigkeit, auf andere Weise sich in den Besitz der Wahrheit zu setzen. Je mehr noch der Prozeß der Wahrheitsfindung objektiviert und wissenschaftlich nachvollziehbar gestaltet wird, um so mehr drängt er Folter und Grausamkeit zurück.«

Die Äußerung Herolds zeigt, wie sehr unser Verständnis von »Folter« an jenes Verfahren gebunden ist, das im - wie wir ungenau zu sagen pflegen: mittelalterlichen - Strafprozeß (oder im Inquisitions- oder Hexenprozeß) zur Erpressung eines Geständnisses angewendet wurde. Es geht bis in die oben angeführte Lexikon-Definition des »Großen Meyer« - der »Brockhaus« sagt es so: »Die Erzwingung des Geständnisses von Beschuldigten durch Auferlegung körperlicher Qualen«. Unser Begriff von »Folter« ist assoziativ an dieses Verfahren gebunden, und wenn wir von »Abschaffung der Folter« sprechen, meinen wir die Abschaffung dieses Verfahrens. Sprechen wir von »Folter in der modernen Gesellschaft«, so tun wir dies nur dann unumstritten, wenn wir die Erzeugung körperlicher Qualen zur Erpressung eines Geständnisses oder anderer Aussagen meinen, und weiterhin zeigt die Qualifikation solcher Praktiken als »mittelalterlich«, wie sehr wir auf die genannte Prozedur fixiert sind, von der jedes Kind heutzutage wenigstens ein paar Details anzugeben weiß: die Anwendung von Daumenschrauben etwa oder der Streckbank. Die Fixierung auf dieses bestimmte Verfahren (und seine zeitliche Verortung) verstellt uns aber den Blick auf das, was ich den »sozialen Sinn der Folter« nennen möchte, denn der soziale Sinn einer In-stitution wird in der Regel nicht aus ihrer Binnenbeschreibung deutlich. Gleichzeitig aber sollte über diese Fixierung nicht einfachhinweggegangen werden - zumindest bewahrt sie etwas, das bei der moralischen Ablehnung der Folter nicht unwichtig zu sein scheint. Der Abscheu gegen die Folter richtet sich nicht auf individuelle Grausamkeiten,

sondern er richtet sich auf die - wie immer sie dann im Detail beschaffen sein mag - Einrichtung von Grausamkeit als Institution.

Der soziale Sinn der Folter klärt sich nicht aus den Ritualen (Gerichtsverfahren etc.), in denen sie angewandt worden ist, sondern aus der Kennzeichnung der Menschengruppen, gegen die sie angewendet werden konnte. Im sogenannten »alten« Griechenland waren dies die Sklaven. Und nur die Sklaven. Ein Sklave konnte gefoltert werden, wenn man ihm ein Vergehen zur Last legte. Man peitschte und quetschte, man träufelte Essig durch die Nase, renkte den Leib aus mit Rad und Leiter, hing auf und zog die Haut ab. Ein Sklave konnte aber auch gefoltert werden, wenn seinem Herren ein Verbrechen zur Last gelegt wurde.

Man mag in diesen Prozeduren der »Wahrheitsfindung« Reste eines magischen In-eins-Setzens von Herr und Knecht sehen (der Sklave als symbolischer Körperteil des Herrn), auf die Aufrechterhaltung einer Herrschaftsordnung bezogen aber handelt es sich vornehmlich um eines: Dem Sklaven - und mit dem einen allen anderen - wird gezeigt, daß er ein Sklave ist, und daß der Herr sein Herr, im römischen Recht durfte der gefolterte Sklave gegen seinen Herren nicht aussagen. Dem Sklaven wird eine wesentliche Eigenschaft eingebrannt: folterbar zu sein. Die Folter ist ein Mittel sozialer Grenzziehung. Und gleichzeitig ein Mittel inhaltlicher Bestimmung des Diesseits und Jenseits dieser Grenze.

Die Folter ist damit Mittel politischer Repression der versklavten Bevölkerungsgruppe - oft der Mehrheit - gegenüber. Deutlicher wird das noch, wenn wir das antike Rom betrachten. Wir wissen dort um ähnliche Verfahren wie in Griechenland und ihre zunehmende Kodifizierung. An Methoden kennt man dort die Fidiculae, die Folterschnüre, die Laminia, die Bleche, die verbrennen, die Eisenhaken und -kämme, mit denen man das Fleisch zerreißt. Aus dem kaiserlichen Rom ist noch das Rösten bekannt, das Schmäuchen kopfunter über dickem Qualm, das Salzlappenstecken in den Mund, wobei man ersticken und verdursten kann, die mit Salz bestrichenen Fußsohlen, die bis auf die Knochen von Ziegen zerleckt werden, das Ankleben stechender Insekten auf die Haut, und schließlich, ganz elementar und sachlich: Nahrungs-, Wasser- und Schlafentzug.

Wichtiger aber noch, um den sozialen Sinn der Folter zu verstehen, der ja unabhängig von der Variation der Quälmittel besteht, ist ihre öffentliche Demonstration, ihre Integrierung in die inszenierten Massenmorde, die unter dem Namen Gladiatorenspiele bzw. circenses bekannt sind, deren Opfer nach Millionen zählen, und deren Veranstaltung zu republikanischen Zeiten Wahlkampfmittel der politischen Klasse waren. Es wurden in den Stadien nicht nur die bekannten Zweikämpfe betrachtet, nicht nur das Aufeinanderhetzen von Tier auf Tier, von Mensch auf Mensch, sondern man zeigte auch gern das langsame Zu-Tode-Foltern von Menschen.

Diese Menschen waren Sklaven, und das öffentliche Quälen von Sklaven war die Demonstration eines Klassenunterschiedes durch das Merkmal »folterbar«. Und hier wäre auch jene Abschreckungsaktion gegen potentiell aufständische Sklaven zu nennen, die an den Überlebenden des Spartacus-Heeres vollzogen wurde. Zehntausend sollen längs der via appia gekreuzigt worden sein. Denn jene an Kreuzen oder Pfählen aufgehängten Menschen, die langsam, die meisten über Tage hin, öffentlich an ihren Qualen starben, dienten demselben Zweck wie die in den Stadien zusätzlich noch zum Amusement der nichtversklavten Bevölkerung Totgequälten. An ihnen wurde - allen: den Herren wie den Knechten - demonstriert, was man mit einem Sklaven machen kann: alles.

Die erste verbürgte Folterung eines freien römischen Bürgers findet unter der Diktatur des Octavian, benannt Augustus, statt. Er verdächtigt, zu unrecht übrigens, einen Mann eines Attentatsversuches auf ihn; der wird gefoltert und ermordet. Vor den - übrigens auch gesetzwidrigen Erdrosselungen der Parteigänger des Catilina auf Befehl Ciceros - soll es, Gerüchten zufolge, auch zu Folterungen gekommen sein. Beidemalen also ein Angriff auf das Haupt bzw. »Herz des Staates«. In beiden Fällen - Cicero explizit bei den rechtswidrigen Hinrichtungen (die Folterungen sind nicht bewiesen), Augustus bei Folterung und Hinrichtung - wird eine staatliche Suprematie gegenüber jener Klasse, der die staatliche Verfassung dienen soll, bzw. aus der sie gebildet wird, behauptet, gefordert und durchgesetzt. Das Majestätsverbrechen bzw. das gegen den Staat wird zur Legitimation der Folter. Im Laufe der Jahrhunderte schreitet der Prozeß der Verselbständigung der Staatsorganisation, ihrer Entpolitisierung und Militarisierung und ihres zunehmend absolut werdenden Herrschaftsanspruchs gegenüber der gesamten Bevölkerung fort. Ihn begleitet die Verhängung der Folter über immer weitere Kreise. Schließlich ist der Kaiser der Einzige, der der Folter nicht unterworfen werden kann. Eine Abschaffung der Folter zeichnet sich erst nach der stückweisen Zerschlagung der römischen Militärmonarchie ab. Mit der zunehmenden Funktionslosigkeit des kodifizierten römischen Rechtes geht die in ihr kodifizierte Folter gleichsam »verloren« - bis sie dann ausdrücklich verboten wird, und zwar im siebten Jahrhundert von der christlichen Kirche.

In den folgenden Jahrhunderten gibt es - soweit wir wissen - die Folter als europaweite Institution nicht. Wohlgemerkt: Ich rede von der Institution, nicht von dem, was Raub- und Kriegszüge, Plünderungen etc. begleitet hat, nicht von gewissermaßen »eruptiven« Gewaltexzessen, zu denen immer nicht nur das Totschlagen, sondern auch das Totquälen von Menschen gehört hat. Ich rede auch nicht von sadistischen In-dividuen, die, wo sie denn die Macht dazu haben, ihren Sadismus auch in ihrer Funktion als Machthaber ausleben. Die Unterscheidung, die ich damit treffe, ist diese: Individuelle sadistische Akte kommen vor, wo es sadistische Individuen gibt, die die Macht haben, ihren Vorlieben gemäß zu handeln.

Die institutionalisierte Folter sucht sich ihre Exekutoren. Mit ihr werden von Machthabern spezielle Funktionsträger, zuweilen reguläre Berufe geschaffen. In diesem Sinne spreche ich von Folter als einem Phänomen, das einen sozialen (gegenüber einem bloß individuellen) Sinn hat. In diesem Sinne wird die Folter im 7. Jahrhundert verboten, in diesem Sinne wird sie - von der christlichen Kirche - im dreizehnten Jahrhundert wieder eingeführt.

Das päpstliche Dekret, das die Folter erläßt und über Europa auszudehnen intendiert, stammt aus dem Jahr 1253. Ein Jahrhundert lang hat man auf lokaler Ebene schon mit der Folter experimentiert. Es geht dies Hand in Hand mit dem Bedürfnis nach wieder kodifizierten Rechten - man entdeckt die römische Legislatur wieder und mit ihr die Institution der Folter. »Wo die hergebrachten Gesetze Geltung hatten«, schreiben Helbing und Bauer, »war aber und blieb die Tortur überall nur eine vereinzelt auftretende Erscheinung, die sich auf ihre älteste und primitivste Form, das Prügeln, beschränkte. Wo hingegen das römische Recht seinen Einzug gehalten, da wurde auch die Tortur die ständige Begleiterin der Gesetzgebung.« Das mag immerhin ein wenig zu sehr aus ultramontan gerichteter Abneigung gesprochen sein, ist aber doch wahr, wenn man Anlaß und Folge richtig zu bewerten weiß. Überall dort, wo Herrschaftsverhältnisse Machtstrukturen ausbilden mußten und nicht mehr nur durch immer einzeln-punktuelle Machtausübung bzw. -demonstration in Erinnerung gerufen oder neu gefestigt werden konnten - also dort, wo große Territorien zu beherrschen waren - wuchs auch der Bedarf an geschriebenem Recht und an der Gleichmäßigkeit (Nicht-Willkür) der Herrschafts- und Machtmittel. Das römische Recht war das zuhandene Vorbild; und die Folter war in ihm kodifiziert, weil sie sich bewährt hatte.

Symbolisch steht für das Bedürfnis nach kontrollierter Machtausübung das Verbot der sogenannten »Gottesurteile« durch das Laterankonzil von 1215, d.h. die Verbannung von Zufall und Zweikampf aus dem Recht (s. dazu Henry Charles Lea: Die Inquisition, Nördlingen 1985). In Verona wird 1231 die Folter in das Gesetzbuch aufgenommen, Friedrich II übernimmt sie in seine sizilischen Konstitutionen, 1252 folgt die päpstliche Bulle »ad extirpandam« - also die Bulle über die Ausrottung des Ketzerwesens. - Der Kanonisierung der Folter gingen 200 Jahre Kreuzzüge nach außen (Feldzüge gegen den Islam) und nach innen (gegen die Katharer, dann »Ketzer« allgemein) voraus. Die Kanonisierung der Folter setzte nur als Norm, was zur Unterdrückung »Andersgläubiger«, aber auch zu stark gewordener innerkirchlicher Machtgruppen bereits Praxis geworden war. Die Folter wird zu dem Zeitpunkt kanonisiert, als der Anspruch des Papsttums auf absolute innerkirchliche Autorität sich durchsetzt.

Die Ausbreitung der Folter erfolgt durch die Ausdehnung des kirchlichen Unterwerfungsapparates, der Inquisition. Da die Kirche, wie jede Institution mit langer Tradition, Probleme hatte, frühere Edikte einfach zu ignorieren, blieb formal das Verbot bestehen, daß Geistliche sich an Folterungen beteiligen. Man kann auch interpretieren: Durch die Verankerung der Ketzerei als »zivilem« Vergehen in den nicht-kirchlichen Gesetzeswerken gewann die Kirche über die Möglichkeit der Anzeige und -klage eine Durchgriffsmöglichkeit auf potentiell jeden Europäer. Durch den Anspruch an jedes Land, das sich »katholisch« nannte, gegen jeden von der Kirche als Ketzer Angezeigten mit Folter und möglicher Hinrichtung vorzugehen, schaffte die katholische Kirche den ersten europaweiten innenpolitischen Anspruch. War dort, wo die Folter in die nur profane Gerichtsbarkeit aufgenommen worden war, die jeweilige Klassen- und Machtlage wieder daran zu erkennen, wer mögliches Opfer der Folter sein konnte1, so galt diese Einschränkung - jedenfalls dem Anspruch nach - für die Inquisition nicht. Ein Bild mag dies erläutern: Gott, so die Lesart der eigenen Existenz, sei der erste Inquisitor gewesen, als er im Paradiese fragte: »Wo warst du Adam?« - Ein zweites zeichnete die Inquisition aus, und dies ist eine historische Neuheit: Sie ist die erste Institution, die Gedankenverbrechen verfolgt.

Formal ist die Folter wieder ein Untersuchungsverfahren. Der Inquisitor will herausfinden, ob er einen Ketzer vor sich hat, und er will die Anzeige weiterer Ketzer erpressen. Aber es geht um mehr, es geht um den absoluten Herrschaftsanspruch einer Institution über einen Menschen, seinen Leib und seinen Geist. Die Inquisition war weniger eine Institution zur Bekämpfung und Ausrottung der Häretiker als vielmehr eine zum Aufspüren und Ausrotten des Häretischen in der christlichen Gesellschaft. »Dem Inquisitor war die unmögliche Aufgabe gestellt ... die geheimen Gedanken und Meinungen der Gefangenen festzustellen«, schreibt Charles Henry Lea. Die Inquisition war der gewaltgewordene Anspruch der christlichen Obrigkeit auf die Gesamtperson ihres Untergebenen. Das Geständnis stand im Inquisitionsverfahren nicht deshalb im Mittelpunkt, weil es eines Geständnisses wirklich bedurft hätte, denn der Inquisitor durfte nach Gutdünken schuldig sprechen. Ziel des Inquisitionsprozesses war die Bekehrung, die Heimführung des verlorenen Schafes, und wenn man es mit der Feuerzange anfassen mußte. Denn, so sagte man, die Bekehrten würden durch ihr Beispiel die von ihnen Verführten dazu bringen, diesem zu folgen. Untrügliches Zeichen wirklicher Bekehrung des Herzens sei wiederum, dem Jesus- Worte zu folgen und das bisher Liebste zu verlassen und Anzeige gegen seinen Nächsten zu erstatten.

Das Verfahren des Inquisitionsprozesses war hochgradig ritualisiert, es stellte auch das Muster der profanen Untersuchungsverfahren. Zunächst wurde der Inquisit ermahnt zu gestehen. Gestand er nicht, wurde er entkleidet und abermals ermahnt, wobei man ihm die Foltergeräte zeigte und ihre Anwendung erläuterte. Gestand er auch dann noch nicht, wurde er gefoltert, in steigendem Grade. Meist stand am Anfang das Zerquetschen der Finger, Hände, Füße und Beine, dann folgte das Ausrenken der Gelenke, schließlich das Peitschen und Brennen, wobei am Ende auch die Kombination aller Methoden stehen konnte. Am Ende des Inquisitionsprozesses steht in der Regel die Hinrichtung, das öffentliche Verbrennen. Auch die Hinrichtungsarten am Ende der profanen Prozesse sind von extremer Grausamkeit. Das bloße

Köpfen ist Angehörigen der Oberklassen vorbehalten. Eine Todesstrafe wie das sogenannte Rädern ist nichts als die Fortsetzung der Folter bis zum Tode, zumal dann, wenn dieser nicht direkt am Ende der Hinrichtungszeremonie herbeigeführt wird, sondern der zerschlagene Leib - auf das Rad gebunden - zur Abschreckung ausgestellt wird und der Tod erst nach Tagen eintritt.

Von der kirchlichen Einführung der Folter bis zur sogenannten Abschaffung ist Europa ein Schlachthaus. »Es gab kaum jemanden, der nicht zumindest einmal in seinem Leben eine Hinrichtung miterlebte und von ihr tief beeindruckt war«, schreibt van Dülmen lakonisch, und Braudel merkt an: »Die Galgen, die in ganzen Trauben von den Ästen der Bäume baumelnden Gehenkten, die sich auf so vielen alten Darstellungen als winzige Figürchen gegen den Himmel abzeichnen, sind ... bloß ein realistisches Detail: Sie gehörten damals zur Landschaft«, und er zitiert einen Zeitgenossen: »... in der Fastenzeit besagten Jahres 1559 Carput aus dem Rouerge verbrannt; Ramon gerädert; Arnaut mit glühenden Zangen gezwickt; Bourquet gesechsteilt, Florimon gehängt; le Négut beim Pont de Valandre vor dem Garten von Fourié gehängt; Pouriot bei LaRoque des Arcs verbrannt ...«; und C.V.Wedgwood zitiert aus einem 1620 in London publizierten Reisebericht: Auf der Straße von Dresden nach Prag habe ein Reisender »mehr als hundertvierzig Galgen und Räder, an denen Diebe hingen, einige noch frisch, andere schon halb verfault, und die Kadaver von Mördern, denen auf den Rädern Glied für Glied zerbrochen worden war«, gezählt. Foucault zitiert einen Rückblick aus dem 19. Jahrhundert auf die ihm voraufgegangenen: »Ich habe gesehen, wie die Erde mit Rädern, Galgen, Prangern übersät war; ich habe gesehen, wie Skelette auf den Straßen scheußlich verstreut waren.«2

Die Folter, die der Hinrichtung vorauszugehen pflegt, findet im Verborgenen statt, aber der Gemarterte wird vor der letzten, der letalen Folterung ausgestellt, sie wird an ihm öffentlich vollzogen, sein Körper wird als Leichnam demonstriert, und oft noch der Leiche getan, was der Lebende nicht mehr aushalten konnte - gleichwohl wird mit der Folter nicht nur das Entsetzliche, sondern auch das verborgen-Unheimliche assoziiert. Zudem muß man, wenn man sich ein Bild der Realität Europas von 13. bis zum 18. Jahrhundert machen will, nicht nur an die Hinrichtungsrituale - van Dülmen nennt sie die »größten Volksschaustellungen der traditionalen Gesellschaft« - und die Millionen Opfer dieser grausamen Strafjustiz denken, sondern auch an diejenigen, die dem Untersuchungsverfahren unterworfen waren, aber gleichwohl freigesprochen wurden. Eine Statistik über Hexenprozesse - in denen Folterung in fast allen Fällen vorgenommen wurde - zeigt, daß in manchen Regionen über die Hälfte der Angeklagten nicht für schuldig befunden wurden. Das bedeutet, daß zu den Millionen Hingerichteter eine ähnliche, vielleicht größere Anzahl solcher dazugerechnet werden muß, die die Folter er- und überlebt haben und als lebende Beispiele obrigkeitlicher Machtvollkommenheit weiterlebten - nicht selten, da von Henkerhand berührt und also unrein, als Ausgestoßene. Wer nach der Folter für unschuldig erklärt wurde, mußte - nur dann wurde er entlassen - schwören, seinen Peinigern nichts nachzutragen. Man denke nicht, man habe nicht gewußt, was man tat. »Es gibt jetzt mehr Arten von Folterungen als Glieder am menschlichen Leibe«, heißt es in einem Text aus dem frühen 17. Jahrhundert. »Oft kommt es vor, daß man sie an einem Menschen fast alle zusammen in Anwendung bringt.«

Auch in der mittelalterlichen und neuzeitlichen Folter ist die Frage Wer?-Wen? nicht müßig. Die Anwendung der Folter ist ein Klassenphänomen, nur der Angehörige der Unterklassen ist unmittelbar auch bei geringen Delikten von Folter und besonders qualvollen Hinrichtungsarten bedroht. Je weiter »oben« einer in der sozialen Hierarchie steht, desto genauer bestimmt muß die Ausnahme sein, die man von der Regel macht, daß er der Folter nicht unterworfen werden darf. Zudem ist die Hinrichtung eines Adeligen kein Schauspiel für die Menge. Immer aber ist das Majestätsverbrechen die Ausnahme und - dem Anspruche nach - gilt die Regel der Klassengrenzen für den Herrschaftsanspruch der Kirche nicht. Ihr Verdachtsanspruch mit allen Konsequenzen ist universal. Faktisch setzen sich natürlich auch in den Inquisitions- und Hexerei-Verfahren Klassenverhältnisse durch, aber es kann Ausnahmen geben, und wichtig bleibt der Anspruch der Kirche als wohl erste historische totalitäre Einrichtung.

Die Propaganda für die »Abschaffung der Folter« - d.h. die Abschaffung jenes Verfahrens, das kirchlich eingeführt und profan übernommen worden war - wird als eine intellektuelle und moralische Leistung der Aufklärung angesehen, ihre Durchsetzung als eine der bürgerlichen Revolution, speziell der von 1789. Das ist eine Legende, wenn auch eine bezeichnende. Gegen die Folter dürften Menschen gesprochen haben, seit es sie gibt, und die Polemik gegen sie kann sich mit ihrer Fortexistenz sehr gut vertragen. Seit Beginn des Buchdrucks finden wir Schriften, die gegen die Folter argumentieren - für ihre Abschaffung oder doch wenigstens Einschränkung , meist in Verbindung mit einer Kritik der Hexenprozesse. Per Dekret oder Gesetz abgeschafft wird die Folter in den europäischen Staaten ab Mitte des 18. Jahrhunderts (Ausnahme: England 1689), es zieht sich dieser Prozeß bis weit in das 19. hinein3. Zurückgegangen aber ist sie - sowie die Häufigkeit der besonders grausamen Hinrichtungsarten - bereits im 17. Jahrhundert. Van Dülmen spricht von »einer ‘Humanisierung’ unabhängig vom Einfluß der Aufklärer«: »Bevor die Aufklärung das alte System grundsätzlich als barbarisch und ungerecht diffamierte, hatte sich ... einiges geändert; das ergab sich aus der sich wandelnden Funktion der Hinrichtungsrituale: Die großen harten Strafen waren mit der Festigung staatlich obrigkeitlicher Ordnung sowie ihrer zunehmenden Kontrollgewalt nicht mehr so notwendig gewesen und wurden entsprechend auch weniger oft vollstreckt.« Der Gedanke ist so logisch nicht, wie er klingt. Ist eine Maßnahme zu einem bestimmten Zweck eingeführt, bedeutet ihre Abschaffung nicht notwendigerweise, daß der Zweck entfallen ist. Weder muß der entfallende Zweck die Abschaffung

nach sich ziehen, noch wird ein Mittel nur dann aufgegeben, wenn man mit ihm sein Ziel erreicht hat. In jedem Falle handelt es sich aber um die Beschreibung eines Bewußtseinszustandes, da der Historiker nicht in der Lage ist - von der moralischen Problematik durchaus abgesehen - Beweise für die tatsächliche Notwendigkeit der einen oder anderen Maßnahme vorzulegen. Allenfalls also kann man behaupten, daß von der Folter und den öffentlichen Folterungen zum Tode darum zunehmend weniger Gebrauch gemacht wurde, weil man sie nicht mehr für notwendig hielt.

Aber auch das setzt bereits bestimmte Wertmaßstäbe voraus: daß man nämlich im Zweifelsfalle einem Menschen lieber weniger Qualen zufüge und es gut sei, darauf ganz oder doch weitgehend zu verzichten. Vorausgesetzt wieder, das mittelalterliche und frühneuzeitliche Verhältnis zu Folter und Todesstrafe sei in erster Linie ein Zweck-Mittel-Verhältnis gewesen. Das aber verkennt den Charakter der beschriebenen Grausamkeitsveranstaltungen. Sie sind nicht Mittel gewesen, die auch hätten anders ausfallen können, sondern in ihnen symbolisierte sich das Verständnis von Herrschaft schlechthin. »Selbst unter der Voraussetzung, daß keinem Individuum Unrecht geschehen ist, liegt immer dann, wenn etwas begangen worden ist, was das Gesetz verboten hat, ein Vergehen vor, das nach Wiedergutmachung verlangt, weil das Recht des Herrschers verletzt und seine Würde beleidigt ist«, zitiert Foucault und interpretiert: »Die Marter hat also eine rechtlich-politische Funktion. Es handelt sich um ein Zeremoniell zur Wiederherstellung der für einen Augenblick verletzten Souveränität. ... Sie soll ... die Asymmetrie zwischen dem Subjekt, welches das Gesetz zu verletzen gewagt hat, und dem allmächtigen Souverän, der das Gesetz zur Geltung bringt, bis zum Äußersten ausspielen. ... In dieser Liturgie der Strafe muß die emphatische Bejahung der Macht und ihrer inneren Überlegenheit vollzogen werden. Und diese Überlegenheit ist nicht einfach die des Rechts, sondern die der physischen Kraft des Souveräns, der sich auf den Körper seines Gegners stürzt ... ein zunichte gemachter, zu Staub gewordener, in alle Winde gestreuter Körper, ein von der unbegrenzten Macht des Souveräns Stück für Stück zerstörter Körper, bildet nicht nur die ideale, sondern wirkliche Grenze der Züchtigung.«

Die »Abschaffung der Folter«, die Ächtung der grausamen Hinrichtungen bedeutet - was immer ihr Anlaß und ihre Begründung gewesen sein mag - die praktische und moralische Kritik an in der Realität oder dem Anspruch nach vollkommener, grenzenloser Herrschaft4. Der Akt der »Abschaffung der Folter« entspricht so dem Selbstverständnis bürgerlicher Gesellschaften, potentiell konsensfähige Herrschaftsgefüge zu sein, und er entspricht auch den bürgerlichen Rechts- und Staatsphilosophien mit ihren Versuchen, Herrschaft über die Grenzen, die ihr gezogen sind (werden müssen), zu legitimieren. Wie die Marter das Symbol absoluter Herrschaft (und ihr Durchsetzungsmittel), so ist die »Abschaffung der Folter« der symbolische Legitimitätsnachweis bürgerlicher Gesellschaften.

Kann Herrschaft - dauernde und systematische Machtasymmetrie zwischen Menschengruppen - der Folter bzw. der Folterdrohung entraten? Ist sie, die Unterwerfung des Menschen an Leib und Seele und bei lebendigem Leibe, nicht stets als wenigstens latente Drohung nötig, um Menschen zu zwingen, Unrecht hinzunehmen? Die Frage braucht an dieser Stelle nicht diskutiert zu werden. Daß der symbolische Akt der »Abschaffung der Folter« unermeßliches Leid beendet hat, sollte außer Frage stehen - auch für den, der, mit guten Gründen, die bürgerlichen Straf-, Unterwerfungs- und Erziehungseinrichtungen kritisiert. Daß die »Abschaffung der Folter« als historischer Legitimationsausweis aber auch ein Ideologem gewesen ist, das in besonderer Weise geeignet war und ist, die Wirklichkeitswahrnehmung zu lenken, sollte auch außer Frage stehen.

Die Folter ist nie abgeschafft worden. Vor allem in den Kolonien existierte sie weiter als permanenter Massenterror einer unterworfenen, teilweise versklavten Bevölkerung gegenüber. Über die Verhältnisse in den Südstaaten Amerikas braucht Charles Dickens in seinem Reisebericht nichts weiter zu tun als aus Zeitungen die »besonderen Kennzeichen« entlaufener Sklaven zu zitieren. Dem Selbstbild der bürgerlichen Gesellschaft, Trägerin nicht nur technischen, sondern auch humanitären Fortschritts zu sein, konnte die koloniale Folter assimiliert werden als »noch zu überwindende« Greuel. Die Abschaffung der Sklaverei und mit ihr der Folter nach dem amerikanischen Bürgerkrieg wäre hierfür das Paradigma. Anders aber als die Fortexistenz der Folter in der »Peripherie« verhält es sich mit ihr im »Herzen« der bürgerlichen Gesellschaft. Die Folter ist faktisch auch in Europa nicht abgeschafft worden. Im Schweizer Kanton Zug wird noch im Jahre 1869 mit Daumenschrauben gefoltert, in Spanien geschieht im Jahre 1893 dies: Bei einer Aufführung des »Wilhelm Tell« in Barcelona explodiert im Zuschauerraum eine Bombe. In darauffolgenden Razzien werden Tausende als Anarchisten Verdächtigte »verhaftet und in die Verliese von Montjuich geworfen, jenes berüchtigte Gefängnis, das mehr als 200 Meter über dem Meer aufragt und dessen Kanonen sowohl den Hafen wie die Stadt Barcelona beherrschen, damit jeder Aufruhr in dieser Stadt ... im Keim erstickt werden kann. Mit der Zeit waren die Zellen so überfüllt, daß die neu ankommenden Häftlinge auf die Kriegsschiffe unten im Hafen gebracht werden mußten.« Es »wurde erbarmungslos gefoltert ... die Gefangenen wurden mit glühenden Eisen gemartert, durch Peitschenhiebe dazu gezwungen, dreißig, vierzig, fünfzig Stunden hintereinander im Kreis zu laufen und anderen Torturen unterworfen, die im Lande der Inquisition heimisch waren« (Barbara Tuchman: Der stolze Turm, München 1969). Montjuich ist gleichsam der symbolische Ort der Fortexistenz der Folter nach ihrer Abschaffung. In Montjuich existieren noch die Instrumente der »mittelalterlichen« Folter, und die Kenntnis ihrer Anwendung ist vorhanden, und Montjuich ist schon beinahe ein »modernes« Konzentrationslager mit den dafür typischen Methoden der Menschenquälerei.

Die im ersten Weltkrieg angewendeten psychiatrischen Methoden, um sogenannte »Kriegsneurotiker« wieder »frontverwendungsfähig« zu machen, sind als »Folter« nicht nur wegen ihrer Grausamkeit zu bezeichnen, sondern auch wegen ihrer klaren Funktion, eine Gruppe von Menschen, die sich einem Befehlsgefüge zu entziehen drohen, zu unterwerfen und zu bestrafen: »Aphonikern wurden Spreizsonden in den Kehlkopf eingeführt, damit sie wieder sprechen lernten5 - im Schrei der Todesangst. Soldaten, die zwanghaft erbrachen, wurden gezwungen, das Erbrochene wieder zu verzehren. ... Sinus- und später faradische Ströme wurden durch den Körper gejagt, was zum Vernichtungsschmerz im Bereich der Nervenbahnen führte ... Im Anschluß an diese und andere 'Kuren' mußten die so 'Behandelten' oft zwangsexerzieren bis zum physischen Zusammenbruch« (Karl Heinz Roth: Die Modernisierung der Folter in den beiden Weltkriegen, in: »1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts« 3/1987).

Ist hier die Folter gleichsam »maskiert« als psychiatrische Therapie, so tritt sie ab 1933 in Deutschland wieder offen als Herrschaftsmittel auf - wenn auch das *Wort* nach wie vor Tabu ist. »In den Anfangsjahren ähnelte die Folter einer wüsten Prügelei, bei der die Häftlinge mit Stöcken, Riemen und Peitschen oft bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen wurden. Die Berichte zeigen einen im wesentlichen immer wiederkehrenden Ablauf: Der eingelieferte Häftling kam in eines der Büros im Mansardengeschoß, wo die KPD- und SPD-Referate saßen. Hier - und nicht im Keller - wurden die Vernehmungen samt Folter durchgeführt. Der Gestapo-Beamte stellte, oft eingeleitet durch einige harmlose Bemerkungen, eine direkte Frage. Erhielt er nicht die gewünschte Auskunft, wurde der Gefangene von dem Vernehmungsbeamten selbst oder von herbeigerufenen 'Hilfskräften' zusammengeschlagen. ... War der Gefangene so zerschlagen, daß er beim besten Willen nicht mehr antworten konnte, wurde er in seine Zelle zurückgeschickt. ... Bei einigen Häftlingen zogen sich diese Mißhandlungen über Wochen hin. Später dann wurde die Folter, verharmlosend als 'verschärfte Vernehmung' bezeichnet, bürokratisch genau geregelt und systematisiert. Ein interner Erlaß vom 12. Juli 1942 gestattete ihre Anwendung ohne vorherige Genehmigung bei neun Häftlingsgruppen.« Daß man, wie in Montjuich, ganz bewußt auf die Tradition der »mittelalterlichen« Folter zurückgriff, zeigt das Experimentieren mit Methoden, die nicht nur aus dem kreatürlichen Wissen um die Möglichkeiten, Schmerzen zuzufügen, herrühren, sondern auf vorherige Lektüre schließen lassen.

Sicherlich assoziiert man für die Herrschaft des nationalsozialistischen Deutschlands über große Teile Europas nicht den Begriff »Folter«, sondern den der »Lager«. Aber hier zeigt sich, daß die durch die Geste der Abschaffung der (um den juristischen Terminus zu wählen) »peinlichen Frage« erzeugte Fixierung des Begriffes »Folter« an ein gerichtliches oder staatliches Untersuchungsverfahren den Blick auf historische Kontinuitäten verstellt. Natürlich ist es richtig, daß die nationalsozialistische Vernichtungspolitik ein anderer Vorgang ist als die staatsterroristische Unterwerfungspolitik, die auch andere Regime kennzeichnet. Dennoch sind beide »Politiken« miteinander verbunden, und man darf nicht vergessen, daß auch die Vernichtungslager Stätten permanenter Unterwerfung von Menschen gewesen sind, ebenso wie die nicht der Vernichtung, sondern dem Terror dienenden »klassischen« Konzentrationslager. Die Existenz der Gefangenen in den Lagern war von permanenter Folterdrohung bestimmt und durch die Anwendung eines der ältesten und wirksamsten Mittel zur Unterwerfung von Menschen: dem Hunger. Daß »Hunger« und »Folter« zu assoziieren nicht jedem gleich in den Sinn kommt, liegt daran, daß der Hunger im Untersuchungsverfahren der »peinlichen Frage« keine direkte Rolle gespielt hat.

Die Identifizierung der »Abschaffung der Folter« mit der Abschaffung der »peinlichen Frage« im gerichtlichen Untersuchungsverfahren führt zu einer sozialen Wahrnehmungsstörung bestimmten Arten der Folter gegenüber, wie etwa Hunger und Durst, sowie Isolationshaft und Schlafentzug. Nichtsdestoweniger gehören sie unmittelbar dazu. Im Inquisitionsprozeß galten sie als Mittel, die »peinliche Frage« zu vermeiden; »alle Autoritäten sind einig in der Anerkennung der zwar langsamen, aber sicheren Erfolge dieser Untersuchungshaft. Dieser Umstand macht auch - was sonst schwer zu verstehen wäre - die unendliche Verzögerung vieler Inquisitionsprozesse verständlich, deren Protokolle auf uns gekommen sind. Drei, fünf und zehn Jahre sind ganz gewöhnliche Zwischenräume zwischen dem ersten Verhör und der schließlichen Überführung des Gefangenen. ... Man wies darauf hin, daß eine wohlabgewogene Einschränkung der Nahrung nicht nur den Körper, sondern auch den Willen schwäche und den Gefangenen weniger widerstandsfähig mache gegen die Todesdrohungen, die mit Versprechungen der Gnade abwechselten. Hunger erwies sich in der Tat als eins der gewöhnlichsten und wirksamsten Mittel, um unwillige Zeugen oder Angeklagte zum Nachgeben zu bringen. Im Jahre 1306 erklärte Papst Klemens V. nach einer amtlichen Untersuchung, daß in Carcassonne die Gefangenen ebenso durch die Härte des Gefängnisses und den Mangel an Betten und Nahrung wie durch die Folter zum Geständnis gebracht würden« (Lea).

Da aber, wie gesagt, die Isolationshaft - wiewohl zum Repertoire der Foltertechniken - nicht zum Verfahren der »peinlichen Frage« gehörte, bedarf es der Sensibilität des Einzelnen, die Funktion der Maßnahme - die körperlich-seelische Unterwerfung bei lebendigem Leibe - zu erkennen und richtig zu benennen. Charles Dickens besuchte in Philadelphia ein us- amerikanisches Gefängnis, dessen Strafvollzug darin bestand, den Verurteilten nach dem Urteil eine Kapuze über den Kopf zu ziehen und ihn in seine Zelle zu führen, die er erst nach Verbüßung der Strafe wieder verlassen durfte. Für »gute Führung« wurde allenfalls die Vergünstigung irgendeiner Beschäftigung gewährt, Kontakt zu anderen Menschen - von der stummen Entgegennahme des Essens abgesehen - nie. Dickens schreibt, das er, selbst in den miserabelsten Zellen englischer Gefängnisse, nie solches menschliche Elend gesehen habe und daß ihn die Prügelstrafe human anmute gegen dieses Gefängnis, das ein einziger »toter Trakt« war. - Es ist also durchaus fraglich, ob Karl Heinz Roth recht hat, wenn er

anläßlich der von Otto Binswanger als gegen Kriegsneurotiker eingesetzten »Therapieform« des »Dauerlangweilens« schreibt: »Die Isolationshaft wurde entdeckt.« Denn allenfalls hat es sich um eine Wiederentdeckung gehandelt, und möglich ist, daß es eine nie unterbrochene Kette des Wissens um die verschiedenen Methoden der Menschenquälerei gegeben hat, die in der Tat über die Zellen der Inquisition bis in die modernen Gefängnisse und Psychiatrien reicht.

Rein sachlich hätte also der Versuch Heinrich Hannovers, die Haftbedingungen seiner Mandantin und seines Mandanten »Folter« zu nennen, kein Erstaunen hervorrufen müssen. Man hätte die Berechtigung des Vorwurfs bestreiten können, nicht aber ihn selbst ahnden dürfen. Isolierende Haft muß und sollte sicherlich nicht stets »Folter« genannt werden, sehr wohl ist aber sachlich - und historisch - berechtigt, daß sie unter dem steten Verdacht steht, zur Folter zu werden. Das Ehrengericht aber identifizierte den Foltervorwurf mit der Behauptung, die »peinliche Frage« werde in die Untersuchungsverfahren der bundesrepublikanischen Justiz wieder eingeführt. Wäre es um eine beliebige terminologische Frage gegangen, hätte man sich vielleicht einigen können. Aber es war eine, die die Grundverfassung des Selbstbildes der bürgerlichen Gesellschaft berührte: legitimierbare Herrschaft, d.h. Herrschaft »in Grenzen« zu sein. Die Folter aber ist - real und als Symbol - grenzenlose Herrschaft, Herrschaft, die nicht die Grenze des Körpers, nicht die der »freien Gedanken« kennt. Die Abschaffung der »peinlichen Frage« ist den bürgerlichen Gesellschaften der Ausweis solcher Verfaßtheit, doch ohne die Folter zu praktizieren oder mit ihr - und sei es symbolisch - zu drohen, scheint auch die bürgerliche Herrschaftsgesellschaft nicht existieren zu können.

Die Semantik des Begriffes »Folter« ist der soziale Sinn jener Institution, die mit dem Worte »Folter« benannt wurde und die Formen der Reaktion auf diesen sozialen Sinn und seinen institutionellen Ausdruck. Der Begriff »Folter« führt die Geschichte der Folter und das Ineinander ihrer Abschaffung und Persistenz mit sich. Im Begriff »Abschaffung der Folter« kristallisiert der Anspruch bürgerlicher Gesellschaft mit seinem Scheitern in ihr. Man kann - man sollte dem nicht mit Sprachregeln zu entkommen versuchen. Weder darf man der terminologischen Verordnung nachkommen, »Folter« nur die klassische »peinliche Frage« zu nennen, man verlöre sonst den Blick für die Unterwerfungsmethoden der Gegenwart. Man darf den Begriff der Folter aber auch nicht seiner »Tabu-Aura« entkleiden, denn diese ist der Ausweis dessen, was mit der Abschaffung der »peinlichen Frage« einmal intendiert war: der Herrschaft absolute Grenzen zu setzen, sie haltmachen zu lassen vor der totalen Unterwerfung des Menschen.

Anmerkungen

1 In der Regel ist der Hochadel ausgeschlossen sowie der Klerus. Je nach Bevölkerungszusammensetzung auch der wohlbeleumundete Bürger, die Häupter der Zünfte, der niedrige Adel. (Und es gibt die üblichen »Ausnahmen«, die gelten, solange sie gelten: Frauen - schwangere Frauen , Kinder - bis zu einem Alter von...).

2 Richard von Dülmen: Das Schauspiel des Todes. Hinrichtungsrituale in der frühen Neuzeit, in: ders. (Hg.): Volkskultur. Zur Wiederentdeckung des vergessenen Alltags, Frankfurt/M. 1984;

Fernand Braudel: Der Handel, München 1968;

C.V. Wedgwood: Der 30jährige Krieg, München 1990;

Michel Foucault: Überwachen und Strafen, Frankfurt/M. 1977

3 Einige Daten: Preußen 1754; Baden 1767; Mecklenburg 1769; Braunschweig 1770; Dänemark 1770; Österreich 1776; Frankreich 1789; Rußland 1801; Bayern 1809; Württemberg 1809; Hannover 1822; Coburg-Gotha 1828; Zürich 1831; im Kanton Schwyz ist die Anwendung der Folter bis 1848, in Zug bis 1869, in Neapel bis 1851 verbürgt.

4 Unwahrscheinlich, daß in diesem Prozeß der Verfall des kirchlichen Machtanspruchs keine Rolle spielt. Das Ende des Dreißigjährigen Krieges bedeutet mitteleuropäisch die Unterordnung der Religion unter die Politik. In Spanien, wo die Amalgamierung von »weltlicher« und »religiöser« Macht am weitesten in Europa gegangen war, wurde der Inquisition erst durch die napoleonische Besatzung das Handwerk gelegt.

5 Es gibt in den »Methoden« - weshalb sie hier auch immer wieder genannt werden müssen - seltsame Wiederholungen. Diese »Spreizsonde« ist das Widerbild zur sogenannten »Maulbirne«, einem Metallinstrument, das in der Mundhöhle aufgespreizt wurde, um den Inquisiten am Schreien zu hindern.

Vortrag auf einem Symposium zum Thema »Folter«, das das Hamburger Institut für Sozialforschung am 25./26. Mai 1990 durchgeführt hat. Der Text erscheint zusammen mit anderen Referaten des Symposiums im Herbst bei Junius. Er wurde für den Abdruck geringfügig gekürzt.

Konkret 02/91, S. 28

M. Rosencof; E. F. Huidobro

»Das Universum ist eine Kaserne«

Erinnerungen aus den Kerkern der uruguayischen Militärdiktatur

Vorbemerkung:

Als im Verlauf des Jahres 1972 die uruguayische Stadtguerilla Movimienento de Liberación Nacional (MLN-Tupamaros) militärisch zerschlagen wird, geraten mit anderen auch Mauricio Rosencof und E. Fernández Huidobro, zwei ihrer Comandantes, in Haft. Rosencof, 1933 in Uruguay geborener Sohn jüdischer Einwanderer aus Polen, deren Familienangehörige im Warschauer Ghetto und in Auschwitz ermordet worden sind, hatte in den 50er Jahren als Schauspieler gearbeitet, eigene Stücke geschrieben und war in der 60er Jahren zu einem der bekanntesten Dramatiker Lateinamerikas geworden. Huidobro hatte 1965 zu den Gründern der Tupamaros gehört. Beide hatten sie an mehreren bewaffneten Aktionen der Guerilla teilgenommen.

Nachdem im Frühjahr 1973 die Militärs offiziell die Macht in Uruguay übernommen und den Terror institutionalisiert haben, werden Huidobro und Rosencof, der neun Monate lang beinahe ununterbrochen gefoltert worden ist, gemeinsam mit sieben weiteren Comandantes der MLN aus dem Gefängnis von »Libertad« (!) geholt und als »Geiseln des Staates« auf die Kasernen im Inneren des Landes verteilt, je eine Dreiergruppe für eine Division. Elf Jahre, sechs Monate und sieben Tage lang werden sie nach dem 'Rotationsprinzip' in den Bunkern und Kasernenkellern der verschiedenen Bataillonsstandorte in schärfster Isolation gehalten, gefesselt zumeist und mit einer Kapuze über dem Kopf dem Hunger, dem Dreck, den Schlägen und Demütigungen ihrer Bewacher ausgesetzt, stets überzeugt, den »Boden des Schachts« endlich erreicht zu haben und gleichwohl immer die Möglichkeit einer Verlegung an einen noch schrecklicheren Ort, in eine noch brutalere Einheit fürchtend - ehe eine erstarkende Volksbewegung im April 1984 zunächst ihre Rückverlegung in den 'regulären Strafvollzug' und im Frühjahr 85, nach der Abdankung der heruntergewirtschafteten Militärs, die Freilassung aller politischen Gefangenen erreicht. Zwei der neun »Geiseln« aber sind in den Verliesen der Streitkräfte wahnsinnig geworden, eine hat die Torturen nicht überlebt.

Nach ihrer Befreiung arbeiten Huidobro und Rosencof am Wiederaufbau der Tupamaros als legaler politischer Organisation; daneben schreibt Rosencof weiter Theaterstücke und betätigt Huidobro sich als Chronist der Guerilla (von ihm stammt u.a. eine dreibändige Geschichte der Tupamaros und des bewaffneten Widerstands in Uruguay). Heute sind die Tupamaros als politische Gruppierung, deren erklärtes Ziel der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft mit demokratischen Mitteln ist, wieder in allen Basisbewegungen aktiv, sie waren eine führende Kraft in der - 1989 gescheiterten! - Kampagne gegen die Straffreiheit der uniformierten Folterer und Mörder, besitzen einen eigenen Verlag, geben die meistgelesene Zeitschrift des Landes (»Mate Amargo« - Bitterer Mate) heraus und betreiben mit »Radio panamericana« einen eigenen Radiosender. Über diesen Sender wurden auch jene ausführlichen Gespräche ausgestrahlt, mit denen sich Rosencof und Huidobro sowohl ihrer Erinnerungen an das versicherten, was ihnen in der Gewalt des Militärapparates geschehen war, als auch die Lähmung lösen wollten, in der die systematische Anwendung der Folter ein ganzes Land zurückgelassen hatte - 40.000 der insgesamt etwa 2,8 Millionen Einwohner Uruguays sind durch die Gefängnisse der Diktatur gegangen.

1987/88 sind diese »Memorias del calabozo« (Kerkererinnerungen) in einer dreibändigen Buchausgabe erschienen und seither bereits mehrfach neu aufgelegt worden. Jetzt hat der Hamburger Verlag »Libertäre Assoziation«, der zuvor bereits eine Auswahl der Gedichte und politischen Aufsätze Rosencofs veröffentlichte (»Hundeleben. Literarische Einmischungen eines Tupamaros«), ihre deutsche Übersetzung unter dem Titel »Wie Efeu an der Mauer. Erinnerungen aus den Kerkern der Diktatur« herausgebracht und uns damit einen Text zugänglich gemacht, in dem sich die ungeschützte und präzise Darstellung der physischen und psychischen Reaktionen auf die Qualen einer beinahe 13jährigen Isolationshaft unter Bedingungen permanenter Gewaltanwendung mit der klugen und ironischen Beschreibung der Zustände im Universum des lateinamerikanischen Militärs zu einem Stück Widerstandsliteratur verschränkt, das zwar tatsächlich, wie Eduardo Galeano in seinem Prolog schreibt, »einen Sieg der menschlichen Sprache feiert«, das gleichzeitig aber eine Erschütterung auszulösen vermag, die in der Wahrnehmung jenes Kontrastes gründet, der zwischen dem ungebrochenen Optimismus der Autoren und dem Berichteten besteht, das jenen dementiert. Die folgenden Auszüge aus dem mehr als 400 Seiten umfassenden Dialog zwischen Rosencof und Huidobro können davon allenfalls einen schwachen Eindruck vermitteln.

Wolfgang Schneider

*

FH: Wie sah der Bunker aus? Wir wollen den Bunker beschreiben, als würden wir unsre Welt beschreiben. Wir werden dort so lange leben ... Länger als in dem Haus, in dem wir als Kinder gelebt haben.

MR: Alle Bunker waren uns bei der Ankunft feindlich gesinnt. Und wir mußten sie uns aneignen. Du hast Flecken erkannt, Formen in den Flecken, feuchte Stellen, Insekten und so langsam alles, was dir vorher feindlich gegenüberstand, dir angepaßt, zu deiner Welt gemacht. Wenn du sie kennengelernt hattest, konntest du ein »normales« Leben führen, weil dich das alles nicht mehr angegriffen hat. Man konnte die Arme zwischen den Wänden nicht ausstrecken, die Nische war 1,20, 1,25 Meter breit ...

FH: Das ist ein guter Maßstab, wenn du sagst, man konnte die Arme nicht ausstrecken.

MR: Was du außerdem noch verinnerlichen mußtest, waren die Bewegungen, damit du keinen Streit mit den Wänden bekamst. In der Diagonale konnten wir von der einen Ecke zur anderen drei kleine Schritte und eine halbe Drehung machen. Nach dem dritten Schritt mußte der linke Fuß eine 45-Grad-Wende machen, damit ich nicht mit den Zehen gegen die Wand stieß. Du mußtest immer mit derselben Seite anfangen. Wenn du sie gewechselt hast, ist dir schwindelig geworden. Genau wie die Flecke mußten wir auch die Bewegungen in unsere Welt einbauen.

FH: Von den Schritten waren Spuren in der Zelle. An den drei Stellen, an denen wir immer die Füße in den Leinenschuhen abgesetzt haben, hat der Betonboden geglänzt.

MR: Die Arme konnten wir nicht baumeln lassen, sonst hätten die Hände und Knöchel gegen die Wand geschlagen. Wir mußten beim Laufen also die Hände auf dem Rücken halten.

FH: Die Wände waren sehr rauh, und wenn du an die Wand gestoßen bist oder sie dich dagegenstießen, wie sie es mit uns gemacht haben, hast du dich jedesmal verletzt. In diese Löcher hat es reingeregnet, und die Ratten sind über die Decke gelaufen ...

(...)

FH: Nicht ein einziges Mal haben sie saubergemacht. Der Bunker hat nicht ein Mal einen Besen oder einen Lappen gesehen, ist nie geputzt worden. Wenn der Gestank ihnen gereicht hat, wenn sie den Gestank von dem Dreck, der an uns pappte, von unsrer Pisse und den verfaulten Essensresten auf dem Boden nicht mehr aushielten, haben sie ein paar Eimer Wasser mit Ata reingekippt. So wie sie’s in den Ställen machen.

MR: Pissen wurde für uns zu einer Zwangsvorstellung.

FH: Die erste Technik, die ich erfunden habe, um anderswo als gewöhnlich zu pissen, war in die Feldflasche. Den Rest des Tages hab ich den Urin langsam ausgekippt und gewartet, bis er verdunstet war, bis ich dann wieder in die Flasche pissen konnte.

MR: Ich hab unter die Matratze gepißt. Es war wie auf Wellen zu schlafen ...

FH: Wir können also jedem, der in der normalen Welt lebt, nur sagen, daß man praktisch überall hinpissen kann.

MR: Ich hatte bald das Gefühl, ein vollkommen reales Gefühl, meine Organe hätten die Plätze getauscht: Die Blase war da, wo vorher das Gehirn gesessen hatte. Ich hab an nichts anderes mehr gedacht.

FH: Bald haben dann die Durchfälle angefangen, die natürlichste Sache der Welt, nur logisch bei dieser Behandlung. Und klar, jede andere Scheiße läßt sich aushalten, aber der Durchfall nicht. Ich hab also die Techniken ausgefeilt. Es gab da verschiedene. Eine war, in eine Plastiktüte zu machen und sie dann mit Klopapier aufzufüllen, wenn du welches gehabt hast.

MR: Und weil die Tüten nicht allzu reich gesät waren, haben wir versucht, sie auszuleeren und wieder mit zurückzunehmen, wenn sie uns aufs Klo gebracht haben, statt sie wegzuschmeißen.

(...)

FH: Einmal am Tag haben sie uns aufs Klo gebracht. Manchmal auch gar nicht. Aber wir müssen ihnen zugestehen, daß sie uns an manchen Tagen zweimal geholt haben.

MR: Das war ein Ereignis! Wenn sie uns an einem Tag morgens und abends holten, hatten wir das Gefühl, die politische Situation müßte sich geändert haben.

(...)

FH: Da haben sie dann mit den Überfällen angefangen, den unangekündigten Rollkommandos immer dann, wenn sie uns rausholten. Manchmal haben sie dich gefragt: »Wollen Sie nicht aufs Klo?«, und wenn du »ja« gesagt hast ...

MR: Haben sie dich unter Fußtritten und Schlägen durch die ganze Kaserne geschleift. Der, der uns führte, hat mit einem Griff die Kapuze hinten am Hals zugedreht wie einen Schraubstock.

FH: So, daß du halb erstickt bist.

MR: Er hat dir den Kopf von einer Seite zur anderen gerissen, und die anderen haben gegrölt. »Mensch, ist das ein störrischer Esel!«, »Der reagiert ja gar nicht auf die Kandarre«. Kannst du dich noch dran erinnern? »Gib’s ihm, gib’s

ihm!« haben sie geschrien. Wie ein Fisch auf dem Trocknen hast du gejapst und mit offenem Maul nach Luft geschnappt.

FH: Irgendeiner hat dir ein Bein gestellt, sie haben dich auf den Boden geschmissen und unter Fußtritten wieder hochgeholt ...

MR: Ihr tägliches kleines Vergnügen.

*

FH: Weil das Heer ein Berufsheer ist, hat der Soldat Anspruch auf Rente, nach 15 Jahren Militärdienst wird er pensioniert. Dieser Beruf schließt nicht nur die aktiven Mitglieder ein, sondern auch die Rentner bleiben über die Pensionskasse und die Sozialleistungen der Armee verbunden.

MR: Und außerdem stehen sie in Bereitschaft; wenn sie einberufen werden, müssen sie sich melden. In der Rechnung, daß die uruguayischen Streitkräfte 70.000 Mann umfassen, ist die Masse der Militärs nicht inbegriffen, die im zivilen Bereich arbeiten. Während der ganzen Zeit können wir in den Kasernen zunächst eine entscheidende Verbesserung der Lebensbedingungen der Truppe beobachten, was Urlaub, Sonderzahlungen, Gehaltszulagen angeht. Das Essen, das man ihnen zuteilte, war bis ungefähr 1982 akzep-tabel. Das ist das Jahr, in dem die Führung anfängt, mit dem Gedanken zu spielen, das Handtuch zu schmeißen. Solange sie noch eine untergebene Truppe für ihre Vorhaben brauchten, haben sie sie gefüttert wie Gladiatoren. So ungefähr ab da sinkt ihr Menü auf Hundezwingerniveau.

FH: Als ich 1984 mit ihnen reden konnte, waren die Mitglieder des Internationalen Roten Kreuzes erstaunt darüber, daß in allen Kasernen derartige Grausamkeiten hatten passieren können. Diese Leute - es waren Europäer - konnten sich nicht vorstellen, wie ein Heer in jeder militärischen Einheit eine Folterkammer unterhalten konnte. Sie konnten sich nicht erklären, wie wir, die wir so viele davon durchlaufen hatten, unter den Bedingungen hatten überleben können. Sie hatten die Vorstellung von einem Land mit zwei oder drei Jahren Wehrpflicht im Kopf, und das heißt natürlich, daß da zahllose Informationskanäle nach außen bestehen. Aber in Uruguay ist die Kaserne ein komplexes Gefüge professioneller Söldner, und so können die Offiziere tun und lassen, was sie wollen. Deshalb konnte die Folter in Uruguay in allen Einheiten so massiv eingesetzt werden.

*

FH: Im Lauf all dieser Jahre konnten wir im Schoß der Streitkräfte eine jedem Rang spezifische Geisteshaltung, vor allem unter den Offizieren, ausmachen.

MR: Verschiedene Mentalitäten. Wir haben sogar einen Unterschied zwischen den Umgangsformen, dem Verhalten und Denken der Offiziere, die uns festgenommen und gefoltert hatten, und den Horden neuer Offiziere herausfinden können. Der Grund schien mir, daß die, die uns 1972 festgenommen hatten, sich irgendwie dadurch unterschieden, daß sie ihre Ausbildung in der Militärschule eines verfassungsmäßigen Regimes erhalten hatten, das nicht von faschistoiden Generälen kontrolliert wurde. Außerdem waren sie diejenigen, die mit der Anwendung massiver Folter angefangen hatten. Sie hatten gegenüber all diesen neuen Entwicklungen auch immer eine ambivalente Einstellung. Und dadurch ein Schuldgefühl, was oft dazu geführt hat, daß sie sich nach den Verhören - das ist mir, dir und anderen Genossen passiert - irgendwann Luft machen mußten.

FH: Diese Offiziere waren die erste Generation derer, die uns gegenüberstanden, sie gingen dabei Risiken ein, mußten ihr Leben aufs Spiel setzen, Hausdurchsuchungen vornehmen, sich irgendeiner Schießerei stellen, sich mit einer intakten Organisation auseinandersetzen ... Sie hatten eine Art Kämpfermentalität. Sie waren sich weder sicher noch überzeugt davon, daß sie immer straffrei ausgehen würden.

MR: Aber ab dem Zeitpunkt, wo die Streitkräfte die Macht übernehmen, werden die neuen Generationen, die die Militärschule durchlaufen, mit der Idee groß, daß wir Mörder sind, Handlanger ausländischer Ideologien, daß nichts in uns es rechtfertigen könnte, die Angriffe auf uns herunterzuschrauben ... Und wichtigster Punkt in dieser Vorstellung: daß sie sich für nichts zu verantworten haben. Es ist nicht so leicht, sich in den Kopf eines 20jährigen Jungen zu versetzen, der mit Pistole im Halfter und Springerstiefeln aus der Militärschule in die Kaserne kommt, wo man ihm sofort einen Adjutanten zuteilt, der ihm die Stiefel putzt, ihm das Bett macht und seine Wäsche wäscht. Der ankommt und sich einen Schnurrbart wachsen läßt, um männlicher auszusehen, der Männer unter seinem Befehl hat, die doppelt so alt sind wie er, den sie mit den Heldentaten seiner Vorgesetzten geimpft haben, dem sie von Verhaftungen, Schießereien, Folter erzählt haben, Sachen, bei denen er selbst noch nicht mitmachen konnte. (...) Der hierher kommt, um sich darin zu üben, Sanktionen über die Truppe, aber auch über uns zu verhängen. Der zu unseren Bunkern kommt und sich die Männer anschauen will, deren Namen er aus den Geschichten, aus den Kursen der Militärschule kennt - in denen immer auch die Geschichte der MLN gelehrt wurde und wird. Er kommt mit einem wohlgenährten und aufgestauten Haß und mit einer so festen Überzeugung, daß er sich für nichts wird verantworten müssen, wie sie die anderen nicht gehabt hatten. Zu der Zeit wußten sie, daß sie

tun und lassen konnten, was sie wollten, es würde ihnen absolut nichts passieren. Die Vorstellung von Folter, Qualen und Erniedrigungen war ihnen vertraut. Der Wasserbottich, die Elektroschocks, das »Estaqueo«, die »Affenschaukel«; das alles war selbstverständliches Zubehör ihres Berufsbildes. Sie hatten sich danach gesehnt, sich endlich selbst darin zu üben. Wie jeder andere Schüler waren sie gelangweilt von der trockenen Theorie.

*

FH: An einem dieser Tage holen sie uns aus den Bunkern und bringen uns, immer nur einen, die Treppen hinauf in den Wachsaal. Dort hatten sie eine Art medizinisches Notsprechzimmer aufgebaut, mit demselben Tisch, an dem die Gefreiten Mate tranken und an den sie zwei Stühle rückten.

MR: Der Arzt, der in Durazno wohnte, saß feierlich hinter dem speckigen Tisch ...

FH: Hinter und über dem Arzt stand mit verschränkten Armen der Offizier vom Dienst ...

MR: Der Arzt zitterte wie Espenlaub ...

FH: Er hatte sich gerade erst einen neuen Wagen gekauft, den er in Raten abbezahlte ...

MR: Er hätte seinen Posten in der militärischen Grundversorgung verlieren und so in Schwierigkeiten bei der Abzahlung seines nagelneuen Autos geraten können.

FH: Einschließlich des Leids, das damit über seine Frau hereinbrechen würde ...

MR: »Wie geht es Ihnen?« hat er mich mit einem Lächeln gefragt, das nicht so recht gelingen wollte ...

FH: Ich zählte ihm meine Krankheiten auf, die er zur Genüge kannte.

MR: Er hatte sie selbst behandelt und diagnostiziert.

FH: Selbst an ihnen herumgedoktert ...

MR: »Dann wollen wir mal sehen«, meinte er. »Öffnen sie den Mund.«

FH: »Sagen Sie mal ‘A’.«

MR: Er hat mich mit dem Stethoskop abgehört.

FH: Und mir auf verschiedene Stellen an Brust und Rücken geklopft.

MR: Mich dabei durch den Mund einatmen lassen.

FH: Und »Dreiunddreißig« sagen lassen.

MR: Er hat mir den Puls gemessen.

FH: Auf seine Uhr geschaut.

MR: Meine Krampfadern befühlt ...

FH: Meine Augen untersucht.

MR: Die Bronchien abgehört ...

FH: ... die gerasselt haben wie ein altes Tor ...

MR: »Sie sind geheilt«, stieß er hervor.

FH: »Wie gut es Ihnen geht!« meinte er zu mir.

MR: In weniger als einer Viertelstunde hat er uns drei kuriert.

FH: Von allen Krankheiten.

MR: Er nahm uns die Medikamente ab.

(...)

FH: Und eigenhändig trug er dieses Wunder in unsere Krankenblätter ein.

MR: Mit großem Ernst und einem vergoldeten ‘Parker’.

FH: Er schrieb lang und hingezogen und strich uns den Hofgang.

MR: Mit seinem flotten Namenszug unterschrieb er und atmete tief durch: Die Raten für sein neues Auto würden nicht durch Nichtigkeiten gefährdet werden ...

*

MR: Am 14. September 1984 haben sie uns nachts Bescheid gesagt. Es ging um ein sagenhaftes Ereignis: Am nächsten Tag würden wir Geiseln zu zweit in einer Zelle sein können ...

FH: Der Knastleiter (vom »Libertad«) persönlich kam an jede Zelle, um uns die kolossale Nachricht mitzuteilen ...

(...)

MR: Ich erinnerte mich an das Gesuch, das ich Jahre zuvor aus den Bunkern von Santa Clara an den Kommandanten der Einheit - heute General - und an die Regierung gestellt hatte. Ich bat darum, daß man uns wie Hunde behandeln möge, weil wir das Durcheinander des Gebells in den Zwingern beneideten, wo die deutschen Schäferhunde in Ruhe pissen konnten, ein volles Essen hatten, in der Sonne lagen und - das Beneidenswerteste - mit ihren Artgenossen zusammen waren. Nichts von dem besaßen wir; deshalb hatte ich, als mit einem trockenen Schlag der Metallriegel aufsprang und Marenales mit einem Grinsen überm ganzen Gesicht hereinkam, das Gefühl, ich würde vor Freude mit dem Schwanz wedeln. Lange und schweigend umarmten wir uns, bevor wir anfingen, uns ohne Unterlaß, stundenlang, tagelang ins Wort zu fallen, bis wir keine Spucke mehr hatten. (...) Und wir fingen an, voll von Gefühlen und tollpatschig bis zum letzten, einen Mate zuzubereiten, den er wegen eines Magenleidens schon nicht mehr mittrinken konnte, und erstatteten uns dabei zuerst einen Gesundheitsbericht, wie die alten Rentner, die auf dem Platz in der Sonne sitzen: »Wie geht es Ihrem Rheuma?« - »Und Ihre Krampfadern?« Dann erzählten wir die Geschichte der Dreiergruppen, er von seiner, in der noch der Trommler (Zabalza), den du zu der Zeit bei dir in der Zelle hattest, und Bebe waren, der in dem Moment wohl mit Engler zusammen war. Und ich von der, die wir - du, ich und Pepe - erlebt haben, der jetzt in Begleitung des Ingenieurs seinen rosaroten Pißpott bewachte. (...) Wir haben die traurige Inventur der gefallenen und verschwundenen Genossen gemacht, hier, in Chile, Argentinien, Nicaragua, in den Schützengräben dieser Welt. Und sind zu den Bruchstücken politischer Information übergegangen, um ein Puzzle mit vielen fehlenden Stücken zusammenzusetzen, die uns aber auch so dazu ausreichten, Spekulationen anzustellen, zu analysieren, zu planen; wir redeten beide zur gleichen Zeit, immer noch irgendwie in der latenten Angst, daß sie uns in jedem x-beliebigen Moment wieder trennen könnten, bis das Essen kam und wir das erste Mal nach mehr als zwölf Jahren mit jemandem zusammen aßen. Wir kauten, ohne mit dem Sprechen aufzuhören, schluckten, ohne mit dem Sprechen aufzuhören, redeten und redeten ohne Unterlaß, bis die Kiefer, die es nicht mehr gewohnt waren, weh taten, redeten mit fast vergessenen Wörtern, die beim Aussprechen knarrten, weil sie so lange nicht gebraucht worden waren.

Konkret 02/91, S. 31

Wolfgang Pohrt

Der Weg zur inneren Einheit VIII

In Anlehnung an die Arbeit »The Authoritarian Personality« (AP), in der Theodor W. Adorno und andere die Zusammenhänge zwischen Charakterstudien und der Empfänglichkeit für faschistische Propaganda untersucht hatten, erstellt Wolfgang Pohrt für die »Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur« eine Studie über den »autoritätsgebundenen Charakter BRD 1990«, die KONKRET als work in progress dokumentiert. Nach dem Einleitungsessay, Überlegungen zur empirischen Methode und den Ergebnissen eines ersten Fragebogendurchlaufs (s. KONKRET 5-7/90) sowie drei Interviews mit rechtsradikalen Aktivisten, durch die ermittelt werden sollte, »wohin das gängige Alltagsbewußtsein kraft eigener Immanenz fortschreiten kann« (s. KONKRET 8-9+11/90), folgt nach dem Abdruck einiger empirischer Daten der Pohrtschen Erhebung (s. KONKRET 1/91) die Interpretation ihrer Ergebnisse

Interpretation der Sub-Skalen

Mit Detektivarbeit und mit Trickbetrug wurde die Datenanalyse schon verglichen, außerdem kann man sie als Rätselraten betrachten. Die Maschine wirft Zahlen aus oder stellt Bezüge her, und der Forscher überlegt, welcher Reim auf die Zahlen und Bezüge wohl der passende wäre. So gelten die Skalensätze fortan als Karten in einem Spiel, dessen Regeln schnell erklärt sind. Jede Sub-Skala ist ein Blatt, alle Karten sollten zueinander und besonders zur Karte mit der Schlüsselvariablen passen, mogeln ist erlaubt und wird verlangt: Sätze, die aus dem Zusammenhang herauszufallen scheinen, werden solange uminterpretiert, bis sie offensichtlich hineingehören, und gewonnen hat, wer aus seinem Blatt die beste Story macht. (Zur Auswahl der Schlüsselvariablen und zum Gliederungsschema der Sub-Skalen s. Abschnitt »Klassifikationsverfahren« in KONKRET 1/91.)

‘Das Wort im Munde umdrehen’ wäre ein Name für das Spiel, die vornehmere Bezeichnung für das Verfahren würde ‘extensive Textinterpretation’ heißen, und der Zweck der Übung besteht darin, gleichsam wieder zu verflüssigen, was in den Skalensätzen geronnene Form angenommen hat. Im Kontext einer Sub-Skala können die Items zeigen, wie sie verstanden werden und welche Bedeutung in ihnen steckt, und wenn man die Items besser kennt, wenn die Bedeutung ihrer Plazierung auf der gleichen Sub-Skala verständlich wird, wird vielleicht auch der sachliche Gehalt eines Zusammenhangs erkennbar, der vorerst nur ein formaler, nämlich durch Grenzwerte gestifteter ist. Es handelt sich also darum, solche begrifflichen Fixierungen wieder aufzulösen, deren Beliebtheit und Überzeugungskraft vor allem auf ihrer tautologischen Struktur beruhen: Autoritarismus ist, wenn einer Autorität gerne mag, und wenn einer Autorität gerne mag, dann ist das Autoritarismus. Die Variablen, die im Tabellenteil nur Nummern waren, verwandeln sich nun also wieder in Sätze, Behauptungen, Meinungen zurück, und bei denen interessiert nicht nur der Mittelwert, sondern auch die Häufigkeitsverteilung.

Denn im Unterschied zum Mittelwert zeigt die Häufigkeitsverteilung auch, wie stark ein Satz polarisiert, ob ein neutraler Mittelwert beispielsweise auf genereller Indifferenz beruht oder darauf, daß gleichgroße Gruppen extremer Zustimmer und extremer Ablehner sich gegenüberstehen, und überhaupt sind hier die Mehrheitsverhältnisse besser zu erkennen.

Jede der Skalen wird nun im Wortlaut wiedergegeben, am Ende werden die Skala insgesamt und einzelne Sätze kommentiert, besonders die weniger plausiblen natürlich. Die Schlüsselvariable steht fettgedruckt am Anfang der Skala.

Die eingeklammerten Ziffern hinter jedem Satz schließlich bedeuten in dieser Reihenfolge:

Korrelation zwischen Satz und Schlüsselvariabler

Item-Total-Korrelation

Mittelwert

Trennschärfeindex

SUB-SKALA I:

Für Zwang, Macht, Unterwerfung.

Gegen Freiheit in jeder Form

Skalenmittelwert: 5.0175

Mittlere Inter-Item-Korrelation: 0.4043

Maximale Inter-Item-Korrelation: 0.6915

Alpha: 0.9150

6. Jeder Mensch braucht im Leben einen Halt, einen festen Glauben, an dem er niemals zweifelt.

(1.00 0.53 5.82 2.11)

absolut in Prozent

starke Ablehnung 279 4.9%

mittlere Ablehnung 258 4.5%

geringe Ablehnung 218 3.8%

keine Meinung 1. 0%

geringe Zustimmung 744 13.0%

mittlere Zustimmung 1458 25.4%

große Zustimmung 2777 48.4%

ZUSAMMEN 5735 100.0%

1. Echte Freiheit verlangt, daß man sich in die Gemeinschaft einfügt. (0.3401 0.37 5.09 2.02)

5. Die Arbeitslosigkeit ist ein Problem. Ein Problem sind aber auch die Drückeberger, die auf unser aller Kosten leben. (0.37 0.65 5.35 3.46)

9. Die Drogenwelle beweist es wieder, daß ungezügelte Freiheit oft ins Elend führt. (0.41 0.68 4.58 3.97)

14. Heute, wo Leute aus allen Erdteilen in die Bundesrepublik strömen, muß man sich besonders sorgfältig gegen Infektionen wie zum Beispiel AIDS schützen.

(0.42 0.70 4.89 4.13)

16. Junge Menschen haben manchmal Flausen im Kopf, aber wenn sie dann im harten Berufsleben stehen, werden sie schnell vernünftig. (0.42 0.58 4.76 2.68)

18. Die Probleme, vor denen unser Land heute steht, verlangen nach einer starken, zukunftsweisenden politischen Führung. (0.40 0.65 5.48 2.98)

22. Es gibt kaum etwas Gemeineres als einen Menschen, der nicht Liebe, Dankbarkeit und Achtung für seine Eltern empfindet. (0.41 0.67 4.53 3.60)

26. Homosexualität wird zwar nicht mehr bestraft, trotzdem bleibt sie widernatürlich. (0.35 0.57 4.31 3.44)

27. Den Ausländern hier mangelt es oft am guten Willen, sich den Sitten des Gastlandes anzupassen.

(0.38 0.66 4.52 3.71)

30. Wer aus der Reihe tanzt, will sich meistens nur wichtig machen. (0.37 0.61 3.96 3.60)

31. Das Anwachsen der Kriminalität, besonders im Drogenhandel, erfordert strengere Gesetze und ein härteres Durchgreifen der Polizei. (0.40 0.73 5.70 3.76)

33. Gerade im Interesse der wirklich Bedürftigen sollte man die Erschleichung von Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe konsequenter verfolgen und strenger bestrafen.

(0.36 0.72 5.60 3.41)

34. Die Prunksucht arabischer Ölscheichs zeigt, daß plötzlicher Reichtum kulturlose Völker überfordert.

(0.37 0.67 4.27 3.91)

38. Was dem Einzelnen Kraft gibt, ist seine Geborgenheit in der Familie und seine Verankerung in der Gemeinschaft.

(0.46 0.49 5.86 1.71)

40. Auch wenn dies immer mehr aus der Mode kommt: Weihnachten sollte ein Fest bleiben, welches man daheim im Familienkreis feiert. (0.45 0.60 5.56 2.82)

Die aufgelisteten Sätze stellen nun einen Kreis von Sympathisanten, Parteigängern, engeren Freunden dar, die sich alle um eine Schlüsselfigur scharen, um den Satz Nr. 6, der fortan auf den Namen *Halt & Glauben* hören soll. Mit einem Mittelwert von 5.82 gehört *Halt & Glauben* zu den beliebtesten Items, nur eine winzige Minderheit votiert gegen das Korsett, Uneinigkeit besteht allein in der Frage, wie stark man den Wunsch nach der Zwangsjacke spürt.

Normalerweise ist dieser Wunsch einer, der diverse weitere impliziert: Es soll etwas geben, woran nicht gezweifelt werden darf, und das heißt, im Zustand dauernder Angst und dauernder Selbstvorwürfe leben zu wollen, man sehnt sich danach, sich selber zu fürchten und andere das Fürchten zu lehren. Denn der Zweifel gehört zur menschlichen Natur, und wer ihn im eigenen Herzen nicht dulden oder ertragen will, wird ihn erfahrungsgemäß im Herzen des anderen suchen und verfolgen. Der Satz heißt auch: Ich will, daß es mir verboten ist, zu denken, insofern alles Denken Zweifeln ist. Verstanden aber wurde er offenbar anders, wenn der Sympathisantenkreis nach der Devise ‘gleich und gleich gesellt sich gern’ Rückschlüsse auf die Leitfigur erlaubt. Die Zustimmer wollen präzise Anweisungen bekommen, auf den Glauben an die Richtigkeit und die Legitimation dieser Anweisungen können sie verzichten. Die Liste liest sich nämlich, als spucke ein Ordnungsfanatikers stückweise seine dürftige Weltanschauung aus. Zur Zwangsvorstellung, die alle anderen geistigen Regungen lähmt, wurde für ihn die Idee, daß alles seine Regel und jedes Ding seinen Platz haben müsse. Die Ausländer sind unerwünscht nicht deshalb, weil es gegen sie etwas einzuwenden gäbe, sondern weil sie nicht hierher gehören, und ein Türke gehört nicht hierher, weil er, wie der Name schon sagt, anderswo abgelegt oder einsortiert werden muß. Die Arbeitslosen, die Homosexuellen, die Gauner, die jungen Leute mit den Flausen im Kopf, die Extravaganten, die aus der Reihe tanzen, die Ölscheichs und die Junkies - sie alle trifft eigentlich kein moralisches Verdikt, sondern man mag sie aus formalen Gründen nicht. Ihr Hauptfehler ist, daß sie die Registratur durcheinanderbringen, es ist kein Fach für sie vorgesehen auf einer Welt, in der gilt: Eltern werden geliebt und geachtet, Weihnachten feiert man daheim im Familienkreis, einer muß kommandieren, alle müssen arbeiten, Rumreisen ist verdächtig, und ein Araber fährt nicht im Rolls Royce herum, sondern er ist arm und ernährt sich von Datteln.

Wenn Sitte und Anstand die verdinglichten Zerfallsprodukte von Moral und Gewissen gewesen waren, so handelt es sich bei den Ideologie-Bröseln, aus welchen dies Weltbild besteht, um Sitte und Anstand in gefriergetrockneter Form. In solcher Häufung lassen sie den Eindruck von äußerster Leblosigkeit entstehen, die Person, in welche die Skala sich verwandelt, wenn man sie länger betrachtet, scheint ein weitgehend abgestorbenes Gemüt zu besitzen, Erfahrungen kann und will sie nicht machen, jede Form von Lebendigkeit wird ungeachtet ihrer besonderen Qualität als lästig empfunden. Man könnte dabei an einen der bösartigen Rentner denken, die mit ihrer Lärmempfindlichkeit die Nachbarn schikanieren, weil sie kein akustisches Lebenszeichen anderer Menschen ertragen mögen.

Aus entfernten Kontinenten zureisende Ausländer sind schon deshalb eine Ansteckungsgefahr, weil ihre Anwesenheit die Person mit einer anderen Realität in Berührung brächte, als sie die Gruft darstellt, in welcher sie sich eingerichtet hat. Die Skala wirkt wie der Widerschein einer Welt, welche Furcht und Angst, überhaupt die ganze Psychodynamik des Autoritären schon hinter sich hat: Alle sind vor Schreck wie versteinert, alle sind zur Daseinsweise von Gespenstern verurteilt. Wo aber versteinerte Wesen und Gespenster sich tummeln, ist nicht nur im Märchen die Erlösungshoffung nicht weit, und es darf daher nicht weiter verwundern, daß man auf der Konsens-Skala einen hohen Mittelwert findet für den Satz, welcher das Abstreifen zivilisatorischer Fesseln zum Massenbedürfnis aller Unverklemmten erklärt.

Nicht ganz so beliebt wie *Halt & Glauben* ist die *echte Freiheit*, der Satz Nr.1, aber dafür ist er auch noch weniger umstritten. Die geringe Trennschärfe deutet darauf hin, daß er auch in die Konsens-Skala passen würde, weil er eine weit verbreitete Meinung (über 70% Zustimmung) formuliert, die außerdem auf Lowscorer wie Highscorer ziemlich gleich verteilt ist. Die Inter-Item-Korrelation von 0.3401 ist, bezogen auf die Schlüsselvariable, eher niedrig, bezogen auf den Satz Nr.1 selber ist sie die höchste überhaupt.

Die Bedeutung des Satzes wurde bereits ausführlich im Kapitel ‘Die Skala’ (s. KONKRET 6/90) diskutiert, und der sachliche Zusammenhang mit der Schlüsselvariablen ist so evident, daß in diesem Fall erklärt werden muß, warum der rechnerische Zusammenhang keinen höheren Wert besitzt. Der Grund dafür dürfte der schon angedeutete sein, die Tatsache nämlich, daß einerseits auch Lowscorer gegen besser verpackten Autoritarismus nicht immun sind, und daß es andererseits unter den Highscorern schon viele gibt, die lieber auf die Verpackung verzichten. Der Gemeinschafts-Schmus ist ihnen zu lasch und breiig, sie hätten es gern kerniger und würden den Einzelnen lieber einer starken Regierung oder einer starken Führerpersönlichkeit unterwerfen.

Der *Drückeberger-Satz*, die Nr. 5, zählt hinsichtlich der Trennschärfe zu den besten, er taucht auf den meisten Sub-Skalen auf. Hier formuliert er eine Abneigung gegen Menschen, die sich Freiheiten herauszunehmen scheinen, eine Abneigung gegen Leute zum Beispiel, die der Tretmühle des Berufsalltags scheinbar entronnen sind. Ferner zeigt er, daß die Sehnsucht nach den starren Regeln und der starken Hand eine durchaus ambivalente ist. Nicht bedauert, sondern beneidet wird, wer in den Genuß der Fabrikdisziplin nicht kommt, der Drückeberger ähnelt dem Deserteur, der verfemt wird, weil er Unannehmlichkeiten ausweicht.

Gemessen an den Werten, die der *Drückeberger-Satz* sonst erreicht, ist seine Korrelation mit der Schlüsselvariablen allerdings relativ gering, mit anderen Sätzen korreliert er weit höher. Auf dieser Skala werden demnach die Ressentiments, die aus Versagung entstehen, nur gestreift. Die simple Sehnsucht nach einer Welt, in welcher unter der Macht und ihren Regeln alles Leben erstickt, oder die Rechtfertigung einer Welt, die so empfunden wird, scheint also tatsächlich ein Elementim autoritären Syndrom zu bilden, welches sich separat analysieren läßt. Straf- und Verfolgungswünsche sind

diesem Element zwar nicht fremd, aber sie gehören auch nicht notwendig dazu, und es fehlt beispielsweise das Bedürfnis nach der spirituellen Komponente. Auffällig ist, daß Satz Nr. 32 (Zukunftsvision, machtvolles Zusammengehörigkeitsgefühl) in dieser Skala nicht vorkommt.

Was die Skala mißt, ist ein Spezialfall des faschistoiden Syndroms, nämlich das faschistoide Syndrom mit kaltgestellter Psychodynamik. Daß dies ein Grund wäre, sich wegen des hohen Skalenmittelwerts keine Sorgen zu machen, muß bezweifelt werden, weil man sich auf die Leblosigkeit psychisch Scheintoter nicht verlassen darf. Vielmehr stellen sie Personen dar, welche an der nationalen Erweckungsbewegung ein umso größeres Interesse haben müssen, als diese ihnen vielleicht zur seelischen Gesundung in dem Sinne verhilft, daß der Kollektivwahn die Hülsen wieder mit Leben erfüllt. Jeder Erfahrung unzugänglich, für Ideen unansprechbar und dabei seelisch eingedörrt, werden sie die starken Reize suchen. Herzlos gegen das Elend der Penner am Straßenrand, könnten sie sich in den Fußgängerzonen am Stand der Tierversuchsgegner sammeln, wo es mit Elektroden gespickte oder sezierte Mäuse in Großaufnahme zu bestaunen gibt. Kaum gewinnen wird man sie mit der Idee, alle sollten anständig wohnen und essen können. Wenn es aber darum geht, die Blutsverwandten im Osten von der polnischen Unterdrückung zu befreien, kann man möglicherweise auf sie rechnen.

SUB-SKALA II:

Gegen alles, was als fremd empfunden wird

Skalenmittelwert: 4.3919

Mittlere Inter-Item-Korrelation: 0.4845

Maximale Inter-Item-Korrelation: 0.7052

Alpha: 0.9183

23. Wenn Gastarbeiter in deutsche Familien einheiraten, bringt das nur Probleme für beide Seiten. (1.00 0.63 4.00 3.51)

absolut in Prozent

starke Ablehnung 1039 18.1%

mittlere Ablehnung 750 13.1%

geringe Ablehnung 1086 18.9%

geringe Zustimmung 1056 18.4%

mittlere Zustimmung 758 13.2%

große Zustimmung 1046 18.2%

ZUSAMMEN 5735 100.0%

9. Die Drogenwelle beweist es wieder, daß ungezügelte Freiheit oft ins Elend führt. (0.50 0.68 4.58 3.97)

11. Wer ein Europa ohne Grenzen will, muß damit rechnen, daß dann auch das organisierte Verbrechen seinen Weg nach Deutschland findet. (0.46 0.65 4.94 3.61)

19. Die Ausländer hier machen sich manchmal unbeliebt, weil sie sich gegen die Deutschen abkapseln und nur mit ihren eigenen Landsleuten verkehren. (0.49 0.59 4.26 3.22)

27. Den Ausländern hier mangelt es oft am guten Willen, sich den Sitten des Gastlandes anzupassen.

(0.57 0.66 4.52 3.71)

30. Wer aus der Reihe tanzt, will sich meistens nur wichtig machen. (0.46 0.61 3.96 3.60)

32. Was den Deutschen neben einer echten Zukunftsvision fehlt, ist ein großes, machtvolles Gefühl von Zusammengehörigkeit und Gemeinsamkeit. (0.53 0.70 4.12 4.04)

34. Die Prunksucht arabischer Ölscheichs zeigt, daß plötzlicher Reichtum kulturlose Völker überfordert.

(0.44 0.67 4.27 3.91)

36. Bevor man Asylbewerber und Aussiedler unterstützt, sind die Deutschen hier besser mit Wohnraum und Arbeitsplätzen zu versorgen. (0.453 0.66 4.82 3.57)

42. In den vielen Ländern, die von der Bundesrepublik Finanzhilfe verlangen, vergißt man oft, daß wir uns den Wohlstand hart erarbeitet haben. (0.48 0.72 5.03 3.96)

49. Wenn die Deutschen im Ausland manchmal unbeliebt sind, kommt das daher, daß der Tüchtige immer viel Neid auf sich zieht. (0.52 0.67 3.75 3.92)

54. Als wiedervereinigtes Volk sollten die Deutschen mehr Selbstbewußtsein und Stärke zeigen. (0.54 0.71 4.46 4.05)

Unter anderer Führung ein neuer Sympathisantenkreis, aber einer mit vielen bekannten Gesichtern, 4 der 12 Sätze waren schon Mitglieder der Gruppe *Macht & Zwang* gewesen. Weiter verwunderlich ist das kaum, wenn man sich an die Interpretation der vorigen Skala erinnert. Dort waren auch die Ausländer ein Opfer der Sehnsucht nach der verwalteten Welt geworden (Satz Nr. 27), und umgekehrt bekommen nun hier die Junkies (Nr. 9) und die Extravaganten (Nr. 30) zu spüren, daß sie für den Durchschnittsbürger Fremde sind.

Von der ersten Sub-Skala unterscheidet sich diese durch den niedrigeren Mittelwert, und der Mittelwert für den *Fremdehen-Satz*, der hier die Rolle der Schlüsselvariablen übernimmt, ist sogar neutral. Jeder Befürwortung steht, wie der Blick auf die Häufigkeitsverteilung zeigt, eine Ablehnung gleicher Intensität gegenüber. Schließen kann man daraus, daß die Landsleute gegen konkrete Personen auch dann vergleichsweise wenig einzuwenden haben, wenn diese Personen Fremde sind, und der Grund dafür dürfte eine ausgeprägte Gleichgültigkeit gegen konkrete Personen überhaupt sein, analog etwa dazu, daß es einerseits in der Weimarer Republik wenig Antisemitismus gab und auch in der Nazizeit kaum spontane Pogrome, daß andererseits aber die verfolgten Nachbarn auf keinerlei Hilfe oder Solidarität rechnen konnten.

Eher gering ist hier der konventionelle Fremdenhaß, wie er sich aus tatsächlichen und alltäglichen Reibereien zwischen eng beieinanderlebenden Gruppen verschiedener Nationalität entwickeln kann, eher gering also ist der Fremdenhaß, welcher auf tatsächlichen, nur falsch verstandenen Erfahrungen beruht. Zum Feind wird ein bestimmter Fremder erst dann, wenn Übereinkunft besteht, daß er und kein anderer als Projektionsfläche für Wahnvorstellungen dienen soll, an deren Entstehung jeglicher wirkliche Kontakt mit Fremden völlig unbeteiligt ist, weil sie allein der Psychodynamik des hiesigen Autoritären entstammen.

Eine solche Tendenz ist auch auf dieser Skala zu erkennen, die insgesamt irrationaler, gehässiger und aggressiver als die vorige wirkt. Der Grund dafür dürfte sein, daß die Landsleute, wenn sie über die Ausländer reden, eigentlich immer von sich selber sprechen, und irgendwann lassen sie dann auch die Katze aus dem Sack: Den Deutschen fehlt die große gemeinsame Zukunftsvision (Nr. 32), sie sind im Ausland unbeliebt (Nr. 49), und sie müßten als wiedervereinigtes Volk mehr Selbstbewußtsein und Stärke (Nr. 54) zeigen. Selbst wenn dies so wäre, was haben dann - so müßte man fragen - die inneren Angelegenheiten der Deutschen in einer Liste von Statements über Ausländer zu suchen, warum kann der nach seiner Meinung Gefragte nicht beim Thema bleiben, welches in diesem Fall nicht die Deutschen, sondern die Ausländer sind. Überhaupt drängt sich der Eindruck auf, daß diese Skala jeden Sinn für Logik vermissen läßt. Waren es eben noch die Ausländer, die sich den Sitten des Gastlandes nicht anpassen wollen (Nr. 27), so sind es nun die Gastgeber selber, denen das Gefühl für Zusammengehörigkeit und Gemeinsamkeit fehlt (Nr. 32), Deutsche heiraten sollten die Ausländer nicht (Nr. 23), aber wenn sie dies unterlassen, sich abkapseln und nur untereinander verkehren (Nr.19), ist das wieder falsch.

Zielte die vorige Skala auf den Faschistoiden mit kaltgestellter Psychodynamik, so mißt diese die faschistoide Psychodynamik in voller Aktion. Nicht eingestandene eigene Defekte werden auf Fremde projiziert, das Subjekt besitzt nur noch eingeschränkt die Fähigkeit, zwischen sich und dem Objekt überhaupt zu unterscheiden. Aus der Konfusion heraus wiederum entwickelt sich ein ausgeprägtes Bedürfnis nach nationalem Zusammenhalt und nationaler Stärke. Beider Zweck ist es, eine Art Minderwertigkeitskomplex zu heilen, den sie nur verschlimmern können.

Der Highscorer auf dieser Skala mag 1) sich eigentlich selber nicht, schiebt 2) das, was er an sich selber haßt, den Ausländern zu, kann 3) deshalb die Ausländer nicht leiden, dreht 4) den Spieß wieder um und fühlt sich von den Ausländern ungeliebt, weil seiner Tüchtigkeit wegen beneidet, und 5) will er nun seine Lage ausgerechnet dadurch verbessern, daß er noch tüchtiger wird, also noch mehr von eben der Eigenschaft erwirbt, um derentwillen man ihn seiner Meinung nach derzeit schon nicht leiden mag.

Freie Bahn für den Wahn, könnte das Motto über dieser Skala heißen, denn wer hier einen bestimmten Mittelwert übersprungen hat, dürfte mit friedlichen Mitteln am Streben nach immer höheren Punktzahlen kaum zu hindern sein. Zu seiner Bewußtseinsstörung gehört nämlich, daß er deren Verursacher als Heilmittel mißversteht - wenn mich keiner mag, weil ich widerlich bin, muß ich noch widerlicher werden , und wenn einer seinen Sonnenbrand durch Sonnenbaden kurieren will und man ihn läßt, kann es mit ihm nur ein schlechtes Ende nehmen.

Zwei Zahlen zum Schluß, welche die Verbreitung des Widersinns illustrieren: Sowohl Satz Nr. 23 (Heirat zwischen Gastarbeitern und Einheimischen bringt nur Probleme) als auch Satz Nr.19 (Ausländer sind unbeliebt, weil sie unter sich bleiben) stimmen mehr oder minder stark 38% der Befragten zu, 41,1% meinen, daß es den Deutschen an

Zusammengehörigkeitsgefühl (Nr. 32) und den Ausländern an Anpassungsbereitschaft (Nr. 27) mangelt.

SUB-SKALA III:

Gegen Schönheit und Genuß

Skalenmittelwert: 4.4087

Mittlere Inter-Item-Korrelation: 0.4548

Maximale Inter-Item-Korrelation: 0.7052

Alpha: 0.9086

53. Äußere Schönheit ist bei einem Menschen oft nur das Zeichen für Eitelkeit, für innere Kälte und Leere. (1.000.543.403.06)

absolut in Prozent

starke Ablehnung 1373 23.9%

mittlere Ablehnung 1111 19.4%

geringe Ablehnung 1031 18.0%

keine Meinung 36 0.6%

geringe Zustimmung 1008 17.6%

mittlere Zustimmung 597 10.4%

große Zustimmung 579 10.1%

ZUSAMMEN 5735 100.0%

9. Die Drogenwelle beweist es wieder, daß ungezügelte Freiheit oft ins Elend führt. (0.39 0.68 4.58 3.97)

14. Heute, wo Leute aus allen Erdteilen in die Bundesrepublik strömen, muß man sich besonders gegen Infektionen wie zum Beispiel AIDS schützen. (0.39 0.70 4.89 4.13)

21. Die Menschen kann man in zwei Klassen einteilen: die Schwachen und die Starken. (0.38 0.56 3.56 3.22)

23. Wenn Gastarbeiter in deutsche Familien einheiraten, bringt das nur Probleme für beide Seiten. (0.38 0.63 4.00 3.51)

30. Wer aus der Reihe tanzt, will sich meistens nur wichtig machen. (0.39 0.61 3.96 3.60)

33. Gerade im Interesse der wirklich Bedürftigen sollte man die Erschleichung von Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe konsequenter verfolgen und strenger bestrafen.

(0.36 0.72 5.60 3.41)

36. Bevor man Asylbewerber und Ausländer unterstützt, sind die Deutschen hier besser mit Wohnraum und Arbeitsplätzen zu versorgen. (0.37 0.66 4.82 3.57)

42. In vielen Ländern, die von der Bundesrepublik Finanzhilfe verlangen, vergißt man oft, daß wir uns den Wohlstand hart erarbeitet haben. (0.38 0.72 5.03 3.96)

49. Wenn die Deutschen im Ausland manchmal unbeliebt sind, kommt das daher, daß der Tüchtige immer viel Neid auf sich zieht. (0.40 0.67 3.755 3.92)

52. Wenn der Zuwandererstrom nicht aufhört, der über uns hereingebrochen ist, muß die Entwicklung im Chaos enden. (0.43 0.66 4.85 3.72)

54. Als wiedervereinigtes Volk sollten die Deutschen mehr Selbstbewußtsein und Stärke zeigen. (0.39 0.71 4.46 4.05)

Ursprünglich hatte der Satz, der hier die Rolle der Schlüsselvariablen spielen soll, moderater geklungen: »Wichtiger als äußere Schönheit ist, daß ein Mensch echte Persönlichkeit besitzt.« Einhelliger Zustimmung wegen wies dieser Satz keine Trennschärfe auf, weshalb die Aussage nun ohne Verpackung auf den Tisch kam, d.h. ohne den Anschein, es handele sich dabei um ein sorgfältig bedachtes, wohlabgewogenes Urteil, welches keiner Seite Unrecht tut und eigentlich nur die Prioritäten festlegt. An die Stelle des versteckten Ressentiments gegen Schönheit trat die offene Aversion gegen sie, die

neue Formulierung läßt wenig Zweifel daran, daß Schönheit verwerflich ist und scheußlich. Mit einem Mittelwert von 3.40 wurde der Schönheits-Satz nun immerhin der unbeliebteste Skalensatz überhaupt. Dennoch stimmten ihm mehr oder minder stark rund ein Viertel der Befragten zu, und nur ein knappes Viertel wies ihn ohne jede Abstufung und Einschränkung zurück.

Ein neues Spiel, und wieder die alten Figuren - von 12 Items sind es einschließlich der Schlüsselvariablen diesmal nur noch 3, die auf keiner der beiden vorangegangenen Skalen verwendet worden waren, nämlich die Sätze 21, 52 und 53. Auffallende Ähnlichkeit besitzt das Sub-Skalen-Modell offenbar mit dem kleinstädtischen Leben, wo es immer wieder die gleichen Personen sind, die uns mal im Gesangverein, mal als Briefmarkensammler oder Fußballer begegnen, hier wie dort kommen neben den Interessenten nur für einen speziellen Verein die Betriebsnudeln vor, die überall mitmischen wollen. Die Unterteilung in diverse Sub-Skalen stellt also in erster Linie einen Wechsel der Perspektive dar, weniger die Skalensätze selber unterscheiden sich von Skala zu Skala, sondern verschieden ist jeweils der Gesichtspunkt, unter denen man sie betrachtet. Die meisten der insgesamt 38 Sätze, aus denen alle Sub-Skalen zusammen bestehen (einer entfiel wegen Kürzung), tauchen mehrfach auf, aber stets unter neuem Titel und in leicht veränderter Gesellschaft.

Unter ästhetischen Gesichtspunkten betrachtet muß die Sub-Skala Nr. 3 zunächst einfach Mißfallen erregen, sie wirkt wie das Porträt einer häßlichen, kleinlichen, schmutzigen Seele. Wer den Schönen innere Kälte und Leere attestiert, der spricht offenbar von sich, von der eigenen Gefühlskälte und Gehässigkeit. Menschliche Wärme besitzt er kaum, er mag keinen und mißgönnt dem Sozialhilfeempfänger jede Mark, mit welcher der sein kümmerliches Budget vielleicht etwas aufbessert.

Gibt der Schönheitsverächter einerseits auf dieser Skala den häßlichen Charakter seiner Seele preis, so enthüllt er zugleich die erotische Komponente gängiger Ressentiments. Wenn zwischen dem Schönheitssatz und dem Drogensatz ein statistischer Zusammenhang besteht, darf auf einen sachlichen geschlossen werden, und man braucht nicht dreimal raten, ehe man auf den Gedanken kommt, daß es sich bei der Schönheit wie bei den Drogen um Genußmittel oder Rauschmittel handelt, freilich um solche, nach deren Genuß der Einzelne kaum mit der Masse gröhlt oder schunkelt. Analog dazu ist die Korrelation zwischen der Schlüsselvariablen und Item Nr.14, dem *AIDS-Satz*, ein Beleg für die nicht unbedingt neue Einsicht, daß hinter der Aversion gegen Zureisende und der Angst vor Infektionen sich die Abwehr von Promiskuität verbirgt. Keiner weiteren Erklärung bedarf es daher, daß der Schönheitsverächter auch keine Müßiggänger mag, bilden doch *luxe, calme et volupté* eine Einheit.

Ungeklärt jedoch ist noch die Frage, was Satz Nr. 49, *der tüchtige Deutsche*, auf dieser Skala zu bedeuten hat, und die Antwort zeigt, daß der Schönheitsverächter und der Fremdenhasser in einer ähnlichen Klemme stecken. Wenn der Schönheitsverächter sich seiner Tüchtigkeit wegen beneidet und ungeliebt fühlt, so heißt dies, daß er den Wert von Schönheit kennt, den Wert einer Eigenschaft, die ihm nicht Neid und Abneigung, sondern Bewunderung und Zuneigung einbringen würde. Mit Satz Nr. 49 gibt er also zu verstehen, daß er sich selber die Fähigkeit abspricht, gemocht zu werden, und weil er andere Menschen nicht für sich gewinnen kann, muß er sie mit Gewalt beherrschen - es gibt Starke und Schwache, und die Deutschen müssen die Starken sein. Eine aussichtslose Strategie, wie die eigentliche Überraschung dieser Skala zeigt, die Tatsache nämlich, daß der Schönheitssatz am höchsten mit Satz Nr. 52 korreliert, mit der Behauptung, ein anhaltender Zuwandererstrom in dies ohne Zuwanderer vergreisende Land würde notwendig ins Chaos führen. Der Schönheitsverächter entpuppt sich hier als einer, dem die Herrschaft über andere Menschen nicht nützen würde, weil er sie nicht mag. Eben deshalb würde sein Regime maßlos bis zur Vernichtung sein, weil er selber dabei nichts gewinnt.

SUB-SKALA IV:

Mißgunst, Futterneid

Skalenmittelwert: 4.7444

Mittlere Inter-Item-Korrelation: 0.5116

Maximale Inter-Item-Korrelation: 0.7052

Alpha: 0.9310

42. In den vielen Ländern, die von der Bundesrepublik Finanzhilfe verlangen, vergißt man oft, daß wir uns den Wohlstand hart erarbeitet haben. (1.00 0.72 5.03 3.96)

absolut in Prozent

starke Ablehnung 608 10.6%

mittlere Ablehnung 535 9.3%

geringe Ablehnung 531 9.3%

keine Meinung 18 0.3%

geringe Zustimmung 846 14.8%

mittlere Zustimmung 1105 19.3%

große Zustimmung 2092 36.5%

ZUSAMMEN 5735 100.0%

5. Die Arbeitslosigkeit ist ein Problem. Ein Problem sind aber auch die Drückeberger, die auf unser aller Kosten leben. (0.55 0.65 5.35 3.46)

11. Wer ein Europa ohne Grenzen will, muß damit rechnen, daß dann auch das organisierte Verbrechen seinen Weg nach Deutschland findet. (0.51 0.65 4.94 3.61)

19. Die Ausländer hier machen sich manchmal unbeliebt, weil sie sich gegen die Deutschen abkapseln und nur mit ihren eigenen Landsleuten verkehren. (0.52 0.59 4.26 3.22)

27. Den Ausländern hier mangelt es oft am guten Willen, sich den Sitten des Gastlandes anzupassen.

(0.56 0.66 4.52 3.71)

31. Das Anwachsen der Kriminalität, besonders im Drogenhandel, erfordert strengere Gesetze und ein härteres Durchgreifen der Polizei. (0.68 0.73 5.70 3.76)

32. Was den Deutschen neben einer echten Zukunftsvision fehlt, ist ein großes, machtvolles Gefühl von Zusammengehörigkeit und Gemeinsamkeit. (0.55 0.70 4.12 4.04)

33. Gerade im Interesse der wirklich Bedürftigen sollte man die Erschleichung von Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe konsequenter verfolgen und strenger bestrafen.

(0.67 0.72 5.60 3.41)

34. Die Prunksucht arabischer Ölscheichs zeigt, daß plötzlicher Reichtum kulturlose Völker überfordert.

(0.51 0.67 4.27 3.91)

36. Bevor man Asylbewerber und Aussiedler unterstützt, sind die Deutschen hier besser mit Wohnraum und Arbeitsplätzen zu versorgen. (0.71 0.66 4.82 3.57)

49. Wenn die Deutschen im Ausland manchmal unbeliebt sind, kommt das daher, daß der Tüchtige immer viel Neid auf sich zieht. (0.53 0.67 3.75 3.92)

52. Wenn der Zuwandererstrom nicht aufhört, der über uns hereingebrochen ist, muß die Entwicklung im Chaos enden. (0.62 0.66 4.85 3.72)

54. Als wiedervereinigtes Volk sollten die Deutschen mehr Selbstbewußtsein und Stärke zeigen. (0.59 0.71 4.46 4.05)

Keine einziger Satz kommt in dieser Skala vor, der nicht schon in einer der vorangegangenen enthalten gewesen wäre, und sogar die Schlüsselvariable, der *Zahlmeister-Satz*, taucht in 6 der insgesamt 8 Skalen auf. Sinnlos ist diese Variante trotzdem nicht, denn es treten abermals andere Aspekte des autoritären Syndroms in den Vordergrund, wenn man nun Mißgunst und Futterneid als Haupteigenschaft betrachtet und als deren Komponenten das, was die restlichen Skalensätze messen, oder umgekehrt: wenn man die restlichen Skalensätze im von der Schlüsselvariablen diesmal vorgegebenen Kontext interpretiert.

Die Aversion gegen Ausländer (Nr. 19 und Nr. 27) beispielsweise stellt sich dann als eine von vielen Erscheinungsformen einer diffusen Mißgunst dar, die sich ohne Ansehung der Person gegen jeden und mit besonderer Intensität vermutlich gegen den jeweiligen lieben Nächsten richtet. Der Urheber des Wunsches wiederum, die Deutschen sollten eine echte Zukunftsvision und ein großes, machtvolles Gefühl von Zusammengehörigkeit und Gemeinsamkeit besitzen - der Urheber dieses Wunsches also scheint weniger spiritueller Natur oder ein genuin völkisches Schmachten und Sehnen zu sein, sondern dahinter steckt offenbar nichts als das Kalkül, beim Beutemachen sei die geschlossenere Bande im Vorteil. Satz Nr. 34 schließlich, der von den *prunksüchtigen Ölscheichs*, der während der Golfkrise später zu unerwarteter Aktualität insofern kam, als die deutschen Reaktionen es abermals bewiesen, daß man sogar einem irakischen Diktator die grausamsten Verbrechen eher verzeiht als den kuweitischen Scheichs ihren Reichtum und ihr Wohlleben, dieser Satz also zeigt deutlich, daß das Reklamieren von kultureller Überlegenheit einfach Neid kaschiert.

Obgleich von begrenztem zusätzlichen Erkenntniswert, ist diese Skala ein nützliches Korrektiv. Sie lehrt, daß man über den anspruchsvolleren Erklärungsversuchen nicht vergessen darf, welche zentrale Rolle bei der Entstehung des Faschismus die ganz gewöhnliche, banale, triviale Gemeinheit spielt, der schmutzigste Geiz, die kleinlichste Mißgunst, die maßlose Raffgier, der Ausfall von jeglichem Gerechtigkeitssinn und jeglichem Mitleid. Besorgniserregender, als die Ergebnisse dieser Studie sein können, war daher, wie die Deutschen sich während der Golfkrise verhielten, beispielsweise ihre nur mühsam verborgene, aber doch deutlich sichtbare Enttäuschung darüber, daß unter den Passagieren der Lufthansamaschine aus Bagdad 'nur' 70 Deutsche waren (Sprachregelung: »Das auswärtige Amt war davon ausgegangen, daß sich mindestens 100 Deutsche an Bord der Maschine befinden würden.«).

SUB-SKALA V:

Zu kurz gekommen, übervorteilt, betrogen

Skalenmittelwert: 4.8109

Mittlere Inter-Item-Korrelation: 0.4072

Maximale Inter-Item-Korrelation: 0.7052

Alpha: 0.9214

8. Wenn man ehrlich und anständig bleibt, wird man leicht übervorteilt oder ausgenützt. (1.00 0.52 5.37 2.29)

absolut in Prozent

starke Ablehnung 272 4.7%

mittlere Ablehnung 398 6.9%

geringe Ablehnung 440 7.7%

keine Meinung 37 0.6%

geringe Zustimmung 1195 20.8%

mittlere Zustimmung 1467 25.6%

große Zustimmung 1926 33.6%

ZUSAMMEN 5735 100.0%

5. Die Arbeitslosigkeit ist ein Problem. Ein Problem sind aber auch die Drückeberger, die auf unser aller Kosten leben. (0.34 0.65 5.35 3.46)

7. Das Leben war früher härter als heute, aber dafür war es auch natürlicher und gesünder. (0.37 0.52 5.46 2.24)

9. Die Drogenwelle beweist es wieder, daß ungezügelte Freiheit oft ins Elend führt. (0.33 0.68 4.58 3.97)

10. Die Deutschen sind steifer als Italiener oder Franzosen, aber dafür sind sie auch nicht so oberflächlich.

(0.314 0.62 4.39 3.24)

17. Oft erntet am wenigsten Dankbarkeit und Anerkennung, wer sich aufopfert und am meisten leistet.

(0.36 0.52 5.22 2.23)

21. Die Menschen kann man in zwei Klassen einteilen: die Schwachen und die Starken. (0.34 0.56 3.56 3.22)

27. Den Ausländern hier mangelt es oft am guten Willen, sich den Sitten des Gastlandes anzupassen.

(0.33 0.66 4.52 3.71)

30. Wer aus der Reihe tanzt, will sich meistens nur wichtig machen. (0.32 0.61 3.96 3.60)

31. Das Anwachsen der Kriminalität, besonders im Drogenhandel, erfordert strengere Gesetze und ein härteres Durchgreifen der Polizei. (0.35 0.73 5.70 3.76)

33. Gerade im Interesse der wirklich Bedürftigen sollte man die Erschleichung von Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe konsequenter verfolgen und strenger bestrafen.

(0.34 0.72 5.60 3.41)

34. Die Prunksucht arabischer Ölscheichs zeigt, daß plötzlicher Reichtum kulturlose Völker überfordert.

(0.34 0.67 4.27 3.91)

36. Bevor man Asylbewerber und Aussiedler unterstützt, sind die Deutschen hier besser mit Wohnraum und Arbeitsplätzen zu versorgen. (0.37 0.66 4.82 3.57)

42. In den vielen Ländern, die von der Bundesrepublik Finanzhilfe verlangen, vergißt man oft, daß wir uns den Wohlstand hart erarbeitet haben. (0.38 0.72 5.03 3.96)

45. Der Arme ist oft glücklicher als der Reiche, weil er sich über die einfachen Dinge des Lebens noch richtig freuen kann. (0.33 0.54 5.34 2.52)

49. Wenn die Deutschen im Ausland manchmal unbeliebt sind, kommt das daher, daß der Tüchtige immer viel Neid auf sich zieht. (0.33 0.67 3.75 3.92)

52. Wenn der Zuwandererstrom nicht aufhört, der über uns hereingebrochen ist, muß die Entwicklung im Chaos enden. (0.34 0.66 4.85 3.72)

Neben den vielen alten Bekannten trifft man auf dieser Skala wieder eine paar neue Gesichter, die Sätze 7, 8, 10, 17 und 45. Die Botschaft läßt sich mühelos zusammenfassen in den folgenden Regeln: Mißtraue allen, die sich selbst bejammern, denn bis an den Rand sind sie abgefüllt mit bösartigen Ressentiments. Wenn einer dir erzählt, daß er ehrlich und anständig ist, dann bewaffne dich, denn nichtmal Sozialhilfeempfänger und andere arme Schlucker sind vor seiner Raublust sicher. Klagt einer, daß er dauernd übers Ohr gehauen werde, dann stell dich auf einen Gauner ein, der es einerseits präventiv schon als einen Akt ausgleichender Gerechtigkeit legitimieren will, wenn er nun dich hereinlegt, und der andererseits dummes Schaf spielt, um deine Wachsamkeit einzuschläfern.

Ein Blick auf die Häufigkeitsverteilung zeigt, daß vor rund 80% der Landsleute auf der Hut sein muß, wer sich an diese Regel hält. Die überwältigende Mehrheit der Bundesdeutschen meint demnach, mehr oder minder überzeugt, es läge nicht an zu wenig Talent oder Gelegenheit, sondern an zu viel moralischen Skrupeln, wenn man im Leben weniger als gewünscht erreicht. Fast alle sehen demnach in den elementarsten bürgerlichen Tugenden nicht etwa die unabdingbaren Voraussetzungen für den Erfolg des Einzelnen wie der Gesellschaft, sondern sie sehen vor allem ein Karrierehindernis darin, nicht die Bedingungen des Aufstiegs, sondern die Steine auf dem Weg. Gängige Spruchweisheiten wie ‘ehrlich währt am längsten’ oder ‘Lügen haben kurze Beine’ täuschen also nur über die Tatsache hinweg, daß die Deutschen mehrheitlich nicht an die Essentials der bürgerlichen Gesellschaft glauben: daß der Bessere gewinnen und Ehrlichkeit sich am Ende auszahlen wird. Von einer Bevölkerung aber, welche den Ausgang des zweiten Weltkriegs offenbar nicht in dem Sinne verstanden hat, daß Moral auch eine manchmal sogar kriegsentscheidende Produktivkraft ist, darf man kaum erwarten, daß sie bei politischen Entscheidungen moralische Erwägungen auch nur berücksichtigen wird. Trotz der Niederlage von 1945, die eine Folge der zuvor begangenen Untaten war, glaubt diese Bevölkerung scheinbar immer noch, man würde es ohne Moral viel weiter bringen, womit sie damals wie heute irrt.

Nichts hindert den deutschen Michel drolligerweise daran, sich einerseits seiner Ehrlichkeit und Anständigkeit wegen ausgenützt und übervorteilt zu fühlen - und sich zugleich mit der eigenen Tüchtigkeit zu brüsten, wie die Korrelation zwischen der Schlüsselvariablen und dem Satz Nr. 49 zeigt, dem *tüchtigen Deutschen*. Die Art, wie er hier seinen eigenen Neid auf andere projiziert, verweist auf den projektiven Anteil am ganzen Syndrom, nur von den Bedingungen und der Laune hängt es ab, ob der andere als zu tüchtig oder als nicht tüchtig genug verurteilt wird.

Einen der Gründe für die projektiven Neigungen kann man finden, ohne daß man die Psychoanalyse bemüht: Wessen Moral eine äußerst labile ist, der muß im Zustand dauernden Mißtrauens gegen andere leben, von denen er, wenn sie ihm gleichen, nichts Gutes erwarten darf. Die labile Moral wiederum hat nicht nur psychische Ursachen, sondern sie könnte in diesem Fall zusätzlich auch das Produkt einer politischen Destabilisierung sein. Zu groß wurde vielleicht die Zahl der Skandale und Affären, die damit endeten, daß, wie im Falle Lambsdorff, der immerhin in einigen Anklagepunkten schuldig Gesprochene wieder Parteivorsitzender wurde, oder daß einer, wie im Falle Imhausen/Rabda, für die Lieferung eine Giftgasfabrik gerade 5 Jahre Haft bekam. Weit mehr Skandale noch verliefen einfach im Sand, man denke an die Verwicklungen des Salzgitter-Konzerns in die Rabda-Affäre, den Kieler U-Boot-Skandal, an den Berliner und den Frankfurter Bauskandal, an den Hannoveraner Polizei- und Spielbanken-Skandal, an die Affären Wörner, Neue Heimat, Coop, Barzel, Barschel, Flick, Celler Loch etc.

Es wäre eine eigene Untersuchung wert, einmal die von namhaften Juristen schon geäußerte Vermutung zu prüfen, daß das Rechtsempfinden in der Bundesrepublik seit einer Reihe von Jahren schon kontinuierlich regrediert, und daß es namentlich für die gehobenen Schichten kaum noch Rechtsverstöße gibt, die nicht als Kavaliersdelikte betrachtet würden, obwohl sie nach dem Buchstaben des Strafgesetzbuches Verbrechen sind.

(Auf den Abdruck der Sub-Skalen Vi: *Gelobt sei, was hart macht* und VII: *Wen kann man bestrafen, wem etwas verweigern?* wird hier nicht nur aus Platzgründen verzichtet. Da ihr zusätzlicher Erkenntniswert im Vergleich zu den übrigen Skalen gering ist, soll im Interesse der Übersichtlichkeit in Zukunft auf sie verzichtet werden.)

SUB-SKALA VIII:

Ein guter Mensch denkt an sich selbst zuletzt

Skalenmittelwert: 5.0026

Mittlere Inter-Item-Korrelation: 0.3816

Maximale Inter-Item-Korrelation: 0.6915

Alpha: 0.9076

13. Wertvolle Menschen zeichnen sich durch die Fähigkeit aus, sich für das große gemeinsame Ziel aufopfern zu können.

(1.00 0.47 5.10 2.11)

absolut in Prozent

starke Ablehnung 434 7.6%

mittlere Ablehnung 393 6.9%

geringe Ablehnung 601 10.5%

keine Meinung 55 1.0%

geringe Zustimmung 1099 19.2%

mittlere Zustimmung 1560 27.2%

große Zustimmung 1593 27.8%

ZUSAMMEN 5735 100.0%

5. Die Arbeitslosigkeit ist ein Problem. Ein Problem sind aberauch die Drückeberger, die auf unser aller Kosten leben. (0.34 0.65 5.35 3.46)

9. Die Drogenwelle beweist es wieder, daß ungezügelte Freiheit oft ins Elend führt. (0.32 0.68 4.58 3.97)

10. Die Deutschen sind steifer als Italiener oder Franzosen, aber dafür sind sie auch nicht so oberflächlich.

(0.31 0.62 4.39 3.24)

14. Heute, wo Leute aus allen Erdteilen in die Bundesrepublik strömen, muß man sich besonders sorgfältig gegen Infektionen wie zum Beispiel AIDS schützen. (0.31 0.70 4.89 4.13)

17. Oft erntet am wenigsten Dankbarkeit und Anerkennung, wer sich aufopfert und am meisten leistet.

(0.35 0.52 5.22 2.23)

18. Die Probleme, vor denen unser Land heute steht, verlangen nach einer starken, zukunftsweisenden politischen Führung. (0.38 0.65 5.48 2.98)

22. Es gibt kaum etwas Gemeineres als einen Menschen, der nicht Liebe, Dankbarkeit und Achtung für seine Eltern empfindet. (0.33 0.67 4.53 3.60)

29. Obwohl es vielleicht übertrieben klingt: Manchmal sind Tiere die besseren Menschen. (0.304 0.51 5.10 2.11)

31. Das Anwachsen der Kriminalität, besonders im Drogenhandel, erfordert strengere Gesetze und ein härteres Durchgreifen der Polizei. (0.32 0.73 5.70 3.76)

33. Gerade im Interesse der wirklich Bedürftigen sollte man die Erschleichung von Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe konsequenter verfolgen und strenger bestrafen.

(0.35 0.72 5.60 3.41)

38. Was dem Einzelnen Kraft gibt, ist seine Geborgenheit in der Familie und seine Verankerung in der Gemeinschaft. (0.38 0.49 5.86 1.71)

39. Presse und Fernsehen neigen dazu, mit ihrer verantwortungslosen Kritiksucht alles Gute und Schöne in den Schmutz zu ziehen. (0.33 0.56 4.28 2.93)

40. Auch wenn dies immer mehr aus der Mode kommt: Weihnachten sollte ein Fest bleiben, welches man daheim im Familienkreis feiert. (0.31 0.60 5.56 2.82)

47. Wer kein Herz für Kinder hat, verdient, daß man ihn verachtet. (0.304 0.53 4.97 2.66)

49. Wenn die Deutschen im Ausland manchmal unbeliebt sind, kommt das daher, daß der Tüchtige immer viel Neid auf sich zieht. (0.32 0.67 3.75 3.92)

Ein guter Mensch denkt an sich selbst zuletzt - jedenfalls dann, wenn zur Debatte steht, wer bestraft oder abgewiesen werden soll, wer zuviel hat und wen man deshalb schröpfen kann. Der Gemütsmensch, der Weihnachten im Familienkreis feiern will, und der wenig Verständnis hätte für W.C. Fields Spruch ‘Wer keine Tiere und keine kleinen Kinder mag, kann nicht ganz schlecht sein’ - dieser Gemütsmensch also ist der gleiche, der den Armen außer dem Existenzminimum nichts gönnt (Nr. 5, Nr. 33). Dazu, daß er die Geborgenheit in der Gemeinschaft (Nr. 38) sucht und die starke politische Führung will, paßt seine deklarierte Vorliebe für Tiere und Kinder: Beide lassen sich beherrschen, die einen können nicht widersprechen, die anderen dürfen es eigentlich nicht. Wenn er behauptet, daß Tiere die besseren Menschen seien, so denkt er dabei vielleicht an einen Ameisen- oder Bienenstaat, wo seine Vorstellung vom Sich-Aufopfern für das gemeinsame Ziel bestens realisiert ist.

Die Korrelation zwischen der Schlüsselvariablen und Satz Nr. 17 zeigt, daß die wertvollen Menschen, die sich aufopfern, zugleich jene sind, die am wenigsten Anerkennung und Dankbarkeit ernten. Nur zu verständlich daher, daß die Deutschen steifer als Italiener oder Franzosen wirken und im Ausland unbeliebt sind. Offenbar vermischen sich im Selbstbild vom verkannten besseren Menschen eine nationale und eine private Komponente.

Insgesamt wirkt diese Skala wie das Meinungsbild einer etwas verhärmt, introvertiert und resignativ daherkommenden, aber hochgradig ressentimentgeladenen Person. Einstweilen ist es noch ihr Hauptberuf, verbissen aber friedfertig mit dem eigenen Schicksal zu hadern, doch weist der Wunsch nach einer starken politischen Führung (Satz Nr.18) darauf hin, daß es beim Maulen nicht bleiben muß und auch in dieser Person andere Kräfte schlummern, zumal es mit der Sub-Skala *Zu kurz gekommen, übervorteilt, betrogen* eine Reihe von Übereinstimmungen gibt und die beiden Skalen einander ergänzen. Stellt jene eine Art Freibrief für Amoralismus aus - die Welt ist schlecht, warum soll ich besser sein , so liefert diese dem Amoralismus eine obskure moralische Legitimation. Noch hemmungsloser und vor allem effektiver als einer, der sich um die Moral überhaupt nicht kümmert, wird erfahrungsgemäß morden und rauben, wer sich dabei als den moralisch Überlegenen betrachtet, weil er, wenn er nimmt, nur dem Vaterland opfert. Die deutschen Soldaten im 2. Weltkrieg sind dafür ein Beispiel.

Zusammenfassung

Von einem Ratespiel mit Karten war anfangs des Kapitels gesprochen worden, aber es wurde eher ein anderes daraus, es könnte ‘Siehst du den Mann im Mond? Lacht er oder weint er?’ heißen. Gegeben ist ein Muster aus kleinen Punkten, Flecken oder Strichen, die nicht so willkürlich oder gleichmäßig über die Fläche verteilt sind, wie sie scheinen, sondern sich zu einer Figur oder einem Gesicht verdichten, und die Aufgabe heißt: Erkenne dies.

Bei zwei von acht Skalen gelang das nicht, und so wurde entschieden, daß auf die Gruppen *Gelobet sei, was hart macht* und *Wen kann man bestrafen, wem etwas verweigern?* künftig verzichtet werden soll. Ob der Hinauswurf der gerechte Lohn für Unbrauchbarkeit war, oder ob die Skalen das unschuldige Opfer der Ideenlosigkeit ihres Betrachters wurden, ist damit sicher nicht entschieden, aber das spielt für das Resultat der Studie auch keine Rolle. Daten sind immer so gut oder so schlecht, wie die Interpretation, zu der sie ihren Betrachter ermuntern. Auch die verbliebenen sechs Skalen, die nun kurz charakterisiert werden, sind keineswegs Instrumente, mit denen man Elemente des autoritären Syndroms nachweisen und messen kann, die etwa den Status von Atomen oder Molekülen in chemischen Verbindungen besitzen würden. Wenn sie überhaupt Instrumente sind, dann im Nebenberuf, im Hauptberuf aber sollen sie selber schon das Ergebnis sein, nämlich Elemente in der Theorie vom Autoritären.

I. Für Zwang, Macht, Unterwerfung. Gegen Freiheit in jeder Form

Der Autoritäre mit kaltgestellter Psychodynamik, der Ordnungsfanatiker mit dem armen Gemüt. Alles Lebendige ist ihm verhaßt, aber er produziert selber kaum Symptome, ist wenig paranoisch. Psychisch scheintot könnte man ihn nennen, und er dürfte ein ambivalentes Verhältnis zu den starken Reizen haben, die ihn munter machen würden. Eine faschistische Massenbewegung wäre ihm anfangs zu laut, aber nur bis zu dem Punkt, wo er selber mitgröhlt.

II. Gegen alles, was als fremd empfunden wird

Die faschistoide Psychodynamik in Aktion. Einer, der sich nicht mag, legt seine ungeliebten Eigenschaften anderen ins Nest, ohne sie dadurch selber loszuwerden, keiner hat eine Chance. Der Fremde nicht, der sich ihm anpassen und ihm zugleich fern bleiben soll, und er selber auch nicht, weil seine Reaktion ein wichtiger Teil dessen ist, was er mit eben dieser Reaktion von sich weisen, auf andere projizieren möchte. Schema: Der Trinker, der seine Trunksucht im Schnaps ertränken will.

III. Gegen Schönheit und Genuß

Der Liebesunfähige fühlt sich ungeliebt, aber das ist kein Grund für ihn, selber etwas liebenswürdiger werden zu wollen, sondern ganz im Gegenteil: Wenn die Welt ihn aus freiem Willen nicht mag, muß er sie dazu zwingen. Auch in diesem Fall dürfte die Kur eine Verschlimmerung des Leidens bewirken, mit dem Effekt, daß Bedarf nach höherer Dosierung entsteht. Immer weinerlicher und brutaler zugleich wird der Patient, und Erlösung kann auf diesem Weg nur Vernichtung heißen.

IV. Mißgunst, Futterneid

Der Faschistoide nicht als gefährlicher Irrer mit einem Schuß Tragik, sondern als ausgesprochen schäbiger Charakter im ganz gewöhnlichen, konventionellen Sinn.

V. Zu kurz gekommen, übervorteilt, betrogen

Der Faschistoide sucht einen Grund, sich von den Moralvorschriften zu befreien, die ihn hemmen. Er erkennt, daß moralische Skrupel nur am Fortkommen hindern, und er ist nicht länger gewillt, solche Fesseln hinzunehmen.

VIII. Ein guter Mensch denkt an sich selbst zuletzt

Sich von allen moralischen Skrupeln zu befreien, ist nur die halbe Sache, wenn man nach der Devise ‘Nimm dir, was du brauchst’ verfahren will. Damit dergleichen erfolgreich ist, muß es kollektiv geschehen, und das Kollektiv gibt den ordinären Missetaten dann auch wieder einen höheren moralischen Sinn: Man tut’s ja alles nur für das große Ganze.

Schlußfolgern darf man, daß die Art, wie die Sätze auf den diversen Sub-Skalen miteinander koalieren, keine der Annahmen widerlegt, die im Kapitel ‘Michel-Syndrom’ formuliert worden waren (s. KONKRET 7/90). Ein Sozialcharakter wie der dort beschriebene scheint also kein Produkt der reinen Fantasie zu sein, oder zumindest ist er das Produkt einer Fantasie, die in den Korrelationskoeffizienten Bestätigung findet. Keiner Diskussion bedarf es dabei freilich, daß die Zahlen nicht im naturwissenschaftlichen Sinn beweiskräftig sind: Zwischen den nackten Zahlen und ihrer Interpretation existiert eine durch wissenschaftliche Deduktion nicht zu schließende Lücke. Denken heißt immer, etwas von den bloßen Fakten Verschiedenes, nämlich einen Gedanken zu denken, und es bedeutet stets, daß man sich dabei auch irren kann. Die einzige Alternative dazu ist, daß man es gleich bleiben läßt, weshalb man in Studien, die jede Spekulation vermeiden und nur hieb- und stichfest empirisch abgesicherte Aussagen dulden, oft vergeblich nach dem Gedanken sucht, welcher der empirischen Absicherung bedürfte.

Betrachtet man die Existenz eines Michel-Syndroms als durch die Skalen verifiziert, und benutzt man sie mit dem nötigen Vorbehalt als Meßinstrumente, so sind auch grobe Angaben über die Verbreitung der diversen, von den Sub-Skalen erfaßten Komponenten möglich. Die Skalenmittelwerte, die schon genannt wurden, liegen sämtlich oberhalb des neutralen Punkts, und wenn man einer errechneten Summenvariablen das ursprüngliche Bewertungsschema zugrundelegt (analog zum Verfahren bei der Teilskala ‘Stimmungsbarometer’, s. KONKRET 1/91), dann ergibt sich die folgende Häufigkeitsverteilung:

SUB 1 SUB 2 SUB 3 SUB 4 SUB 5 SUB 8

starke Ablehnung 4.6% 10.3% 9.3% 8.5% 4.4% 3.8%

mittlere Ablehnung 4.5% 11.4% 9.6% 6.9% 9.0% 5.4%

geringe Ablehnung 13.0% 13.0% 16.5% 13.1% 11.4% 11.3%

Summe Ablehnung 22.1% 34.7% 35.4% 28.5% 24.8% 20.5%

geringe Zustimmung 16.2% 23.1% 21.9% 16.4% 21.7% 18.6%

mittlere Zustimmung 35.9% 23.0% 26.4% 28.4% 29.9% 35.0%

große Zustimmung 25.7% 19.2% 16.3% 26.7% 23.6% 25.8%

Summe Zustimmung 77.8% 65.3% 64.6% 71.5% 75.2% 79.4%

100.0% 100.0% 100.0% 100.0% 100.0% 100.0%

Die Mehrheitsverhältnisse könnten kaum deutlicher sein, und es ist ein schwacher Trost, daß die Zustimmung etwas geringer ausfällt auf den Sub-Skalen Nr. 2 und Nr. 3, die empfindlicher als die anderen das psychodynamische Potential des Autoritären registrieren, seine Produktivität bei der Hervorbringung von Symptomen. Mit diesem Hinweis ist freilich auch schon wieder die Aussagekraft der Zahlen relativiert, weil bei den Sub-Skalen die internen Korrelationen noch wichtiger sind als der Gesamtpunktwert, und es bleibt dabei: Die Empirie ist eine nützliche Sache, das Urteil über den Zustand der Gesellschaft ersetzen kann sie nicht.

Im nächsten Heft: Interpretation der Konsens-Skala

Konkret 02/91, S. 40

Maria Puschner

Geiseln der Diktatur

Demokratie in Chile: Noch im Jahr nach den ersten freien Wahlen sitzen Pinochets Folteropfer in den Gefängnissen und Pinochets Folterknechte in ihren Ämtern. Das Spiel heißt »nationale Versöhnung«

Seit einem Jahr befindet sich Chile im »Übergang von der Diktatur zur Demokratie«. Im Dezember 89 war die Concertación, ein Wahlbündnis aus christdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Parteien, als Sieger aus den ersten fast demokratischen Wahlen hervorgegangen, im März 90 übernahm sie die Regierung unter Vorsitz des Christdemokraten Patricio Aylwin.

»Wahrheit und Gerechtigkeit« hatte die Concertación im Wahlkampf und bei Amtsantritt dem chilenischen Volk versprochen. Aber bis heute ist kein Täter der Diktatur angeklagt, bis heute sitzen die meisten der politischen Gefangenen Pinochets noch hinter Gittern. Pinochet ist weiterhin Oberbefehlshaber der Streitkräfte, die meisten seiner Generäle sind noch im Amt. Aylwin persönlich hat sie gebeten, ihre »Geschäfte« weiterzuführen. Wenn man es wage, auch nur einen »seiner Männer« anzurühren, so hatte Pinochet öffentlich gedroht, werde das Militär aufstehen wie ein Mann.

Überall im Land werden jetzt Leichen gefunden. Das heißt, gefunden wurden sie auch früher, bei Bauarbeiten beispielsweise. Aber während solche Funde bis vor kurzem eilends unter militärischer Abschirmung wieder verscharrt oder durch Sprengungen gänzlich vernichtet wurden, werden die Skelette jetzt geborgen und, wenn möglich, identifiziert. Damit löst die Regierung Aylwin ihr Versprechen teilweise ein, die Wahrheit ans Licht zu bringen. Gleich bei Amtsantritt hat sie eine Kommission berufen, die eine Statistik des Staatsterrors anlegen soll. Die Bevölkerung ist aufgerufen, Verbrechen der Diktatur anzuzeigen.

Viele wagen erst jetzt, das öffentlich bekanntzumachen, was sie erlebten. So berichtete eine Familie aus einem Armenviertel Santiagos, wie sie Augenzeuge der Ermordung ihres Sohnes wurde. Sie kannte genau die Stelle, an der er verscharrt worden war - auf einem Feld nahe der elterlichen Wohnung. 16 Jahre lang hatten sie heimlich Teelichter an dieser Stelle entzündet und unter der »Schuld« gelitten, daß sie es nicht wagten, ihr Wissen preiszugeben. Viele begriffen erst in den letzten Monaten, als Fotos von den Resten der »Verschwundenen« die Tagespresse füllten, das ganze Ausmaß des Terrors.

Je mehr Verbrechen aufgedeckt werden, desto lauter werden auch die Rufe nach »Gerechtigkeit«. Damit aber tut sich die Regierung Aylwin schwer, und das nicht nur wegen Pinochets unverhohlener Drohungen, sondern vor allem wegen der Gesetzeslage: Die Verfassung von 1980, die die Diktatur institutionell verankerte, gilt in Chile unverändert; es gelten eine Unzahl von Dekreten, mit denen die Militärs ihre Politik abgesichert und ihre gewalttätig usurpierte Macht legalisiert hatten. Diese »Fesselungsgesetze« machen es der neuen Regierung fast unmöglich, Anklagen gegen Angehörige der Streitkräfte (zu denen auch die Polizei zählt) zu erheben.

Die Akten, in denen Menschenrechtsorganisationen seit Jahren Beweise zusammengetragen haben, die Geheimdienstler, Polizisten und Militärs für Folter und Mord namhaft machen, werden wohl weiter vor sich hin vergilben. Bis heute ist kein Vertreter der Diktatur wegen Menschenrechtsvergehen unter Anklage gestellt worden, und so wird es wohl auch auf absehbare Zeit bleiben. Präsident Aylwin zumindest wird nicht müde zu versichern, daß die Täter der Diktatur selbst bei angestrengter Suche nach der ‘Wahrheit’ keinerlei »Nachteile« zu befürchten haben. Außer »Wahrheit und Gerechtigkeit« führte die Concertación nämlich noch eine dritte Parole mit: »Versöhnung«. Schon bei seiner Antrittsrede verkündete Aylwin, es solle nie wieder Haß zwischen Chilenen geben. Daraufhin stimmten die ca. hunderttausend Zuhörer ein gewaltiges Pfeifkonzert an, gegen das Aylwin durchaus nicht versöhnlich anschrie: Nein, kein Haß! Versöhnung!

Versöhnung, die keine Farce wäre, kann nicht von oben per Dekret verordnet, sondern nur von denen angeboten werden, die Opfer des Staatsterrors wurden. Aylwin gehörte nicht dazu. Er hatte 1973 als Vorsitzender der Christdemokratischen Partei den Putsch, die Militärjunta und ihren Terror unterstützt. Und jetzt dividiert seine Regierung die Opfer des Staatsterrors, die politischen Gefangenen auseinander - in »Gewissenstäter« und in »Bluttäter«, denen keine »Versöhnung« angeboten werden könne. Aylwins in seiner Antrittsrede generös verkündeter Gnadenerlaß galt 46 politischen Gefangenen, nur 20 von ihnen kamen damit aus den Gefängnissen, die anderen waren bereits unter Auflagen freigelassen worden. »Alle an-deren Fälle«, hatte die Regierung verkündet, würden »einzeln geprüft« und über Gesetzesregelungen geklärt werden.

Das gilt aber nur für »Gewissenstäter«. »Die jetzige Regierung will nicht öffentlich anerkennen, daß das Pinochet-Regime ein illegales war«, sagt Humberto Trujillo, Sprecher der politischen Gefangenen, der selbst im März 1990 nach 7 Jahren Haft freikam. »Sonst müßte sie den Widerstandskampf der companeros, die heute noch in den Gefängnissen sitzen, als legitim anerkennen. Diese Diskussion aber wird nicht geführt.« Stattdessen legte der neue Justizminister Cumplido Novellen zur Veränderung einiger der Gesetze vor, mit denen die Diktatur ihre politischen Gegner verfolgt und zu drakonischen Strafen verurteilt hatte. Nach diesen Modifizierungen sollten ca. 200 der restlichen 250 politischen Gefangenen Pinochets »innerhalb der nächsten Monate« freikommen. Neun Monate lang wurden die Cumplido-Gesetze

zwischen Abgeordnetenhaus, Senat und Ausschuß hin- und hergeschoben, bis schließlich kurz vor Weihnachten mit der rechten »Renovación Nacional« (RN, Nationale Erneuerung) ein Kompromiß gefunden wurde. Das war nötig, weil 9 der 36 Senatoren nicht gewählt, sondern von Pinochet ernannt worden sind und damit die Rechte im Senat die Mehrheit hat. Was von den Cumplido-Gesetzen übriggeblieben ist, nennt sich »Kongreß-Gesetze« und stellt etwa 150 »Gewissenstätern« die Freilassung in Aussicht: Ihre Prozesse werden der Ziviljustiz überstellt, Modifizierungen des Waffenkontrollgesetzes, des Gesetzes über die innere Sicherheit des Staates, des Strafverfahrensrechts, werden ihnen innerhalb der »nächsten Monate« die Freiheit bescheren.

Bleiben fast 100 politische Gefangene, die als »Bluttäter« gelten, weil sie an bewaffneten Aktionen gegen die Pinochet-Diktatur beteiligt waren: an Überfällen auf Polizeiwachen, Attentaten auf Militärs, auch an dem auf Pinochet. Sie werden nach dem Anti-Terrorgesetz angeklagt, das jegliche Strafminderung oder Begnadigung verbietet. Ihnen bleibt als einzige Hoffnung eine mögliche Umwandlung der Strafe in Ausweisung, also »freiwilliges« Exil, oder »Gnade« vom Präsidenten. Ein weiteres Ergebnis des demokratischen Kuhhandels ist nämlich eine Verfassungsänderung, nach der die Rechte des Präsidenten, Gnadenerlasse zu verfügen, erweitert werden. Dieser Regelung stimmte die RN freudig zu, hofft man doch, daß sie auch dann wirksam werden kann, wenn denn doch einmal ein Vertreter der Diktatur wegen Menschenrechtsvergehen belangt werden sollte.

Die politischen Gefangenen fühlen sich verraten. Viele von ihnen sind durch Folter und jahrelange Haft physisch und psychisch geschädigt. Mit Hungerstreiks und Besetzungen versuchen sie, auf sich aufmerksam zu machen. Die Regierung Aylwin fordert Geduld und Wohlverhalten. Sie will nicht zur Kenntnis nehmen, wie unwürdig der Weg in die Freiheit ist, den sie den politischen Gefangenen verspricht: Sie sollen die Gefängnisse als verurteilte Kriminelle verlassen, die man begnadigt hat, nicht als Kämpfer, die für ihren Widerstand gegen eine Diktatur geehrt werden.

· Rodolfo Rodriguez (61), seit 1981 als MIR-Angehöriger in Haft: »Unter dieser demokratisch gewählten Regierung haben wir ein Recht auf Freiheit. Denn wir haben gegen die Diktatur gekämpft und dabei unser Leben und unsere Freiheit eingesetzt. Jetzt finden sie die Massengräber mit Verschwundenen, mit Erschossenen und Gefolterten, Tote der Diktatur. Also, mit welcher Moral verweigern sie uns die Freiheit? Wir sitzen hier nur noch als Geiseln der Diktatur.«

· Hugo Marchant, wegen des Urzua-Attentats seit 1983 in Haft: »Sie haben uns militärisch geschlagen, sie haben uns politisch geschlagen. Jetzt soll uns ideologisch und moralisch das Genick gebrochen werden, indem unsere Freiheit gegen die der Folterer und Mörder der Diktatur ausgehandelt wird.«

· Hector Figueroa, wegen Beteiligung am Attentat auf Pinochet angeklagt: »Diese Regierung betreibt die Cumplido-Gesetze, nach denen sie uns dann `gerechte Prozesse' machen will. Das ist für mich unannehmbar. Denn wenn ich sie akzeptieren würde, würde ich nicht nur akzeptieren, daß sie mich verurteilen, sondern auch den Kampf gegen die Diktatur bestrafen, den ich für legitim halte. Wenn sie mich jetzt vor Gericht bringen, um einen neuen Prozeß zu eröffnen, werde ich nicht einmal meinen Namen nennen. Ich werde nur sagen: Wir fordern die sofortige Freilassung aller politischer Gefangenen ohne Ausnahme.«

· Miriam Ortega, seit 1981 in Haft, stellt die Lage der politischen Gefangenen so dar: »Wir sind Teil der Bewegung gewesen, die versucht hat, die Diktatur zu stürzen, und die 1986 besiegt wurde. Wir verstehen die Probleme, denen wir jetzt gegenüberstehen als Teil unserer Niederlage. Aber wir haben nicht aus persönlicher Entscheidung gehandelt, es waren Aktionen innerhalb eines strategischen Konzepts der Parteien. 1983 bis 86 standen sie alle gemeinsam in dieser Volksbewegung, dann haben sie unterschiedliche Wege eingeschlagen. Aber wir haben von dieser Linken heute Unterstützung zu fordern.«

Unterstützung ja, aber wie? Die Parteien der Vereinigten Linken, die dem Wahlbündnis der Concertación angehören und Vertreter in der heutigen Regierung haben, wollen gesetzliche Regelungen, die »Unnachgiebigen« (radikale Flügel des MIR und der FPMR, die Lautaro-Jugend) fordern eine Mobilisierung der Massen aus den Armenvierteln. Miriam Ortega: »Die einzig würdige Form, unsere Freiheit zu erlangen, ist der Druck aus dem Volk, der sie erzwingt.«

Das Volk ist aber derzeit kaum zu mobilisieren. Die Versuche der politischen Gefangenen und ihrer Angehörigen, »massive« Demonstrationen zu organisieren, sind fehlgeschlagen. Zum einen führte die systematische Verarmungspolitik dazu, daß immer breitere Schichten der Bevölkerung ihre ganze Kraft darauf verwenden müssen, das kärgliche Überleben zu sichern. Sie hoffen, daß sich ihre Lage unter der neuen Regierung verbessern wird. Wohnraum, Arbeitsplätze und soziale Absicherung wurden ihnen versprochen. Sie wollen der Regierung Zeit geben, ihre Versprechen einzulösen. Zum andern ist es die Angst, die sich in den Jahren der Repression in die Psyche der Menschen eingegraben hat. Sie sitzt so tief, auch heute noch, daß viele trotz unerträglicher Lebensbedingungen stillhalten. Und diese Angst wird wachgehalten. Selbst die spontanen Protest- und Trauerkundgebungen, zu denen es nach den Leichenfunden von Pisagua kam, wurden mit Knüppeln und Gaseinsatz beendet.

Maria Puschner ist Lehrerin in Hamburg und seit 1982 in Gruppen engagiert, die sich mit Menschenrechtsverletzungen in Chile beschäftigen. Sie ist mehrfach in Chile gewesen und hatte zeitweilig als einzige Ausländerin eine Sondergenehmigung zum Besuch der politischen Gefangenen im Staatsgefängnis von Santiago. Mit ihnen führte sie ausführliche Gespräche, denen auch die hier zitierten Äußerungen entnommen wurden. Zur Zeit arbeitet Maria Puschner an einer Dokumentation über die Lage der politischen Gefangenen in Chile.

Konkret 02/91, S. 42

Oliver Tolmein

Asylrecht verwirkt

Da Armutsflüchtlinge nicht asylberechtigt sind, werden die meisten der 200.000 Flüchtlinge, die im letzten Jahr in die BRD gelangten, abgeschoben. Eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts macht es jetzt möglich, auch dem Großteil der anerkannten vier Prozent das Asylrecht zu verweigern

Ankara führt »totalen Krieg« gegen kurdische Minderheit in der Türkei
»Die Welt«

Das, was in der Türkei mit den Kurden geschieht, läßt sich mit dem heutigen Verständnis vom Selbstbestimmungsrecht der Völker und mit den Grundsätzen der von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verkündeten allgemeinen Erklärung der Menschenrechte schwerlich in Einklang bringen.
Bundesanwalt Gerhard Völz

Es scheint, als müßten Kurden und Kurdinnen, die sich gegen Ankaras »totalen Krieg« und die staatlich organisierten Menschenrechtsverletzungen zur Wehr setzen, in der BRD nur Gutes zu erwarten haben. Und tatsächlich nimmt der Bundesanwalt Völz sich seiner kurdischen Klientel mit besonderem Engagement an: als Vertreter der Anklage in dem seit Monaten mit großem Aufwand betriebenen Verfahren gegen Mitglieder der kurdischen Befreiungsorganisation PKK, die sich innerhalb dieser Organisation zu einer »terroristischen Vereinigung« zusammengeschlossen haben sollen.

Die Anklage, die der rechte Freund der Menschenrechte da vertritt, mutet freilich, selbst an den Maßstäben der 129a-Rechtsprechung der BRD gemessen, abenteuerlich an: Die Angaben über Aufbau, Arbeitsweise und Zielsetzung der »terroristischen Vereinigung« sind entweder vage oder widersprüchlich, oftmals beides, die Indizien für den konkreten Beitrag der Angeklagten zu den keineswegs genauer bestimmten Taten dürftig, der Kronzeuge sagt offensichtlich nicht die ganze und wahrscheinlich nicht einmal die halbe Wahrheit, die Strafprozeßordnung wurde und wird, nicht nur durch den mittlerweile abgebauten Glaskäfig, aufs äußerste strapaziert (siehe KONKRET 9/89).

Das Bundesverwaltungsgericht hat jetzt in einem bereits rechtskräftig gewordenen Urteil einen Präzendenzfall geschaffen, der die Vorarbeit der Bundesanwaltschaft aufgreift und geeignet ist, Kurdinnen und Kurden sehr viel schneller, kostengünstiger und länger in den Knast zu bringen: Der Beschluß, gegen den Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingelegt ist, spricht dem Kurden Cemal A. das Recht auf Asyl in der BRD ab und schafft so die Voraussetzungen für seine Abschiebung in die Türkei, weil er »nicht Frieden und Schutz vor politischer Verfolgung sucht, sondern einen gesicherten Ort, als Schutz für seine weitere Beteiligung an einem politischen Kampf, bei dem sein Einsatz - wenn auch nur im Vorfeld - helfen soll, dem Terrorismus, der von ihm unterstützten Seite den Boden zu bereiten.«

Gerade weil Ablehnungsbescheide in Asylverfahren seit Jahren die Regel sind, weil angesichts der vielen, die in den Tod abgeschoben wurden, das einzelne Schicksal nicht einmal mehr als Nachricht interessiert und der Blick der mit Asylverfahren Befaßten zielsicher auf die statistischen Daten gelenkt wird, ist es wichtig, der Geschichte der Vereinzelten nachzuspüren. Der heute 30jährige Cemal A. ist, nachdem er in der Türkei als Sympathisant kurdischer Befreiungsorganisationen zweimal verhaftet und gefoltert worden ist, in die BRD geflohen. Hier hat er 1983 einen Antrag auf Asyl gestellt, den das Bundesamt für die Anerkennung von ausländischen Flüchtlingen knapp zwei Jahre später (heute geht das schneller) abgelehnt hat. Ablehnungsgrund waren damals nicht angebliche oder tatsächliche »terroristische Aktivitäten«; das Bundesamt bezweifelte, daß Cemal A. überhaupt politisch verfolgt wurde: »Die beiden einzigen Festnahmen des Antragstellers sind für seine Ende 1982 erfolgte Ausreise nicht kausal«, heißt es in dem Bescheid. Tatsächlich hat Cemal A. zwei Jahre gebraucht, bis er einen Fluchtweg in die BRD gefunden hatte.

Das Bundesamt mußte aber auch noch einen Liebesgruß nach Ankara loswerden: »Wenn es zu Übergriffen einzelner Angehöriger der Sicherheitskräfte gekommen ist, sind diese dem jeweiligen Amtswalter persönlich und nicht dem türkischen Staat zuzurechnen. Auch erreichen die vorgebrachten Mißhandlungen nicht das Ausmaß von Folter in einer Weise, daß sie die Menschenrechte verletzen.«

Welches Ausmaß von Folter in Einklang mit den Menschenrechten zu bringen wäre, führte das Bundesamt nicht aus. Cemal A. ging gerichtlich gegen den Bescheid vor und legte dem Verwaltungsgericht in Schleswig eine Liste seiner politischen Aktivitäten als PKK-Sympathisant vor und nachder Flucht vor: Neben der Teilnahme an der symbolischen Besetzung zweier SPD-Büros war Cemal A. vor allem auf zahlreichen Demonstrationen gewesen. Die Verwaltungsrichter waren überzeugt und erkannten Cemal A. sowohl aufgrund der Verfolgung durch den türkischen Staat vor der Flucht, als auch aufgrund der zu erwartenden Verfolgung wegen seiner Aktivitäten nach der Flucht als asylberechtigt an.

Der Bundesbeauftragte für Asylangelegenheiten legte gegen dieses Urteil Berufung ein. Er bestritt nicht, daß A. gefoltert worden und aus politischen Gründen geflohen sei, er bewertete bloß die politischen Aktivitäten neu. Die Teilnahme an

Demonstrationen und Besetzungen, die A. freundlicherweise selbst aufgelistet hatte, erschien dem Bundesbeauftragten als »Unterstützung einer terroristischen Vereinigung«, weswegen A. das Asylrecht verwirkt habe. Dieser Wertung schlossen sich das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg und kürzlich auch das Bundesverwaltungsgericht an.

Daß friedliche und durch keine Strafverfolgung geahndete Aktionen plötzlich als »Terror-Unterstützung« erscheinen, wird mit dem PKK-Verfahren in Düsseldorf begründet. Zwar ist die PKK in der BRD nicht verboten; zwar richtet sich das Düsseldorfer Verfahren nicht gegen die PKK insgesamt, sondern nur gegen eine angeblich in ihren Reihen existierende »terroristische Vereinigung«; zwar ist es ein laufendes Verfahren, in dem bisher nichts bewiesen, sondern nur behauptet wurde; zwar verlangt selbst die bislang extensivste Auslegung des Paragrafen 129a noch, daß dem Beschuldigten zielgerichtetes Handeln zur Unterstützung »terroristischer Aktivitäten« nachgewiesen wird, und weder das Oberverwaltungsgericht noch das Bundesverwaltungsgericht haben auch nur den Anschein erweckt, das geprüft zu haben. Aber um Rechtsstaatlichkeit geht es gar nicht mehr, wenn es ums Asyl geht:

Cemal A. wird das Asyl verweigert, weil er eine »terroristische Vereinigung« unterstützt haben soll - der im Strafprozeß schon extensiv ausgelegte »Terrorismus«-Vorwurf wird jetzt also auch in das Asylverfahren übernommen und hat dort schwerwiegende Konsequenzen. Und ein Strafprozeß, in dem die Tat bewiesen werden müßte, wird nicht geführt. Cemal A. wird sich also auch nie verteidigen können. Überdies ist die Begründung der Obergerichte so allgemein gehalten, daß sie, behält sie Bestand, auf die Sympathisantinnen und Sympathisanten sämtlicher militanter Befreiungsorganisationen (z.B. der FMLN oder des ANC) angewendet werden kann. Damit wäre die paradoxe Situation geschaffen, daß die Gründe, die notwendig sind, um als politischer Flüchtling anerkannt zu werden, gleichzeitig begründen, warum man den Anspruch auf Asyl verwirkt hat.

Spenden für den Prozeß und Öffentlichkeitsarbeit auf das Konto der Roten Hilfe Literaturvertrieb, Kieler Spar- und Leihkasse, BLZ 21050170, Kto-Nr. 91009209, Stichwort: Cemal

Oliver Tolmein führte in KONKRET 1/91 ein Gespräch über den Startbahn-Prozeß

Konkret 02/91, S. 43

Heike Kleffner

»Alles Lügen«

Am 10. Dezember 1990 wurde die US-Regierung von einem Tribunal internationaler Juristinnen und Juristen schwerer Menschenrechtsverletzungen für schuldig befunden

Je nach gerade aktuellem außenpolitischen Interesse finden die US-Weltpolizisten in Sachen Menschenrechte und Demokratie politische Gefangene zwar massenhaft in finsteren Kerkern ihrer jeweiligen Erzfeinde - besonders gerne in der Sowjetunion, Kuba oder seit neuestem im Irak. Aber als ein Vertreter der »Freedom Now!«-Kampagne, die das Tribunal in New York organisiert hat und seit zwei Jahren für die Freiheit der politischen Gefangenen mobilisiert, im Frühjahr 1990 vor der UNO-Menschenrechtskommission in Genf über die Haftbedingungen der über 150 politischen Gefangenen in den USA berichtete, verließ das US-Kommissionsmitglied mit hochrotem Kopf und der Bemerkung »alles Lügen« den Sitzungssaal.

Die US-Regierung hat allen Grund, die Existenz ihrer politischen Gefangenen zu leugnen - würde doch das Eingeständnis, daß es in den USA radikale Widerstands- und Befreiungsbewegungen gibt, gegen die von staatlicher Seite mit Hilfe ausgeklügelter Aufstandsbekämpfungsprogramme ein brutaler Krieg niedriger Intensität geführt wird, das Image der USA nicht nur international ins Wanken bringen. Mit der Anerkennung der politischen Gefangenen wäre auch das Eingeständnis verbunden, daß es mit »gleichen Rechten für alle« - insbesondere für Schwarze, Latinos, Puertoricenos und die amerikanischen UreinwohnerInnen - nicht besonders weit her ist.

Die Anklagepunkte gegen die - abwesende - US-Regierung, die durch die Zeugenaussagen von ehemaligen politischen Gefangenen aus den einzelnen Bewegungen - der schwarzen Befreiungsbewegung, dem indianischen Widerstand, der puertoricanischen Unabhängigkeitsbewegung sowie dem anti-imperialistischen Widerstand - untermauert wurden, reichten vom Vorwurf des Völkermords an der indianischen und schwarzen ‘Nation’ über die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts für die US-Kolonie Puerto Rico bis hin zu den Menschenrechtsverletzungen an den politischen Gefangenen durch Isolationshaft, physische Folter und unzureichende medizinische Versorgung. So wurden z.B. im Verlauf der FBI-Operationen gegen das American Indian Movement (AIM) im Zeitraum von 1972 bis 1976 alleine auf der Pine Ridge Reservation der Lakota-Sioux über 70 Menschen durch paramilitärische Todesschwadrone ermordet. Einer der prominentesten AIM-Aktivisten der Reservation, Leonard Peltier, wurde 1977 nach einem Angriff der Nationalgarde auf das AIM-Hauptquartier wegen angeblichen Polizistenmordes zu zweimal lebenslänglich verurteilt. Er wird seit 13 Jahren in Einzel- und Kleingruppenisolation festgehalten und ist aufgrund der Haftbedingungen an grauem Star erkrankt. Seine Behandlung wird von den Gefängnisbehörden immer wieder hinausgezögert. Peltiers bisherige Revisions- und Berufungsanträge sind ebenso erfolglos geblieben wie die internationalen Solidaritätskampagnen mit ihrer Forderung nach seiner sofortigen Freilassung. Unterdessen setzt die US-Regierung die Repression gegen den indianischen Widerstand mit der Kriminalisierung der Land- und Fischereirechtsbewegung fort.

Daß es sich bei der Zerschlagung des indianischen Widerstands durchaus nicht um eine einmalige Aktion handelt, macht die Tatsache deutlich, daß in den US-Gefängnissen bis heute 50 ehemalige führende Mitglieder der Black Panther Party und der Black Liberation Army (Schwarze Befreiungsarmee) inhaftiert sind. Einige der schwarzen politischen Gefangenen, die, wie Geronimo Pratt - ein ehemaliger Verteidigungsminister der Black Panther an der Westküste , mit Hilfe von gefälschten Beweismaterialien, gekauften ZeugInnen und rassistischen Geschworenenjuries zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt wurden, beginnen inzwischen ihr drittes Jahrzehnt in Gefangenschaft.

Anfang und Mitte der 80er Jahre fielen dann die klandestinen Strukturen der puertoricanischen Unabhängigkeitsbewegung und des weißen anti-imperialistischen Widerstands dem Feldzug der Reagan-Administration gegen den »nationalen und internationalen Terrorismus« zum Opfer. 40 Mitglieder der puertoricanischen Befreiungsarmee FALN und der »Macheteros« wurden wegen »Verschwörung zum Umsturz« oder »Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung« , d.h. ihrer Organisierung in der puertoricanischen Unabhängigkeitsbewegung, zu 45 - 70 Jahren Haft verurteilt. Ein Großteil der puertoricanischen Gefangenen fordert den Kriegsgefangenenstatus als Gefangene in einem antikolonialen Befreiungskampf, der von den US-Gerichten allerdings nicht anerkannt wird, obwohl mehrere UN-Gremien den Kolonialstatus Puerto Ricos verurteilt haben.

Bei den weißen Anti-ImperialistInnen reichte oft schon - wie im Fall von Susan Rosenberg und Timothy Blunk - der Besitz von gefälschten Ausweispapieren, einigen Kilogramm Sprengstoff und die entsprechende politische Gesinnung aus, um ohne konkreten Tatnachweis zu 58 Jahren Haft verurteilt zu werden.

Wie in der Bundesrepublik werden auch in den USA alle politischen Gefangenen in Hochsicherheitsgefängnissen isoliert. Die Haftbedingungen im berüchtigten Marion-Gefängnis, wo politische und soziale Gefangene gleichermaßen u.a. mit elektrischen Schlagstöcken, CS-Gas und durch tagelanges Anketten an Betonpritschen mißhandelt werden, sind auch in anderen Hochsicherheitsgefängnissen Normalzustand. Und auch in den USA gilt für kranke und haftunfähige politische

Gefangene, was in der BRD schon seit Jahrzehnten Praxis ist - ohne Abschwören und Kollaboration mit den staatlichen Repressionsorganen oder ohne massiven öffentlichen Druck wird die medizinische Behandlung entweder verweigert oder hinausgezögert, und eine vorzeitige Entlassung bleibt unmöglich. Daß diese Politik de facto zum Todesurteil für einzelne Gefangene werden kann, wurde beim Tribunal durch den Fall von Alan Berkman, einem Arzt und Gefangenen aus dem weißen anti-imperialistischen Widerstand deutlich, der in der Gefangenschaft an Lymphknotenkrebs erkrankt ist. Nachdem die Gefängnisbehörden ihn erst nach einer monatelangen Öffentlichkeitskampagne zur Chemotherapie ins Krankenhaus verlegten, soll er jetzt trotz Lähmungen an Armen und Beinen in das Hochsicherheitsgefängnis von Marion zurückverlegt werden, da er sich weigert, dem FBI »Informationen über seine politischen Zusammenhänge zu geben, und auch weiterhin an seinen politischen Überzeugungen festhält« (so die offizielle Begründung der Ablehnung seines Antrags auf Haftverschonung).

Ein weiteres Beispiel für die enge Zusammenarbeit zwischen den Aufstandsbekämpfungs- und Gefängnisstrategen aus der BRD und den USA lieferten die US-Behörden dann noch während des Tribunals. Monika Berberich und Ingrid Barabaß, die als ehemalige Gefangene aus der RAF von den Organisatoren als ZeugInnen in Sachen Isolationshaft eingeladen worden waren, wurden bei der Einreise in die USA festgenommen und nach 24 Stunden in Abschiebehaft unter »Polizeibegleitung« in die BRD zurückgeflogen.

Ein Einlenken der US-Regierung in der Frage der politischen Gefangenen oder des Selbstbestimmungsrechts der internen Kolonien ist vorerst nicht zu erwarten. Aber auch die Zeiten der völligen gesellschaftlichen Isolation der radikalen Widerstandsbewegungen und ihrer politischen Gefangenen sind offensichtlich vorbei. Das zeigte sich u.a. an der Unterstützung des Tribunals durch 90 Organisationen aus dem Spektrum der linksliberalen Opposition sowie an der Teilnahme von über 1.000 Menschen am Tribunal. Und auch die politische Perspektive, im Zusammenhang mit der beginnenden Gegenkampagne zu den Feierlichkeiten zum 500. Jahrestag der Kolonialisierung Amerikas für 1992 die Freilassung aller politischen Gefangenen in den USA zu fordern, enthält nach Einschätzung einiger ehemaliger Gefangener durchaus die Möglichkeit, zumindest für die indianischen, die puertoricanischen und einige der schwarzen politischen Gefangenen die Freiheit durchzusetzen. Auf internationaler Ebene werden Vertreter von »Freedom Now!« im Februar dieses Jahres der UN-Menschenrechtskommission das Ergebnis des Tribunals vorlegen, in der Hoffnung, daß die UN-Kommission aufgrund der Beweismaterialien zumindest einen Untersuchungsausschuß zur Situation der politischen Gefangenen und der Menschenrechtsverletzungen in den USA einberufen wird.

Heike Kleffner schrieb in KONKRET 11/90 über die Anti-Kriegsbewegung in den USA

Konkret 02/91, S. 44

Jörg Goldberg

Leben auf Kosten der Dritten Welt?

»Wir sind arm, weil ihr reich seid«, sagen viele Bewohner der Dritten Welt. »Wir sind reich, weil ihr arm seid«, sagen Antiimps und Dritte-Welt-Bewegte. Der Kerngedanke ist einfach: Die Erste Welt eignet sich - gewaltsam und/oder über den Markt - Reichtümer an, die die Menschen der Dritten Welt erzeugen. Leben wir auf Kosten der Dritten Welt? Die beiden Ökonomen Jörg Goldberg und Kurt Hübner haben versucht, diese Frage zu beantworten. Sie sind dabei zu kontroversen Ergebnissen gekommen

Der Satz »Wir sind arm, weil ihr reich seid« drückt nebenbei eine Tatsache aus, die vielleicht nicht so selbstverständlich ist, wie es auf Anhieb scheint: die Internationalisierung, die Durchdringung des letzten Winkels der Welt durch kapitalistisch dominierte Marktbeziehungen. Nicht so selbstverständlich, weil ein großer Teil der Menschen immer noch überwiegend Subsistenzwirtschaft betreibt, seine Produkte also selbst konsumiert oder bestenfalls auf lokalen Märkten tauscht. Diese scheinbar »autonomen« Subsistenzökonomien stehen aber inzwischen in enger Wechselwirkung mit dem Weltmarkt. Sie übernehmen die billige Produktion und Reproduktion von Arbeitskräften, sie stellen eine Art soziales Auffangnetz für Beschäftigte des unmittelbaren Marktsektors dar. Der Preis für bestimmte »cash crops« ist Maßstab geworden für die »Rentabilität« der Nahrungsmittelproduktion. Die Informationen über »westliche« Produkte und Lebensstile dringen in jeden Winkel der Erde, erzeugen Wünsche und Begehrlichkeiten, stimulieren eine Überschußproduktion für den Verkauf auf Kosten der schwächeren Familienmitglieder (Frauen und Kinder) und der Bodenfruchtbarkeit. Denn die begehrten neuen Produkte sind nur gegen Geld zu beschaffen. Die beklagten ökologischen Degradationserscheinungen sind u.a. Folge des so gesetzten Zwangs zur Steigerung der Produktion. Und bei dem sicherlich berechtigten Entsetzen über schamlose Korruption sollte nicht vergessen werden, daß dies nicht ohne den Einbruch »unserer« Konsumwelt zu erklären ist. Jeder Geschäftsmann, Tourist und Entwicklungshelfer ist vor allem Botschafter dieser Warenwelt.

Doch die Hauptbotschaft des Merksatzes ist falsch: Sie reduziert das vielschichtige Problem von Armut und Reichtum in der Welt auf eine Verteilungsfrage. Es ist eine Almosenweisheit, welche den falschen, in der Konsequenz schädlichen Gedanken nahelegt, daß durch Verzicht auf Lebensstandard hier, vielleicht sogar durch eine markante Steigerung der Entwicklungshilfe, diese Kluft geschlossen werden könne. Die Ausbeutung der Dritten Welt ist nicht die Quelle des Wohlstands der Ersten Welt. Und auch durch eine Rückverteilung dürfte die Wohlstandskluft kaum verringert werden.

Im Süden ist immer weniger zu holen

Die Frage, ob und in welchem Umfang wir unseren Wohlstand auf dem Elend in der Dritten Welt aufbauen, ist zunächst eine empirisch zu klärende Angelegenheit. Zahlen müssen her. Und die zeigen ein krasses Mißverhältnis. Die Baseler Bank für Internationalen Zahlungsausgleich errechnete auf der Grundlage von Weltbank-Statistiken (für 1987) einige Eckdaten, die die Verteilungsverhältnisse in der Welt grob skizzieren: Das gesamte Weltprodukt wird auf einen Wert von 16,5 Billionen Dollar geschätzt. Davon wurde produziert in der:

· Ersten Welt (780 Millionen Menschen) 12,6 Billionen Dollar

· Zweiten Welt (360 Millionen Menschen) 1,3 Billionen Dollar

· Dritten Welt (3950 Millionen Menschen) 2,6 Billionen Dollar

Mehr als drei Viertel der Weltbevölkerung erzeugen knapp 16 Prozent des Weltprodukts - berechnet zu Preisen und Wechselkursen, die der Weltmarkt vorschreibt. Diese Berechnungsmethode ist sicherlich nicht unproblematisch, da eben ein großer Teil der Produkte nicht zu Weltmarktpreisen und Wechselkursen getauscht wird. Sie überträgt Wertmaßstäbe und Preisrelationen der kapitalistischen Ersten Welt umstandslos auf ganz andere Kulturen und Lebensweisen. Für unsere Fragestellung - nämlich: Leben wir auf Kosten der Dritten Welt? - erscheint sie aber im großen und ganzen angemessen. Denn die unterstellte Reichtumsübertragung erfolgt wesentlich über den Mechanismus von Weltmarktpreisen und Wechselkursen, der in solchen Berechnungsmethoden unterstellte ökonomische Mechanismus dominiert real. Und da besagt die obige Verteilungsrelation - drei Viertel der Weltbevölkerung produzieren weniger als ein Sechstel der Weltproduktion - vor allem etwas über die jämmerlich niedrige Arbeitsproduktivität in der Dritten Welt. Die Pro-Kopf-Produktion, bewertet zu Weltmarktpreisen, beträgt in der Ersten Welt über 17.000 Dollar im Jahr (30.000 DM nach dem von der Weltbank gerechneten Wechselkurs); in den Ländern mit niedrigem Einkommen (2.900 Millionen Menschen) liegt sie bei 320 Dollar oder 560 DM. In den Ländern mit mittlerem Einkommen (1.050 Millionen Menschen) werden 1.900 Dollar oder gut 3.300 DM erwirtschaftet.

Die Dritte Welt (die letzten beiden Ländergruppen werden von der Weltbank dazu gezählt) ist so arm, oder besser: ihre Produktivität ist im Verhältnis zu unserer so niedrig, daß dort ‘für uns’ ökonomisch einfach nicht mehr viel zu holen ist. Und die vorliegenden Prognosen bis zum Jahr 2.000 verheißen kaum eine Änderung. Zwar hofft die Weltbank, daß die Pro-Kopf-Produktion in den 90er Jahren mit 3,2 Prozent in der Dritten Welt jährlich etwas rascher zunehmen wird als in der

Ersten (+ 2,6 Prozent); derzeit allerdings liegt die Kennziffer im Süden bei Null. Auch stützt sich diese Hoffnung nur auf einige asiatische Länder, während für Afrika, den mittleren Osten und Lateinamerika nur mit Steigerungsraten zwischen 0,5 und 2,3 kalkuliert wird. Selbst nach diesen doch eher optimistischen Annahmen wird die Produktivitätsschere sich - vorbehaltlich einiger Ausnahmen - weiter zu Lasten der Dritten Welt öffnen.

Geringes Kapitalinteresse an der Dritten Welt

Dieser Tatbestand spiegelt sich in den Strukturen des Weltmarktes und ihrer Veränderungen in den achtziger Jahren sehr deutlich wider. Die internationalen Geld- und Warenströme fließen zunehmend nur mehr zwischen den Zentren der Ersten Welt. Mittelfristig mag die zerfallende Zweite Welt einbezogen werden - obwohl auch davon derzeit noch wenig zu spüren ist. Das Kapital scheut bekanntlich Risiken und niedrige Renditen - vor allem wenn in den reichen Zentren hohe Profite bei geringen Risiken winken.

So hat die Dritte Welt ökonomisch an Gewicht verloren: Der Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel sank zwischen 1950 und heute von knapp 40 Prozent auf unter 20 Prozent. Die Exporte der OECD-Länder stiegen zwischen 1965 und 1989 real um rund sechseinhalb Prozent jährlich, die der Entwicklungsländer um rund fünf Prozent. Lediglich einige südostasiatische Länder machen eine positive Ausnahme. Der Welthandel ist heute vor allem Handel zwischen den westlichen Industrieländern. Und dies ist nicht nur Preiseffekten geschuldet, also der Tatsache, daß die Exportprodukte der Dritten Welt im Verhältnis zu den Industriewaren billiger geworden sind. Auch gemessen am Volumen der getauschten Waren ist die Dritte Welt an den Rand des Geschehens gerückt.

Die internationale Verschuldung der Dritten Welt liegt derzeit bei etwa 1,3 Billionen Dollar. Verglichen mit dem Gesamtvolumen der internationalen Finanzierungen in Höhe von 3,5 Billionen Dollar ist dies immer noch ein großer Brocken. Es ist den Banken und Privaten aber in den letzten Jahren gelungen, sich aus dem Dritte-Welt-Geschäft zurückzuziehen. Ihre Außenstände dort belaufen sich derzeit noch auf etwa 355 Milliarden Dollar, bezogen auf ihre gesamten internationalen Ausleihungen von netto 2,6 Billionen Dollar nicht mal mehr ein Siebtel. Und die Tendenz ist weiter rückläufig. Es werden praktisch keine neuen privaten Kredite mehr an Entwicklungsländer vergeben. Zunehmend werden deren Schulden »verstaatlicht«.

Trotz der intensiven Bemühungen im Rahmen der Schuldenstrategie, Kredite in Direktinvestitionen umzuwandeln, sind die Erfolge ausgeblieben. So wurden 1989 von den 13 wichtigsten Kapitalexportländern 175 Milliarden Dollar im Ausland angelegt. Davon gelangten weniger als ein Zehntel - 16 Milliarden - in Länder der Dritten Welt. Die bundesrepublikanischen Direktinvestitionen machten 1989 gerade noch fünf Prozent aus. Vielfach finden Desinvestitionen statt, Kapital wird zurückgeholt. Anfang der achtziger Jahre flossen noch jährlich etwa 25 Prozent der Auslandskapitalanlagen in die Entwicklungsländer.

Eine der Erscheinungen der achtziger Jahre ist also das abnehmende Gewicht der Länder der Dritten Welt in der Weltwirtschaft. Diese Feststellung ist zu differenzieren. So ist es einigen asiatischen Entwicklungsländern gelungen, den Sprung zum Industrieland zu schaffen. Andere Regionen der Welt dagegen sind weiter zurückgefallen. Einige bereits industriell recht fortgeschrittene Staaten Lateinamerikas haben sich zurückentwickelt. Die meisten Länder Afrikas sehen sich massiven Desindustrialisierungsprozessen gegenüber.

Die Dritte Welt ist Rohstoffproduzent geblieben

Der Warenaustausch und der Kapitaltransfer zwischen Erster und Dritter Welt blieben rohstofforientiert. Nach wie vor werden im Kern Rohstoffe gegen Industriewaren getauscht. Es ist weder gelungen, die Verarbeitungstiefe der Produkte in der Dritten Welt wesentlich zu erhöhen, noch deren Exporte stärker zu diversifizieren. Heute sind von den Exporten der Entwicklungsländer (Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen nach Definition der Weltbank) etwa 45 Prozent Rohstoffe, davon ungefähr zehn Prozent Brennstoffe. Von den Verarbeitungsexporten der Entwicklungsländer, die 1988 einen Wert von etwa 220 Milliarden Dollar hatten (davon allein für 50 Milliarden Textilien), entfielen zwanzig Prozent auf Südkorea. Wenige »Schwellenländer« - Portugal, Jugoslawien, Ungarn, Griechenland, Südafrika und Mexiko - vereinigen weitere zwanzig Prozent auf sich. Die Masse der Entwicklungsländer ist nach wie vor von der Ausfuhr weniger Rohstoffe abhängig.

Das abnehmende ökonomische Interesse der kapitalistischen Metropolen an der Dritten Welt hängt also vor allem mit dem Bedeutungswandel der Rohstoffe zusammen. Und hier sprechen fast alle Faktoren gegen die Dritte Welt:

· Das vorherrschende Entwicklungsmodell in der Ersten Welt ist mit sinkender Rohstoffintensität der Produktion verbunden.

· Eine Vielzahl von neuartigen Werkstoffen (Kunststoffe, Fasern, Keramik usw.) steht in Konkurrenz zu natürlichen Rohstoffen.

· Recycling senkt den Rohstoffverbrauch zusätzlich.

· Neue Explorations- und Fördertechnologien erlauben intensivere und billigere Abbaumethoden.

· Landwirtschaftliche Rohstoffe werden zunehmend in den Industrieländern billiger produziert als in der Dritten Welt.

· Die Produktivität in der Landwirtschaft der Ersten Welt ist sprunghaft (rascher als in der Industrie) angestiegen.

· Zunehmend können landwirtschaftliche Industrierohstoffe durch synthetisch produzierte Stoffe ersetzt werden.

· Hinzu kommen ökonomische Faktoren, die überwiegend gegen die Rohstoffexporteure wirken:

· Landwirtschaftliche Rohstoffe sind überwiegend angebotsstarr. Die Anbieter müssen langfristige Entscheidungen (bei Kaffee z.B. beträgt die Zeitspanne zwischen Anpflanzung der Sträucher und der ersten Ernte vier bis sieben Jahre) treffen und können nicht auf Marktschwankungen reagieren.

· Die relativ homogenen Rohstoffe haben große Märkte, auf denen die Anbieterländer gegeneinander konkurrieren. Ihre wichtigsten Handlungsvariablen zur Steigerung der Exporteinnahmen sind Preis und Menge. Mehr produzieren zu niedrigeren Preisen ist das Rezept.

· Der Rohstoffhandel wird über wenige internationale Warenbörsen abgewickelt, an denen die Kontrakte selbst zu Spekulationsgeschäften geworden sind. Die ohnehin große Preislabilität von Rohstoffen wird dadurch noch vergrößert.

· Die Verarbeitung und die internationalen Vertriebssysteme sind in der Hand von wenigen großen Konzernen der westlichen Welt. Bei vielen Rohstoffen liegt der Anteil des Exportpreises des Entwicklungslandes unter einem Drittel des Einzelhandelspreises. Bei Kaffee, Kakao und Bananen gelangt weniger als ein Fünftel des Ladenpreises ins Anbauland.

· Art und Qualität des Produkts werden von den multinationalen Ketten vorgeschrieben. So genügt es nicht, einfach z.B. Ananas oder Bananen anzubauen - es müssen bestimmte Abmessungen und Sorten eingehalten werden.

· Die bereits erwähnten neuen Schürf- und Fördertechnologien bei mineralischen Rohstoffen sind größtenteils sehr kompliziert. Auch wenn die Förderung nationalisiert ist, bleibt die technologische Abhängigkeit also bestehen.

Wie hoch ist der Ressourcentransfer zwischen Erster und Dritter Welt?

Die hier vertretene Hauptthese - daß wir nicht auf Kosten der Dritten Welt leben, weil diese ökonomisch nicht interessant genug ist muß differenziert werden. Denn wenn auch das, was dort noch zu holen ist und geholt wird, im Vergleich zu unserem Verbrauch lächerlich gering erscheint, so ist es im Vergleich zum Verbrauch der Dritten Welt selbst erheblich.

Es soll daher versucht werden, einige Schätzungen darüber anzustellen, was denn tatsächlich »geholt« wird. Dabei wird die Dimension der wichtigsten Ressourcen-Abzugskanäle untersucht:

· Der Castro-Bericht von 1983 (Bericht an die VII. Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Staaten) bezifferte die Relation zwischen Direktinvestitionen und Profittransfer auf 1:2. Für einen neu investierten Dollar fließen zwei ab. Bei jährlichen Direktinvestitionen von rund 15 Milliarden Dollar würde sich ein Profittransfer zugunsten der Ersten Welt von ca. 30 Milliarden Dollar jährlich errechnen. Nach etwas jüngeren Statistiken wird der jährliche Gewinntransfer aus der Dritten Welt für Mitte der 80er Jahre auf etwa 20 Milliarden Dollar geschätzt.

Die Festlegung des überwiegenden Teils der Dritte-Welt-Länder auf Rohstoffexporte hat diese einer ständigen Auszehrung ihrer Austauschverhältnisse ausgesetzt, relativ zu den importierten Industriewaren haben ihre Exporte weniger eingebracht. Das Verhältnis zwischen den Export- und Importpreisen mißt der Index der »Terms of Trade«. Stand dieser 1950 noch bei 110 Punkten so ist er bis heute auf knapp 80 Punkte zurückgegangen. Die preisliche Austauschposition der Entwicklungsländer (ohne Erdölexporteure) hat sich zwischen 1950 und 1990 massiv verschlechtert. Um die gleiche Warenmenge wie 1950 auf den Weltmärkten kaufen zu können, müssen die Entwicklungsländer ihrerseits heute etwa ein Drittel mehr an Waren exportieren als damals.

Dabei sind die reinen Rohstoffexporteure besonders betroffen: Landwirtschaftliche Produkte z.B.verbilligten sich im Verhältnis zu den Industriewaren um die Hälfte (von 130 Punkten 1954 auf 65 Punkte heute). Aber auch mineralische Rohstoffe sind heute - verglichen mit den Preisen für Industriewaren - etwa 25 Prozent billiger als in den fünfziger Jahren.

· Geht man von - im historischen Vergleich relativ günstigen - Preisrelationen von Anfang der fünfziger Jahre aus, so liegt das reale Exportpreisniveau (also verglichen mit den Preisen für Industriewaren) der Entwicklungsländer derzeit etwa ein Drittel unter diesem Stand. Die Rohstoffexporte (ohne Brennstoffe), die 1988 ca. 150 Milliarden Dollar einbrachten, hätten bei stabilen relativen Preisen (im Verhältnis zu den Industriewaren) also rund 200 Milliarden Dollar eingebracht. Es errechnet sich ein Verlust von jährlich 50 Milliarden Dollar aus dem »ungleichen Tausch« von Rohstoffen. Einzuräumen ist, daß die Wahl des Jahres 1950 als Vergleichsjahr willkürlich ist.

· Eine andere sehr wichtige Form des Ressourcenabzugs aus der Dritten Welt ist die bereits erwähnte internationale Verschuldung. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich beziffert die Nettozinszahlungen der Entwicklungsländer

im Jahre 1989 auf etwa 73 Milliarden Dollar.

· Hinzu kommen Ressourcenabzüge, die in ihren Dimensionen kaum zu quantifizieren sind. Dazu gehört vor allem der »brain drain«, also der Verlust meist hochqualifizierter Arbeitskräfte. Die Nord-Süd-Kommission schätzte 1980 die Anzahl der »Gastarbeiter« aus Entwicklungsländern in der Ersten Welt auf 7,5 Millionen. Einer auch nur ungefähren Schätzung entziehen sich ebenfalls jene Kosten, die in der Form von Versicherungsprämien, Transportkosten, Hafengebühren usw. an Unternehmen der Ersten Welt abzuführen sind.

Immerhin summieren sich die - zugegebenermaßen groben - Schätzungen auf eine Dimension von jährlich rund 150 Milliarden Dollar, die aus der Dritten in die Erste Welt fließen. Dem wäre die Entwicklungshilfe gegenzurechnen. Die Bruttoleistungen der offiziellen Geber (OECD-Länder und OPEC) werden auf rund 51 Milliarden Dollar beziffert. Davon abzuziehen sind aber die Rückzahlungen für in den Vorjahren empfangene Leistungen - entgegen einer landläufigen Meinung besteht Entwicklungshilfe nur zu einem Teil aus Schenkungen. Ein großer Teil sind Kredite, die ganz oder teilweise verzinst und zurückgezahlt werden müssen (wenn auch zu günstigen Konditionen). Die Netto-Entwicklungshilfeleistungen beziffern sich lt. Weltbank auf etwa 34 Milliarden Dollar. Diese Summe ist allerdings mit großen Einschränkungen zu behandeln. Einmal besteht sie zu einem unbekannten, allerdings durchaus nennenswerten Teil aus Verwaltungskosten der Entwicklungshilfe-Institutionen in der Ersten Welt - diese Mittel kommen im Empfängerland nie an. Ein weiterer großer Teil dient der Finanzierung von Experten und Entwicklungshelfern, die nach den in der Ersten Welt üblichen Konditionen bezahlt werden. Daß die Bezahlung eines Experten mit einem Jahresgehalt von z.B. 120.000 DM im Arbeitsland zu einem entsprechenden Produktivitätseffekt führt, kann aber kaum behauptet werden. Auch wird dort nur ein geringer Teil ausgabenwirksam. Die übliche Praxis, die Entwicklungshilfe-Gelder umstandslos mit Ressourcenzuflüssen gleichzusetzen, entspricht also kaum der Realität. Damit sind natürlich über die Wirkungen keine Aussagen gemacht.

Schließlich ist noch eine weitere Betrachtungsweise zu erwähnen, die auf der Analyse von Kapitalbewegungen basiert. Dabei werden den Kapitalabflüssen aus der Dritten Welt in Form von Zinsen und Tilgungen die Zuflüsse in Form von neuen Krediten gegenübergestellt. Der so errechnete Netto-Ressourcentransfer zu Lasten des Südens wird von der Weltbank für 1987 auf 38 Milliarden Dollar geschätzt, seit 1984 wird ein negativer Saldo registriert. Im Rahmen der Leihkapitalbewegungen kommt es zu einer umgekehrten »Entwicklungshilfe«: Der Süden »hilft« dem Norden. Zu ergänzen wäre einerseits der in Form von Direktinvestitionen erfolgende Zustrom (ca. 16 Milliarden DM), andererseits aber der in Form von Kapitalflucht erfolgende Abfluß. Angaben über Kapitalflucht sind begreiflicherweise schwer zu erhalten. Der Internationale Währungsfonds schätzt für die achtziger Jahre eine Summe von jahresdurchschnittlich 30 Milliarden Dollar.

Aber auch wenn wir bei der oben geschätzten Größe von rund 150 Milliarden Dollar an negativem »Ressourcentransfer« aus der Dritten Welt bleiben, so ist dies eine im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt der Ersten Welt in Höhe von 12,6 Billionen Dollar relativ geringfügige Größe. Der Reichtum in der Ersten Welt basiert in erster Linie auf dem hier erreichten hohen Stand der Arbeitsproduktivität. Wir profitieren vor allem von den billigen Rohstoffen. Deutlich höhere Preise könnten aber ohne großen Abzug vom Wohlstand gezahlt werden.

Anders nimmt sich diese Summe vom Standpunkt der betroffenen Länder der Dritten Welt aus. Hier handelt es sich um rund sechs Prozent des zusammengefaßten Inlandsprodukts und um rund 30 Prozent der Investitionen. Ein Verlust in dieser Größenordnung ist schon ein erhebliches Entwicklungshemmnis, wobei dies vor allem bei den hochverschuldeten Entwicklungsländern und den reinen Rohstoffexporteuren ins Gewicht fällt. Die besonderen Probleme Afrikas und Lateinamerikas hängen mit diesen Faktoren zusammen.

Die Rolle der Zweiten Welt

Nun ist bisher nur von der Ersten und der Dritten Welt gesprochen worden, die Rolle der Zweiten Welt (in der Vergangenheit) wurde ausgeklammert. Dies ist insofern berechtigt, als der Grad der Integration der Sowjetunion und der übrigen Länder des Comecon in den Weltmarkt bislang vergleichsweise gering gewesen ist - übrigens eine ihrer großen Schwächen. So wird der Umfang des Warenhandels zwischen den osteuropäischen Comecon-Ländern und den Entwicklungsländern für 1986 auf 49 Milliarden Dollar beziffert, gleich 1,2 Prozent des gesamten Welthandels. Der Handel war demnach leicht defizitär, es wurde etwas mehr importiert als exportiert. Allerdings muß unterstrichen werden, daß auch hier im wesentlichen zu Weltmarktpreisen getauscht wurde. Auch dem Handel innerhalb des Comecon lagen ja Weltmarktpreise zugrunde, wenn auch versucht wurde, extreme Ausschläge nach oben und unten auszugleichen. Dabei ist einschränkend anzumerken, daß in bestimmten Fällen des Ost-Süd-Handels umfangreiche Handelssubventionen gewährt wurden. Exporte wurde verbilligt und Importe über den Weltmarktpreisen bezahlt. Profitiert haben davon Kuba (allein 1984 in Höhe von 3,6 Milliarden Dollar), aber auch Vietnam, Afghanistan und Laos.

Über die Entwicklungshilfe der Sowjetunion wurden in der westlichen Presse bis vor wenigen Jahren abenteuerliche Ziffern verbreitet. Es wurde behauptet, der Anteil der Leistungen der SU liege bei ungefähr 0,03 Prozent des

Sozialprodukts - gemessen an den 0,35 Prozent der OECD-Länder oder den Forderungen der UNO von 0,7 Prozent ein lächerlicher Betrag. In der jüngeren Vergangenheit mußten diese Angaben erheblich korrigiert werden. Inzwischen gibt die OECD für 1988 eine Entwicklungshilfeleistung der Sowjetunion von 4.230 Millionen Dollar an, rund 0,45 Prozent des nach westlichen Kriterien geschätzten Sozialprodukts der Sowjetunion. Die SU wäre damit absolut der viertgrößte »Geber« der Welt gewesen und hätte relativ weit vor den USA gelegen, die schwache 0,15 Prozent ihres allerdings viel größeren Sozialprodukts ausweisen.

Schließlich hat die Sowjetunion auch Kredite vergeben und Zinsen kassiert. Die Dritte Welt (inklusive einiger Comecon-Staaten) steht einer sowjetischen Nicht-Regierungsquelle zufolge derzeit mit 8,6 Milliarden Rubel bei der SU in der Kreide. Nach OECD-Angaben beliefen sich die gesamten RGW-Kredite an die Dritte Welt (ohne europäische Comecon-Länder) Mitte der achtziger Jahre auf 20 Milliarden Dollar. Die Konditionen sind nach der gleichen Quelle eher »weich«; mit Zinsen zwischen Null und fünf Prozent und Laufzeiten zwischen zehn und 25 Jahren entsprechen sie den IDA-Krediten der Weltbank für arme Entwicklungsländer und sind weit entfernt von kommerziellen Konditionen. Trotzdem stellt die Rückzahlung eine Belastung dar, vielfach mußten Zahlungsaufschübe gewährt werden. Im Prinzip soll mit Waren gezahlt werden, was aber nicht immer möglich war.

Eine abschließende Beurteilung der Süd-Ost-Beziehungen entsprechend der Eingangsfragestellung erscheint schwierig: Zwar ist kaum zu bestreiten, daß der Süd-Ost-Handel den gleichen Preisrelationen unterliegt wie der Süd-West-Handel. Angesichts der geringen Dimensionen aber fällt die massive Unterstützung einzelner Länder durch Handelssubventionen stark ins Gewicht. Die Entwicklungshilfe stellt immerhin einen massiven Ressourcenabzug aus der Sowjetunion dar, der umso mehr ins Gewicht fällt, als deren ökonomische Kraft eben niedrig war und ist. Der Zustrom im Rahmen von Kreditgeschäften dürfte angesichts der geringen Dimension wenig bedeutsam sein. Ähnlich verhält es sich mit der Militärhilfe, die trotz der durchaus vorhandenen kommerziellen Komponente unterm Strich sicherlich eine ökonomische Belastung des Landes darstellte. Insgesamt war die Dritte-Welt-Politik der Sowjetunion in höherem Maße als die der Ersten Welt politisch motiviert. Während die Sowjetunion und der Comecon politisch mit den USA und der Ersten Welt konkurrieren mußten, waren sie allein schon wegen ihres geringen weltwirtschaftlichen Integrationsgrades an der Ausbeutung der Dritten Welt nur wenig beteiligt. Die Bilanz zwischen politisch motivierten Belastungen und ökonomischen Profiten sieht hier wesentlich ungünstiger aus als in der den Weltmarkt dominierenden Ersten Welt.

Die Sowjetunion stellte in den Nord-Süd-Beziehungen immer ein gewisses Gegengewicht dar. Die Existenz einer zweiten Weltmacht erweiterte den Manövierspielraum der Dritten Welt. Bei der Durchsetzung von Forderungen gegenüber der Ersten wie der Zweiten Welt konnte »geschaukelt« werden, in der Ökonomie wie in der Politik. Konzessionen waren leichter durchsetzbar mit dem Hinweis auf einen »Kurswechsel« in außenpolitischen Fragen. Im Kern hat sich dabei allerdings gezeigt, daß die ökonomische Kraft der Sowjetunion für diese weltpolitische Rolle nicht ausgereicht hat. Die Sowjetunion hat sich dabei ganz offensichtlich »überhoben«.

Heute sind die Folgen des Verlustes der weltpolitischen Bedeutung der Sowjetunion für die Dritte Welt kaum zu überschauen. Es zeichnen sich Tendenzen ab, die für eine Auflösung der Dritten Welt als politische Kraft sprechen - eine Rolle, die sie ohnehin nur sehr begrenzt hat ausfüllen können. Es ist möglich, daß die weltpolitische »Tripolarisierung« Nordamerika-Japan-Europa sich entsprechend in der Dritten Welt widerspiegeln wird. Die Anbindung von Teilen Asiens an Japan, die Initiative des US-Präsidenten für einen gesamtamerikanischen Binnenmarkt und die Blockbildung in Westeuropa mit den Peripherien Osteuropa und Afrika sprechen für eine solche Entwicklungsrichtung.

Jörg Goldberg ist Mitarbeiter des Progress Instituts für Wirtschaftsforschung (PIW) in Bremen

Konkret 02/91, S. 48

Kurt H□ bner

Leben auf Kosten der Dritten Welt?

□ Wir sind arm, □ eil ihr reich seid□ , sagen viele Be□ ohner der Dritten Welt. □ Wir sind reich, □ eil ihr arm seid□ , sagen Ant und Dritte-Welt-Be□ egte. Der Kerngedanke ist einfach: Die Erste Welt eignet sich - ge□ altsam und/oder □ ber den Markt - Reicht□ mer an, die die Menschen der Dritten Welt er□ eugen. Leben □ ir auf Kosten der Dritten Welt? Die beiden □ konomen J Goldberg und Kurt H□ bner haben versucht, diese Frage □ u beant□ orten. Sie sind dabei □ u kontroversen Ergebnissen gekommen

Mythenzerstörung sollte eigentlich zu den selbstverständlichen Aufgaben wissenschaftlicher Arbeit zählen. Daß dies seitens des wissenschaftlichen Personals immer wieder vergessen wird, ist wohlbekannt. Um so ärgerlicher ist es deshalb, wenn die Demontage eines Mythos mit dem Preis eines neuen Mythos bezahlt werden soll. Dies scheint mir der Fall bei Jörg Goldbergs Versuch, die These der Ausbeutung der - bleiben wir einmal bei diesen Hilfsbezeichnungen - Dritten durch die Erste Welt zu demontieren.

Goldberg hat ja durchaus recht: Das ökonomische Verhältnis zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern und den Nationen der kapitalistischen Peripherie ist keines der bloß ungleichen Verteilung von Ressourcen. Und ihm ist auch zuzustimmen, wenn er schreibt: »Die Ausbeutung der Dritten Welt ist nicht die Quelle des Wohlstands der Ersten Welt«. Allerdings sind die von Goldberg angeführten Belege für diese Behauptung entweder nicht überzeugend oder schlichtweg unsinnig. Und entscheidend: Das eigentliche Problem des Verhältnisses zwischen der Ersten und der Dritten Welt wird mit seiner Darstellung verkleistert.

Die Behauptung, die entwickelten kapitalistischen Länder lebten auf Kosten der Dritten Welt ist weit verbreitet - und zwar nicht allein bei katholischen oder evangelischen Jugendgruppen, sondern auch in Teilen der anti-imperialistischen Bewegungen. Ein solcher Satz ist nun zwar schnell hingesprochen, doch ist keineswegs eindeutig, was er eigentlich besagen soll. Tatsächlich läßt eine solche Behauptung mehrere Interpretationen zu:

□ Zum ersten könnte damit gemeint sein, daß die entwickelten kapitalistischen Länder der Dritten Welt einen Ressourcenabfluß aufzwingen, der Entwicklungsprozesse in diesen Ländern systematisch blockiert und den Reichtum der entwickelten kapitalistischen Welt steigert. Eine solche Konstellation wird - etwa von der Dependencia- oder der Weltsystemtheorie - als Ausbeutungsbeziehung beschrieben, die ihren Ursprung in einem Mechanismus des ungleichen Tausches haben soll.

□ Zum zweiten könnte mit einer solchen Behauptung aber auch gemeint sein, daß der Reichtum der entwickelten kapitalistischen Welt allein das Resultat des Nettoressourcentransfers der kapitalistischen Peripherie sei. Eine solche zweite Interpretation ist im Vergleich zur ersten härter und in ihrer Aussage rigoroser, wird jetzt doch nicht bloß gesagt, daß die entwickelten kapitalistischen Länder eine Reichtumssteigerung erzielen, sondern daß die Ausbeutung der Drittweltländer die eigentliche Quelle kapitalistischen Reichtums sei.

Eine einfache Überlegung kann allerdings zeigen, daß eine solche Interpretation zwar logisch möglich, aber keineswegs ökonomisch sinnvoll ist. Kapitalistische Reichtumsproduktion ist die Produktion von Werten auf der Grundlage eines Lohnarbeitsverhältnisses und einer gesellschaftlich ungleichen Verteilung und Kontrolle von Produktionsmitteln innerhalb eines ökonomischen Raumes. Das heutige kapitalistische Weltsystem läßt sich zwar als einheitlicher ökonomischer Raum beschreiben, doch ist dieser Raum durch politische Grenzziehungen bestimmt, die sich in Gestalt von Nationalstaaten niederschlagen. Innerhalb dieser nationalstaatlich umgrenzten Subräume des Weltsystems finden Reichtumsproduktionen statt, die durchaus unterschiedliche (kapitalistische, feudale, tribale, subsistenzmäßige etc.) Formen aufweisen können, deren Kern aber in allen Fällen die Verausgabung menschlicher Arbeit ist. In modernen kapitalistischen Subräumen erscheint der Reichtum als eine »ungeheure Warensammlung«, deren (Tausch-)Wert durch die in den Waren verkörperten Mengen an abstrakter, gesellschaftlich notwendiger Arbeit bestimmt ist. Wer nun behauptet, daß der Reichtum der entwickelten kapitalistischen Länder das Ergebnis eines (ausbeuterischen) Werttransfers aus den Ländern der kapitalistischen Peripherie sei, behauptet strenggenommen, daß in den entwickelten kapitalistischen Ökonomien keine Reichtumsproduktion stattfindet, daß also die dort verausgabte abstrakte, gesellschaftlich notwendige Arbeit nicht wertschöpfend ist. Eine solche Aussage, dazu sollte es keiner weiteren Begründungen bedürfen, ist offensichtlich unsinnig: Reichtumsproduktion findet in allen weltsystemintegrierten Ökonomien - wenn auch auf unterschiedlichem Niveau - statt. Gerade die abstrakte Arbeit der entwickelten kapitalistischen Länder erweist sich im Tausch auf Weltmarktebene als überlegen wertbildend.

Die entscheidende Frage für das ökonomische Verhältnis zwischen Erster und Dritter Welt ist allein, ob zwischen den jeweiligen nationalstaatlich umgrenzten Räumen der Reichtumsproduktion noch zusätzlich Mechanismen der einseitigen Wertübertragung existieren. Wenn ich es richtig verstanden habe, teilt Goldberg diese erste Interpretation der Ausgangsbehauptung allerdings nicht. Tapfer bemüht er sich um die Widerlegung der zweiten, »harten« Interpretation -

und baut dabei unversehens ein Potemkinsches Dorf auf, das leicht wieder einzureißen ist. In seinem Text breitet er eine Fülle von Daten aus, mit denen er »beweisen« will, daß a) der Nettoressourcentransfer der Dritten Welt nicht die Quelle des Reichtums der entwickelten kapitalistischen Länder ist und b) diese nicht länger ein ökonomisch begründetes Interesse an der Ausbeutung der Dritten Welt haben. Es wird mithin eine Behauptung zu widerlegen versucht, die - wie gezeigt - ökonomisch keinerlei Relevanz aufweist.

Aus diesem Grunde könnte man die ganze Sache eigentlich auf sich beruhen lassen. Doch soll Nachsicht gegenüber dem Autor geübt werden. Immerhin ist es doch möglich, die Ausgangsbehauptung auch »weicher« zu interpretieren, also nur zu behaupten, die entwickelten kapitalistischen Länder würden per Saldo von den ökonomischen Operationen mit der Dritten Welt profitieren. Reichen die von Goldberg angeführten »Beweise« aus, um auch eine solche weiche Interpretation infragezustellen?

Bedenken sind angebracht. Der Grund dafür liegt nicht allein in der - vom Autor beiläufig selbst infragegestellten - problematischen Datenbasis, mit der die »Beweisführung« vorgetragen wird. Das zentrale Problem der Goldbergschen Argumentation besteht darin, daß er sich allein auf Zahlen zu stützen versucht. Richtig ist: Prinzipiell »bessere« als die von Goldberg verwendeten Daten stehen für die globale Ökonomie gegenwärtig nicht zur Verfügung. Was für empirische Forschungen und »Beweisführungen« allein bleibt, ist der Versuch methodischer Korrekturen sowie die disaggregierte Feinaufbereitung, um den Grobheiten des üblichen Zahlenwerkes seriöse Tendenzinterpretationen abzutrotzen.

Zwei kleine Beispiele mögen veranschaulichen, zu welchen Fehlschlüssen es kommt, wenn aus nackten Zahlen umstandslos weitreichende Interpretationen abgeleitet werden. Goldberg behauptet kurz und knapp, von 1950 bis heute sei der Anteil der »Entwicklungsländer« am Welthandel von knapp 40 auf unter 20 Prozent abgesunken. Daraus wird von ihm der Schluß gezogen, die Entwicklungsländer seien an den Rand des Weltmarktgeschehens gedrängt und als »Ausbeutungsobjekt« abgemeldet. Alternative Berechnungen, wie sie unter Zugrundelegung von Statistiken der UN und des GATT von der Starnberger Forschergruppe Fröbel/Heinrichs/Kreye vorgenommen wurden, zeichnen ein sehr viel differenzierteres Bild. So ist bei den Primärerzeugnissen (Nahrungsmittel, Rohstoffe etc.) der Entwicklungsländeranteil an der Weltausfuhr von 36,6 Prozent im Jahr 1960 auf 48,6 Prozent im Jahr 1980 gestiegen. Bis Mitte der achtziger Jahre ist der Anteil auf knappe 41 Prozent zurückgegangen, liegt damit aber noch immer über dem Niveau von 1960. Ähnliches gilt für den industriellen Sektor: Im Bereich der verarbeiteten Erzeugnisse ist ihr Anteil sogar von 4,2 (1960) auf 13,2 Prozent (1984) gestiegen, um dann ab 1985 wieder leicht abzusinken.

Würde man sich mit den bloßen Zahlen begnügen, dann müßte aus der Alternativberechnung der Schluß gezogen werden, die Entwicklungsländer hätten ihre Weltmarktposition zwischen 1960 und den späten achtziger Jahren verbessern können. Wie allgemein bekannt, wäre dies aber ein Trugschluß. Die Zusammenfassung der Nationen der kapitalistischen Peripherie unter dem Sammelbegriff Entwicklungsländer ist eine statistische Konstruktion, die den faktischen Differenzierungsprozeß der Peripherie überspielt. So können etwa regional differenzierte Untersuchungen zeigen, daß die Verbesserung des Welthandelsanteils wesentlich auf die Exporterfolge ost- und südostasiatischer Ökonomien sowie einer kleinen Zahl lateinamerikanischer Länder zurückzuführen ist, die im Handel mit den entwickelten kapitalistischen Ländern Überschüsse zu erzeugen vermögen. Keineswegs in all diesen Fällen kann aber davon gesprochen werden, daß diese Ökonomien zu den Gewinnern des Differenzierungsprozesses zählen. Nicht selten verbergen sich hinter den Exporterfolgen multinationale Konzerne, die Drittweltländer als lohn- und steuergünstige Exportproduktionsbasen nutzen und die realisierten Profite umgehend in die Mutterzentralen repatriieren. Den Handelsbilanzüberschüssen stehen dann Kapitalexporte gegenüber, die per Saldo sich in einem Nettoressourcentransfer darstellen können.

Zur Widerlegung oder auch zur Bestätigung der Ausbeutungsthese können nun allerdings beide empirischen Befunde - trotz ihres unterschiedlichen Differenzierungsgrades - nichts beitragen. Weder kann aus einem global rückläufigen Welthandelsanteil gefolgert werden, die Ausbeuter hätten an der Ausbeutung der Dritten Welt das Interesse verloren, noch kann aus dem sektoral disaggregierten Anstieg ihres Welthandelsanteils der Schluß gezogen werden, die Ausbeutungsstrukturen zwischen der Ersten und der Dritten Welt hätten sich gar umgekehrt. Ohne genaueres Wissen über die methodische Aufbereitung beider Zahlenreihen kann noch nicht einmal entschieden werden, welche Berechnung die Realität der Drittweltländer besser trifft.

Mit welchen kosmetischen Verfahren das gewünschte Ergebnis herbeigerechnet werden kann, macht Goldberg selbst anschaulich. Immerhin kommt er in einem mühsamen und wiederum methodisch fragwürdigen Verfahren zu einem Betrag von 150 Milliarden US-Dollar, der netto als Ressourcentransfer von der Dritten in die Erste Welt fließt und dort die Verteilungsmasse erhöht. Diese - einmal als stimmig unterstellten - Daten zeigen jedenfalls, daß die »weiche« Interpretation der Ausgangsbehauptung empirische Plausibilität beanspruchen kann - und die Goldbergschen Falsifizierungsversuche ins Leere laufen. Um trotz dieser einseitigen Reichtumsübertragung seine These, »..daß wir nicht auf Kosten der Dritten Welt leben, weil diese ökonomisch nicht interessant genug ist«, aufrechterhalten zu können, wird dieser Nettoressourcentransfer ins Verhältnis zum gesamten Bruttoinlandsprodukt der Ersten Welt gesetzt. Das Ergebnis liegt auf der Hand: Der Ressourcentransfer entspricht knappen 1,5 Prozent der inländischen Reichtumsproduktion der

entwickelten kapitalistischen Welt. Allein sagt diese Prozentziffer über den ökonomischen Stellenwert des Ressourcentransfers wenig aus, weil auch sie wiederum ein statistisches Artefakt darstellt, das erst über eine Disaggregation an Aussagekraft gewinnen kann.

Selbst für die Widerlegung der »weichen« Interpretation des ökonomischen Verhältnisses zwischen Erster und Dritter Welt macht es wenig Sinn, den Nettoressourcentransfer ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt der Ersten Welt zu setzen. Soll der Begriff der Ausbeutung nicht wahllos und alltagssprachlich, sondern ökonomisch bedeutungsvoll verwendet werden, dann müssen andere Indikatoren zur Bewertung des Nettoressourcentransfers für die Erste Welt herangezogen werden. Eine aussagekräftige Quote wäre beispielsweise - um eine der Quellen des Nettoressourcentransfers herauszugreifen - das Verhältnis der aus der Dritten Welt transferierten Unternehmensprofite zu dem gesamten transferierten Profit aus ausländischen Direktinvestitionen der Unternehmen der Ersten Welt. Oder auch die Summe der repatriierten Profite in Relation zu dem angelegten Wert des produktiven Kapitals. Die wenigen Untersuchungen, die einer solchen Frage nachgegangen sind, zeigen übereinstimmend, daß der relative Abfluß aus Drittweltländern höher ausfällt als der Profitrückfluß aus Anlagen innerhalb der entwickelten kapitalistischen Welt.

Ohne daß ich hier genauere Angaben treffen könnte, spricht einiges dafür, daß der von Goldberg angeführte Nettoprofittransfer von ca. 20 Milliarden US-Dollar pro Jahr aus der Dritten in die Erste Welt einen nicht unbeträchtlichen Teil der gesamten rücküberwiesenen Gewinne aus Direktinvestitionen der Ersten Welt ausmachen dürfte. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Die Ökonomien der Drittweltländer werden vom metropolitanen Kapital weniger als entwicklungsfähige Märkte denn als Produktionsstandorte angesehen, die billige Arbeitskräfte, günstige Steuergesetzgebungen und geringe Regulationen aufweisen.

Ähnlich signifikant ist auch der Nettoressourcentransfer, der - wie Goldberg richtig schreibt - aus der Verschuldung der Länder der Dritten Welt gegenüber dem privaten kapitalistischen Bankensystem sowie gegenüber den supranationalen Institutionen resultiert. Seit 1984 exportieren die verschuldeten Länder mehr Kapital in Form ausländischer Währungen als zur gleichen Zeit neues Kapital in diese Länder fließt. Ohne den Aussagewert solcher Beispiele überstrapazieren zu wollen, bedarf es dennoch nicht allzu vielen Mutes für die Behauptung, daß die entwickelten kapitalistischen Länder von den ökonomischen Beziehungen mit den Ländern der Dritten Welt per Saldo profitieren. Faktisch bringt eine solche Aussage allerdings nur einen begrenzten Erkenntnisgewinn, weil der Terminus »entwickelte kapitalistische Länder« mehr verschleiert als er offenlegt. Profiteure sind selbstredend nicht »die Länder«, sondern soziale Klassen und Schichten.

Kommen wir zu dem zweiten Argument von Goldberg, demzufolge die Drittweltländer für das metropolitane Kapital nicht von (Ausbeutungs-)Interesse sind. In seiner allgemeinsten Bedeutung wurde diesem Argument bereits widersprochen: Gerade die transnationale Bankenindustrie ist ein aktuelles Beispiel dafür, daß die kapitalistischen Ökonomien durchaus ein ökonomisches Interesse an der Dritten Welt haben - und sei es nur das Interesse, Zins- und Tilgungszahlungen einzufordern. Es sei nur am Rande erwähnt, daß das intransigente Drängen auf die Leistung des Schuldendienstes durchaus auch Konflikte innerhalb des kapitalistischen Lagers auslöst, verlieren doch die Länder der Dritten Welt mit jeder Überweisung von Zins- und Tilgungsleistungen Devisen, die ansonsten für den Kauf von Industriewaren verwendet werden könnten. Dieser Interessenkonflikt zwischen produktivem und zinstragendem Kapital ist durchaus virulent und hat bereits in der Vergangenheit - etwa im US-amerikanischen Senat - manche Debatte um die Dringlichkeit einer wenigstens partiellen Schuldenstreichung ausgelöst. Ohne drastische Schuldenreduzierung, so die dahinter stehende Überlegung, brechen die Drittweltländer infolge des Devisenmangels als kaufkräftige Nachfrager nach metropolitanen Waren weg.

Dennoch: Goldberg liegt ja gar nicht völlig falsch, wenn er behauptet, daß die Drittweltländer heute für die Unternehmen der entwickelten kapitalistischen Länder als Orte der Verwertung von Kapital und der Realisierung von Mehrwert an Bedeutung verloren haben. Er verzichtet aber darauf, den eigentlichen Grund für dieses rückläufige Interesse zu benennen - und setzt damit eine weitere Legende in die Welt.Tatsächlich sah noch zu Beginn der siebziger Jahre die Situation völlig anders aus. Angesichts rückläufiger Profitraten in den kapitalistischen Metropolen und angesichts der synchronisierten Krisenprozesse in den Zentrumsländern wurden die Drittweltökonomien zu interessanten Anlagesphären für das zinstragende und das produktive Kapital: Produktionsverlagerungen und die Vergabe hoher Kreditsummen seitens des privaten transnationalen Bankenkapitals waren die Folge. Die von den nationalen Bourgeoisien der Dritten Welt eingeschlagene Strategie einer verschuldeten Industrialisierung wurde allenthalben als Chance gesehen, sich neue und lukrative Verwertungsmöglichkeiten zu eröffnen. Tatsächlich sind auch große Teile der aufgenommenen Kredite dank steigender Importe der Drittweltländer unmittelbar wieder in die Metropolen zurückgeflossen, wenn auch jetzt in die Kassen anderer Sektoren der metropolitanen Wirtschaften.

Das nicht-intendierte Ergebnis all dieser Operationen war die Herausbildung einer »zerstümmelten Industrialisierung« in der überwiegenden Zahl der Länder der Peripherie und vor allem der Eintritt einer Schuldenkrise, die Anfang der achtziger Jahre das internationale Finanzsystem in seinem Bestand bedrohte. Nur infolge eines koordinierten Krisenmanagements konnte ein Kollaps verhindert werden. Den Preis dieser Rettung freilich haben die verschuldeten Länder der Dritten Welt bis heute im wortwörtlichen Sinne zu bezahlen. Die in den verschuldeten Ländern anzutreffenden desaströsen

ökonomischen, sozialen, politischen und ökologischen Folgen haben diese Region der Weltwirtschaft zu einem auf längere Frist für westliches Kapital unattraktivem Verwertungsraum gemacht. Wie Goldberg zu behaupten, die Dritte Welt sei ökonomisch für das metropolitane Kapital nicht interessant, ist angesichts dieser Sachlage schlichtweg zynisch.

Für die »weiche« und ökonomisch einzig sinnvolle Interpretation der These, wonach »wir auf Kosten der Dritten Welt leben«, gibt es - faktisch auch Goldberg zufolge - eine ganze Reihe plausibler Erwägungen und empirischer Befunde. Damit kann aber allein eine Konstellation von Abhängigkeit beschrieben und nicht etwa erklärt werden. Die Frage jedoch, warum abhängige Weltmarktintegration für die Länder der Dritten Welt den Normalfall darstellt, ist damit keineswegs zufriedenstellend geklärt. Dazu bedürfte es neben einer historischen Analyse der Ursprünge des kapitalistischen Weltsystems vor allem einer theoretisch exakten Bestimmung dessen, was Ausbeutung im Weltmarktmaßstab bezeichnet. Vortheoretisches Moralisieren, das zeigt der Beitrag von Goldberg, bringt mehr Verklärung als Aufklärung.

Kurt H□ bner schrieb in KONKRET 1+4/90 □ ber die Be□ egungsgeset□ e realsistischer □ konomien

Konkret 02/91, S. 51

Oliver Tolmein

Nette Chaoten von nebenan?

Die Hafenstraße nach dem Kündigungsurteil

Die Zivilkammer des Landgerichts Hamburg hat am 7. Januar das bundesdeutsche Mietrecht dem Geist der neuen Zeit entsprechend fortgeschrieben: Wer mit einer Person in einem Häuserkomplex wohnt, die einen pöbelnden Passanten mit Farbbeuteln bewirft, hat den Anspruch auf Wohnrecht dort verwirkt. Glaubt man dem Hamburger Senat, ist mit diesem Urteil, das die Kündigung des Pachtvertrages für die ehemals besetzten Häuser bestätigt, das Kapitel »Hafenstraße« in der Stadtgeschichte nahezu abgeschlossen, sind Ruhe und Ordnung, Glück und Wohlstand, Freiheit und Sicherheit in der Freien- und Hansestadt auf Dauer gesichert. Bürgermeister Voscherau (SPD) nennt das stolz eine »strikt rechtsstaatliche Lösung« - und erinnert damit, ohne daß ihm dafür vom undankbaren, weil unaufmerksamen Publikum applaudiert würde, daran, daß »rechtsstaatlich« eben kein Synonym für »gut und fair« ist, sondern bloß ein Hinweis auf die formale Korrektheit des Verfahrens. Der Schein wird also gewahrt, die Interessen des Staates werden aber durchgesetzt.

Im diesem Fall ist allerdings weder das eine noch das andere wirklich gesichert. Trotz des auf der Grundlage eines überaus phantasievoll konstruierten Pacht-Vertrages forsch gesprochenen Urteils sind die Häuser noch keineswegs zur Räumung freigegeben: Die Kündigung richtet sich nämlich gegen den Verein Hafenstraße und nicht gegen die Mieter der einzelnen Wohnungen. Um sie tatsächlich räumen zu können, bedarf es dutzender individueller Räumungsklagen. Der Verein Hafenstraße kann gegen das Urteil außerdem in die Berufung gehen.

Selbst wenn diese abgewiesen werden sollte und die Räumungsklagen eingeleitet worden sind, kann der Senat so aber nur einen Teilerfolg erzielen: Die Kündigung betrifft nur die Hälfte der Hafenstraßen-Häuser. Der eigentliche Schlüssel zum Erfolg der Senats-Politik sollen deswegen auch die Abrißverfügungen sein: Für einen Teil der Häuser stammen sie aus dem Jahr 1980 und werden mit deren Unbewohnbarkeit begründet - eine Behauptung, die die jahrelange, aufwendige Renovierungsarbeit der Bewohnerinnen und Bewohner geflissentlich ignoriert. Für die übrigen Häuser ist die Abrißverfügung neueren Datums und stützt sich auf den Bebauungsplan St. Pauli-Süd: Dort, wo heute die Hafenstraßenhäuser stehen, sollen demzufolge die Firmen Gruner und Jahr sowie Tschibo Büro-Häuser errichten. Nur: Tschibo hat mittlerweile in der Hamburger City-Nord gebaut, Gruner und Jahr ist vor kurzem in die neuen Räume am Baumwall eingezogen. Neue medienwirksame Version des Senats: Dort, wo heute die Hafenstraßenhäuser stehen, sollen Sozialwohnungen gebaut werden - um das zu ermöglichen müßte allerdings der Bebauungsplan geändert werden, damit verfielen aber auch die derzeit gültigen Abrißverfügungen.

Der wesentliche Unterschied zwischen diesem auch politisch motivierten Mietprozeß und traditionellen politischen Verfahren ist, daß die, die am Ende den Prozeß wahrscheinlich verlieren werden, nicht schon im Knast sitzen - sie haben es also, anders als der Senat, nicht so eilig, das letzte Urteil zu hören. Die Zeit, die sie noch haben, können sie nutzen, um für sich ein Hoch im Norden zu schaffen. Viel Hoffnung scheinen die Bewohnerinnen und Bewohner der Häuser dabei paradoxerweise auf die bundesdeutsche Presse zu setzen. Die Leute, die noch vor wenigen Wochen einschlägige Erfahrungen mit »stern«-Redakteuren gemacht haben, die als freie Mitarbeiter von Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt über »die RAF in der Hafenstraße« phantasierten, haben sich jetzt entschlossen, die Öffentlichkeitsarbeit für ihr Projekt selber zu übernehmen und sind so zu den am liebsten vorgeführten Exoten der Saison geworden. Im NDR, der vor kurzem noch den über sich und seine Geschichte zu Tränen gerührten RAF-Aussteiger Werner Lotze bekennen ließ, plaudern plötzlich Leute aus der Hafenstraße über Stadtteilkultur, Sozialhilfe und ihre Szene. Im Deutschland-Magazin »Der Spiegel«, der Ende letzten Jahres die Zigeuner-Plage zum Thema machte und auch sonst allzeit bereit ist, wenn eine Staatsschutzabteilung ihre Meldungen, sei es über die angebliche »Suicide Action« der RAF 1977 in Stammheim oder Fahndungsstorys gegen die RZ, lanciert wissen will, kommt neuerdings ein Kollektiv, die »Hafenstraße«, zu Wort: »Unter dem Eindruck des Urteils gaben die Bewohner ihre bisher praktizierte pressefeindliche Haltung auf.« Dort, wo noch vor Wochen RAF-Aussteiger Ralf Baptist Friedrich Reue bekunden durfte, lernen wir jetzt nette Nachbarn kennen: *»Hafenstraße*: Vor ein paar Tagen hatten wir eine Gruppe von Besuchern hier, vom Rentner bis zur Hausfrau. Die haben anfangs richtig gezittert, aus Angst, sie würden gleich einen Stein an den Kopp bekommen. Hinterher waren sie ganz verblüfft, daß wir keine Chaoten sind...«

War also alles nur ein Mißverständnis? Zehn Jahre Auseinandersetzungen um die besetzten, geräumten, besetzten, vermieteten Häuser in der Hafenstraße - ein Kommunikationsproblem? Dort wohnen keine Chaoten, Henning Voscherau, laß gut sein? Das wäre dann, nach dem sozialdemokratischen Wunder von 1987 das zweite in Hamburg - und waren wir vom ersten schon nicht sonderlich beeindruckt, möchten wir auf dieses zweite, bei dem Wein zu Wasser wird und aus Bürgerschrecks die mißverstandenen netten Militanten von nebenan, die vor ihren Häusern einen Ententeich anlegen und in ihnen alt werden wollen, gern verzichten - zumal diesem Wunder ein doppelter Irrtum zugrundeliegt: Das Problem der Hafenstraße ist nicht, daß die Bürgerinnen und Bürger der Stadt nicht wissen, wer wie und warum in den Häusern wohnt, sondern daß sie es nur zu gut wissen; Medien wie »Spiegel«, »stern« oder NDR sind weder geeignet, noch haben sie

Interesse daran, die dennoch notwendige Information und Aufklärung über Sinn und Zweck des Projekts und die Erfahrungen, die am Hafenrand z.B. in der Zusammenarbeit von UnterstützerInnen und BewohnerInnen gemacht wurden, zu vermitteln. Ihr Selbstverständnis als vierte Gewalt im Staat führt dazu, daß die Staatsanwälte aus dem »Spiegel«-Büro Zuarbeit für ihre Kollegen aus Karlsruhe leisten:

»Spiegel: Unterstützt dieser Kreis hier die Ziele der RAF und deren Mittel oder nicht?

Hafenstraße: Wir sind die Hafenstraße, und die RAF ist die RAF.

Spiegel: Das ist keine Antwort auf unsere Frage.«

Weil darauf leider nicht der Einwand folgt, daß, wer dumme Fragen stellt, auch nur banale Antworten erwarten darf, bleibt nur zu hoffen, daß genauso überraschend, wie die Wende kam, auch das Ende dieser unterschiedslos freundlichen Presseplaudereien eintreten wird. Die Fragen, auf die zu antworten der Mühe wert wäre, müssen woanders gestellt werden: Es sind im übrigen die gleichen, mit denen sich auch die versprengten übrigen Linken herumschlagen. Für uns ist der Erhalt der Hafenstraße von einigem Interesse - nicht nur weil der Nicht-Abriß der Häuser und die bisher erfolglos gebliebenen Befriedungsversuche zu den wenigen Erfolgen zählen, die radikale Linke in den letzten Jahren erzielen konnten. Die Räumung der Häuser soll auch ein Kapitel Erfahrung und Praxis der staatsfeindlichen Opposition zerschlagen, das fortzuschreiben gerade jetzt wichtig wäre: Die Zusammenarbeit von Leuten aus den unterschiedlichsten Spektren, Gruppen, Initiativen und Zusammenhängen im Initiativkreis zum Erhalt der Hafenstraße und ihr gemeinsames Engagement mit deren Bewohnerinnen und Bewohnern hat sich zu einer produktiven Alternative zu der obsolet gewordenen traditionellen linken Bündnispolitik (benutzt du mich, benutz ich dich - auf die Zahl der Unterschriften kommt es an) entwickelt.

Zu verhindern, daß auch dieser Versuch zu einem von vielen wird, die unter der Rubrik »gescheitert« bereits summiert sind, ist ein Grund (neben anderen, die in KONKRET 11/90 nachgelesen werden können), der nicht nur Hamburgerinnen und Hamburger motivieren könnte, sich gegen die geplante Räumung der Häuser zu engagieren.

Was in den zahlreichen Gesprächen und Artikeln mit und über die Hafenstraße nicht zu lesen ist, die Auseinandersetzungen um »die RAF in der Hafenstraße«, die Geschichte der Stadtpläne und die Bilder von der »stern«-Besetzung, ist im neuesten Hafenstraßen-Video »Selbst das kleinste Licht durchbricht die Dunkelheit« zu sehen. Streckenweise ist dieses auch für Veranstaltungen sehr empfehlenswerte Video ein richtiger Film und zeigt nicht nur talking heads. Bestellt werden kann es beim MPZ Hamburg, Thadenstraße 94, 040-4397259 (werktags 18-19 Uhr).

Konkret 02/91, S. 52

Michael Scharang

Literaturtratsch - Theaterklatsch - Zeitungsquatsch

Das tägliche Erscheinen des Wesens

Die Philosophie lehrt, daß es kein Wesen gibt, das nicht auch erscheint. Besonders zu Herzen genommen hat sich diesen Grundsatz das Zeitungswesen: Es erscheint deshalb täglich. Das wiederum zwingt unzählige schreibende Wesen, ihr Innerstes nach außen zu kehren und daraus Artikel zu formen, damit die Zeitungen nicht leer erscheinen.

Doch selbst dieser erfreuliche Zustand hat eine Schattenseite: Mag durch den Verkauf vollgeschriebener Blätter auch Geld hereinkommen, liegen die Artikelschreiber dem Zeitungswesen doch schwer auf der Tasche. Deshalb wird mit dem Ziel, nächstens den Personalaufwand zu verringern, in einem ersten Schritt der Arbeitsaufwand reduziert: Statt komplizierter Gebrauchsartikel, in denen der Journalist sein Wissen und Können zu Markte trägt, werden einfache Leitartikel hergestellt, in denen die Journalisten nur mehr jene Meinung wiederzugeben brauchen, zu welcher der Chef sie anleitet. Sogleich wird aber dem neuen Zustand, daß viele dafür bezahlt werden, eine einzige Meinung zu schreiben, gedroht, er könne kein Dauerzustand bleiben. In Wirklichkeit jedoch ändert sich längere Zeit nichts.

In diese Periode der Stagnation fällt (wie ich in einer älteren Studie nachgewiesen habe) die Expedition des Spaniers Kolumnus, der sich aufmacht, die Wahrheit zu finden, stattdessen auf eine Zeitung stößt und diese für die Wahrheit hält. Zwar wird dieser Irrtum bald offenbar, doch empfindet ihn niemand als solchen, im Gegenteil, man beeilt sich, Kolumnus die Entdeckung nachzurühmen, daß die Wahrheit die Zeitung ist und umgekehrt; denn man hält, nicht zu Unrecht, diese Ineinssetzung von Wahrheit und Zeitung für eine große Lebenserleichterung.

Daraus schöpft das Zeitungswesen den Mut zu einem Sprung nach vorn: In einer Zeit, so argumentiert es, in der alles eins ist, muß es auch möglich sein, daß die eine Meinung, welche in der jeweiligen Zeitung steht, in eins gesetzt wird mit einem Journalisten. Auf dieser theoretischen Grundlage ist es dann ein leichtes, den Personalaufwand auf eine Person zu reduzieren. Und da man von dieser historischen Tat eine Verbindung sieht zur historischen Leistung des Spaniers Kolumnus, will man von Leitartikeln nichts mehr hören, sondern spricht fortan von Kolumnen.

Anfangs geht alles gut. Doch bald erweist sich, was den Kolumnisten der diversen Blätter als Aufstieg und Ehre erscheint: allein die Meinung des Chefs verbreiten zu dürfen, als eine nicht bewältigbare Arbeit. Die meisten brechen überfordert zusammen und gehen, um nie wieder schreiben zu müssen, als Pressesprecher in die Politik; andere rufen nach Entlastung durch Hilfs- und Nebenkolumnisten; wieder andere reklamieren, mit Erfolg, die Rückkehr ins alte System der Artikel und Leitartikel.

Die Erfindung der Kolumnenmaschine

Nur ein Blatt auf der ganzen Welt bleibt hart, die Wiener Kronen Zeitung. Sie gibt dem Kleinmut nicht kampflos nach. Als Organ des Fortschritts weiß sie besser als die anderen Blätter, daß der Mensch die Maschine erfunden hat, damit diese, wenn der Mensch versagt, an dessen Stelle trete. Die Kronen Zeitung versammelt die besten Ingenieure um sich, die, ohnedies frustriert, da der neutrale Staat sie nicht nach Belieben Waffen erfinden läßt, mit Übereifer die Aufgabe in Angriff nehmen, eine Kolumnenmaschine zu konstruieren. Im Handumdrehen ist das Wunderding fertig - die Idee muß in der Luft gelegen haben.

Die Maschine funktionierte auf Anhieb so gut, daß sie, mit nur winzigen Verbesserungen versehen, heute noch tadellos läuft. Die Ingenieure nennen sie, wegen ihrer Ähnlichkeit mit dem männlichen Geschlechtsteil, Der Phallus, was aber die Kronen Zeitung nicht nur ungebührlich, sondern auch unpassend findet: In ihrem schlichten Design wirke die Maschine eher prüde. Letztlich schließen Ingenieure und Krone, indem sie die Maschine Das Staberl nennen, einen Kompromiß.

Als erstes wird der Kolumnenmaschine die Beschreibung abverlangt, wie ein Mensch aussehen würde, der an ihrer Stelle die Arbeit des täglichen Kolumnenschreibens verrichtete. Das Ergebnis ist niederschmetternd: eine Allerweltsbeschreibung, die auf die Mehrheit der Österreicher zutrifft. Das hat aber auch sein Gutes: ein passendes Foto, das die Kolumne zieren soll, ist rasch gefunden. Die Frage nach dem passenden Namen wagt man der Maschine gar nicht mehr zu stellen, man bescheidet sich mit dem Namen der Maschine, ohne Artikel, mit Staberl.

Vom Füllwort über das Blähwort zum faschierten Wort

Nun beginnt für alle, für Maschine, Foto und Name, der tägliche Ernst. Ein Dauerprogramm wird eingespeichert, denn die Überlegung der Ingenieure geht dahin, daß selbst eine Maschine die Arbeit nur schaffen kann, wenn ein Großteil der Formulierungen gleichbleibt und nur ein kleiner Rest je nach Tagesaktualität variiert. Einiges versprechen die Ingenieure

sich von den kleinen Füllwörtern wie »freilich«, »ja«, »halt«, von denen es zahllose gibt und die in österreichischen Zeitungen immer schon, angeblich zur Auflockerung, in Wahrheit zur Streckung des Textes, exzessiv verwendet werden; diese Quote lasse sich gewiß verzehnfachen.

Mehr noch versprechen die Ingenieure sich von aufgeblähten Formulierungen; die Gefahr, daß zum Zerreißen aufgeblähte Formulierungen platzen und Gestank verbreiten, nehmen sie bewußt in Kauf. Dennoch hasardieren sie nicht, sondern füttern die Maschine zuerst mit einfachen Beispielen: Statt »viele Österreicher werden nicht einsehen«, heißt es »gar viele Österreicher werden nicht recht einsehen«; statt »das Gegenteil ist wahr«, heißt es »genau das Gegenteil ist aber wahr«. Mehr Mut beweisen sie, als sie bestimmte Wörter erbarmungslos mit bestimmten Anhängseln zusammenspannen, das Wort »einstens« zum Beispiel mit dem Anhängsel »lang, lang ist's her freilich«.

Die Krone fühlt sich angesichts dieser Sprachmachinationen nicht wohl, schon deshalb nicht, weil sie derartiges für Zeitungs- und nicht für Ingenieurssache hält. Sie will den Unfug aber erst stoppen, sobald sie die Ingenieure mit sinkenden Verkaufs-zahlen konfrontieren kann. Diese jedoch steigen nicht nur, sie schießen in die Höhe.

Von dem Erfolg, den sie in diesem Ausmaß nicht gesucht haben, übermütig geworden, glauben die Ingenieure, das Schicksal herauszufordern, indem sie das Programm für die Kolumnenmaschine immer aberwitziger gestalten. So entwickeln sie aus den drei Formulierungen »etwas niederschreiben«, »etwas zu Papier bringen« und »Papier ist geduldig« das Kolumnenprogramm »etwas auf geduldiges Papier niederschreiben«; und im vollen Bewußtsein, daß jemand sich zwar »im Irrtum«, niemals aber »in einem Irrtum« befinden kann, stilisieren sie die falsche Formulierung zum exemplarischen Fehlgriff, demzufolge jemand sich »in einem exemplarischen Irrtum« befinde. Die Kronen Zeitung hat das sichere Gefühl, daß es jetzt reicht. Sie will sich nicht von verrückten Ingenieuren ruinieren lassen. Doch zu ihrem Entsetzen sinkt die Auflage nicht nur nicht, sie explodiert.

Die ideale Lektüre des Nichtlesers

Eine Umfrage löst das Rätsel: Das faschierte Wort, das aus der Kolumnenmaschine kommt, erweist sich in vollkommener Übereinstimmung mit dem Gebrabbel des Spießers. Und wichtiger noch: Der österreichische Spießer bildet nicht nur eine große, sondern auch eine satte Mehrheit. Und am wichtigsten: Der Spießer, den ohnedies alles beeindruckt, was in der Zeitung steht, vermutet hinter den entwürdigten Wörtern jene tiefere Bedeutung, die er der eigenen Nichtswürdigkeit zumißt. Er, der fanatische Nichtleser, findet endlich die ideale Lektüre.

Zur geistigen Hochzeit zwischen Kolumnenmaschine und Spießer kommt es aber erst, wenn die Maschine ihre Meinung als unser aller Meinung ausgibt. Denn der Spießer, Inbegriff der autoritären Persönlichkeit, fürchtet und haßt nichts mehr, als im eigenen Namen zu sprechen. Er versteckt sich hinter der Mehrheit und weiß: Wenn diese aus seinesgleichen besteht, wird sie so überwältigend sein, daß das Wir jedes Ich ausrottet. Die Mehrheitsmeinung, von der Kolumnenmaschine einmal sanktioniert, macht der Spießer allerdings gern zur eigenen.

Die Schangse des Burgtheaterdirektors als dessen einzige Chance

Schreitet die Kolumnenmaschine auch noch zur Tat, indem sie gemeinsam mit der Mehrheit handelt, indem also »wir« Gastarbeiter beschäftigen, indem »wir« diesen sogar Arbeit am Burgtheater geben, selbst auf die Gefahr hin, daß einer von denen behauptet, er sei Burgtheaterdirektor, dann endet das Jauchzen des Spießers erst, wenn es in Grölen übergeht.

Daß einer eine solche Behauptung aufstellt, könnte man ihm verzeihen, eines aber nicht: daß er, der Ausländer, Theaterstücke zeitgenössischer Inländer zur Aufführung bringt, Stücke in roher Originalfassung, die nicht von Hans Weigel für den Wiener Geschmack bearbeitet wurden. Dabei verdankt Peymann seine Bekanntheit hauptsächlich dem Weigel: Als der Ausländer die Chance, die er in Wien vorfand, in einem hellen Augenblick nüchtern einschätzte und richtig bezeichnete, nämlich als Schangse, war Weigel es, der diesen Augenblick der Wahrheit als vielaktige Staatsaktion dramatisierte. Selbstverständlich nahm die Kolumnenmaschine das Stück sogleich in ihr Repertoire auf.

Gewiß, Weigel hat nicht anders gekonnt. Seine Aufgaben sind vielfältig, und er erfüllt sie. Die wichtigste: Hans Weigel sagt sich eine enge Beziehung zu Karl Kraus nach, deren Enge tatsächlich an Beziehung denken läßt. Sodann: Er repräsentiert das typisch Österreichische in der österreichischen Literatur, ein Unglück, das nur dadurch gemildert wird, daß Weigel vergessen hat, der Absicht ein Werk nachzuliefern. Außerdem: Er lehrt die Landsleute, dem Fremdländischen schon in der Sprache zu wehren und statt Schlagobers nicht Erdäpfel, statt Karotten nicht Paradeiser zu sagen. Und seit der Schangsen-Affäre schult er das österreichische Ohr, das den dazugehörigen Mund noch nie veranlaßt hat, ein vertrautes Wort verständlich auszusprechen, dafür, das fremde Wort nur in der richtigen Aussprache zu dulden.

Die beiden Wiener Schulen des Witzes und ihre Witzschulräte

Weiters: Weigel hat die Wiener Schule des dürftigen Witzes begründet, die gemäß ihrem Wesen, der Dürftigkeit, vor allem im Verborgenen gedeiht. Dennoch kann sie sich einer Nachfolge rühmen, die über bloße Nachahmung hinausgeht: Die Rede ist von der Wiener Schule des müden Witzes, begründet vom jungen Erzähler Antonio Fian, von seinem Fan, von mir, liebevoll mein zweiter Weigel genannt.

Da diese Schule Bescheidenheit lehrt, nämlich sich zu bescheiden, über Schreibende zu schreiben und von einem Autor zum anderen sich durchzublödeln, paßte es ihr gar nicht, auf einmal im Mittelpunkt des Interesses zu stehen und Bestürzung und Gelächter auszulösen. Was war geschehen? Die Wiener Gesellschaft für Intrige trat zwar wie üblich nach der Sommerpause zusammen, doch sie wußte nicht, wozu. Denn es galt als ausgemacht, daß heuer der Staatspreis für Kulturpublizistik an die achtzigjährige Hilde Spiel - sie war damals noch am Leben - gehen werde. Doch wie immer, wenn die Gesellschaft für Intrige glaubt, ihr Amt vernachlässigen zu können, geraten die Dinge auf die schiefe Bahn: Den Preis erhält der junge Erzähler Fian.

Es gibt von Fian keine nennenswerte kulturpublizistische Arbeit (was ihm nicht zur Schande gereicht), ein Umstand, von dem man sich jedoch im Ministerium nicht irritieren lassen durfte: Aus den müden Witzen Fians schloß man, der Mann müsse über neunzig sein und raschest mit dem nächstbesten Preis geehrt werden.

Bleibt Peymann in Wien oder kommt der Kommunismus wieder?

Wenn nicht einmal die literarische Welt gegen Konfusion gefeit ist, darf es einen nicht wundern, daß die Kolumnenmaschine die Zeitungswelt zum Tollhaus macht: Der Burgtheaterdirektor wird in die Politik entlassen, damit »wir« endlich »unser« Burgtheater für uns haben. denn wieder hat er aus der Chance eine Schangse gemacht, schlimmer: Er hat aus der einen Chance, interviewt zu werden, zwei Schangsen gemacht und beide vergeben, eine an »seinen Karl Marx«, die andere an den Kommunismus, von dem er behauptet: »Aber er kommt wieder.«

Was ich von Peymann nicht zu behaupten wage. Sollte er das Theater, in dem er sich verbarrikadiert hat, verlassen, um der Politik auch nur einen Schritt entgegenzugehen, werden diejenigen Burgschauspieler, die sich zur Zeit in der Kronen Zeitung aufhalten, weil dort die sauberen, ordentlichen und, vor allem, die gutgebauten Stücke auf dem Programm stehen, diese Schauspieler also werden ihn fangen, werden ihn in die Kolumnenmaschine werfen, und er wird unten als faschiertes Wort herauskommen. Aufs angenehmste verzaubert wird er sich fühlen: zu Haus in Österreich, dazugehörig in Wien. Nur die Welt wird er nicht mehr verstehen.

Pluch oder Warum ein Name nicht um die Welt geht

Wer ein Buch lobt und es dabei versehentlich vernichtet, ist entweder ein Tölpel oder ein Bildungsbürger oder, als Kreuzung von beiden, der leitende Redakteur des Literaturmagazins »Lesezirkel«, Pluch. Der »Lesezirkel« ist ein Blatt, das sowohl der »Wiener Zeitung« bei-, als auch in allen Filialen der Zentralsparkasse herumliegt, und das nur deshalb nicht über Wien hinausdringt, weil die Tourismuswerbung alle Mittel darauf konzentriert, die Bekanntheit des Blattes in Grenzen zu halten, um einen Einbruch des Fremdenverkehrs zu verhindern.

Dieser Widerstreit von Geist und Macht, in dem der Fremdenverkehr den Geist repräsentiert, spitzt sich in diesen Tagen dramatisch zu: Wien vermag zwar noch den Ruf einer beschaulichen und sicheren Stadt zu wahren, in deren Sightseeingbussen noch nie jemand überfallen worden ist; Wien birgt nun aber auch einen Redakteur in seinen uralten, aus der Jahrhundertwende stammenden Mauern, in dessen jüngstem Artikel sich mehr schwere Verbrechen ereignen als das ganze Jahr über im verrufenen New York.

Daß ich auf diesen Artikel stieß, war eine Fügung; denn bisher gelang es mir, Pluch zu entkommen. Ich wußte über ihn nur, was man hier über jeden Kulturredakteur weiß: daß er einen Band mit Liebesgeschichten veröffentlichte, in dessen Umkreis jede Liebe erstarb und jedes Geschichtenerzählen; daß er über ein Abonnement verfügt, welches ihn ermächtigt, einmal im Quartal die Fernsehspielabteilung des österreichischen Rundfunks zu besuchen und dort ein Viertel eines Drehbuchs abzuliefern, Textteile, die dann je nach Anlaß zusammengesetzt und als Mehrzweckfilme produziert werden.

Und dieser Pluch rezensiert nun einen Essayband - anderswo nicht erwähnenswert, hier eine Anmaßung. Denn in Wien, wo die Rezensenten alles volldichten, ziehen die Schriftsteller weiter zum Essay und verhalten sich seit Kraus und Musil essayistisch auch in der Dichtung. Deshalb brüstet Pluch sich schon im ersten Satz damit, daß er über den Essayband von Josef Haslinger keinen Essay zu schreiben gedenke. Er gedenkt klarerweise zu dichten und tischt zu seiner Entschuldigung auf, es mangle ihm an Raum und Muße. Ich stelle ihm beides zur Verfügung. Und, flunkert er weiter, es mangle ihm auch an Vermögen. Er konnte nicht wissen, daß ich von meinem Großvater eine Sammlung von Kondomen berühmter Männer geerbt habe und ihm, Pluch, auch mit Vermögen zur Seite stehen kann. Doch es nützt alles nichts.

Der Volltreffer des Jahres: »Treffend durch Betroffenheit«

Nachdem Pluch zugeben hat müssen, daß ihm die Voraussetzungen fehlen, um sich mit Haslingers Essays zu beschäftigen, stürzt er sich auf diese, beißt in sie hinein, nagt sie ab und spuckt den Rest als die folgende Erkenntnis aus: »Die scheinbar polemischen... Arbeiten sind auch die kulinarischesten.« Was heißt: scheinbar polemisch? Will Pluch den Schriftsteller sanft rügend darauf aufmerksam machen, daß dessen Polemik mitunter auf halbem Weg haltmacht und beim Kompromiß Quartier nimmt? O nein. Pluch liefert in Klammern seine wörtliche Übersetzung von »scheinbar polemisch« in die Sprache des herrschenden Stumpfsinns: »scheinbar polemisch (in Wahrheit aber treffend nur durch Betroffenheit)«.

Wer glaubt, einem Essayisten vom Rang eines Josef Haslinger sei nun genug gutgemeinte Gemeinheit widerfahren, der irrt. Pluch entdeckt in dem Band »ein weiteres Angebot: Information«. »Allein wegen dieser Serviceleistung sei dieses Buch hervorgehoben.« Allein dieser eine Satz, träfe er auf das Buch zu, würde es auslöschen. Zum Glück charakterisiert der Satz nur seinen Autor: der wohlwollende Literaturredakteur als brutaler Literaturmörder.

An dem Essayband selbst habe ich allerdings auch etwas auszusetzen. Der Titel lautet: »Wozu brauchen wir Atlantis«; er schließt mich ein, wo ich doch von allen Dingen, derer ich nicht bedarf, Atlantis am allerwenigsten brauche.

Verlautbarung

Damit im Zeitungswesen, im Theater und in der Literatur weiterhin alles zum besten bestellt ist, wird der ehemalige Kanzlersekretär Scholten zum neuen Kunstminister ernannt. Aus diesem Anlaß plakatiere ich die folgende

Verlautbarung

An die Künstlerinnen alle,
An die Künstler alle auch.

Wenn Sie singen oder malen
Oder sonstwie sich bewähren,
Und es tut sich niemand scheren:

Gehen Sie nicht zum Sinowatz
Und auch nicht zur Hawlicek,
Denn die sind schon alle weg.

Mit den Sorgen für das Morgen
Scholten Sie zum Sollten.

(Der übrigens mit jedem spricht,
vorausgesetzt, man verspricht sich nicht.)

Michael Scharang schrieb in KONKRET 10/90 über Rot-Häute

Konkret 02/91, S. 55

Dietrich Schulze-Marmeling

Der Ball ist deutsch

Der Deutsche Fußball-Bund (DFB), gegründet 1900, hat ein bemerkenswertes Gespür für historische Ereignisse und Traditionen. Umso betrüblicher, daß das »Anschlußspiel« der BRD gegen die DDR den »Hooligans« geopfert wurde. Es wäre nicht das erste Spiel dieser Art in der Geschichte des deutschen Fußballs gewesen. Auch der Anschluß Österreichs wurde 1938 mit einem letzten Länderspiel gegen die Mannschaft des annektierten Staats gefeiert - allerdings unplanmäßig: mit einer Niederlage der Deutschen

Der österreichische Fußball war dem deutschen bis in die 30er Jahre hinein klar überlegen. Österreich war das erste Land auf dem Kontinent, das den Berufsfußball einführte (1924), in Österreich gab es auch bereits Ende des 19. Jahrhunderts, als Fußball in Deutschland bestenfalls in exclusiven bürgerlichen und akademischen Zirkeln gespielt wurde, erste Arbeitersportvereine. Wien war eine der ersten kontinentalen Fußballmetropolen. Die Deutschen waren für die Österreicher nur »Jausengegner«, mehr Leichtathleten als Fußballer, zwar konditions- und laufstark, aber am Ball eher unbeholfen. Die sogenannte »Wiener Schule« galt dagegen als pomadig, jedoch genial, dribbelstark und ballverliebt.

Besonders überlegen war der österreichische Fußball dem deutschen in den Jahren des sogenannten »Wunderteams«. Anfang der 30er stellte Österreich eine der besten Mannschaften der Welt, deren Geburtsstunde im Mai 1931 ein sensationeller 5:0-Sieg über Schottland war. Die Auswahl des DFB wurde vom »Wunderteam« mit 6:0 (Berlin, Pfingsten 1931) und 5:0 (Wien, September 1931) abgefertigt.

Als am 3. April 1938 »Deutschösterreich«, wie es noch offiziell hieß, und Deutschland zum »Anschlußspiel« antraten, waren die Zeiten des »Wunderteams« allerdings längst vorbei. Bereits bei der Weltmeisterschaft 1934 hatten die Deutschen Österreich im Spiel um den 3. Platz mit 3:2 geschlagen. Aber im »Anschlußspiel« mobilisierten Österreichs Kicker noch einmal ihr gesamtes Können und siegten mit 2:0. Bis Cordoba 1978, als Österreich dem DFB dessen letzte Chance auf die Verteidigung des WM-Titels verbaute, sollte dies der letzte österreichische Sieg über den großen Nachbarn sein. Die Wiener Begegnung wurde zu einer antipreußischen, antideutschen Massenmanifestation. 60.000 Zuschauer feuerten ihr Team gegen die »Piefkes« so an, daß sich NS-Reichssportführer von Tschammer und Osten zur Pause über diesen »Nationalismus« beschwerte.

Es blieb nicht bei diesem einen Eklat: In den folgenden Jahren kam es bei Spielen gegen Mannschaften aus dem »Altreich« immer wieder zu antideutschen Ausschreitungen. Überliefert sind vor allem die Zwischenfälle während und nach dem Spiel Admira Wien gegen Schalke 04 im November 1940. Der Schalker Mannschaftsbus wurde demoliert und die Reifen am Kraftfahrzeug des Gauleiters Baldur von Schirach zerschnitten. Für das NS-Regime wurden die Fußballkämpfe zwischen Mannschaften aus der »Ostmark« und dem »Altreich« zu einem permanenten Ärgernis und provozierten gar einen Notenwechsel zwischen Hitler, Bormann und von Schirach, in dem »der Führer« forderte, daß »auch in Wien ein Gegensatz zwischen Altreich-Ostmark-Wien nicht mehr konstruiert werden dürfe«. Zeitweise wurde gar erwogen, »reichswichtige Spiele« nicht mehr in Wien auszutragen.

Mathias Sindelar

Schütze des 2:0 im »Anschlußspiel« war Mathias Sindelar, bis heute eine österreichische Fußball-Legende. Sindelar, ein Arbeiterkind aus dem Wiener Stadtteil Favoriten und von Beruf zunächst Autoschlosser, wird in der Fußball-Literatur als ein »Kunsttischler unter Holzfällern, ein David unter Goliaths, ein Slalomläufer zwischen Felsen, ein Virtuose, der Fußball zu einer geistvollen Kunst erhoben hatte«, charakterisiert. Wegen seiner schmächtigen Gestalt wurde er auch »der Papierene« genannt; er galt als »denkender Fußballer«, der spielerische Intelligenz und Technik dem kraftvollen Einsatz vorzog. In der Sindelar-Hymne des Schriftstellers und Sportlers Friedrich Torberg - »Auf den Tod eines Fußballspielers« - heißt es:

Er spielte Fußball wie kein zweiter,

er stak voll Witz und Phantasie.

Er spielte lässig, leicht und heiter.

Er spielte stets, er kämpfte nie.

Sindelar war die zentrale Figur des »Wunderteams«, Spielgestalter und Torjäger zugleich. Zwischen 1926 und 1938 spielte er in 44 Länderspielen, in denen er 27 Tore schoß. Der damalige »Reichstrainer« Sepp Herberger bemühte sich vergeblich, Sindelar für seine großdeutsche Auswahl zu gewinnen, deren erste Bewährungsprobe das Weltturnier 1938 war. Österreich hatte sich wie Deutschland für das Turnier qualifiziert, aber Ende März mußte der Österreichische Fußball-Bund (ÖFB) dem Weltverband FIFA seine Liquidation mitteilen. Die Addition der zwei »Super-Mannschaften« wurde zu einem Desaster, bereits im ersten Spiel kam gegen die Schweiz das »Aus«.

Sindelar hatte gegenüber Herberger auf sein Alter von bereits 35 Jahren verwiesen, aber der Fußball-Lehrer vermutete zeitlebens politische Motive: »Ich brauchte einen Mann wie Sindelar wegen seiner Erfahrung, seiner Spielübersicht und seiner Autorität. Aber Sindelar wollte nicht, und zwar aus politischen Gründen. Er konnte sich mit dem Nazi-Regime nicht identifizieren. Das gab er mir gegenüber freilich nicht zu.«

Am 23. Januar 1939 schied Mathias Sindelar aus dem Leben. Im Polizeibericht hieß es: »Tod durch Kohlenoxyd«. Der Abzug seines Ofens war verstopft gewesen, so daß das tödliche Gas nicht entweichen konnte. Mit Sindelar erstickte auch seine Freundin. Die genauen Umstände des Todes des Fußballhelden konnten nie geklärt werden, doch spricht einiges für die Vermutung, daß es sich nicht um einen Unfall, sondern um Selbstmord gehandelt hatte. Offensichtlich hegte auch Herberger diesen Verdacht: »Ohne daß ich es wußte, befand er sich damals schon in einer ausweglosen Situation.« Und Torberg schrieb in seiner Hymne über den plötzlichen Tod des Fußballgenies:

Bis eines Tages ein andrer Gegner,
ihm jählings in die Quere trat,
ein fremd und furchtbar überlegner,
vor dem's nicht Regel gab noch Rat.
Von einem einzigen harten Tritte
fand sich der Spieler Sindelar
verstoßen aus des Planes Mitte,
weil es die neue Ordnung war.
Ein Weilchen stand er noch daneben,
bevor er abging und nach Haus.
Im Fußballspiel, ganz wie im Leben,
war's mit der Wiener Schule aus.
Er war gewohnt zu kombinieren,
er kombinierte manchen Tag.
Sein Überblick ließ ihn erspüren,
daß seine Chance im Gashahn lag.

»Austria und Hakoah«

Sindelars Verein war die Wiener Austria, deren größte Erfolge die Mitropa-Cup-Siege von 1933 und 1936 waren. Der Mitropa-Cup war ein Vorläufer der heutigen Europapokal-Wettbewerbe, an dem damals die besten österreichischen, italienischen, ungarischen, tschechischen und jugoslawischen Mannschaften teilnahmen. Auf internationaler Ebene hat die Austria heute, wie der österreichische Fußball überhaupt, nicht mehr viel zu bestellen, aber in der Alpenrepublik selbst zählt sie noch immer zu den führenden Vereinen. Noch im vergangenen Jahr wurde sie Cup-Sieger, die jüngste von insgesamt 18 Meisterschaften datiert von 1986.

Die Austria galt als »jüdischer Verein«, faktisch war sie allerdings nur ein österreichischer Verein, in dem auf der Funktionärsebene wie auf dem Spielfeld etliche Juden aktiv waren. Noch heute wird die Austria von gegnerischen Anhängern, insbesondere von denen des Lokalrivalen Rapid, mit antisemitischen Schmähungen bedacht. Nach dem Anschluß hatte der Präsident der Austria, Dr. Emmanuel »Michl« Schwarz, sein Amt zu quittieren. Statt seiner übernahm ein von den Nazis eingesetzter, ihnen politisch und rassisch genehmer sogenannter »Vereinsführer« die Leitung des traditionsreichen Fußballklubs. Doch viele Mitglieder, so auch der als anhänglich beschriebene Sindelar, blieben ihrem alten Präsidenten treu. Sindelar in den Märztagen 1938 zu Dr. Schwarz: »Der neuche Vereinsführer hat uns verboten, daß ma Ihna griaß'n. I, Herr Doktor, wer' Ihna oba immer griaß'n.«

Anders als die Austria war die Wiener Hakoah (das hebräische Wort für Kraft) tatsächlich ein jüdischer Verein. Nicht-Juden wurden nur als Trainer zugelassen. Hakoah, 1909 gegründet, war die Antwort auf den Wiener Antisemitismus, der jüdischen Sportlern in vielen Vereinen das Leben schwer machte. Hakoah avancierte zum bedeutendsten Allround-Sportklub Österreichs, und »in der österreichischen Öffentlichkeit kam dem Verein eine Stelle zu wie wohl keiner anderen jüdischen Organisation« (John Bunzl). Während bei der Austria vor allem assimilierte Juden Mitglieder wurden, bekannte sich die Hakoah offen zur Förderung des Selbstbewußtseins der Juden und des jüdischen Nationalbewußtseins. Trotzdem hatten hier Juden, die nicht mehr wollten, als dem Antisemitismus in vielen österreichischen Sportvereinen zu entgehen, genauso ihre Heimat wie überzeugte Zionisten.

Vor allem die Fußball-Abteilung der Hakoah errang große Erfolge. Von 1920 bis 1928 spielte der Verein in der höchsten Klasse, und 1925 gewann Hakoah gar die österreichische Meisterschaft. Aber auch international sorgten die jüdischen Balltreter für Furore: Zu einer Zeit, als englische Klubmannschaften den kontinentalen als weit überlegen galten, schlug Hakoah 1923 den Cup-Finalisten Westham United auf dessen eigenem Londoner Platz sensationell mit 5:0. Der »Daily Mail« konstatierte anerkennend eine Vorführung »wissenschaftlichen Fußballs«. »Kein Kraftfußball, kein `kick and rush', dafür hatten sie nichts übrig. Dagegen kombinierten sie prächtig.«

Ihr Ziel, den Antisemitismus durch sportliche Erfolge zu »widerlegen«, erreichte die Hakoah nicht. Ihre Siege, sofern diese von den Antisemiten überhaupt registriert wurden, dienten lediglich als zusätzliche Belege für den gemeingefährlichen Charakter der jüdischen Herausforderung. Zwei Drittel der ca. 180.000 österreichischen Juden wurden in die Emigration getrieben, ungefähr 60.000 fielen der nationalsozialistischen Mordmaschinerie zum Opfer.

Trotzdem waren die Jahre der Hakoah folgenreich. Den am Projekt Beteiligten blieb nicht nur die Erfahrung kollektiver Selbstbestätigung, sondern »die Erziehung und Aktivierung, die die Hakoahner sich durch ihren Sport selbst zuteil werden ließen, (dürfte) sehr dazu beigetragen haben, daß der überwiegende Teil der Vereinsmitglieder sich der Vernichtungsmaschinerie Hitlers rechtzeitig durch Emigration entzog« (John Bunzl).

Proletarische Arier und bürgerliche Juden

Besser als der Austria und der Hakoah erging es dem SK Rapid, einem Arbeiterverein, der in einem eher roten Milieu groß geworden war. Die Begünstigung Rapids hatte allerdings ein Ende, als die Wiener 1941 im Finale um die großdeutsche Meisterschaft den deutschen Arbeiterverein Schalke 04 mit 4:3 schlugen. Die NS-Sportführung war voll und ganz auf einen Schalker Sieg eingerichtet, dessen man sich so sicher war, daß Schalke 04 bereits vor Spielbeginn auf der Trophäe eingraviert war. Binnen nur 18 Minuten verwandelte Rapid vor 100.000 Zuschauern im Berliner Olympiastadion einen 0:3 Rückstand in einen 4:3 Sieg. Das Nazi-Regime erwies sich als der erwartet schlechte Verlierer: Statt einer Jubelfeier gab es in Wien nur eine Erklärung der NS-Sportführung, »daß die bessere Mannschaft verloren habe«. Die Rache folgte auf dem Fuß: Rapids beste Spieler, darunter auch der dreifache Torschütze Franz »Bimbo« Binder, wurden an die Front beordert.

Schalke 04 war ein »bürgerlicher Arbeiterverein«. Seine Mitgliedschaft rekrutierte sich aus dem proletarischen Milieu, aber der Verein gehörte nicht der organisierten Arbeitersportbewegung an, sondern dem bürgerlichen Spielverband. Dies war keineswegs ungewöhnlich, obwohl Schalke in einer Gegend beheimatet war, die zu Weimarer Zeiten tiefrot votierte. Die überwiegende Mehrheit aller proletarischen Kicker, auch der sozialdemokratisch oder kommunistisch wählenden, tummelte sich in Vereinen, die sich an der bürgerlichen Wettkampfordnung beteiligten. Die Abstinenz proletarischer Kicker gegenüber den Sportorganisationen der Arbeiterbewegung lag nicht nur in deren schlechterer materieller Ausstattung und dem unterentwickelten Wettkampfbetrieb begründet, sondern auch in einer sektiererischen und puristischen Haltung der Arbeitersportbewegung gegenüber dem Balltreten, die mit der Ablehnung des »englischen Spiels« durch die nationalkonservative Deutsche Turnerschaft durchaus mithalten konnte.

Die Nazis benutzten Schalke, um ihre Vorstellungen vom deutschen Arbeiter zu transportieren. Aus ehemaligen Repräsentanten einer Klasse wurden Repräsentanten des NS-Regimes, das die Schalker Siege als Erfolge ihrer Ertüchtigungsideologie zelebrierte. Es war sicherlich kein Zufall, daß die Blau-Weißen sechs ihrer insgesamt sieben Meistertitel in der Zeit des NS-Regimes errangen, wenngleich der Schalker Stern bereits vor 1933 aufging und die Schalker Erfolgsära nicht einfach ein nationalsozialistisches Retortenprodukt war.

Waren die Schalker also Nazis? Dies zu behaupten, würde die Sache unzulässig vereinfachen, aber angenehmer ist die Wahrheit auch nicht: Die ersten Jahre nach der Machtergreifung waren noch vom braunen Terror bestimmt, von Hausdurchsuchungen und Verhaftungen. Aber schon bald wurden der wirtschaftliche Aufschwung und die neue soziale Sicherheit, die das Regime garantierte, zum ersten Gesprächsthema. Es folgte eine gewisse Bewunderung für Hitlers erfolgreichen außenpolitischen Auftakt - Österreich und das Sudetenland , und ehemalige Ablehnung wich zusehends der Neutralität. Man fand, daß man mit dem Regime auskommen und unter seiner Herrschaft überleben konnte - sofern man nicht aktiver Widerständler oder Jude war. Die Mehrheit der Arbeiter in den ehemals roten Hochburgen hatte sich Ende der 30er Jahre mit der NS-Herrschaft mehr oder weniger arrangiert.

Was lehrt uns die Geschichte des Fußballs unter nationalsozialistischer Regie? Der Name Austria, die Bekundung einer von Deutschland separaten österreichischen Identität, war von Übel, aber offensichtlich nicht von gleich großem Übel wie ein jüdischer Vereinspräsident. Kickern aus der deutschen Arbeiterschaft erging es besser als ihren österreichischen Kollegen, und deutschen und österreichischen proletarischen Kickern weitaus besser als den eher bürgerlichen jüdischen Balltretern. Ein jüdischer Sportklub wurde verboten und seine Mitglieder verfolgt, ein österreichischer Klub mit starkem jüdischen Einfluß seiner jüdischen Mitglieder beraubt, ein österreichischer Arbeiterverein integriert und begünstigt und ein deutscher Arbeiterverein integriert und noch mehr begünstigt. Das Nazi-Regime war eben auch im Sport nicht nur brutale

Klassenherrschaft, sondern auch - oder muß man nicht vielmehr sagen: in erster Linie? - Deutschenherrschaft.

Im Wiener Junius Verlag ist 1987 ein ausgezeichnetes Buch über die Geschichte der Hakoah erschienen: »Hoppauf Hakoah« von Joseph Bunzl

Dietrich Schulze-Marmeling arbeitet an einem Projekt zur sozialen und politischen Geschichte des Fußballs

Konkret 02/91, S. 58

Karl Anton & Vororth

»Ham Sie nicht den kleinen Cohn gesehn?«

Sage niemand, die Deutschen seien kein fröhliches Volk: Vor noch nicht einmal fünfzig Jahren gab es Kabarett reichlich und gut nur in den Gettos, Internierungs-, Konzentrations- und Vernichtungslagern. Es wurden Tränen gelacht

Als der Krieg begann, da machten es sich viele einfach. Sie machten einfach weiter. Evelyn Künnecke, die es gern hörte, wenn man sie die »Swing-Nachtigall aus Berlin« nannte, entschloß sich am Abend des Tages, an dem seit 5.54 Uhr zurückgeschossen wurde, einfach mit in den Krieg zu ziehen:

»Abends spät, weit nach Mitternacht, saß ich barfuß auf meiner Bettkante, hatte die Stepschuhe in der Hand, schaute mir die knallharten Stahlplatten an und dachte: Was soll ich jetzt damit? Was ist das überhaupt: Krieg? So was kennt man doch nur aus Büchern, verdammt! Würden jetzt auch die Männer Stahl an den Füßen haben, dicke Kommißnägel unter den Knobelbechern, und einen neuen Rhythmus in die Welt tragen? Würde ich da meinen Swing überhaupt noch anbrigen können?

Was das betrifft: Ich konnte!

Indem ich noch irrer als bisher stepte und swingte, präsentierte ich das aktuelle Gegenteil vom aktuellen Bumbum. Frech wie Trotzköpfchen, die Romanheldin meiner Kinderzeit, swingte ich gegen den Lärm der Nagelstiefel und Wochenschaukanonen an und fand mich toll!«

Da war sie nicht allein. Sie tanzte, andere sangen oder rezitierten nach jener Weisung aus dem Reichspropagandaministerium, die kurz und knapp allen Unterhaltungskünstlerinnen und -künstlern ihren Frontabschnitt zugewiesen hatte: »Die gute Laune ist ein Kriegsartikel. Unter Umständen kann sie nicht nur kriegswichtig, sondern auch kriegsentscheidend sein.« Doch nicht alle ahnten, daß wirklich alle gemeint waren.

Die einen gehorchten sofort. Von jenem Tag an, da überfallen wurde, liefen in den Vorprogrammen in den Kinos kleine Sketche, in denen Ludwig Schmitz und Jupp Hussels als das Duo Tran und Helle, selbstverständlich gutgelaunt, sich solch klassischen Show-Themen wie Hamstern, Schleichhandel und Luftschutzübung widmeten. Ein andermal erinnerten sie an die »Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen«, die das Abhören ausländischer Rundfunksender verbot. »Tran und Helle hören fremd« hieß die Filmfassung, und für den Hausgebrauch wurde auch dieser Sketch in Reime gesetzt, Standbilder aus dem Film dazu, das Ganze mit 13 anderen Hussels-Schmitz-Sketchen gedruckt, gebunden und für 60 Pfennige unter dem Titel »Ausländische Sender« an den Volksgenossen gebracht. Kostprobe:

Tran ist ein moderner Mann,

schafft sich auch ein Radio an.

»Stell mal an, ich bin ganz Ohr«,

sagt der Jupp, und Tran führt vor:

»Willst Du Breslau, willst Du Wien

oder Königsberg, Stettin

oder willst Du...London hören?

Hier kann uns doch keiner stören...«

»Tran«, ruft Jupp, »das laß man sein,

denn sonst lochen sie Dich ein.«

»Mensch , was kann denn schon passieren,

wenn wir uns mal orientieren,

auf Paris und London stellen,

das sind doch...« »...ganz trübe Quellen«,

warnt der Jupp, »eins ist doch klar,

was die sagen, ist nie wahr!

Durch ihr Lügen woll'n sie siegen,

uns moralisch unterkriegen.«

»Schön«, sagt Tran, »dann laß ich`s sein,

jetzt stell ich Musike ein.
Denn, das sag ich Dir, mein Bester,
so`n Pariser Tanzorchester -
kleine Mädchen ohne was,
glaub mir, das macht schon Spaß!«
»Aber Spaß wird`s Dir nicht machen,
wenn Du in gestreiften Sachen
auf der harten Pritsche sitzt
und vor Angst und Reue schwitzt,
ob in Worten oder Noten:
Ausland hören ist verboten!«

63 Folgen wurden produziert. Im Herbst 1940 meldete das Reichssicherheitshauptamt Zweifel an der propagandistischen Wirkung an: »Die Filme drohen zur 'humoristischen Einlage' herabzusinken und ihre erzieherische und propagandistische Wirkung zu verlieren.« Die Serie verschwand aus den Kinos.

*

Eine Erinnerung:

Jetzt ist er im achtzigsten Lebensjahr gestorben: Friedrich Luft, der Kabarettist der Kritik, der allsonntäglich seit dem 7. Februar 1946 seine atemlose-gehetzte »Stimme der Kritik« im Rias, dem Rundfunk im amerikanischen Sektor hatte erklingen lassen - im unmittelbaren Anschluß an die Kindersendung mit dem (Achtung Reim!) »Onkel Tobias vom Rias«. Luft war 29 Jahre alt, als der Zweite Weltkrieg begann. In der »FAZ« wußte Georg Hensel zu berichten, daß Luft erst eingezogen und dann, 1942, zur Heeresfilmstelle nach Berlin versetzt wurde, um dort »Drehbücher für Lehrfilme wie 'Die Brieftaube im Einsatz' oder 'Das Pferd und die Gasmaske für das Pferd'« zu schreiben. Doch nicht nur das: Luft verfaßte auch die Drehbücher für die Sketch-Serie »Liese und Miese«, die als Kino-Vorprogramm lief und, ähnlich wie die Serie »Tran und Helle«, die »Moral der Volksgemeinschaft« stärken sollte.

*

Den beiden Witzereißern waren die Witze sowieso ausgegangen. Aus höherem, staatspolitischen Interesse. Jupp Hussels: »Früher war es lächerlich leicht, politische Witze zu machen. Man glossierte nur eine Partei nach der anderen, veräppelte die fortgesetzt wechselnden Minister oder sprach über die Hilflosigkeit der Regierung, das wirkte immer. Wer aber ist heute so instinktlos und vermessen, unsere Führung glossieren zu wollen? Ist es nicht billig und dumm, Maßnahmen der Regierung, die nur zum Wohle des Volkes in unermüdlicher Arbeit erdacht und getroffen werden, zu bewitzeln?«

Die Zeit der Witze sei vorbei, versprach auch schon 1937 Elow in einem Programm der »Touristen«, einem von ihm gegründeten »Kabarett jüdischer Autoren«, das im Berliner Brüdervereinshaus in der Kurfürstenstraße spielte. »Wir haben«, so der Conférencier, »die Verpflichtung Ihnen Freude und frohe Laune zu bringen. Man kann auch Freude ernst nehmen.« Die Verpflichtung zur »Freude und frohen Laune« resultierte aus der staatlichen Duldung kultureller Aktivitäten in den jüdischen Gemeinden. Die Texte waren dem Reichspropagandaministerium einzureichen und von Reichskulturwart Hinkel freizugeben. Die Resonanz der jüdischen Presse war verhalten wohlwollend. »Ein Kabarett ist nicht dazu bestimmt«, war im Berliner »Gemeindeblattder Jüdischen Reformgemeinde« zu lesen, »ausschließlich die Lachmuskeln zu reizen, namentlich nicht in unserer Lage... Es soll uns vielmehr in gefälliger künstlerischer Form zu den Tagesfragen, Tagessorgen und Tagesverquertheiten Stellung nehmend, dennoch darüber hinausheben. Das haben die 'Touristen' getan.«

Neben den »Touristen« gab es in Berlin die 1935 gegründete und von Max Ehrlich geleitete Kleinkunstbühne des Jüdischen Kulturbundes, die bis kurz vor Kriegsausbruch kabarettistische Abende veranstaltete - erst im Café Leon am Kurfürstendamm, dann im Logenhaus des verbotenen Ordens Bnei Brit und schließlich im Kulturbund-Saal in der Kommandantenstraße. Max Ehrlich schrieb zusammen mit seinem Freund Willy Rosen musikalische Lustspiele und Unterhaltungsrevuen. Die letzte, »Revue der Revuen«, startete im März 1939. Anschließend reisten die beiden in die Niederlande aus. Nur ein gutes Jahr später, im Mai 1940, nach der Besetzung der Niederlande, hatte Deutschland sie eingeholt, festgenommen und im Durchgangslager Westerbork interniert. Sie sollten bis an ihr Lebensende Kabarett spielen müssen.

In dem Lager trafen sich zwangsweise alle aus der Berliner und Wiener Kleinkunstszene wieder, die vor den Nazis in die Niederlande geflohen waren: Max Ehrlich, Franz Engel, Otto Wallburg, Hermann Feiner, Josef Baar, Chaja Goldstein,

Alice Dorell, Otto Aurich, Erich Ziegler, Rudolf Nelson, Camilla Spira, Kurt Gerron, Willy Rosen.

Sie mußten spielen. Lagerkommandant Gemmeker, SS-Obersturmführer, sorgte sich um die Ruhe im Lager, um den pünktlichen Abgang der Züge nach Theresienstadt, Auschwitz und Sobibor, sowie um die leichte Muse. In der Registrierungsbaracke entstand eine Bühne mit einem Ehrenplatz für den Kommandanten in der ersten Reihe. Er sollte auch was geboten bekommen. In der »Hochburg des europäischen Kabaretts« folgte eine Revue auf die andere: »Humor und Melodie«, »Bravo da capo«, »Total verrückt«. Die Programme waren von jener nichtssagenden Geschmeidigkeit, die auch in friedlicheren Zeiten üblich gewesen war: Schlager und Operettenmelodien, Sketche und Witze, ein bißchen Tanz und ein bißchen Nummernansage.

Die Menschen lachten Tränen: Gespielt wurde immer an Tagen, an denen Transporte eintrafen oder Richtung Osten abgingen. Im Sommer 1944 schloß die »Bühne Lager Westerbork« und die Kabarettisten, die immer auch gehofft hatten, durch ihr Spiel zu überleben, wurden nach Theresienstadt verfrachtet.

*

Eine Abweichung:

Ach ja, das Lachen. Kant zufolge ist es der Lebenskraft zuträglich, denn es fördere die Verdauung, Canetti behauptet, man lache anstatt zu essen, Lachen sei die Substitution von Verschlingen. Es kritisiere Auswüchse und Unzulänglichkeiten (Bergson), ein französisches Sprichwort verheißt, daß reichliches Lachen so nahrhaft sei wie ein großes Steak. Nur der Mensch könne lachen (Breton) und für Schopenhauer ergibt sich das Lachen aus der Einsicht in ein Mißverhältnis. Plessner meint, gerade indem der Mensch lachend eine nicht mehr sinnvoll zu bewältigende Situation beantwortet, bezeuge er »noch sein souveränes Verständnis des Unverstehbaren, noch seine Macht in der Ohnmacht, noch seine Freiheit und Größe im Zwang«.

Dagegen und dafür stehen zwei Geschichten: »Ein enger Freund von mir war während der Tage des Schreckens in Vietnam. Als er ankam, beobachtete er eine Gruppe vietnamesischer Frauen, die sich vor Lachen ausschütten wollten, als ihnen Fotografien von Bombenexplosionen in ihrem Heimatdorf gezeigt wurden, die Dutzende von Kindern, viele davon nahe Verwandte, getötet oder verstümmelt hatten. Unnötig zu sagen, wie erschreckt und verdutzt er war... Als mein Freund Zeuge mehrerer ähnlicher Vorfälle wurde und die Menschen besser kennenlernte, wurde es offenkundig, daß dies nicht Ausdruck der Gefühllosigkeit und Gleichgültigkeit war, sondern die extreme Haltung von Entsetzen und Trauer« (R.C. Solomon: Emotionen und Anthropologie).

Fania Fenelon (»Das Mädchenorchester in Auschwitz«) schreibt über ein Konzert im Beisein Himmlers: »Jetzt trennen uns ungefähr zwanzig Meter von ihm. Alma hat ihn kaum entdeckt, da steht sie auch schon stramm, um ein Haar hätten wir ihre Absätze knallen hören können! Ein Wink, und unser Orchester spielt den Auftakt, ‘Die lustige Witwe’; unter dieser Sonne, auf dieser Tri-büne, neben den Wachtürmen, hinter den Stacheldrahtzäunen, vor diesen Männern in Uniform. Es dünkt mich unglaublich, lachhaft, grotesk.«

*

In Theresienstadt tobte das kulturelle Leben mit Sinfoniekonzerten und Opernaufführungen, mit dem Jazz der »Ghetto Swingers«, mit nicht weniger als vier Kabarett-Ensembles auf Geheiß des Lagerkommandanten, der das Vorzeige-Getto nicht nur in Schuß, sondern auch noch in Schwung hielt. Die Rotkreuz-Delegationen, die ab und an zu Besuch kamen, waren immer begeistert. Leo Strauß, Wiener Kabarettist, reimte über Theresienstadt:

»Wollt Ihr ins Kaffeehaus gehen,/ Ziehts zum Cabaret Euch hin,/Wollt Ihr’s Strauß-Ensemble sehen,/Kommt hierher, wo ich jetzt bin./ Alle Sorgen sind vertrieben,/ Hier an diesem schönen Fleck - Und nur eine ist geblieben,/ Wie kommt man hier wieder weg?«

Die Antwort: Alle aus dem Muster-Getto Theresienstadt haben ein gemeinsames Sterbejahr, 1944, und einen gemeinsamen Todesort. Auschwitz.

Westerbork und Theresienstadt waren keine Ausnahmen. Kaum ein Internierungslager, Getto oder Konzentrationslager, in dem nicht auch getingelt wurde: Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen, Mauthausen, Börgermoor und Esterwegen, in Villemalard, Le Vernet und in Gurs.

Im Getto in Lodz, das Litzmannstadt genannt werden mußte, artete alles gar in einen Wettstreit aus. Im Tagesbericht des Judenrats heißt es am 9. Juni 1943 aus Anlaß der Revue des Ordnungsdienstes: »Der Erfolg der einen Ressortrevue ließ die verborgenen blühenden Künstler eines anderen Ressorts nicht schlafen. So kam es, daß sich ein gewisses Revuefieber im Getto verbreitete und daß im Laufe des Jahres 1943 eine Veranstaltung die andere jagte ... Es gibt natürlich viele Menschen im Getto, die schon jetzt die Köpfe schütteln und es unwillig ablehnen, diesen Zauber mitzumachen, indem sie auf dem Standpunkt stehen, die Lage der Juden im Getto und im allgemeinen erlaube nicht eine solche Verflachung des

gesellschaftlichen Lebens. Aber es hieße den elementarsten Lebenswillen gequälter Menschen zu unterdrücken, wollte man diese einzigen Ventile der Vitalität und der Lebensbejahung schließen. Einmal wieder in einem Theatersaal sitzen, abseits von der trostlosen Gefangenenhausatmosphäre, einmal wieder in der Pause im Foyer des Kulturhauses plauschen, flirten, ein neues Kleid zeigen, gut frisiert sein ist nun einmal ein nicht zu unterdrückendes Bedürfnis von Menschen, die in einem erstrangigen Kulturzentrum, wie es Litzmannstadt vor dem Kriege war, gelebt haben. So will auch der Chronist diese Vorgänge mit Nachsicht verzeichnen und dem künftigen Leser sagen, daß das Leid im Getto deswegen nicht geringer war, weil es auch einige frohe Stunden gegeben hat.« Zwei Tage später, am 11. Juni 1943, befahl Himmler, das Getto in Lodz in ein Konzentrationslager umzuwandeln.

Selbst im Vernichtungslager Auschwitz war die leichte Muse unterwegs. Kazimierz Smolen, der Direktor des staatlichen Museums Oswiecim-Brzezinka berichtet: »Besonders beliebt waren aber satirische und humoristische Texte, vor allem solche, die sich mit einer Art schwarzen Humors über das tägliche Leben ausließen. In den Häftlingsensembles hatten sie Lieder, scherzhafte Couplets, Erzählungen und Witze. Sie organisierten, indem sie auf das eigene Repertoire aus der Zeit vor der Gefangennahme zurückgriffen, mit großem Energieeinsatz bunte Abende für kleine Kreise von Gefangenen in verschiedenen Blöcken.«

Die Kabarettexte aus dieser Zeit sind von großer Gefälligkeit. Das war auch ihre Aufgabe. Nie erreichten sie jene Schärfe und Unerbittlichkeit, die sich etwa in dem »Krematoriumsesperanto« der polnischen KZ-Häftlinge in Auschwitz wiederfindet. Witzelte Fritz Grünbaum in Dachau von der Bühne herunter »Wer keine Seife hat, soll sich auch keine Konzentrationslager halten«, so wird die rare »sayfa« im KZ Auschwitz nach der Herstellerfirma »RIF« benannt, was die Häftlinge mit »rein jüdisches Fett« übersetzten, da sie die Deutschen verdächtigten, die Seife aus menschlichem Fett hergestellt zu haben. »RIF« steht für »Reichsstelle für Industrielle Fettversorgung«.

Spielten Franz Engel und Max Ehrlich im KZ Westerbork, Bobby John und Ernst Morgan im Getto Theresienstadt die Nummer mit den Herren Fröhlich und Schön mit geradezu routinierter Selbstverständlichkeit an ihrer eigenen Wirklichkeit vorbei - »Jüngst war ich beim Professor,/ Zu dick bin ich, sagt er./ Drum soll vorm Schlafengehen/ Ich gar nichts essen mehr« - so ist die »szajseraj« also der »durchfal« in Auschwitz Gegenstand eines populären Lagerliedes: »Ja der durchfal ist eine Scheiß-Krankheit, die jeder haben kann, sogar der Kommandant geht nicht ohne, und sie holt sich der Schreiber, Milliardär und Bauer; sie quält den Menschen und vergiftet ihm das Leben, so daß einen der Schlag treffe; wer das versteht, wer es selbst auskostet und auf dem Kübel singt: das ist der letzte Tropfen, vielleicht kommen keine mehr, so wie dieser quälten hundertausend...«

Was so gefällig daherkam, war nicht unumstritten. Schon 1937 schrieb die jüdische »C.V.-Zeitung«: »Es gibt (und gab immer) Erlebnisse, deren Ernst sie für gewisse Kunstformen, wie es das Chanson ist, ungeeignet macht.« Dagegen Viktor Mateijka, Wiener, der als Politischer in Dachau bei der SS durchgesetzt hatte, daß man auf dem Lagerplatz Theater im Freien spielen durfte: »Das Hitler-Regime war die äußerste Willkür, die sich denken läßt. Da ist alles erlaubt. Theater und Kabarett, und was ihr wollt. Es ging ums nackte Überleben.« Sahen die einen die Willfähigkeit, mit der sich die Künstlerinnen und Künstler unter den Augen der Wachmannschaften immer auch ein wenig anbiedernd produzierten - »Zirkus Konzentrazani« hieß 1933 das bunte Programm auf dem Lagerplatz in Börgermoor - als Beispiel dafür an, wie die ansonsten so deutliche Unterscheidung zwischen den Tätern und Opfern verwischt wurde, so setzten andere auf die Hoffnung, daß allein Arbeit sie retten könnte. Sie ließen es deshalb nicht an Diszplin und Disziplinierungen fehlen.

Beispiel dafür ist Alma Rose, Dirigentin des Frauenorchesters in Auschwitz, die mit deutschem Drill und verbissenem Ehrgeiz einen vollkommenen Klangkörper zu schaffen suchte. Beispiel ist auch der Kabarettist und Regisseur Kurt Gerron, der im Spätsommer 1944 in Theresienstadt die Aufgabe übertragen bekam, den Film »Der Führer schenkt den Juden eine Stadt« zu machen. »Gerron hat alles um sich herum vergessen. Er verbiß sich in seine neue Aufgabe, war der große Regisseur, spielte Hollywood«, sagt Coco Schumann, der in Theresienstadt Schlagzeuger bei den »Ghetto Swingers« war. Vlasta Schön, Schauspielerin auch in Theresienstadt, war dabei, als Gerron um den Lohn seiner Arbeit bettelte: »Ich habe ihn in Theresienstadt an der Rampe gesehen. Der Zug stand abfahrbereit. Gerron sank auf die Knie und bat, bleiben zu dürfen. Er sagte: Ich habe euch diesen Film gemacht! Die SS-Stiefel haben ihn in den Waggon getreten.« Er verschwand. Ermordet in Auschwitz.

Die Frage »Ham Sie nicht den kleinen Cohn gesehn?« erübrigte sich fortan.

Die anderen machten weiter. Ganz einfach. Evelyn Künnecke beispielsweise. Die hatte 1945 vielleicht Sorgen: »Außer Bademantel und Hausschuhen hatte ich nichts anzuziehen! Ich kam mir vor wie die barfüßige Gräfin. Solange jedenfalls, bis ich meinen Rappel kriegte. ‘Als Trivialkünstlerin brauche ich endlich ein schickes Abendkleid’, verkündete ich laut und holte unseren Eßzimmervorhang von der Leine. Toll war das alles: echt, weil arm!«

Das Erste Deutsche Fernsehen zeigt am Donnerstag, 31.Januar, um 20.15 Uhr »Totentanz«, einen Film von Volker Kühn über Kabarett in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches. Der Film zeichnet mit bisher unbekanntem Bildmaterial,

mit Stellungnahmen der wenigen Überlebenden auch die Widersprüchlichkeiten dieser geduldeten, teilweise sogar befohlenen Kabarett-Auftritte. Kühn gab zuletzt bei Quadriga eine fünfbändige Kabarett-Bibliothek heraus.

Karl Anton &Vororth sind Journalisten und leben in Lübeck und Hamburg

Konkret 02/91, S. 62

Nora Räthzel

Wie läßt sich »Rassismus« erklären? Herrschaft und Identität

Daß anti-rassistische Arbeit notwendig sei, wird von Podien herab und auf Transparenten gern und zumeist einmütig verkündet. In der Regel bleibt es beim wohlklingenden Appell, denn was »Rassismus« überhaupt ist, welche Ursachen er hat und wie er folglich zu bekämpfen sein könnte, ist umstritten. In KONKRET 11/90 (»Die Falle des Anti-Rassismus») hatte Jan Philipp Reemtsma »rassistische Einstellungen« als Resultat einer Verfolgungspraxis interpretiert, die das verfolgende Kollektiv selbst nicht mehr begreift, weil ihm seine ursprüngliche Motivation abhandengekommen ist. Reemtsma hielt den »Anti-Rassisten« vor, sie beschäftigten sich »letztlich doch nur mit dem Bild, das der Rassist von sich und der Geschichte entwirft«. In einer Replik auf Reemtsmas Thesen betont Nora Räthzel die durch die Geschichte sich gleichbleibende herrschaftsstabilisierende und identitätsstiftende Funktion rassistischer Verfolgung. Darauf antwortet Reemtsma

Herrschaft und Identität

Jan Philipp Reemtsma hat in KONKRET 11/90 vorgeschlagen, den Begriff des »Rassismus« ganz aufzugeben. Sein Hauptargument lautet: »Wenn gezeigt werden kann, daß eine konkrete historisch beschreibbare Verfolgungsgeschichte eine `rassistische Einstellung' als ihr Resultat hervorbringt, dann kann man bestreiten, daß es gerechtfertigt ist, in konkreten, politisch benennbaren Verfolgungen oder Diskriminierungen die `rassistische Einstellung' als den primären Erklärungsgrund anzuführen. Mehr noch: Wenn die Idee einer `rassistischen Einstellung' die Erklärung ist, die sich das verfolgende Kollektiv für die Persistenz seiner eigenen Praxis sucht, für die ihm die Gründe abhandengekommen sind, dann würde jede antirassistische `Vorurteilsbekämpfung' nur das Terrain betreten, das der Rassismus ihm vorher bereitet hat.«

Diese Argumentationsweise setzt dreierlei voraus: 1. daß Rassismus eine 'Einstellung' ist, 2. daß, wer von Rassismus spricht, diese 'Einstellung' für die Ursache der Verfolgungspraxis hält und 3. daß die Ursachen für die Verfolgungspraxis im Verhalten der Verfolgten zu finden sind. Alle drei Voraussetzungen halte ich für falsch.

Fangen wir mit der letzten an: Mit Hinweis auf die Verfolgung der sogenannten Conversos im mittelalterlichen Spanien heißt es bei Reemtsma: »Doch war der ursprüngliche Verfolgungsgrund entfallen: Die Juden waren in die christliche Gemeinschaft gezwungen, sie hatten sich assimiliert, wie man es später ausdrückte.« Also war die Tatsache, daß die Juden vorher kein Teil der christlichen Gemeinschaft waren, der Grund für ihre Verfolgung? Wenn Reemtsma sagt, der Rassismus (als Einstellung) entstehe zu einem Zeitpunkt, »an dem die ursprünglichen Ursachen resp. Motive der Verfolgung nicht mehr weiterexistieren«, dann unterstellt er, die ursprünglich vorgebrachten Motive seien zugleich die Ursachen der Verfolgung gewesen und bekräftigt, zumindest für die vorrassistische Zeit, die Behauptung, die er an anderer Stelle angreift, daß »irgendetwas doch an den Juden dran sein (muß), daß man sie so ausdauernd verfolgt«.

Der Rassismusbegriff kann dazu dienen, die Ursachen von Diskriminierungen und Verfolgung bei den Verfolgern zu suchen, statt bei den Verfolgten. Rassismus kann begriffen werden als eine Praxis der Rassenkonstruktion, das heißt, als ein Prozeß, in dem eine Gruppe dadurch zur »Rasse« gemacht wird, daß bestimmte (vorhandene oder zugeschriebene) körperliche Merkmale und bestimmte (vorhandene oder zugeschriebene) Verhaltensweisen verknüpft und zu unveränderlichen Eigenschaften dieser Gruppe erklärt werden (vgl. dazu das Buch von Robert Miles: Rassismus. Zur Geschichte und Theorie eines Begriffs, das im Frühjahr 1991 im Argument-Verlag erscheinen wird). Hat die definierende Gruppe die Macht, ihre Definitionen gegenüber der definierten Gruppe durchzusetzen, sie von der Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen auszuschließen, kann man von Rassismus sprechen. Begreift man Rassismus auf diese Weise, dann ergeben sich daraus Fragen nach den Ursachen einer solchen Rassenkonstruktion, nach ihren Baugesetzen und ihrem Nutzen für die Konstrukteure, statt daß man diese Konstruktionen für bare Münze, für die Ursache der Verfolgung und Diskriminierung nimmt. Man wird weniger in Versuchung geführt, die zur »Rasse« gemachte Gruppe für diesen Prozeß verantwortlich zu machen.

Bei Reemtsma erfahren wir zwar, daß die »rassistische Einstellung« nicht die Ursache für die Verfolgungen ist, sondern ihr Resultat, über die Ursachen der Verfolgung erfahren wir jedoch nichts. Dazu einige Überlegungen anhand des spanischen Beispiels: Es ist kein Zufall, daß der Befehl an Moslems und Juden, sich zum christlichen Glauben zu bekehren oder andernfalls das Land zu verlassen, gerade dann erfolgte, als mit der Eroberung Granadas das Ziel der jahrhundertealten Politik der sogenannten Reconquista (= Rückeroberung), die Eroberung der islamisch beherrschten Teile der iberischen Halbinsel durch christliche Herrscher, erreicht war. Die Reconquista war auch ein Mittel gewesen, die politische Macht beim Königreich Kastilien zu konzentrieren. Mit der Eroberung Granadas entfiel dieses Mittel des »Heiligen Krieges« (der Begriff wurde von christlicher Seite anläßlich der ersten Kreuzzüge geprägt), der Könige und Adel unter einer Führung vereinigt hatte. Dieser Augenblick der größten Stärke bedeutete zugleich die Zerstörung der bisherigen Existenzgrundlage der zentralistischen Königsherrschaft.

Die Erhaltung dieser Herrschaft erforderte eine Transformation der Herrschaftsform und eine Umstrukturierung der Basis, auf die die Zentralmacht ihre Herrschaft stützen konnte. Der Adel, die Fürstentümer, die auf Eigenständigkeit bestehen konnten, mußten entmachtet, das Volk als neue Herrschaftsbasis konstituiert werden. Angesichts der Verschiedenheit der Völker auf der iberischen Halbinsel bot sich die Religion als Bindemittel an, als Ausgangspunkt für die Konstruktion einer einheitlichen Nation. Der Zwang zur Bekehrung war eine Form, diese religiöse Einheitlichkeit zu propagieren. Warum wurde jedoch die Verfolgung nach der Bekehrung fortgesetzt?

Die Verwandlung der religiös begründeten in eine rassistisch begründete Verfolgung, die sich zwar nach wie vor auf die Religion bezog, aber die Zugehörigkeit zu einer Religion sowie die mit ihr angeblich verknüpften »Charaktereigenschaften« zu unveränderlichen natürlichen Merkmalen erklärte, läßt sich aus den Anforderungen der neuen Herrschaftsform erklären: Um eine einheitliche Nation zu konstituieren und sich bei der Herrschaft über das Volk auf das Volk stützen zu können, muß ein Wertesystem existieren, das Herrschende und Beherrschte zu einer Einheit verschmilzt. Damit sich diese Gegner als Einheit »erkennen« können, ist ein Dritter notwendig, demgegenüber die Gegnerschaft von Herrschenden und Beherrschten verschwindet.

Die Konstruktion einer einheitlichen Nation erfordert also einen inneren Feind. Wenn die Einheit nicht mehr (ausschließlich) durch die direkte Aktion gegen den äußeren Feind erfahren werden kann, ist eine einheitliche Identität nötig. Worin die einheitliche Identität bestehen soll, wenn eine Vielfalt von Verhaltensweisen, Interessen und Interessengegensätzen existiert, läßt sich ebenfalls nur über die Konstruktion eines Gegenbildes definieren, dem alles das als negativ zugeschrieben werden kann, was die eigene Gruppe positiv auszeichnen soll. Die Konstruktion eines Volkes, das mit den sie Beherrschenden eins ist, erfordert die Konstruktion eines Gegenvolkes (Vgl. dazu auch die Faschismusanalyse von W.F. Haug in: Die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts. Berlin 1986).

Der Feind muß auch deshalb innen sein, weil nur so die Möglichkeit besteht, die Beherrschten fortwährend dem Bild anzupassen, dem sie gleichen sollen: Nur unter der Drohung, andernfalls als Feind verfolgt zu werden, kann der Untertan zur Anpassung gebracht werden. Die Grenze muß also eindeutig (Kriterien, die den Feind definieren) und zugleich fließend (jede/r kann zum Feind werden) sein.

So widersinnig es klingt: Nur die rassistische Konstruktion erlaubt es, potentiell alle Gesellschaftsmitglieder zu Mitgliedern der als minderwertige »Rasse« konstruierten und verfolgten Gruppe zu machen, und wirkt somit dem »Staatsvolk« gegenüber als Homogenisierungszwang. Da (in unserem Fall) das Jüdische am Verhalten erkennbar ist und das äußere Verhalten wiederum auf die »innere Natur« schließen läßt, kann ein bestimmtes (vorhandenes oder zugeschriebenes) Verhalten als »Beweis« für die innere Natur gelten. Dieser Rassismus schafft so ein sich selbst bestätigendes Verweissystem, das bei einer Definition des Fremden über bloße Verhaltensweisen, die nicht als Ausdruck seiner Natur definiert werden, nicht existiert.

Bis hierher lassen sich drei Argumente festhalten:

1. Eine Ursache für die Verfolgung der Juden in Spanien war die Herrschaftsstabilisierung. Mit der Zwangskonvertierung bestand diese Ursache fort, deshalb beendete sie die Verfolgung nicht.

2. Die Gründe für den Umschlag der religiös begründeten in eine rassistisch begründete Verfolgung lassen sich durch die Anforderungen der neuen Herrschaftsform erklären. Demgegenüber erscheint mir die Notwendigkeit, eine neue Rechtfertigung zu finden, etwa weil die alte »unlogisch« oder »unglaubwürdig« geworden ist, zweitrangig. Ideologische Praxen beziehen ihre Wirkungskraft aus den Mechanismen der Unterwerfung und Unterstellung, nicht aus der logischen Konsistenz, mit der sie begründet werden.

3. Wenn Rassismen ihre Ursachen in den Formen der Herrschaftsstabilisierung haben, bzw. wenn sie selbst Formen der Herrschaftsstabilisierung sind (selbstverständlich nicht die einzigen), dann ist es falsch, sie auf eine bloße »Einstellung« zu reduzieren. Sie sind Bestandteil ideologischer Praxen und können damit auch nicht ihre Ursache sein, das heißt von Unterwerfung und Unterstellung, zu der die rassistischen Bilder, Imaginationen ebenso gehören wie jeweils bestimmte Formen der Verfolgung, des Ausschlusses, der Unterdrückung. Eine Verfolgungspraxis wird rassistisch aufgrund ihrer (ausgesprochenen oder nicht ausgesprochenen) Handlungslogik. Sie besteht im fortdauernden Ausschluß und damit der Kontrolle/Beherrschung der als »Rasse« konstruierten Gruppe. Wenn die als bedrohlich behaupteten Eigenschaften unveränderbare Natur sind, dann ist die einzige Möglichkeit, sich zu »schützen«, der Ausschluß, die Beseitigung aus dem eigenen sozialen Umfeld, in letzter Konsequenz die Vernichtung.

In bürgerlichen demokratischen Gesellschaften funktioniert Herrschaftsausübung und -stabilisierung sehr viel differenzierter als in der gerade betrachteten zentralistischen Monarchie des damaligen Spanien. Es gibt keine zentrale Instanz, die definiert, welche Gruppe als Feind zu verfolgen ist. Die Eigentätigkeit der Staatsbürger bei der Konstitution und Stabilisierung der Herrschaftsstrukturen spielt eine sehr viele größere Rolle. (Was nicht heißt, daß es sie in unserem Beispiel nicht gab. Die Inquisition stützte sich sowohl auf ein ausgedehntes Spitzelsystem als auch auf ein verbreitetes

freiwilliges Denunziantentum als Mittel, offene Rechnungen mit den jeweiligen Gegnerinnen und Gegnern zu begleichen, politische Macht und ökonomische Pfründe zu sichern.)

Die bürgerliche Herrschaft zeichnet sich dadurch aus, daß sie von sich schweigt. Die Behauptung, eine Gruppe von Menschen sei eine minderwertige »Rasse« oder ein minderwertiges Geschlecht und deshalb aufgrund dieser ihrer Natur von den bürgerlichen Rechten auszuschließen, hat weniger den Effekt, Herrschaft zu legitimieren, als vielmehr, sie zu dementieren. Aus Herrschaft wird so Anleitung, Erziehung, Schutz (die deutschen Schutzgebiete, der Schutz der Frauen und Kinder), kurz und gut: Hilfe, zur Not auch zur Selbsthilfe.

Bislang habe ich vom Nutzen des Rassismus für die Herrschaftsstabilisierung gesprochen. Was übrigens nicht heißt, daß Rassismus oder verschiedene Rassismen eine Erfindung der Herrschenden sind. Damit ist aber nicht erklärt, warum Individuen sich rassistisch verhalten. (Es ist hier hoffentlich nicht mehr nötig, auf die Behauptung einzugehen, eine Bevölkerung sei nur deshalb rassistisch, weil die Herrschenden es ihr einreden.)

Ich denke, es ist schon falsch, Ursachen und Motive von Rassismus gleichzusetzen, wie Reemtsma dies tut. Ursachen können außerhalb der Individuen lokalisiert werden und brauchen nur recht wenig mit den Motiven zu tun haben, die als innere Antriebskräfte wirken. Die Motive werden so vielfältig und unterschiedlich wie die Individuen selbst sein und müssen empirisch erforscht werden, über die Ursachen aber, das heißt über den Effekt und den Nutzen rassistischen Handelns für die Individuen läßt sich etwas sagen.

Die Überlebensnotwendigkeit in einer auf Konkurrenz basierenden Gesellschaft erzwingt Anpasssungsprozesse. Diese Anpassungsprozesse sind verbunden mit Transformationen der Bedürfnisstruktur, mit dem Verzicht auf Handlungsmöglichkeiten, insbesondere mit dem Verzicht (mehr oder weniger erzwungen), sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen, d.h. gesellschaftliche Handlungsfähigkeit zu entwickeln. Diese Anpassungsprozesse sind jedoch nie beendet, sie müssen ständig neu hergestellt werden, sind ständig in Frage gestellt.

Untersucht man gegenwärtige Formen rassistischen Handelns (Annita Kalpaka und ich haben damit in unserem Buch: »Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein« begonnen), dann wird man darin jeweils Formen finden, in denen die Individuen ihre eigene Unterwerfung als Abwehr und Haß (oder auch als Bewunderung) gegen diejenigen artikulieren, von denen sie meinen (manchmal zu Recht), daß sie ihr ungelebtes Leben verwirklichen. In der Abwehr, die bis zur Verfolgung gehen kann, wird die Einsicht in die eigene Unterwerfung abgewehrt und zugleich gegen sie rebelliert.

Die rassistische Konstruktion dient der Herstellung und Selbstvergewisserung der eigenen »Identität« und steht damit im Zusammenhang (wenn auch in keinem notwendigen) mit den Identitätsangeboten, die der Staat seinem Volk macht.

Ich will das an einem Beispiel erläutern: Kürzlich erklärten ein linker Sozialdemokrat und ein Grüner einmütig, die wichtigste Voraussetzung für eine multikulturelle Gesellschaft, für das Zusammenleben mit Ausländern, sei die Festlegung eines allgemein verbindlichen Wertesystems, und das bedeute die Ausschließung des Islam. Nicht, daß mir der Islam lieber wäre als irgendeine andere Religion. Es kommt mir hier auf die hergestellte Bedeutungskette an: multikulturell = Deutsche und Ausländer (als wäre eine ausschließlich deutsche Gesellschaft, die es zudem nie gab, monokulturell); Ausländer = Islam = unzivilisiert = unemanzipiert (wie die mit ihren Frauen umgehen) = undemokratisch = nicht wie *wir*, denn *wir*, das ist (bei aller Kritik an unserer Gesellschaft natürlich) = zivilisiert = demokratisch = emanzipiert (bei uns haben die Frauen sogar Quotierung).

Die Diskutanten sind keine Rassisten, aber sie bedienen sich einer rassistischen Konstruktion oder besser: sie bedient sich ihrer. Der moderne Rassismus erlaubt in einer komplexen Gesellschaft, in der die Berufe, die Geschlechterverhältnisse, das Verhältnis von Arbeit und Freizeit, die Zugehörigkeit zu einem Nationalstaat und auch die Bezeichnungen rechts und links ihre Klarheit verloren haben, eine Orientierung. Wir wissen nicht mehr, wer wir sind, aber wir sind zumindest keine islamischen Fundamentalisten, woraus sich dann auch wieder positive Selbstdefinitionen ergeben.

Ich habe dieses Beispiel gewählt, um zu verdeutlichen, daß rassistisches Denken und Handeln nicht nur bei Rassisten zu finden ist, daß sich durch rassistische Bilder auch diejenigen den herrschenden Wertesystemen unterwerfen, die sich bewußt als widerständig definieren, daß rassistische Imaginationen nicht auf diejenigen beschränkt sind, die im intellektuellen Selbstverständnis als (materiell oder intellektuell) beschränkt gelten.

Aber handelt es sich bei dem Beispiel überhaupt um Rassismus? Beide Diskutanten würden wohl zu Recht einwenden, daß sie nicht biologistisch denken. Doch das Denken wirkt zuweilen hinter dem Rücken der Denkenden und gegen ihre Intentionen. Wenn ‘Islam’ zur Eigenschaft einer so heterogenen Gruppe wie »Ausländer« wird, wenn er auf bestimmte, wenige (negative) Kennzeichen reduziert wird (hatte man nicht irgendwann etwas über die widersprüchliche Struktur von Religionen gehört?), wenn diese Religion für prinzipiell unvereinbar gehalten wird mit dem eigenen Wertesystem (das nun plötzlich mit dem herrschenden übereinstimmt), hat man da nicht, ob man wollte oder nicht, eine Gruppe mit natürlichen, unveränderlichen, negativen Eigenschaft konstruiert ?

Zum Schluß noch ein paar Sätze zu möglichen Gegenstrategien. Wenn die Ursachen von Rassismus nicht in den Opfern des Rassismus zu suchen sind, dann ist Reemtsma zuzustimmen, daß sich eine Strategie verbietet, die sich darauf verlegt, »den Anderen zu verstehen«. Rassistische Bilder und Ausschließungspraxen können in einer Beziehung stehen zu realen Verhaltensweisen der verfolgten Gruppe oder auch nicht. Was sich aus ihnen ablesen läßt, sind die Unterwerfungsstrukturen der verfolgenden Gruppe. Diese sogenannten Einstellungen oder Vorurteile sagen eher etwas über diejenigen, die sie haben, und können daher nicht durch Verstehenszumutungen an Einwanderer und Einwanderinnen verändert werden.

Wenn es stimmt, daß Rassismus eine Form der rebellierenden Selbstunterwerfung ist, dann wäre eine antirassistische Strategie als eine Form der Selbstbefreiung zu konzipieren, als Entwicklung von Handlungsfähigkeit, statt als Aufklärung darüber, wie »Ausländer« wirklich sind, oder gar als moralische Goodwill-Kampagne unter dem Motto: Wer ist am nettesten zu »Ausländern«?

Mindestens ein entscheidender Einwand läßt sich jedoch gegen diesen Vorschlag vorbringen: Alle Strategien, die auf die Entwicklung von gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit zielen, sind langfristig. Diejenigen, die rassistischen Angriffen ausgesetzt sind, können nicht warten, bis die sie Diskriminierenden die Fähigkeiten entwickeln, ihre eigene Unterwerfung anzugehen.

Der Einwand ist berechtigt. Jede Strategie, die Diskriminierung und Gewalt mindestens zurückdrängt, muß eingeschlagen werden. Allerdings muß man sich darüber im Klaren sein, daß man damit deren Ursachen nicht beseitigt. Derjenige, dem der Teller ins Gesicht fliegt, wird vielleicht in Zukunft vorsichtiger, aber nicht weniger rassistisch sein, vielleicht eher mehr. Mit diesem Widerspruch muß man leben. Aber es wird gefährlich, wenn nicht endlich wahrgenommen wird, daß Rassismus in der Bundesrepublik existiert und langfristige Strategien dagegen nötig sind. Nötig sind ebenfalls gleiche Rechte und Antidiskriminierungsgesetze, die den Rassismus zwar auch nicht beseitigen, aber es Einwanderern und Einwanderinnen wenigstens erlauben, zum politischen Subjekt zu werden, und die damit die Ausgangsbedingungen für die Auseinandersetzungen verbessern.

Nora Räthzel ist Mitbegründerin des Instituts für Migrations- und Rassismusforschung (Hamburg)

Konkret 02/91, S. 65

Jan Philipp Reemtsma

Wie läßt sich »Rassismus« erklären? Das »Argument« der Dauer

Daß anti-rassistische Arbeit notwendig sei, wird von Podien herab und auf Transparenten gern und zumeist einmütig verkündet. In der Regel bleibt es beim wohlklingenden Appell, denn was »Rassismus« überhaupt ist, welche Ursachen er hat und wie er folglich zu bekämpfen sein könnte, ist umstritten. In KONKRET 11/90 (»Die Falle des Anti-Rassismus») hatte Jan Philipp Reemtsma »rassistische Einstellungen« als Resultat einer Verfolgungspraxis interpretiert, die das verfolgende Kollektiv selbst nicht mehr begreift, weil ihm seine ursprüngliche Motivation abhandengekommen ist. Reemtsma hielt den »Anti-Rassisten« vor, sie beschäftigten sich »letztlich doch nur mit dem Bild, das der Rassist von sich und der Geschichte entwirft«. In einer Replik auf Reemtsmas Thesen betont Nora Räthzel die durch die Geschichte sich gleichbleibende herrschaftsstabilisierende und identitätsstiftende Funktion rassistischer Verfolgung. Darauf antwortet Reemtsma

Das »Argument« der Dauer

Da aus Nora Räthzels Replik auf meinen Aufsatz nicht rekonstruierbar ist, was ich eigentlich geschrieben habe, möchte ich dies kurz zusammenfassen: 1. Ich nenne »Rassismus« nicht jede beliebige Diskriminierung einer Gruppe durch eine andere, sondern eine, die mit rassistischen Argumenten - d.h. solchen, die sich auf angebliche angeborene und unveränderliche Eigenschaften der Mitglieder dieser Gruppe beziehen - gerechtfertigt wird; 2. solcher Rassimus ist nicht die Ursache, sondern die Folge einer Verfolgung, und zwar einer, deren ursprüngliche Motive nicht mehr geeignet sind, die Verfolgung zu legitimieren; 3. gleichwohl existiert die Verfolgung weiter, und das verfolgende Kollektiv sucht sich durch rassistische Zuschreibungen die eigene Praxis zu erklären; 4. »Rassismus« faßt unterschiedliche Verfolgungsgeschichten unter einen Begriff, ebenso wie Rassisten verschiedene Gruppen unter das Konzept der »Minderwertigkeit« fassen - darum stelle ich die Frage, ob der Begriff »Rassismus« die nötige analytische Schärfe haben kann, die es braucht, um zu verstehen, was jenseits der rassistischen Ideologien wirklich geschieht.

Davon, daß die Verfolgten an ihrer Verfolgung selber schuld seien, kann nicht die Rede sein; derlei steht in meinem Text nicht, und es aus ihm herauslesen zu wollen, ist recht töricht. Wenn ich davon spreche, daß die Verfolgung der Juden (oder welche andere Gruppe man nennen will) Ursachen1 gehabt hat, so sage ich damit nichts anderes, als daß diese Verfolgung ein historisches Phänomen und nicht vom Himmel gefallen ist. Selbstverständlich hatten die Christen auch »Gründe« für ihren Anti-Judaismus, solche nämlich, die in der spezifischen Intoleranz des Christentums gegenüber anderen Religionen begründet sind. Nur argumentiert das Christentum (im Regelfall) eben nicht rassistisch, sondern religiös, und was mich interessiert, ist das Umschlagen der religiösen Argumentationen in rassistische bei fortexistierender Verfolgung. Dieses »Umschlagen« habe ich an zwei Beispielen zu analysieren versucht, ausführlich an den Texten zum sogenannten »Berliner Antisemitismus-Streit« und mehr hinweisend am Beispiel Spaniens im 15. und 16. Jahrhundert.

Nach meiner Meinung gibt es in der Tat nicht »die« Ursache für »den« Rassismus, sondern es gibt - ich wiederhole mich - unterschiedliche Verfolgungsgeschichten, die je eigene Ursachen hatten. Gemeinsam ist diesen Verfolgungsgeschichten, daß sie irgendwann von Seiten des verfolgenden Kollektivs rassistisch begründet werden, weil eben das bloße Andauern einer gesellschaftlichen Praxis irgendwann das stärkere »Argument« wird gegenüber einer unkräftig werdenden Ideologie, die die Verfolgung früher einmal gerechtfertigt hatte. In der Tat liegt der Umschlag in den Rassismus in der Frage »Was ist nur an den... dran, daß wir sie so ausdauernd verfolgen?« Man kann, daß »der« Rassismus Versuch einer Antwort auf solches Fragen ist, bis in die Details rassistischer Texte hinein aufweisen.

Dieser Gedanke ist in solcher Kurzform natürlich allerlei Mißverständnissen ausgesetzt, aber ich kann schließlich KONKRET nicht gut bitten, einfach meinen Text ein zweites Mal abzudrucken, damit jede und jeder sich ein Bild machen kann. Ich bitte also die und den Interessierte/n, in Heft 1/90 nachzusehen.

Nun zu Nora Räthzel. Daß sie sich mit meinen Thesen in keiner Weise befaßt, muß ich hinnehmen; daß sie dennoch behauptet, es zu tun, ist dreist. Was aber hat sie selbst anzubieten? Ich fasse kurz zusammen: Moderne Gesellschaftsformen - d.h. staatlich organisierte Herrschaftsformen - brauchen zur Herstellung von Loyalität der Beherrschten die Identifikation dieser mit den sie Beherrschenden. Ein solches Gemeinsamkeitsgefühl braucht den »Anderen«, den man ausgrenzen kann. Für ein Wir-Gefühl braucht’s einige, die nicht dazugehören, damit das »Wir« sich irgendwie definieren kann. Das ist alles ganz gut und schön, es aber als eine neue Erkenntnis vorzuführen, ist ein starkes Stück. Ich bitte Nora Räthzel höflich, Freuds »Unbehagen in der Kultur« (1929) aufzuschlagen oder Brechts »Die Rundköpfe und die Spitzköpfe« (1933) - da wird sie diesen Gedanken einmal in psychoanalytischem, einmal in marxistischem Kontext finden.

Und dieser Gedanke ist ja auch nicht falsch (wenn auch zu der Art und Weise, wie er bei Räthzel formuliert wird, einiges zu sagen wäre, was ich mir hier aber schenke). Nur bin ich davon ausgegangen, daß ich hier nicht wiederholen muß, was man bereits in der Schule lernen kann, sondern daß es vielleicht angebracht wäre, über diesen Gedanken ein Stück hinauszugehen. Man hat nämlich ein Problem mit ihm - jedenfalls dann, wenn er, wie bei Räthzel, funktionalistisch vorgetragen wird: Er erklärt fast nichts. Cui bono? oder: Suche, wem das Verbrechen nützt - schon recht, aber dann habe

ich noch nicht unbedingt den Täter. Und wenn ich - zurecht - sage, daß dem Landmann der Sommerregen nützt, muß ich ihn, wenn's regnet, noch nicht zum Regenmacher erklären. Auch der Hinweis auf den psychischen Vorgang »rebellierende Selbstunterwerfung« nützt nicht viel. Wer war's noch, der den Antisemitismus den »Antikapitalismus der Dummen« genannt hat? - Bebel?

Mir scheint das Problem darin zu bestehen, daß das Raisonnement über den Rassismus in dieser Weise auf der Stelle tritt, daß über diese allgemeinen und in ihrer Allgemeinheit nichtssagenden Sätze nicht hinausgegangen wird. Daß sie »irgendwie stimmen«, heißt eben nicht viel, da sie zu einem genauen und detaillierten Verständnis der gesellschaftlichen Praxis, mit der wir konfrontiert sind - und die ja doch wohl das eigentliche Problem darstellt, oder? , nichts beitragen. In meinem Aufsatz habe ich versucht, einen Schritt weiter zu gehen. Ich verlange von niemandem, unbesehen zu glauben, er sei einer in die richtige Richtung. Allerdings hätte eine Kritik an dem, was ich geschrieben habe, etwas anderes zu sein als ein Konglomerat unklar formulierter Selbstverständlichkeiten.

1: In Nora Räthzels Aufsatz steht neben den Selbstverständlichkeiten, die den Hauptteil ausmachen, entsetzlich viel Unsinn im Detail, auf den den ich wirklich keine Lust habe einzugehen. Nur ein Beispiel: Räthzel behauptet, ich verwechselte »Motive« und »Ursachen«. Allein diese Behauptung kann einem veritables Magendrücken verursachen. Man kann platterdings »Motive« und »Ursachen« nicht verwechseln, weil beide Ausdrücke einen ganz unterschiedlichen theoretischen Status haben. Motive schreibe ich irgendwelchen Leuten zu. Ob ich meine, diese Motive seien ein zureichender Grund für ihre Praxis, ist eine ganz andere Frage. Und wieder eine andere, ob ich solche Handlungsgründe zu Ursachen eines bestimmten gesellschaftlichen Phänomens erkläre.

Jan Philipp Reemtsma schrieb in KONKRET 1/91 über einen Versuch der »taz«, Erich Honecker zu entlasten

Konkret 02/91, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Wer wissen will, wie die Revolution auf deutsch sich buchstabiert, findet in Dudens Fremdwörterbuch:

Revolution, die - 1. (gewaltsamer) Umsturz der bestehenden politischen u. sozialen Ordnung; 2. Aufhebung, Umwälzung der bisher als gültig anerkannten Gesetze od. der bisher geübten Praxis durch neue Erkenntnisse und Methoden; die Grüne R.: revolutionierende Neuerungen auf dem Gebiet besonders ertragreicher Getreidesorten. 3. Gebirgsbildung. 4. Umlauf eines Himmelskörpers um ein Hauptgestirn. 5. Solospiel im Skat.

Die deutsche Revolution trifft das alles irgendwie noch nicht so ganz, und nur das Solospiel, eine verschärfte Variante des Null ouvert, und die besonders ertragreichen Getreidesorten geben einen vagen Hinweis, was die deutsche Umwälzung der bisher geübten Praxis durch neue Methoden bedeuten könnte: den finalen Triumph jener Produzenten, denen die dicksten Feldfrüchte wachsen... und richtig wirbt die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege auf ganzen Zeitungsseiten mit »Peter Striebeck, Schauspieler« und dessen Aufruf gegen die Reste vorrevolutionären deutschen Ausländerhasses:

Zur Zeit kommen viele Aussiedler aus den Ländern Ost- und Südosteuropas zu uns. Es sind Deutsche. Sie geben viel auf und wagen den Gang trotzdem.

Diese Ausländer sind nicht nur Deutsche, ja nicht einmal nur keine armen Deutschen. Es sind mutige Deutsche.

Bedenken wir, daß besonders die jüngeren unter ihnen unserer Wirtschaft zusätzliche Impulse geben. Wollen sie sich doch eine neue Existenz aufbauen und helfen dadurch auch, unsere Renten zu sichern. Denen offen zu begegnen ist also nicht nur eine Frage der Humanität, sondern dient schließlich unserem Sozialstaat.

Die deutsche Revolution hat die Deutschen umgewälzt. Auch ihre dümmsten Bauern haben nichts mehr gegen Neger und Polacken, sofern es sich bei ihnen um mutige junge Deutsche handelt, die unsere Wirtschaft ankurbeln und unsere Renten sichern. Die etwas schlaueren wollen bei Höchstleistungen auf diesem Gebiet sogar von einer Kontrolle des Ahnenpasses geradezu absehen, wie etwa Ostberlins Oberrevolutionsbürgermeister Schwierzina, der seinen Konpatrioten rät, die bisher als gültig anerkannten Gesetze von Nürnberg aufzuheben und selbst einigen russischen Juden offen zu begegnen, denn das seien hochgebildete Fachkräfte,

nicht etwa so Ostjuden mit Kaftan und Peies,

an welcher Stelle das Freiheitsmariechen der deutschen Fernsehunterhaltung, Frau Lea Rosh, erleichtert aufseufzt:

Ich danke Ihnen, daß Sie das sagen, dann muß ich es nicht tun.

Aber auch wenn Herr Schwierzina es nicht gesagt hätte, wäre es nicht an der Ansagerin Rosh hängengeblieben - dafür hätte tags darauf im Zentralorgan der deutschen Revolution, der »Bild«-Zeitung, Herr Siemon-Netto gesorgt:

Jeden Tag strömen mindestens 200 sowjetische Juden in unser Land. Das sind keine Schnorrer; das sind Leute, die gebraucht werden: Ingenieure, Elektroniker und Handwerker.

Revolution, die - 6. Neuerungen auf dem Gebiet der Züchtung besonders ertragreicher Volksgruppen und der Ausstellung rassischer Unbedenklichkeitsbescheinigungen. Siehe insbes.: deutsche R..

Auch mit anderen Fremdwörtern tun sich die Deutschen schwer, zum Beispiel der Dekan des Fachbereichs Sprach- und Literaturwissenschaft der Universität Osnabrück mit dem lateinischen *gremium*, das auf deutsch *der Schoß* heißt:

Mit anliegendem Pressetext informieren wir Sie über die Verleihung des Grades eines Doktors der Philosophie ehrenhalber an Heinz Ungureit. In zahlreichen Veröffentlichungen und Vorträgen, vor allem aber in seiner Programmverantwortung bei ARD und ZDF sowie in seiner Gremienarbeit für den bundesdeutschen Film hat Heinz Ungureit wesentlich dazu beigetragen,

daß das Gremium fruchtbar noch, in das der Fachbereich Sprach- und Literaturwissenschaft der Universität Osnabrück jetzt mit einem Ehrendoktorat der Philosophie kroch.

Helmut Kohl hat die Wahl gewonnen? Von wegen. Hier feiert für Sie Alice Schwarzer:

Noch nie saßen so viele Frauen im Bonner Parlament! Im neuen Bundestag ist jetzt jeder fünfte Abgeordnete weiblich.

Der fünfte Abgeordnete ist weiblich? Andererseits: Jede fünfte Abgeordnete ist weiblich - das ging wirklich nicht. Vielleicht wenn man`s mit Volksvertretern und Innen versuchte? Einem »Emma«-Redaktör ist nichts zu schwör:

So ist unter den CDU/CSU-Volksvertretern nur jeder siebte weiblich, bei der FDP ist jeder fünfte eine Frau, bei der SPD

jetzt reicht`s!:

jede vierte, beim Bündnis 90/Grüne gut jede dritte und bei der PDS knapp jede zweite.

Jede zweite Volksvertreterin der PDS ist eine Frau und die andere ein Transvestit von der Stasi? Nein: jede zweite Volksvertreter ist eine Frau, und wer lacht, muß ohne Penetration ins Bett.

In der Rubrik »Das Letzte« zitiert die »Zeit« vom 28. Dezember 1990 auf Seite 46:

Erstens: Der alte Adam ist nicht umzubringen. In den achtziger Jahren wird uns die Anstrengung neuen Denkens auferlegt sein - eines Denkens, das über Fahne und Fahnenstange hinausreicht. (1979)

Zweitens: Wie nimmt sich die Welt am Ende des Scharnierjahres 1980 aus? Wenn es schlimm kommt, wird nicht nur ein Wetterwechsel zu beklagen sein, sondern ein nachhaltiger Klimasturz. (1980)

Drittens: Die Großwetterlage hat sich im Jahr 1981 nicht gebessert. Ein Klimasturz ist weniger denn je auszuschließen. Wohl bemühten sich die Europäer nach Kräften, ihrem geteilten Kontinent einen Temperatursturz zu ersparen, aber so tief konnten sie sich gar nicht ducken, daß die eisigen Winde aus dem Hindukusch sie nicht dennoch gestreift hätten. (1981)

...

Achtens: In manchen Jahren dreht sich die Weltgeschichte vernehmlich knarrend in den Angeln. Der Lauf der Dinge nimmt in derlei Scharnierjahren eine andere Richtung, Türen schlagen zu oder öffnen sich, Neues bahnt sich an. Aus dem Wust des Geschehens entfaltet sich Geschichte. (1986)

Undsoweiter bis 1989, alles Zitate aus den Leitartikeln, mit denen der Chefredakteur Dr. Theo Sommer die Jahresenden zu begehen pflegt, Zitate zugleich aus »Wie Hannelore Kohl die Russen bezauberte« und aus »Frau Schwarzer ihr Haus seine Lieblingswurst«. Welche Mühe hatte ich mir gegeben, der liberalen Öffentlichkeit ihren Lieblingsdeuter als einen Wetterkarten-Onkel vorzustellen, der sich in die Tages-, Jahres- und Weltschau-Redaktion verlaufen hat. Und nun empfiehlt die »Zeit« vom 28. Dezember 1990 ihren Lesern:

Zwölftens: Bitte lesen Sie weiter auf Seite 1 dieser Ausgabe!

Dort aber heißt es, unter der Autorenzeile »Von Theo Sommer«:

Das Jahr 1990 begann unter hellen, hohen Horizonten; es endet unter einem jäh wieder verfinsterten Himmel... Das orientalische Wetterleuchten würde die Alte Welt am Horizont gar nicht mehr wahrnehmen, wenn erst in Osteuropa Feuersbrünste loderten.

Und ich hatte geglaubt, daß die Redakteure der »Zeit«, wenn ich sie über ihren Chefredakteur aufklären könnte, sich die Zumutung von knarrenden Scharnierjahren und eisigen Winden aus dem Hindukusch verbitten würden. In Wahrheit wissen sie längst - und lachen. Ja, sie lachen über den Leiter ihrer Redaktion, der den Inhalt des Blattes bestimmt, erst hinter vorgehaltener Hand und nun vor der ganzen Leserschaft. Sie lachen Tränen und machen weiter, unter seiner Leitung. Sie nehmen ihn und sein Blatt längst nicht mehr ernst, und sich selber erst recht nicht. Und ich, den sie einen Zyniker nennen, muß erkennen, daß ich das letzte romantische Arschloch bin.